98-84452- 4

Stresemann, Gustav

Wirtschaftspolitische Zeitfragen

Dresden

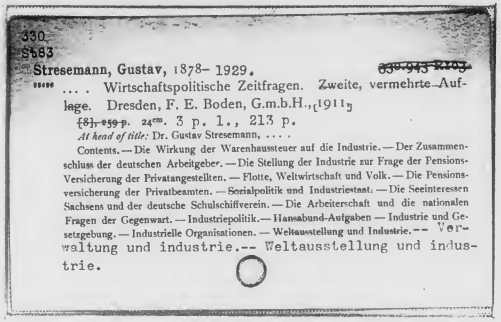
[1911]

98-84452-4
MASTER NEGATIVE #

COLUMBIA UNIVERSITY LIBRARIES
PRESERVATION DIVISION

BIBLIOGRAPHIC MICROFORM TARGET

ORIGINAL MATERIAL AS FILMED -- EXISTING BIBLIOGRAPHIC RECORD



330
S683
Stresemann, Gustav, 1878- 1929.
... . Wirtschaftspolitische Zeitfragen. Zweite, vermehrte Auflage. Dresden, F. E. Boden, G.m.b.H., [1911]
[8], 259 p. 24cm. 3 p. l., 213 p.
At head of title: Dr. Gustav Stresemann, ...
Contents. — Die Wirkung der Warenhaussteuer auf die Industrie. — Der Zusammenschluss der deutschen Arbeitgeber. — Die Stellung der Industrie zur Frage der Pensionsversicherung der Privatangestellten. — Flotte, Weltwirtschaft und Volk. — Die Pensionsversicherung der Privatbeamten. — Sozialpolitik und Industriestaat. — Die Seeinteressen Sachsens und der deutsche Schulschiffverein. — Die Arbeiterschaft und die nationalen Fragen der Gegenwart. — Industriepolitik. — Hansabund-Aufgaben — Industrie und Gesetzgebung. — Industrielle Organisationen. — Weltausstellung und Industrie. -- Verwaltung und industrie. -- Weltausstellung und industrie.

RESTRICTIONS ON USE: *Reproductions may not be made without permission from Columbia University Libraries.*

TECHNICAL MICROFORM DATA

FILM SIZE: 35 mm REDUCTION RATIO: 13:1 IMAGE PLACEMENT: IA (IIA) IB IIB

DATE FILMED: 11/18/98 INITIALS: K.V.

TRACKING #: 33324

FILMED BY PRESERVATION RESOURCES, BETHLEHEM, PA.

2.5 mm
ABCDEFGHIJKLMNOPQRSTUVWXYZ
abcdefghijklmnopqrstuvwxyz
1234567890

2.0 mm
ABCDEFGHIJKLMNOPQRSTUVWXYZ
abcdefghijklmnopqrstuvwxyz1234567890

1.5 mm
ABCDEFGHIJKLMNOPQRSTUVWXYZ
abcdefghijklmnopqrstuvwxyz1234567890

PM-MGP
METRIC GENERAL PURPOSE TARGET
PHOTOGRAPHIC

200 mm

150 mm

100 mm

A5

A4

A3

1.0 mm

1.5 mm

2.0 mm

2.5 mm

PRECISION℠ RESOLUTION TARGETS

A & P International
612/854-0088 FAX 612/854-0482
8030 Old Cedar Ave. So., Ste. #215
Bloomington, MN 55425

4.5 mm
ABCDEFGHIJKLMNOPQRSTUVWXYZ
abcdefghijklmnopqrstuvwxyz
1234567890

3.5 mm
ABCDEFGHIJKLMNOPQRSTUVWXYZ
abcdefghijklmnopqrstuvwxyz1234567890

3.0 mm
ABCDEFGHIJKLMNOPQRSTUVWXYZ
abcdefghijklmnopqrstuvwxyz1234567890

Dr. Gustav Stresemann

Wirtschaftspolitische :: Zeitfragen ::

Verlag: F. Emil Boden, G. m. b. H., Dresden

COLUMBIA UNIVERSITY
330 S+83

Dr. Gustav Stresemann

Wirtschaftspolitische Zeitfragen

Druck und Verlag: F. Emil Boden, G. m. b. H., Dresden.

INTENTIONAL SECOND EXPOSURE

COLUMBIA UNIVERSITY
330 S+83

Dr. Gustav Stresemann

Wirtschaftspolitische Zeitfragen

Druck und Verlag: S. Emil Boden, G. m. b. H., Dresden.

330
St 83

Ernst Bassermann
zugeeignet.

Inhaltsverzeichnis.

	Seite
Die Wirkung der Warenhaussteuer auf die Industrie	1
Der Zusammenschluß der deutschen Arbeitgeber	22
Die Stellung der Industrie zur Frage der Pensions-Versicherung der Privatangestellten	47
Flotte, Weltwirtschaft und Volk	61
Die Pensionsversicherung der Privatbeamten	71
Die Seeinteressen Sachsens und der deutsche Schulschiffverein	103
Die Arbeiterschaft und die nationalen Fragen der Gegenwart	114
Industriepolitik	143
Industrie und Gesetzgebung	174
Industrielle Organisationen	198
Verwaltung und Industrie	206
Weltausstellung und Industrie	209

Die Wirkung der Warenhaussteuer auf die Industrie.

Referat,

gehalten in der Generalversammlung des Bundes der Industriellen am 9. Oktober 1902 zu Berlin.

Meine Herren! Die beiden Wirtschaftserscheinungen, welche wir auf der heutigen Versammlung des Bundes der Industriellen betrachten wollen, bieten auf den ersten Blick äußerlich einige Vergleichungspunkte. Bei den Kartellen ebenso wie bei den Warenhäusern handelt es sich um neuzeitliche Erscheinungen, bei beiden um Erscheinungen, die ins Großzügige gehen und deshalb von vornherein den verschiedensten Anfeindungen bedrohter Interessengruppen ausgesetzt waren. Sie bieten gewissermaßen in den Augen dieser bedrohten Interessengruppen das Bild eines Flusses dar, der bis dahin zwischen den Ufern langsam dahinfloß, aber plötzlich eine reißende Schnelligkeit annimmt, über seine Ufer tritt und manches vernichtet, was bis dahin ruhig neben ihm sich entwickeln konnte. Während aber in bezug auf das Kartellwesen die Bewegung der bedrohten Kreise noch nicht zu einer gesetzlichen Regelung geführt hat, weil man auf den verschiedensten Seiten der Ansicht war, daß die Frage noch viel zu wenig geklärt sei, um von der Gesetzgebung behandelt zu werden, hat die Agitation gegen die Warenhäuser bereits zur Folge gehabt, daß verschiedene Bundesstaaten sich mit der gesetzlichen Regelung beschäftigt und die hauptsächlichsten deutschen Bundesstaaten heute bereits eine Sondersteuer auf Warenhäuser eingeführt haben. Vor allen Dingen hat es dieser Bewegung genutzt, daß der größte deutsche Bundesstaat, Preußen, dem Drängen der Mittelstandskreise, die

im preußischen Abgeordnetenhause namentlich durch die beiden konservativen Parteien und das Zentrum dargestellt werden, nachgab und ebenfalls zu einer Umsatzsteuer gekommen ist, weil dieses Beispiel zur Nachahmung reizte. So stehen wir jetzt in Sachsen vor der Frage, ob auch hier der Staat eingreifen soll, nachdem er bisher, angesichts der Erfahrungen, die man mit der Warenhaussteuer in anderen Staaten gemacht hat, einen Eingriff abgelehnt hat. Trotzdem die Denkschrift der sächsischen Regierung zur Frage der staatlichen Sonder-Besteuerung der Warenhäuser und Großbazare sachlich die schärfste Verurteilung aller der Agitationen enthält, welche den Staat in dieser Frage zu einem Eingriff drängen wollen, hat unsere dortige Zweite Ständekammer fast mit Einstimmigkeit, d. h. nur gegen die Stimmen weniger nationalliberaler Abgeordneten, die sächsische Regierung aufgefordert, von Staats wegen die Besteuerung der Warenhäuser anzunehmen, trotzdem auch — wie beiläufig bemerkt werden mag — sämtliche Handelskammern Sachsens sich dagegen ausgesprochen haben. Da wir daher in Sachsen in absehbarer Zeit uns von neuem mit der Warenhausfrage zu beschäftigen haben werden, so haben wir gern die uns vom Bund der Industriellen in dankenswerter Weise gegebene Gelegenheit wahrgenommen, um die Stellungnahme der sächsischen Industrie zu dieser Frage hier in größerer Öffentlichkeit darzulegen. Als Vertreter der Fertigindustrie ist der Bund der Industriellen vor allen Dingen ja auch das beste Forum zur Behandlung dieser Frage.

Meine Herren, gestatten Sie mir, einleitend auf das Verhältnis der Warenhäuser zu industriellen Unternehmungen kurz einzugehen. Wie die Warenhäuser sich heute bei uns in Deutschland darstellen, sind sie noch keine industriellen Unternehmungen, sie fertigen die Produkte noch nicht selbst an, die sie absetzen. Der Kaiserbazar, der vor ungefähr zehn Jahren in Berlin gegründet wurde, hatte allerdings in den Prospekten und dem Exposé, das bei der Gründung vorgelegt wurde, bereits die Selbstproduktion als sein Ziel hingestellt, ist aber nicht dazu gekommen, es auszuführen, vielleicht weil er im Laufe der Entwickelung sich in die Notwendigkeit versetzt sah, seine Lieferanten mit Aktien zu bezahlen und ihm schon deshalb die Emanzipation von den Lieferanten unmöglich war. Seitdem ist dieser Versuch von den neueren Warenhäusern nicht wiederholt

worden, dieselben stehen uns also heute noch lediglich als Handelshäuser großen Stils gegenüber. Wir können bei ihnen im allgemeinen drei Gruppen unterscheiden: 1. unsere großstädtischen Warenhäuser, die aus Bazaren der kleinen Stadt oder aus „Ramschbazaren“ hervorgegangen sind, sich aber später zu solideren Grundlagen bekehrten; 2. die großen Versandgeschäfte, welche kein eigentliches großes Platzgeschäft haben; 3. genossenschaftliche Unternehmungen, welche Warenhaus-Charakter tragen, zuerst dargestellt durch das Warenhaus für deutsche Offiziere und Beamte, ins Große übersetzt und zu weit höherer Bedeutung emporgehoben, seitdem die Menge der Arbeiter sich zusammenschloß, um jene mächtigen Konsumvereine zu gründen, die, wie der Görlitzer Einkaufsverein und einige sächsische Konsumvereine, genossenschaftliche Unternehmungen mit über 20000 Mitgliedern und einem viele Millionen übersteigenden Jahresumsatz darstellen. Wie die Entwickelung der Warenhäuser sich im einzelnen vollzogen hat, darauf können wir heute im Rahmen dieses Vortrags nicht eingehen; es sind darüber viele theoretische Gedanken von unseren Nationalökonomen ausgesprochen worden, ohne daß doch sicher festgestellt wäre, weshalb die Warenhäuser erst in der letzten Zeit jene große Ausdehnung genossen haben. Daß die durch die teilweise überstürzte Entwickelung unserer Industrie in einzelnen Zweigen hervorgetretene Absatznot in Verbindung mit der nach Betätigung suchenden ebenfalls sprunghaft entwickelten Bautätigkeit dabei mitgewirkt, hat manches für sich.

Es scheint äußerlich, als ob vor allem der günstige Erfolg, welchen die zuerst begründeten Warenhäuser erzielten, durch den damit bewirkten Reiz zur Nachahmung die rasche Entwickelung förderte. Nachdem einmal der Gedanke mit Erfolg in die Tat umgesetzt worden war, ein großes Handelshaus zu errichten, welches die verschiedensten, innerlich nicht zusammenhängenden Artikel zusammenfaßte, große, intensive Reklame mit Kulanz in der Bedienung und großem Komfort verband und dadurch das Publikum gewann, wollte man nicht einem Unternehmer die Beute allein lassen, und die Warenhäuser schossen wie Pilze aus der Erde. Wir haben heute in Deutschland mehr als 500 Warenhäuser, und zwar nicht bloß in den Großstädten, sondern vor allem auch in den kleineren Industriestädten, in denen sie verhältnismäßig noch eine größere Rolle

spielen, als in der Großstadt selbst. Die erste Folge der Ausbreitung der Warenhäuser zeigte sich darin, daß einige große Geschäfte, welchen bis dahin der Charakter des Warenhauses nicht aufgeprägt war, mehr und mehr dazu übergingen, aus einem Spezialgeschäft zum Warenhaus sich zu entwickeln. Sie haben am eigenen Orte mehrfache Beispiele dieser Art, und es wird Ihnen allen bekannt sein, daß unser größtes hiesiges Spezialgeschäft, Rudolf Hertzog, früher bei weitem nicht die Waren-Ausdehnung hatte als jetzt, und seinem Beispiele, immer mehr Gruppen in das Geschäft hineinzunehmen, sind andere Unternehmungen gefolgt. Es scheint, als ob mehr und mehr auch bei unseren anfänglich begrenzten Spezialgeschäften ein großer Umschwung sich vollzieht, indem für die Zusammenfassung der Waren nicht die Herkunft entscheidend ist, sondern vielmehr ihre Zweckbestimmung. Wie aus dem Eisenwarengeschäft allmählich sich das Geschäft für Haus- und Küchengeräte entwickelt, daran sich mit der Zeit vollständige Wohnungseinrichtungen anschließen, wie auf der anderen Seite aus dem ursprünglichen Leinengeschäft ein Geschäft sich entwickelt, das die ganze Herrenkonfektion zu befriedigen sich zur Aufgabe macht, und neben den ursprünglichen Artikeln, Kragen, Hemden usw. auch Reisekoffer, Nähnecessaires usw. einbezieht, so herrscht überall das Bestreben der Ausdehnung des dem Publikum Darzubietenden nach der Richtung der zusammenhängenden Zweckbestimmung, wie Dr. Borgius dies bereits früher dargelegt hat. So wächst fortwährend mit dem Kreise der Warenhäuser selbst zugleich die Zahl derjenigen Unternehmungen, welche dem Warenhauscharakter zum mindesten gewisse Züge abgelauscht haben, wenn sie auch äußerlich meist einen vornehmeren Anstrich tragen als diese.

Wenn wir die Wirkung der durch die Warenhäuser bewirkten Um- und Neuschaffung bestimmter Handelsunternehmungen auf die Industrie betrachten wollen, so werden wir nicht schematisch Vorteile und Nachteile einfach einander gegenüberstellen können. Einer der wichtigsten Gesichtspunkte bei dieser Frage besteht wohl darin, daß in den großen Warenhäusern, die mit Millionen arbeiten, vor allen Dingen der Industrie ein ganz anderer Machtfaktor gegenübersteht, als in den vielen kleinen Unternehmungen, die zum Teil gar nicht imstande sind, mit dem Lieferanten selbst in Verbindung zu treten, sondern die er

durch seine Grossisten abfertigen läßt. Dadurch, daß die Warenhäuser den Absatz in der Hand haben, daß sie mit den Konsumenten in direkte Verbindung treten, haben sie, wie Mataja in seiner Arbeit über die Großmagazine treffend ausgeführt hat, gleichzeitig den Lebensnerv der Industrie in der Hand. Der Fabrikant beherrscht und bestimmt zwar den Produktionsprozeß, aber das Wichtigste auch für ihn, wovon er stets abhängig sein wird, ist die Organisation des Absatzes. Wird diese Organisation des Absatzes von einem derartigen großen Unternehmen in die Hand genommen, so muß dies von selbst dazu führen, daß dieses auch schöpferisch und bestimmend auf die Gestaltung der Waren einwirkt, daß der Handel durch die Großartigkeit der Absatz-Organisation die Leitung der Industrie in gewisser Beziehung übernimmt. Von den französischen Warenhäusern hat man gesagt, daß sie den Geschmack von Paris, und damit Frankreichs, diktierten, daß sie dem Hirn der Frauen die Form, die Farbe und die Ausführung der Gewandstücke suggeriert hätten. Während bis dahin, als die Menge der kleinen Händler bestand, der Industrielle, der Fabrikant die erste Stelle einnahm, akkommodiert er sich jetzt den Wünschen und Aufträgen seiner großen Abnehmer. Nicht immer bewegen sich diese Wünsche in der Richtung des feinen Geschmacks. Denn die Warenhäuser sind auf Massenproduktion angewiesen, und damit verwischen sie das Individuelle in der Erzeugung, sie müssen die Form zu finden versuchen, die den Massenabsatz ermöglicht, auf dem ihr ganzes Geschäftsprinzip beruht. Zugleich aber geht durch die Macht, die die Warenhäuser sich durch ihren Millionenabsatz geschaffen haben, ein gewisser Teil der Selbständigkeit der Industrie verloren und wird auf ihre Abnehmer übergeleitet.

Da die Warenhäuser sich als Machtfaktoren fühlen, so fordern sie selbstverständlich auch ganz andere Lieferungsbedingungen, als der Kleinhändler. Es wird in fast allen Antworten auf eine diesbezügliche Umfrage des Verbandes Sächsischer Industrieller betont, daß die Warenhäuser, abgesehen von dem üblichen Kassaskonto, eine Extrabonifikation schon verlangten in der Zeit, als an eine Umsatzsteuer noch nicht zu denken war. Sie haben diese Extrabonifikation einfach mit ihrer Stellung als große Abnehmer begründet. Ebenso wie der Grossist seine besonderen Preise verlangt, so haben sie, wenn sie auch an sich Detaillisten waren, verlangt, daß ihnen ähnliche Vergünstigungen zuteil würden. Wenn man den

Kassaskonto hinzurechnet, scheint sich aus unseren Erhebungen zu ergeben, daß schon vor der Steuer unsere Warenhäuser sich ein Gesamtskonto von 3—5 Prozent bewilligen ließen. Auf der anderen Seite boten sie ein Äquivalent durch die Barzahlung, die sie fast in allen Fällen leisteten; auch hatte der Industrielle in den Fällen, in denen Kredit an ein Warenhaus gewährt werden mußte, immerhin über die Kreditwürdigkeit und Zahlungsfähigkeit dieser Abnehmer einen ganz anderen Überblick als bei einem kleinen Abnehmer. Es ist in dem Aufsatze über Warenhäuser in der letzten Auflage des Handbuches der Staatswissenschaften bezweifelt worden, daß das Prinzip der Barzahlung bei Warenhäusern heutzutage überwiegend herrsche und sie weniger Kredit in Anspruch nähmen als andere Abnehmer. Unsere Umfrage hat demgegenüber ergeben, daß diese Bezweiflung unbegründet ist, und daß, abgesehen davon, daß die Warenhäuser sich eine Regulierung von 4 Wochen vorbehalten, sie jedenfalls das Prinzip der Barzahlung, das für sie auch durchaus naturgemäß ist, fast durchgängig beibehalten haben. Klagen darüber, daß sie etwa langfristige Kredite in Anspruch nehmen, sind trotz besonderer Fragestellung hierüber nicht geäußert worden.

Eine andere Frage, die für die Beziehungen der Industrie zu den Warenhäusern in Betracht kommt, ist die Regelung des Verkaufspreises durch die Warenhäuser. Viele Lieferanten, namentlich solche, die einen großen Absatz in einem gewissen Standardartikel haben, verlangen: du darfst dieses Stück mit meiner Firma, unter dieser in Deutschland gängigen Bezeichnung nur zu einem ganz bestimmten Preise verkaufen. Ich erinnere Sie an das Beispiel, das vor wenigen Jahren durch die Blätter ging, an die bekannte Marke des Getreidekümmels Gilka, die einen bestimmten Preis hatte und die von einem Warenhause hier, das sie sich auf Umwegen billiger verschafft hatte, billiger verkauft wurde, worauf die liefernde Firma den ganzen Vorrat des Warenhauses aufkaufen ließ, um den Klagen ihrer übrigen Abnehmer zu begegnen. Es ist mir ferner bekannt, daß eine große sächsische Schokoladenfabrik es ablehnte, einem hiesigen Warenhause eine bestimmte Bisquitpackung zu liefern, weil dieses nicht darauf eingehen wollte, diese Bisquits zu dem üblichen Preise von 50 Pfennig für die Packung zu verkaufen. Die Warenhäuser lassen sich die Preise nicht vorschreiben, und wenn ein Fabrikant darauf

besteht, daß für bestimmte Waren bestimmte Detailverkaufspreise bestehen sollen, so wird er vielfach darauf verzichten müssen, mit Warenhäusern in Verbindung zu treten.

Eine weitere Folge der Entwickelung der Warenhäuser, die mit ihrem Angewiesensein auf den Massenabsatz zusammenhängt, wird neben der Verwischung des Individuellen zur Folge haben, daß an Stelle des innerlich gediegenen das äußerlich Effektvolle tritt. Man nimmt an Stelle des Luxus und der Eleganz, welche nicht ohne große Mittel sich entfalten können, seine Zuflucht zu einer Talmi-Eleganz, welche die äußere Form nachahmt oder erreicht, ohne doch den inneren Gehalt ersetzen zu können. Dadurch wird vielfach die Qualität des Gebotenen zurückgedrängt zu Gunsten der Wohlfeilheit.

Andererseits hat die intensive Reklame der Warenhäuser in Verbindung mit der Anziehungskraft, die sie auf das große Publikum ausüben, und der Kauflust, die sie erwecken, vielfach auch eine Steigerung des Konsums herbeigeführt, die der Industrie zugute kam. Und zwar nicht nur in dem Sinne, daß alte Stapelware an die Warenhäuser zu billigem Preise abgegeben und von diesen ausverkauft wurde, sondern weil im Publikum durch die unbehinderte Schaustellung der verschiedenartigsten Waren die Anschaffungslust erst erweckt wurde. In ein Warenhaus zu gehen, vielfach ohne die bestimmte Absicht, etwas besonderes zu kaufen, daran hatte sich das Publikum schnell gewöhnt, während man selten ein Spezialgeschäft betritt, ohne vorher zu wissen, was man kaufen will. Die Warenhäuser stehen sich aber sehr gut dabei, denn die Lust zur Anschaffung kommt von selbst. Vielen Industrien ist es erst durch das Aufkommen der Warenhäuser möglich gewesen, für gewisse Artikel den Massenabsatz zu finden, den ihnen der Kleinhandel bis dahin nicht geben konnte.

Wenn man diese Momente in ihrer Bedeutung für die Industrie richtig einschätzen will, so muß man ihnen das Bild gegenüberstellen, das sich vor ihrer Entwickelung in dem Verkehr des Industriellen mit dem Kleinhandel oder mit dem kleinen Gewerbetreibenden als Abnehmer bot. Es wird unbedingt zugegeben werden müssen, daß noch vor Erstehen der Warenhäuser diejenigen Momente der Abhängigkeit, welche gekennzeichnet wurden, auch schon in dem Verhältnis des Industriellen

zu großen Spezialgeschäften zutage traten, die bei ihrem außerordentlichen Absatz, und bei ihrer Bedeutung auch diejenigen Bedingungen stellten, welche heute die Warenhäuser verlangen. Durch die Entwickelung der Warenhäuser ist jedoch die Zahl derjenigen Industriegruppen, welche mit solchen großen Abnehmern anstatt vieler kleiner zu rechnen haben, außerordentlich gestiegen, ebenso die Abhängigkeit proportional zur Bedeutung, welche der gelieferte Artikel einesteils im Warenhaus und andererseits im Gesamtumsatz des Fabrikanten einnimmt. Liegt hierin eine für die Industrie nicht günstige Umgestaltung, so steht es mit den Zahlungsbedingungen anders. Auch wenn zugegeben werden muß, daß bis 5 Prozent Skonto verlangt wird, so hört man doch andererseits, daß die Industriellen sagten: wir würden viel lieber allen Abnehmern diesen Abzug bewilligen, wenn wir nur dafür dauernd das Prinzip der Barzahlung seitens unserer Kunden einführen könnten. Wenn wir die Außenstände mancher Branchen ansehen, so muß man erstaunt sein über die außerordentliche Unsicherheit, die sich daraus für den Verkehr des Fabrikanten mit seinen Abnehmern kundgibt. Gestatten Sie mir, ein Beispiel aus der Schokoladenindustrie anzuführen. Sie stellt eine Industrie dar, die nur im großen sich rentieren kann, und fast jeder Fabrikant hat mit mehreren tausend Abnehmern zu rechnen, soweit er sich nicht auf den Absatz an Grossisten beschränkt. Wenn man da weiß, was für Meldungen vierzehntägig für die schwarze Liste des Verbandes der Schokoladefabrikanten eintreffen, wie außerordentlich viele Verluste Jahr für Jahr einfach von dem Gewinnkonto abzusetzen sind, so kann man den Wunsch berechtigt finden — er wird auch von anderen Industriegruppen, die sich in ähnlicher Lage befinden, wie z. B. der Zigarettenindustrie, geteilt werden —, daß man lieber von vornherein einen Abzug gäbe, wenn man nur die Gewähr hätte, sofort nach der Lieferung bar Geld zu haben, um nicht in seinen Dispositionen zu beengt zu sein und mit Gefahren zu rechnen, welche sich vorher nicht abschätzen lassen. Schon 1894 hat die Stuttgarter Handelskammer das Überhandnehmen der kleinen Wechsel beklagt und zu dem Geschäft mit den Detaillisten bemerkt:

> „Die Lieferfrist wird immer kürzer, die Zahlungsfrist immer länger, das Lager- und das Ausstandskonto immer größer."

Huber schlägt vor, daß die industriellen Verbände eine Neuregelung der Lieferungs- und Zahlungsbedingungen vornehmen:

> „Der Betrieb der kleinen Geschäfte ist finanziell ohnehin nicht genügend fundiert, und nun hängt sich ihm das Ausstandskonto wie ein Bleigewicht an."

Wenn man weiter den Warenhäusern vorgeworfen hat, daß sie rigorose Bedingungen stellten in bezug auf die Preisgestaltung, dadurch, daß sie für ihre Lieferungen Submissionen ausschrieben, so muß dem entgegengehalten werden, daß auch das jedenfalls, wenn es getan wird, kein Novum ist, da jede Kommune und jeder Staat ebenso vorzugehen pflegt, und daß man im Geschäftsbetriebe selbst, wenn man Artikel von größerer Bedeutung anschafft, meist mehrere Konkurrenten zur Offerte auffordert und gewöhnlich den Zuschlag doch nicht demjenigen gibt, der am meisten fordert. Daß gewisse Qualitätsminderungen vorgekommen sind, haben wir bereits in dem Angewiesensein der Warenhäuser auf den Massenabsatz begründet gesehen. Aber es ist interessant, zu erfahren, daß unsere Anfragen an die Fabrikanten: „Verlangen die Warenhäuser minderwertige Ware?" meist mit einem entschiedenen „Nein" beantwortet wurden. Es ist in manchen Fällen gesagt worden: „Ich liefere auch geringwertige Ware, jedoch auch gute"; aber von einer großen Anzahl Firmen ist betont, daß es eine falsche Ansicht wäre, daß die Warenhäuser nur Minderwertiges führten, daß sie im Gegenteil Gewicht darauf legten, gute Qualität von ihrem Lieferanten zu erhalten.

Verschiedene Nebenwirkungen kommen bei dem Verhältnis der Warenhäuser zur Industrie noch in Betracht. In vieler Beziehung hat die Lieferung an Warenhäuser dazu geführt, daß der Industrielle mit den übrigen Abnehmern in Konflikte gekommen ist, man hat den Boykott versucht. Es ist von einer Firma anschaulich geschildert, daß sie vor einigen Jahren sich einfach fragen mußte: willst du nur an Warenhäuser liefern und deine andere Kundschaft verlieren, oder umgekehrt? Die betreffende Firma hat damals die Boykottversuche nicht beachtet, hat an Warenhäuser geliefert, und es hat sich in diesem, wie in ähnlichen Fällen gezeigt, daß der Boykott nicht so durchgeführt werden konnte, wie er anfangs von den Kleinhändlern geplant war. Auf der anderen Seite haben sich gerade gegen-

über den Warenhäusern, wie auch Herr Dr. Wendlandt bemerkte, gewisse Abnehmerkartelle gebildet, indem die Abnehmer sich zu Einkaufsgenossenschaften zusammenschlossen, um durch den Bezug im großen ebenfalls günstigere Zahlungsbedingungen zu erlangen, als sie bis dahin allein und vereinzelt von ihren Lieferanten erwirken konnten. Ist die Geschäftsverbindung mit den Warenhäusern ruhig und stetig, so kommt eine gewisse Stabilität in die Produktion. Immerhin wird jedes Geschäft suchen müssen, nicht alles auf eine Karte zu setzen, da sonst natürlich der Abgang eines Warenhauses den Zusammenbruch des ganzen Geschäftes mit sich bringen könnte, wenn das Warenhaus vielleicht drei Viertel des Gesamtabsatzes des betreffenden Lieferanten aufnimmt. Auch in bezug auf diese Nebenwirkung gilt das vorhin Gesagte, daß dieselben Gefahren auch von den großen Spezialgeschäften drohen, nur daß sie durch die großen Warenhäuser verallgemeinert sind. Im Hintergrunde des Bildes, das jetzt der Verkehr zwischen Warenhäusern und Industriellen darbietet, steht die Gefahr, daß die Warenhäuser eines Tages noch in ganz anderer Weise der Industrie gegenübertreten würden, daß sie nämlich zur Selbstproduktion übergehen könnten, wie es seitens eines der größten italienischen Warenhäuser, Bocconi, und anderer bereits geschehen ist, und wie es bei der Einführung der Warenhaussteuer in Preußen ausgesprochen ist. Ebenso ist von den Warenhäusern auch bereits die Vereinigung zu einer Art Trust, zum mindesten in der Form der gemeinsamen Bewerkstelligung des Einkaufes, in Erwägung gezogen worden. Doch ist es bisher bei dem Gedanken hieran geblieben.

In die hier gekennzeichnete Lage platzte nun die Umsatz-Steuer auf Warenhäuser hinein. Sie hatte den ganz bestimmten Zweck — das ist auch in den Motiven fast aller Bundesstaaten, die sie eingeführt haben, nackt ausgesprochen worden —, das bedrohte Kleingewerbe und den bedrohten Mittelstand zu retten und die Entwickelung der Warenhäuser aufzuhalten. Der sozialpolitische Zweck der Steuer war also vorher genau präzisiert. Der Staat bot seinen starken Arm, um als Regulator der wirtschaftlichen Entwickelung aufzutreten, und wenn er auch nicht die Absicht hatte, die Warenhäuser zu erdrosseln, und sie ganz von der Bildfläche verschwinden zu lassen, so wollte er durch diese Besteuerung doch seinen Willen zum Ausdruck bringen: Bis hierher und nicht weiter! und durch die Besteuerung der Weiterentwicklung

der Warenhäuser Schranken setzen. Es sind Jahre vergangen, seitdem die erste Warenhaussteuer eingeführt wurde, und wir sind inzwischen in der Lage, die Folgen dieses gesetzgeberischen Vorgehens zu studieren, die wir übrigens auch schon vorher bei der Warenhaussteuer in Frankreich und in anderen Ländern hätten studieren können.

Es war vorauszusehen, daß die Warenhäuser den Versuch machen würden, die Steuer von sich abzuwälzen, umsomehr, als sie den Charakter der Sondersteuer klar aufgeprägt an der Stirn trug. Für die Abwälzung der Steuer kamen verschiedene Wege in Betracht: durch Vergrößerung des Absatzes, durch Preisaufschlag auf die verkauften Waren, durch Abwälzung auf die Angestellten und durch Abwälzung auf die Lieferanten.

Die Vergrößerung des Umsatzes zur Ausgleichung der Steuer ist namentlich seinerzeit in Frankreich versucht worden. Als damals die ersten Steuerprojekte auftauchten, antwortete das größte Pariser Warenhaus, der „Bon marché", damit, daß es versuchte, den Umsatz noch weiter zu steigern. Man spannte alle Kräfte an und suchte das Geschäft noch mehr zu monopolisieren als bis dahin. War das aber von Erfolg — und es ist in Frankreich von Erfolg gewesen —, so wurde dadurch die Steuer abgewälzt, insofern, als das Warenhaus durch den vergrößerten Umsatz und den vergrößerten Gewinn einesteils die Steuer leicht zahlen konnte, andererseits dem Kleinhandel und dem Kleingewerbe noch gefährlicher wurde als bisher. Auch in Deutschland haben einige Warenhäuser, darunter das größte deutsche Warenhaus, nach Inkrafttreten der Steuer ihre Verkaufsräume bedeutend erweitert und den Umsatz weiter zu steigern gesucht. Doch ist dies wohl nur in vereinzelten Fällen durchführbar gewesen und eine Abwälzung der Steuer hat sich durch vermehrten Umsatz demgemäß bei uns nicht erreichen lassen. Im Gegenteil ist, was bei dieser Gelegenheit erwähnt sein mag, die Warenhaussteuer nicht unwirksam in der Richtung gewesen, die Umwandlung einiger Spezialgeschäfte in Warenhäuser aufzuhalten. Um nämlich der Steuer zu entgehen, nahmen einige Geschäfte, welche bereits eine ganze Anzahl Waren führten, eine weitere Branchenausdehnung nicht vor, um nicht unter den Begriff der steuerpflichtigen Warenhäuser zu fallen, oder schalteten einige Artikel aus, die sie bis dahin geführt hatten. Ob dies für den Kleinhandel ein Vorteil

war, mag dahingestellt bleiben, die Industrie hatte jedenfalls nichts davon. Aus der Eisenindustrie sind vielmehr gerade unter Beziehung auf obige Tatsachen Klagen darüber laut geworden, daß die genannten Geschäfte bei der Ausschaltung von bis dahin geführten Waren zunächst mit den Eisenwaren, Dekorationswaffen und dergl. begonnen hätten. Dadurch sei eine nachweisbare Minderung des Absatzes eingetreten. Denn der Absatz dieser Dekorationswaffen und ähnlicher Gegenstände sei nicht etwa auf die Spezialgeschäfte übergegangen, sondern habe in einzelnen Fällen ganz aufgehört, da die Warenhäuser den Konsum darin vielfach erst aufgebracht und vermehrt hätten und mit der Ausschaltung dieser Gegenstände als Verkaufsgegenstände des Warenhauses hätte auch die Nachfrage nach ihnen aufgehört.

War somit durch eine Vergrößerung des Umsatzes eine Abwälzung der Steuer nur schwer durchzuführen, so hat sich auch der Preisaufschlag auf die verkauften Waren nur in wenigen Fällen durchführen lassen. Er würde das Warenhaus auch an seiner empfindlichsten Stelle getroffen haben, da es immer den Anschein zu erwecken versucht hat, als ob es durch die Art seines Betriebes besonders auf eine Verbilligung der Ware hinarbeitete und dadurch gewissermaßen die Wohlfeilheit seiner Artikel verbürgen könnte. In vieler Beziehung sind auch bei den Standardartikeln der Warenhäuser durch den großen Kreis seiner Abnehmer gewisse Preise schon so in das allgemeine Empfinden eingedrungen, daß ein Preisaufschlag auf diese Waren leicht für das Warenhaus verhängnisvoll werden könnte.

Ebenso steht es mit der Abwälzung der Steuer auf die Angestellten. Das Warenhaus weiß, daß es genau kontrolliert wird, daß unsere Mittelstandsparteien durch ihre Vertreter in den bundesstaatlichen Landtagen sowohl als im Reichstage und in ihrer Presse alles ausnützen würden, was in dieser Beziehung Ungünstiges über die Warenhäuser berichtet würde. Eine Abwälzung der Steuer auf die Angestellten käme daher sicher an die große Glocke der Öffentlichkeit, und dies würde leicht einen großen Eindruck auf Abnehmerkreise ausüben und die den Warenhäusern unentbehrliche Sympathie des Publikums vermindern. Selbstverständlich ist eine solche Abwälzung auf Angestellte ganz ausgeschlossen bei den Arbeiter-Konsumvereinen,

die dadurch einen Sturm der Entrüstung in ihren meist aus der Arbeiterschaft zusammengesetzten Mitgliederkreisen hervorrufen würden.

Ganz anders ist es mit der Abwälzung auf die Lieferanten. Inwieweit die ersten drei Punkte versucht und von Erfolg gewesen sind, darüber haben wir keine Nachweise. Dagegen sind wir jetzt in der Lage, über diesen vierten Punkt, über die Frage der Abwälzung auf die Lieferanten, statistische Mitteilungen zu geben.

Es wird der Überzeugungskraft dieser Erhebungen keinen Abbruch tun, daß sie beide auf begrenztem Gebiete vorgenommen wurden, denn dieses Gebiet ist das industriereiche Sachsen. Wir haben bisher in Sachsen noch keine staatliche Warenhaussteuer, wohl aber haben verschiedene Kommunen von dem Rechte der Besteuerung der Warenhäuser Gebrauch gemacht, das ihnen der Staat gab. Weiter haben unsere sächsischen Fabrikanten aber selbstverständlich auch Beziehungen zu außersächsischen Warenhäusern, sodaß dadurch schon eine mehr allgemeine Wirkung der Erhebungen bedingt ist.

Die erste Erhebung ist ausgegangen von der Handelskammer in Plauen vor einigen Jahren, als die Regierung an die Handelskammern herantrat und sie bat, ihre Gutachten über die Zweckmäßigkeit der Warenhaussteuer abzugeben. Die zweite Erhebung ist ausgegangen von dem Verband sächsischer Industrieller. Ich darf Ihnen vielleicht die genauen Ziffern dieser Erhebung sagen. Die Handelskammer in Plauen hatte als Antwort auf die gestellten Fragen 46 Antworten von solchen Firmen bekommen, die direkt mit Warenhäusern in Verbindung standen. Bei unserem Verbande hatten 48 Firmen geantwortet, welche Lieferanten von Warenhäusern sind.

Plauen berichtete über das Abstimmungsresultat folgendes:

Unter 46 Firmen war in 2 Fällen Abwälzung nicht versucht worden, in 5 Fällen die Abwälzung vergeblich versucht worden, die übrigen 39 Firmen waren einig darin, daß die Warenhäuser von der Steuer nicht den geringsten Schaden haben würden und 20 von diesen Firmen äußerten sich dahin, daß die Fabrikanten gewiß die Steuer allein würden tragen müssen. In ähnlichem Sinne äußerte sich damals auch der Erzgebirgisch-Vogtländische Industrie-Verein, dem etwa 180 größere Fabrikanten angehören.

Waren diese Äußerungen damals noch mehr theoretischer Natur, weil man mit der Warenhaussteuer noch keine weitgehenden Erfahrungen gemacht hatte, so lieferte doch die Umfrage unseres Verbandes in diesem Jahre eine Bestätigung des damaligen Ergebnisses. Die Rundfrage unseres Verbandes, bei der präzis die Frage gestellt war, ob die Abwälzung erfolgt sei, hatte folgendes Ergebnis: unter 48 Fällen

war in 6 Fällen Abwälzung nicht versucht worden,
" " 7 " " vergeblich " "
" " 35 " " mit Erfolg " "

Von unseren Mitgliedern haben also von 48 Firmen 35 Firmen die Umsatzsteuer bezahlen müssen, und in dem Bezirk Plauen, der ja gerade diejenigen Industrien umfaßt, welche die Hauptartikel der Warenhäuser liefern, sahen vor Jahren von 46 Firmen 39 bereits voraus, daß sie wahrscheinlich die Warenhaussteuer würden zahlen müssen. Von 94 Fällen ist eine direkte Zurückweisung der versuchten Steuerabwälzung also nur in 21 Fällen möglich gewesen, in den übrigen Fällen hat die Industrie diejenige Steuer gezahlt, mit der die Regierung geglaubt hat, die Weiterentwickelung der Warenhäuser aufzuhalten und das Kleingewerbe zu schützen.

Welche Folgerungen haben wir aus diesem Ergebnis zu ziehen? Es bestätigt zunächst den übermächtigen Einfluß, den die Warenhäuser als große Auftraggeber haben. Ich habe einige Herren gefragt: „Weshalb sind Sie dem Verlangen nicht entgegengetreten?" Es haben auch einzelne Fabrikanten geantwortet: Die Fabriken sollten mehr Rückgrat zeigen und sich nicht von den Warenhäusern wie eine Zitrone ausquetschen lassen. Das waren aber solche Firmen, die mit Warenhäusern nicht in Beziehung standen. Andere haben gesagt: „Ich liefere an Warenhäuser jährlich für 150000 Mark oder für 200000 Mark, ich bekomme Barzahlung, auf solche Zahler kann ich nicht verzichten"; außerdem — das war das Übliche —: „wenn ich das Geschäft nicht mache, macht es ein anderer". Wenn es heißt: in so und so viel Fällen ist die Abwälzung vergeblich versucht worden, — so könnte es scheinen, als ob in diesen Fällen die Warenhäuser die Steuer nicht abgewälzt hätten. Das wäre sehr unrichtig. Ausdrücklich ist in mehreren Fällen, in denen die Übernahme der Steuer abgelehnt

wurde, bestätigt worden, daß die betreffenden Firmen die Warenhäuser dadurch als Kunden verloren hätten; anscheinend haben also auch hier andere Fabrikanten die Zahlung der Steuer schließlich übernommen. Wenn es heißt, die Fabrikanten sollten mehr Rückgrat zeigen, so muß man doch fragen, — wer soll für sie eintreten? Der einzelne Fabrikant kann es nicht, er steht allein und hat immer mit dem dumpfen Gefühle zu rechnen: wenn du heute darauf verzichtest, an das Warenhaus weiter zu liefern, so mußt du eben die bisherige Höhe des Absatzes an das Warenhaus aus deinem Geschäft aus deinem Umsatz streichen. Nun könnte man sagen: die Fachverbände sollen eintreten. Aber die meisten Fachverbände umfassen nicht einmal die Hälfte der in Deutschland existierenden Firmen der betreffenden Branche, und wenn selbst ein derartiger Fachverband die Mehrheit der Fachgenossen in sich vereinigte, so würde doch eine kleine Zahl von Outsiders genügen, um auch hier ein geschlossenes Vorgehen unmöglich zu machen. Unsere Fertigindustrie ist eben nicht stark organisiert, sie ist nur in seltenen Fällen durch Kartelle so geschützt, wie andere Industriegruppen, und ist infolgedessen viel abhängiger. Dann aber scheint auch tatsächlich mitgewirkt zu haben, daß die meisten Lieferanten auf die Geschäftsverbindung mit den Warenhäusern großen Wert legen. Von den 48 Warenhauslieferanten, die wir befragten, waren 44 Firmen damit einverstanden, daß unser Verband gegen die Warenhaussteuer Einspruch erhöbe. Da von denjenigen Industriellen, die mit Warenhäusern nicht zu tun haben, vielfach auf die Bedrückung der Industrie durch die Warenhäuser hingewiesen wurde, so haben wir an jene 48 Firmen noch einen zweiten Fragebogen geschickt, worin wir ganz besonders unter Bezug auf diese Klagen baten, uns reichhaltiges Material zu geben darüber, ob irgendwo, abgesehen vom Skonto, rigorose Bedingungen gestellt worden sind. Diese Frage ist in fast allen Fällen mit „Nein" beantwortet worden. In einzelnen Fällen, wo ein „Ja" war, wurde dieses nicht so genau definiert, daß man näheres ersehen konnte. Im allgemeinen ist wohl zutreffend, was die Plauener Handelskammer über die Berechnungen zwischen Industrie und Warenhäusern seinerzeit schrieb:

> „Namentlich dem kleinen Produzenten steht das Warenhaus als eine Macht gegenüber, die alles durchzusetzen vermag. Der Fabrikant, der seine Produktion

von Tag zu Tag vergrößert, ist auf den Massenabsatz an die Warenhäuser angewiesen. Solche umfangreichen Aufträge ermöglichen einerseits eine möglichst intensive und daher entsprechend billige Produktion, andererseits bietet der Verkehr mit den Warenhäusern nach Umfang, Stetigkeit und Übersichtlichkeit große Vorteile."

Nun muß die Frage aufgeworfen werden: woher nimmt der Industrielle die Steuer? Es existieren auch für ihn verschiedene Möglichkeiten, eine Abwälzung zu versuchen. Er kann den Extrarabatt in den Preis der Ware hineinzukalkulieren versuchen, und in einzelnen Fällen wird dies auch gelungen sein. Im allgemeinen wird aber seitens der Lieferanten geltend gemacht, daß eine derartige höhere Kalkulation nicht leicht sei, weil die Einkäufer der Warenhäuser im allgemeinen so gewiegte Geschäftsleute wären, daß ihnen eine derartige höhere Kalkulation ganz bestimmt von vornherein auffiele, und sich daher in solchen Fällen Differenzen mit den Warenhäusern ergäben.

Der Lieferant kann weiter versuchen, an der Qualität der Ware zu sparen, er kann auch die Qualität aller Waren vermindern. Selbstverständlich ist das auch von keiner der bestehenden Firmen zugestanden worden. Aber es ist auch anzunehmen, daß es nur in den seltensten Fällen geschehen kann, denn es steht dem auch hier entgegen, daß den branchenkundigen Einkäufern eine Verminderung der Qualität sofort auffallen würde.

Der Lieferant kann schließlich versuchen, durch höhere Aufschläge bei anderen Abnehmern den Minderverdienst bei der Lieferung an Warenhäuser wieder einzubringen. Aber auch wenn das vereinzelt vorgekommen sein mag, so ist es im ganzen doch als ausgeschlossen zu betrachten.

Wenn es demnach festzustehen scheint, daß nur in verhältnismäßig wenigen Fällen der Industrielle in der Lage ist, die Warenhaussteuer von sich aus abzuwälzen, dann wird man zugeben müssen, daß damit der Zweck der Steuer von vornherein verfehlt erscheint. Es mag sein, wie auch die Plauener Handelskammer ausgeführt hat, daß der Industrielle — und das wird das Wahrscheinliche sein — nicht die ganze Steuer trägt, daß die verschiedenen geltend gemachten Faktoren zusammenwirken, indem z. B. ein Teil auf die Warenhäuser entfällt, ein Teil von den Fabriken getragen wird, ein Teil durch Verringerung

der Qualität eingebracht, ein Teil auch vielleicht vom Abnehmer oder vom Publikum getragen wird. Ist das aber der Fall, abgesehen davon, daß der Anteil des Fabrikanten stets der größere sein wird, so kann von einer sozialpolitischen Wirkung der Steuer in der Richtung des Schutzes des kleinen Gewerbes oder der Hinderung der Warenhaus-Weiterentwickelung nicht mehr die Rede sein, dann wird die Steuer lediglich eine Geldquelle für Staat und Gemeinde.

Damit treten wir dann gleichzeitig in die Frage der Berechtigung der Steuer selbst ein. Die Steuer wurde herbeigeführt, wie ich einleitend sagte, durch das Verlangen des Kleinhandels und Kleingewerbes, die da hofften, mit Hilfe dieser Steuer die Weiterentwickelung der Großbazare unmöglich zu machen. Ob man das in der Begründung des Steuerentwurfes direkt zugegeben hat oder nicht, ist dabei gleichgiltig. Nun haben wir uns, seitdem wir den Freihandel überwunden haben, daran gewöhnt, daß der Staat nicht mehr lediglich Nachtwächter über Eigentum und Leben seiner Untertanen ist, sondern daß er auch die Pflicht hat, in das Wirtschaftsleben regulierend einzugreifen, um Auswüchsen entgegenzutreten. Er tut das in reichlichem Maße namentlich in seiner Zollpolitik, wo er die heimische, des Schutzes bedürftige Industrie vor übermächtiger ausländischer Konkurrenz zu schützen versucht: er hat es getan in seiner von sozialem Geiste erfüllten Arbeiterschutz-Gesetzgebung. Aber gerade auf dem Gebiete des Steuerwesens muß das Eine mit vollster Klarheit und Offenheit ausgesprochen werden, daß die Steuer wohl in ihrer Folge eine sozialpolitische Wirkung haben kann, daß aber dieses sozialpolitische Bedürfnis niemals das primäre sein darf. „Der materielle Grund zur Auflegung von Steuern liegt in der Anerkennung der Befriedigung von Gemeinbedürfnissen, welche sich als Aufgaben, Zwecke oder Wirkungskreis der öffentlichen Tätigkeiten darstellen", sagt Max von Heckel, und mit großer Entschiedenheit ist von anderer Seite, von Dr. Ehrhardt auch der Grundsatz ausgesprochen worden: „Eine Steuer ist keine Geldstrafe, sondern eine notwendige Maßregel zur Beschaffung der Mittel, die ein Staat oder eine Kommune gebraucht, um die Pflichten den Staatsangehörigen gegenüber zu erfüllen."

Nun hat aber in keinem einzigen Falle, in dem die Warenhaussteuer eingeführt ist, irgendein Finanzminister die Waren-

hausſteuer damit begründet, daß er ſagte: wir brauchen Geld, und deshalb kommen wir darauf, die Warenhäuſer zu beſteuern, — überall hat man vielmehr lediglich den ſozialpolitiſchen Grund: wir wollen die Entwickelung der Warenhäuſer aufhalten — in den Vordergrund geſtellt und damit gegen das Grundprinzip der Steuergeſetzgebung verſtoßen.

Ebenſo verſtößt eine derartige Steuer aber auch gegen den Geiſt jener Gewerbeordnung, welche ſeinerzeit für den Handel und die Induſtrie jede Betätigung freigegeben hat. Sie trägt den Charakter einer ausgeprägten Einzel-Sonderſteuer und hat ſchon aus dem Grunde etwas Ungerechtes an ſich, es gilt von ihr, was einmal ein Franzoſe in den Worten ausgeſprochen hat: On a découvert de nos jours qu'il y avait dans le monde de tyrannies légitimes et de saintes injustices, pourvu qu'on les exerçât au nom de la morale.

Gerade für die Induſtrie birgt aber die Anerkennung eines derartigen ſteuerpolitiſchen Geſichtspunktes die größten Gefahren. Auf der einen Seite wird man ſich ſagen können, daß es auch mit der Warenhausſteuer ſo geht, wie es mit anderen Steuern gegangen iſt. Der Appetit kommt beim Eſſen, und es gibt eine Menge Leute, die, weil die jetzige Beſteuerung die Warenhäuſer nicht vernichtet, eine höhere wünſchen. Dieſe höhere Belaſtung zahlt aber ſelbſtverſtändlich auch nicht das Warenhaus, ſondern ſie wird wahrſcheinlich zum großen Teile abermals abgewälzt werden auf die Induſtrie, und dieſe wird entweder die Qualität verringern müſſen zum Schaden ihres Anſehens oder gezwungen ſein, bei den Lieferungen an die Warenhäuſer faſt ohne Verdienſt zu arbeiten. Mit die größte Gefahr aber iſt, glaube ich, darin zu ſehen, daß gewiſſe Gemeinden den Verſuch machen werden, die Steuer auf alle Großbetriebe auszudehnen. Dieſer Verſuch iſt in Dresden bereits gemacht worden. Dort haben gewiſſe Kreiſe des Mittelſtandes ſeinerzeit einfach durchzuſetzen verſucht, daß der Beſteuerung alle diejenigen Betriebe im Kleinhandelsgewerbe unterliegen ſollten, welche einen Umſatz von mindeſtens 200 000 Mark jährlich hätten, und ein Entwurf dieſer für die Zeit vom 1. Januar 1901 ab geplanten „Gewerbeſteuerordnung" war bereits im Amtsblatte der Stadt Dresden veröffentlicht. Hier hatte man alſo ganz davon abgeſehen, zu definieren, was Warenhaus iſt, ſondern einfach geſagt: wer 200 000 Mark umſetzt, ſoll der Steuer unterliegen, und nur mit geringer Mehrheit wurde dieſer Antrag abgelehnt. Lediglich zur Abwehr jener Steuer wurde ſeinerzeit die Freie Vereinigung Dresdner Kaufleute und Induſtrieller gegründet, der eine große Anzahl bedeutender Induſtrie- und Handelsfirmen angehören, und die vor allem den Zweck hatte, zu verhindern, daß dieſer Antrag jemals Geſetz würde. Sollte der Fall eintreten, daß alle großen Geſchäfte, gleichgiltig, ob ſie Warenhäuſer ſind oder nicht, einer Umſatzſteuer unterliegen, ſo muß man annehmen, daß ſie dem Beiſpiel der Warenhäuſer folgen, ebenfalls an ihre Lieferanten herantreten werden und ſagen: ihr habt bisher den Skonto der Warenhäuſer getragen, ihr müßt auch uns einen Extrarabatt gewähren. Daß eine derartige Weiterentwickelung der Warenhausſteuer vielfach gewünſcht wird, kam bei den Beratungen über die Warenhausſteuer mehrfach zum Ausdruck. In der Zittauer Kammer äußerte z. B. ein Mitglied ganz offen, es ſei ſein Wunſch, daß die Umſatzſteuer auch auf die großen, ſich nur auf eine Warengruppe beſchränkenden Detailgeſchäfte ausgedehnt würde, und an ähnlichen Beſtrebungen wird es auch anderwärts nicht fehlen. Das würde aber die jetzige Lage der Induſtrie in dieſer Hinſicht nur noch verſchlimmern.

Eine andere Gefahr liegt darin, daß, wie durch die Warenhausſteuer der kleine Handel gegen die Gefahr der Warenhäuſer geſchützt zu werden verlangt, auch andere Erwerbsſtände kommen und den gleichen Schutz gegen eine ihnen unliebſame ſtarke Konkurrenz verlangen werden. Die Bierverleger können zum Staate ſagen: du haſt auch die Brauereien, wenn du ihnen nicht verbieten kannſt, direkt mit den Konſumenten durch den Flaſchenbierhandel in Verbindung zu treten, mit einer Steuer zu belegen! Die Schuhmacher könnten eine Fabrikſteuer für die Schuhfabriken verlangen uſw. Der Kreis derjenigen Fabriken, welche mit geringem Gewinn arbeiten, würde immer größer werden.

Faßt man dieſe verſchiedenen Momente zuſammen, ſo kommt man zu folgendem Ergebnis:

Die Induſtrie hat in ihrer Geſamtheit keinen Anlaß, die Warenhäuſer zu lieben, noch zu haſſen. Sie nimmt an den Vorzügen teil, die der Geſchäftsverkehr mit ihnen bietet, und leidet unter deſſen Nachteilen. Trotzdem muß ſie gegen das Prinzip der Sonderbeſteuerung der Warenhäuſer Einſpruch erheben, weil ſie erſtens in ihrem eigenen Intereſſe die Be-

rechtigung von Bestrebungen nicht anerkennen kann, welche ein Unternehmen deshalb treffen, weil es infolge seiner Größe anderen die Wettbewerbsfähigkeit erschwert, zweitens, weil dieses Prinzip der Sonderbesteuerung leicht auch in Konsequenz des weiter geführten Gedankens zu Besteuerungen von Industrieunternehmungen führen kann; drittens, weil die Steuer ihren Zweck nicht erreicht und nicht von denen getragen wird, welche getroffen werden sollen; weil aber viertens wohl die Gefahr vorliegt, namentlich wenn die Steuer auf alle großen Handelsunternehmungen ausgedehnt wird, daß die Abwälzung der Steuer auf die Industrie entweder deren wirtschaftliche Entwicklung hemmt oder die Qualität der Waren zum Schaden des Ansehens der deutschen Industrie überhaupt herabdrückt.

Ich glaube, daß diese Momente maßgebend sein müssen, um einmal, was bisher nicht geschehen ist, von seiten der Industrie auf die großen Gefahren hinzuweisen, welche die Warenhaussteuer-Gesetzgebung für die Industrie im Gefolge hat. Der Staat kann unmöglich in einer Weise, wie man es hier bei der Warenhaussteuer verlangt hat, als Regulator in unser ganzes Wirtschaftsleben eingreifen, durch Anziehen der Steuerschraube eine wirtschaftliche Entwicklung aufzuhalten versuchen. Was die Warenhäuser getan haben, daß sie gewisse Gruppen von Erwerbstätigen ablösen oder überflüssig machen, viele Existenzen gefährdet haben, das hat die Industrie ebenfalls in der verschiedenartigsten Weise getan. Sie hat auch vieles ausgeschaltet und vernichtet, was früher blühte, und Sie kennen vielleicht aus jenem modernen Gedicht die Anklage: „Mit Nägeln aus der Dampffabrik ward zu der Sarg geschlagen, der den verarmten Nagelschmied zu Grabe hat getragen.“ Aber derartige Opfer fordert fast jede wirtschaftliche Entwicklung; und sie müssen getragen werden, wenn eine Fortentwicklung in den Unternehmungsformen gegeben ist durch die gleichzeitige Entwicklung der gesamten Volkswirtschaft, wenn sie, wie in diesem Falle, nur neben vielen gleichartigen Entwicklungen auf anderen Gebieten nebenher geht. Von diesem Grundsatze darf man sich auch nicht durch mehr nebensächliche Begleiterscheinungen abbringen lassen, die von den Gegnern der Warenhausentwicklung gern in den Vordergrund der Betrachtung gestellt werden. Man macht den Warenhäusern den Vorwurf unlauteren Geschäftsgebahrens, unangemessener Reklame, unfairer

Geschäftstricks u. a. m. Soweit diese Vorwürfe ihre Berechtigung haben, werden sie getroffen durch das Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb, und wenn man dieses verschärfen will, so werden die Industriellen gewiß die letzten sein, die dem widerstreben. Wohl aber muß auch die Industrie andererseits Einspruch dagegen erheben, daß ein gewisser kleinlicher Zug des Hasses gegen die Entwicklung großer Unternehmungen großgezogen und der Staat zur Unterdrückung solcher Unternehmungen angerufen werde. Lassen Sie uns vielmehr dafür eintreten, daß wir im Innern des deutschen Wirtschaftsgebietes festhalten an denjenigen Grundsätzen freier Entwicklung, die nicht zum wenigsten dazu beigetragen haben, unseren Handel und unsere Industrie auf diejenige Höhe zu bringen, auf die stolz zu sein wir alle Ursache haben.

Der Zusammenschluß der deutschen Arbeitgeber.

Vortrag

gehalten auf der Generalversammlung des Verbandes Sächsischer Industrieller am 5. Dezember 1904 in Dresden.

Meine Herren! In der vorhin abgehaltenen Mitgliederversammlung haben Sie einstimmig gutgeheißen, das Arbeitsgebiet des Verbandes Sächsischer Industrieller dahin zu erweitern, daß er auch den Schutz berechtigter Arbeitgeberinteressen in sein Programm aufnehme und in Erfüllung dieses Programmes dem Verein Deutscher Arbeitgeberverbände in Berlin beitrete.

Der Zweck dieses Vortrags in der jetzigen allgemeinen und öffentlichen Versammlung soll darin bestehen, in kurzen Zügen die Gründe darzulegen, welche für unseren Verband maßgebend waren, um diesen Entschluß zu fassen.

Um diesen Beschluß als einen namentlich im Hinblick auf die Situation der sächsischen Industrie gebotenen anzusehen, ist es nötig, einen Blick auf das gegenwärtige Verhältnis der Organisationen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer zu werfen.

Wir haben heute bereits in Deutschland ein außerordentlich reiches Netz von industriellen Vereinen und Verbänden. Das Reichsamt des Innern hat im vorigen Jahre ein Verzeichnis der Vereine gewerblicher Unternehmer herausgegeben, in dem viele hundert Verbände verzeichnet sind. Ich nenne davon, um nur die größten zu erwähnen, den Zentralverband Deutscher Industrieller, den Bund der Industriellen, den Verband zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie und erinnere an die große Zahl von Fachverbänden, in denen sich die deutsche Industrie organisiert hat.

Allein in der Textilindustrie haben wir 52 Fachverbände, und es gibt wohl heute kaum eine zu Bedeutung im Wirtschaftsleben gelangte Branche, die es nicht für notwendig gefunden hätte, sich zu organisieren und ihre Mitglieder zur Wahrung der gemeinsamen Interessen zusammenzuschließen.

Neben den allgemeinen Verbänden, die über ganz Deutschland sich erstrecken, bestehen die nach Provinzen oder Staaten abgegrenzten Verbände: der Verband ostdeutscher Industrieller, der Verband der Industriellen von Pommern, der bedeutsame Verein zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen von Rheinland und Westfalen, der Verband Bayrischer Industrieller und unser Verband Sächsischer Industrieller, der unter diesen Genannten jetzt nach der Zahl seiner Mitglieder die unbestritten erste Stelle einnimmt.

Groß ist ferner die Zahl der lokalen Industrievereine, die namentlich im Königreich Sachsen den Typus der Organisation bilden, so die Fabrikantenvereine von Crimmitschau, Werdau, Lengenfeld, Großenhain, Plauen, Hohenstein-Ernstthal u. a.

Alle diese Verbände vertreten in erster Linie oder ausschließlich die wirtschaftlichen Interessen ihrer Mitglieder. Demgegenüber ist die Zahl derjenigen Verbände, die von Industriellen gegründet worden sind, um speziell den Schutz der Arbeitgeberinteressen wahrzunehmen, nur eine verhältnismäßig kleine und begrenzte.

In denjenigen Gebieten, die hauptsächlich von großen Streiks bedroht sind, in Berlin und Hamburg, sowie seiner Nachbarstadt Harburg, finden Sie zwar seit dem Jahre 1899 solche Vereinigungen. In Hamburg ist es der Verein der Arbeitgeber von Hamburg-Altona, der sowohl die dortigen Industriellen, als auch die Handwerker in sich begreift. In Berlin besteht der Verein der Arbeitgeberverbände von Berlin und Umgegend und der Verein der Berliner Metallindustriellen. Immerhin aber sind das nur ganz vereinzelte Gründungen, deren Entstehen dadurch gekennzeichnet ist, daß speziell in diesen Gebieten, den Brennpunkten der gewerblichen Organisation und der Lohn- und Interessenkämpfe, naturgemäß ein solcher Zusammenschluß am ersten zur Notwendigkeit werden mußte.

Von den Fachindustrien hat dagegen bisher hauptsächlich nur die Metallindustrie und ein Teil der Textilindustrie einen solchen Zusammenschluß versucht.

Der Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller ist Ihnen allen bereits bekannt. Er trägt den ausgesprochenen Charakter eines Arbeitgeberverbandes an sich und sieht sein Ziel hauptsächlich darin, durch ein großes Netz von Arbeitsnachweisen die Interessen seiner Mitglieder in bezug auf die Arbeitgeberfragen, die Einstellung von Arbeitern ꝛc. zu wahren. Er hat zehn Arbeitsnachweise eingerichtet: in Berlin, Braunschweig, Chemnitz, Dresden, Leipzig, Halle, Hamburg, Hannover, Lübeck und Magdeburg.

Neben der Metallindustrie hatte sich bisher die sächsische Textilindustrie in dem Chemnitzer Verein von Arbeitgebern der Sächsischen Textilindustrie zusammengeschlossen, und nach dem Crimmitschauer Streik ist ein Verband Deutscher Textilindustrieller gegründet worden, der sich zum Beruf macht, dasjenige, was Chemnitz für die Sächsische Textilindustrie erstrebt hat, auf die gesamte deutsche Textilindustrie auszudehnen.

Endlich hat dasjenige Gewerbe sich zusammengeschlossen, das in ganz besonderer Weise durch Streiks bedroht ist, nämlich das Braugewerbe. Dem Braugewerbe gegenüber, ebenso wie der gesamten Nahrungsmittelindustrie, hat ja die Arbeiterschaft nicht nur das Mittel des Streiks, sondern das vielleicht viel mehr zwingende, verderblich wirkende Mittel des Boykotts in der Hand und hat davon schon wiederholt Gebrauch gemacht. Dementsprechend ist auch der Verband des Braugewerbes ein Schutzverband gegen Verrufserklärungen.

Angesichts der Bedeutung der deutschen Industrie und bei der außerordentlich großen Zahl von verschiedenen Branchen in unserem deutschen Wirtschaftsleben läßt die bisherige Vereinzelung des Zusammenschlusses zu Arbeitgeberverbänden erkennen, daß verhältnismäßig nur sporadisch, nur aus bestimmten Verhältnissen heraus geboren, der Gedanke in den Fabrikanten entstanden ist, sich zusammenzuschließen, um ihre Fabrikanteninteressen, um die Interessen, die sie als Geber von Arbeit gegenüber den Arbeitnehmern haben, wahrzunehmen.

Wie ist auf der anderen Seite die Organisation der Arbeiterschaft vor sich gegangen?

Das Vorbild der gewerkschaftlichen Organisation liegt nicht auf deutschem, sondern auf englischem Boden. Ebenso wie unsere großen genossenschaftlichen Gründungen, die jetzt so sehr emporgewachsenen Konsumvereinsbildungen, wie die Bildung

von Beamten-Einkaufsvereinen und dergleichen, ihr Vorbild in England gesucht haben, wie dort die ersten Warenhäuser nicht den Charakter privater Unternehmungen, sondern den Charakter von Ein- und Verkaufsvereinigungen eines besonderen Berufsstandes hatten, so hat auch die gewerkschaftliche Arbeiterbewegung ihr Vorbild in England gefunden.

In England, das weit früher als Deutschland überwiegender Industriestaat war, sind naturgemäß auch diejenigen Fragen schon früher hervorgetreten, die heute in anderen Ländern im Brennpunkte des Interesses stehen.

Schon Macaulay hat 1847 im englischen Parlament in seiner groß angelegten Rede „On Education", mit der er für die Einführung von staatlichen Volksschulen zum Zwecke der Abschaffung der damaligen Freiheit des Einzelnen, seine Kinder in Privatschulen zu schicken, eintrat, auf die Arbeiterbewegung hingewiesen und klagt, das englische Volk sei so sehr in Unbildung aufgewachsen, daß der Arbeiter seinen Feind in der Maschine sehe. Die Bewegungen der Arbeiter, die damals in der Zerstörung von Maschinen zutage traten, sind in dieser Form allerdings nicht wieder in die Erscheinung getreten. Vielmehr lenkte später in England die soziale Bewegung in geordnete Bahnen, und wir haben seit dem Jahre 1860 in England den Typus der gewerkschaftlichen Organisation, die heute in Deutschland ebenfalls sich zu einer großen Macht entwickelt hat.

Nach Aufhebung der Koalitionsverbote (1824) wurden die bekannten Trade-Unions mehr und mehr zu festen Organisationen, und schon im Jahre 1864 hat in England die erste Konferenz von Gewerkschaften stattgefunden. Seit dem Jahre 1899 ist ein allgemeiner Gewerkschaftsverband unter dem Namen „General Federation of trade unions" gebildet worden. Die Beiträge, welche seitens der englischen Gewerkschaften von allen Mitgliedern gefordert werden, sind außerordentlich hoch und betragen 1 Schilling bis $1^1/_2$ Schilling pro Woche: bei langandauernden Streiks hat man schon bis zu 12 Mark wöchentlich von den Mitgliedern erhoben.

Nach den statistischen Unterlagen in einer Broschüre von Dr. Kuhlo: „Auf dem Wege zum Deutschen Arbeitgeberbunde" besaßen die englischen Gewerkschaften im Jahre 1897 1300 Vereine mit 1600000 Mitgliedern, inzwischen ist

diese Zahl auf 1 900 000 gestiegen, die Metallindustriellen hatten 272, die Textilindustrie 244 Vereine.

Welche finanziellen Mächte in diesen Gewerkschaften vorhanden sind, mögen nur die Summen anzeigen, die vom Jahre 1892 bis 1903 seitens der 100 bedeutendsten englischen Gewerkschaften ausgegeben wurden — für Streiks 76 Millionen, für Unterstützungen 374 Millionen, für Verwaltungskosten 76 Millionen. Das Vermögen der Gewerkschaften beziffert sich auf über 100 Millionen Mark, die jährlichen Einnahmen auf über 40 Millionen Mark.

Der Einfluß, den die englischen Gewerkschaften auf die wirtschaftliche Entwicklung der englischen Industrie ausüben, ist im vorigen Jahre in den Mittelpunkt des Interesses gerückt worden durch eine Serie von Artikeln, die in dem sehr angesehenen und wohl auch heute noch führenden Blatte der englischen Presse, der „Times" erschienen sind. Diese Artikel hatten die bezeichnende Überschrift: „Die Krisis in der englischen Industrie". Aus ihnen geht hervor, daß heute am Anfange des zwanzigsten Jahrhunderts in den englischen Gewerkschaften ähnliche Strömungen, wenn auch in verfeinerter, mehr systematisch durchdachter Form wieder auftreten, wie sie zu Macaulay's Zeiten zum Ausdruck gekommen waren. Die rohe Wut der Arbeiter zerschlug damals die Maschinen, von der Empfindung getragen: „Die Maschinen sparen Arbeitermaterial, sie machen dich brotlos, sie setzen dich auf die Straße!"

Heute wissen die Gewerkschaften in England den Einfluß arbeitssparender Maschinen dadurch hintanzuhalten und gewissermaßen illusorisch zu machen, daß sie — Sie haben das Wort gewiß oft schon gehört — Cacany-Politik treiben, d. h. eine Politik des Sichzeitlassens bei ihren Arbeiten.

Freiherr von Reiswitz, der durch seine „Cacany"-Broschüre die Aufmerksamkeit Deutschlands auf diese Zustände gelenkt hat, zitiert in seiner Schrift Beispiele aus jenen Aufsätzen, die — soweit ich dies verfolgen konnte — keine durchschlagenden und ernsthaften Widerlegungen gefunden haben. Bekannt ist das von ihm angeführte Beispiel der täglichen Arbeit eines Maurers. Vor zehn Jahren legte ein Maurer 1000 Steine pro Tag, früher etwa noch 1200, heute dagegen 400. So wurde ein Arbeiter abgeschoben, dem nachgewiesen war, daß er 434 Ziegel an einem Tage gelegt hatte. In den Satzungen

der Friendly Society of Iron Founders wird jedes Mitglied laut § 7 der Satzungen mit einer Strafe von 2 Schilling 6 Pence bedroht, welches duldet, daß ein anderer Arbeiter seine Arbeit in kürzerer Zeit erledigt, als es bis dahin Usus war. Klassisch sind auch die Satzungen der Kesselmacher-Genossenschaft, welche jedes mit „unvorschriftsmäßigem Eifer" arbeitende Mitglied mit 5 Schilling Strafe bedroht.

Einem jeden Mitglied der Genossenschaft wird vorgeschrieben, wieviel er am Tage zu leisten vermag. Wagt er, über diese Vorschrift hinauszugehen, so kann er nicht Mitglied der Genossenschaft bleiben, und wer nicht mehr Mitglied der Genossenschaft ist, für den ist vielfach die frühere Existenzmöglichkeit in seiner Branche nicht mehr vorhanden. Ebenso wie in Deutschland und anderwärts üben die dortigen Gewerkschaften insofern einen außerordentlichen Terrorismus auf die ganze Arbeiterschaft aus, als sie in denjenigen Fabriken, in denen eine große Anzahl der Gewerkschaftsmitglieder arbeitet, sofort die Forderung stellen, „Nichtgewerkschaftler werden nicht angenommen" und so diese Leute von Fabrik zu Fabrik, von Stadt zu Stadt treiben, bis sie schließlich vor die Wahl gestellt sind, ihre Überzeugung zu verleugnen und um des Broterwerbes willen schließlich Mitglieder der Gewerkschaft werden.

Noch deutlicher wie bei der absichtlichen Verminderung des täglichen Arbeitsquantums zeigt sich bei der heute doch wahrscheinlich an sich sehr intelligenten und vorwärts strebenden englischen Arbeiterschaft ein Parallelismus mit dem früheren — wie man annehmen sollte — überwundenen Zustande darin, daß die Gewerkschaften auch heute noch vielfach Protest einlegen gegen die Einführung arbeitssparender Maschinen, daß sie genau die Zahl der Lehrlinge vorschreiben, die in den Fabriken angestellt und beschäftigt werden dürfen, und daß sozusagen die Vergrößerung eines Betriebes in der englischen Industrie in manchen Fällen weniger von dem Willen des Fabrikleiters, als dem der Gewerkschaft bezw. der Arbeiterkommission abhängig ist. Dabei ergeben sich noch die größten Übelstände durch die Eifersucht der Gewerkschaften untereinander. Wie unter der Herrschaft des Befähigungsnachweises die Zünfte genau die Abgrenzung des Arbeitsgebietes der einzelnen Handwerke beobachteten, so heute die englischen Gewerkschaften. Oft entstehen Streiks dadurch, daß zwei Gewerkschaften sich nicht

darüber einigen können, welche Kategorie von Arbeitern eine bestimmte Arbeit ausführen soll. Andererseits wenden starke Gewerkschaften gegen schwächere den Arbeitsboykott in der Weise an, daß sie von den Arbeitgebern verlangen, sie sollten nur Mitglieder ihrer Gewerkschaft beschäftigen und diejenigen der anderen Organisation entlassen, was ebenfalls zu fortgesetzten Reibungen und Streiks führen muß.

Die „Times" führt die außerordentlichen Erfolge, welche die deutsche Industrie auf dem Weltmarkte errungen hat, auf diese Ausschreitungen der englischen gewerkschaftlichen Organisation zurück, weil die deutsche Industrie einer derartigen Macht noch nicht gegenüberstände. Sie glaubt die Ursache des langsamen Zurückdrängens Englands von manchen Gebieten, auf denen es früher die Alleinherrschaft hatte, darin finden zu müssen, daß diejenigen, die kraft ihrer kaufmännischen Intelligenz und ihrer Tatkraft wohl in der Lage wären, alle Konjunkturen auszunutzen, um ihre Geschäfte in die Höhe zu bringen, sich gleichsam in Fesseln gelegt sehen, weil sie ihre Absichten nicht ausführen und Verbesserungen, soweit dadurch eine größere Anzahl von Arbeitern überflüssig würden, nicht durchführen könnten; und es wurde in dem Artikel die Sorge ausgesprochen, daß diese Verhältnisse einmal zu einer großen Krisis in der englischen Industrie führen könnten.

In den Vereinigten Staaten — wenn ich mich lediglich auf diese beiden uns industriell am meisten interessierenden Auslandsstaaten beschränken darf — soll heute die Zahl der organisierten Arbeiter zweieinhalb Millionen betragen. Einen Terrorismus der Gewerkschaften, wie in England, hat man bis heute noch nicht gekannt. Schon heute aber hören wir auch Stimmen von Volkswirten und angesehenen Schriftstellern, die uns mitteilen, daß auch dort ähnliche Verhältnisse wie in England leicht eintreten können, sobald die Gewerkschaften sich stark genug fühlen werden, ihre Ideen in die Praxis durchzuführen.

Lassen Sie uns hiernach den Blick auf Deutschland lenken! In Deutschland ist die Organisation der Arbeiter im Anfange von bürgerlicher Seite begründet und gefördert worden. Die Führer der Fortschrittspartei waren es, welche, um die Ausbreitung der sozialdemokratischen Gesinnung in der Arbeiterschaft zu verhindern, die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine begründeten. Nicht im Gegensatz, sondern zusammen mit den

Fabrikanten etwaige Differenzen zwischen beiden Teilen beizulegen, Einigungsämter anzurufen und möglichst jeden Streik zu verhindern, war bis in die letzten Jahrzehnte hinein ihre Losung.

Inzwischen hat sich auch in ihnen eine radikalere Richtung mehr und mehr durchzusetzen gewußt. Der früher für jedes eintretende Mitglied als verbindlich angesehene „Revers", worin der Eintretende zu erklären hatte, daß er nicht zur sozialdemokratischen Partei gehöre, ist von verschiedenen Sachvereinen fallen gelassen worden und damit auch diejenige Schranke, welche die Gewerkvereine gegen die sozialdemokratischen Gewerkschaften nicht nur äußerlich, sondern auch der Auffassung vom Zwecke der Organisation nach abschloß. Es ist deshalb auch zu erwarten, daß die Gewerkvereine, welche gegenwärtig gegen 110000 Mitglieder zählen, und bisher ihre Hauptaufgabe darin sahen, ihren Mitgliedern durch ihre sehr gut entwickelten Unterstützungskassen jede Art von Hilfe zu leisten, künftig mehr als bisher den Charakter von Streikvereinen zeigen werden, wenn auch durch die heftige, vielfach terroristische Bekämpfung, denen sie seitens der Gewerkschaften ausgesetzt sind, ihre Eigenart am ehesten gewahrt bleiben wird.

Stellen diese 110000 Mitglieder der Gewerkvereine nur einen prozentual unbedeutenden Teil der gesamten deutschen Arbeiterschaft dar, so müssen dagegen die Ziffern der sozialdemokratischen deutschen Gewerkschaften eine äußerlich imponierende Wirkung ausüben. Hand in Hand mit dem Wachstum der sozialdemokratischen Partei, die sich bei den letzten Reichstagswahlen stolz als „Drei-Millionen-Partei" bezeichnete, ist auch die Entwicklung dieser Gewerkschaften gegangen. Die Zahl der in ihnen organisierten Arbeiter dürfte von einer Million nicht mehr weit entfernt sein. Vor kurzem war beispielsweise im „Vorwärts" zu lesen, daß die Vereinigung der Metallarbeiter jetzt 200000 Mitglieder zähle, während sie vor zwei Jahren erst eine Mitgliederzahl von 126000 hatte. In einem verhältnismäßig kurzem Zeitraume ist es also einer einzigen Organisation gelungen, ihre Mitgliederzahl um etwa 80000 Mitglieder zu vermehren.*)

*) Ende 1909 zählte die Gewerkschaft der Metallarbeiter 365270 Mitglieder, die Zahl der organisierten Maurer belief sich auf 171337, die der Holzarbeiter auf 148942, der Fabrikarbeiter auf 135946, der Bergarbeiter auf 113328.

Wir können deshalb annehmen, daß die Zeit nicht mehr so fern ist, wo die erste Million der organisierten Gewerkschafter erreicht ist. Den größten Mitgliederbestand stellt der Metallarbeiterverband dar, aber auch andere Berufe, namentlich Maurer und Holzarbeiter, haben Zahlen von 100 000 und 70 000 Mitgliedern aufzuweisen, die inzwischen wahrscheinlich auch überholt sind.

Prozentual beträgt die Zahl der organisierten Arbeiter nach den vorjährigen Aufstellungen 20 Prozent. Am größten ist die Zahl der organisierten Buchdrucker, deren Organisation 90 Prozent aller Buchdrucker umfaßt.

Wenn die Kräfte der deutschen Gewerkschaften auch keinen Vergleich aushalten mit denjenigen ihrer englischen Schwesterorganisation, so haben doch auch die deutschen Gewerkschaften über Mittel zu verfügen, die wohl keinem wirtschaftlichen und industriellen Verbande auch nur annähernd zur Verfügung ständen. Es betrugen im letzten Jahre die Einnahmen der deutschen Gewerkschaften 16 Millionen Mark, die Ausgaben ungefähr 15 Millionen, der Kassenbestand 12½ Millionen Mark.*) Im Jahre 1902, für welches spezialisierte Zahlen zur Verfügung stehen, wurden für Streikunterstützungen 2 Millionen Mark ausgegeben, für Arbeitslosenunterstützung über 1½ Millionen Mark, für Unterstützung von Gemaßregelten, für Unterstützungen zu Reisen, für Kranken- und Invaliditätsunterstützungen über 2½ Millionen Mark, für Agitation 400 000 Mark und allein für Gehälter und Verwaltungskosten 518 000 Mark.

Meine Herren! Sie gehören selbst den verschiedensten Industriezweigen an und sind selbst wahrscheinlich auch in den verschiedensten Industrieverbänden Mitglieder. Ich bitte Sie, mir einen einzigen Verband zu nennen, der auch nur annähernd über ähnliche Mittel verfügen könnte! Die Arbeitgeberverbände, welche direkt Fonds ansammeln zur späteren event. Unterstützung

*) Im Jahre 1909 betragen bei den freien Gewerkschaften die Einnahmen 50 529 114 Mark, die Ausgaben 46 264 031 Mark, der Vermögensbestand 43 480 932 Mark. Die christlichen Gewerkschaften hatten eine Einnahme von 4 612 920 Mark und ein Vermögen von 5 365 338 Mark, die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine eine Einnahme von 2 806 220 Mark und einen Vermögensbestand von 1 864 398 Mark. Dabei ist aber das Vermögen der Krankenkasseneinrichtungen der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine nicht mitgerechnet.

von Arbeitgebern, haben, soviel mir bekannt ist, ebenfalls nur Einnahmen, die auch noch nicht einen kleinen Prozentsatz von diesen 12½ Millionen repräsentieren, welche den Gewerkschaften zur Verfügung stehen.

Neben den Gewerkschaften bestehen noch die erwähnten Organisationen der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine mit 110 000 Mitgliedern und dann die Christlichen Gewerkschaften, die unter Zentrumseinfluß stehend, namentlich im Bergrevier über große und leistungsfähige Organisationen verfügen und gegen 200 000 Mitglieder zählen dürften. Zu erwähnen sind dann noch die Evangelischen Arbeitervereine, die aber nicht gewerkschaftlichen Charakter haben und mehr Unterstützungsvereine sind. Rein gewerkschaftlich sind mithin etwa 1¼ Million deutsche Arbeiter organisiert.*)

Aus dieser Gegenüberstellung ergibt sich, daß bisher die Arbeiter von dem Koalitionsrecht einen viel größeren Gebrauch gemacht haben, als die Arbeitgeber — soweit es sich um die Frage des Einflusses der Bestimmung auf die Arbeitsverhältnisse handelt.

Durch diese verschiedenartige Stärke der beiderseitigen Organisationen ist auch der Einfluß sehr ungleich verteilt. Die öffentliche Meinung wird allerdings vielfach sagen: es ist verständlich, daß sich die Arbeitgeber nicht organisieren, sie haben nicht das Bedürfnis dazu, denn sie stellen an sich die größere Macht dar!

Es ist ganz eigenartig, wie sich in der Meinung unserer intellektuellen und gebildeten Kreise oft vollständig schiefe Urteile finden über dasjenige, was sich auf Streiks, Boykotts, überhaupt auf das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitern bezieht. In jedem Streik, der irgendwo entsteht, sieht im allgemeinen, von wenigen Ausnahmen abgesehen, die öffentliche Meinung eine berechtigte Bewegung der armen abhängigen

*) Die in diesem Vortrag gegebenen Ziffern sind durch die inzwischen vor sich gegangene Entwicklung noch weiter in dem Sinne fortschreitender Organisierung gestiegen. Ende 1909 zählten die freien (sozialdemokratischen) Gewerkschaften 1 832 667, die christlichen Gewerkschaften 280 061, die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine 108 028 Mitglieder. Neu entstanden waren als antisozialdemokratische Organisation die sogenannten „gelben" Gewerkschaften mit 71 346 Mitgliedern. In unabhängigen Vereinen waren weiter 236 132 Arbeiter organisiert.

Arbeiter gegen die reichen, über Hunderttausende verfügenden Fabrikanten, welche nicht gesonnen sind, auch nur ein Titelchen von ihrer Macht und ihrem Reichtum an die Arbeiter abzugeben. Man denkt nicht daran, daß die Rechnung vielfach eine ganz andere ist, daß der mit seinem geschäftlichen Risiko, mit den auszuführenden Bestellungen rechnende einzelne Industrielle mit oft nicht großen Mitteln sich gegenübersieht einer Gewerkschaft, welcher es nicht darauf ankommt, für Machtkämpfe Zehntausende, ja Hunderttausende auszugeben, der er keine auch nur annähernd gleichen Hilfsmittel gegenüberzustellen vermag.

Wir haben im vorigen Jahre einen Streik gehabt, der das recht deutlich zeigte. In 12—15 Fabriken einer Nachbarstadt von Dresden war ein Streik ausgebrochen. Die dortigen Fabrikanten beschäftigen im Durchschnitt etwa 10—15 Arbeiter. Dieser Streik, der 16 Wochen andauerte, weil sich die Fabrikanten außerstande erklärten, alle Forderungen in bezug auf Verkürzung der Arbeitszeit und Erhöhung der Löhne zu genehmigen, soll der Gewerkschaft der holzindustriellen Arbeiter an 25000 Mark gekostet haben. Wo standen demgegenüber auf Seiten der Fabrikanten auch nur annähernd gleiche Mittel, um ihren Berufsgenossen in ähnlicher Weise beizuspringen und sie für die eintretenden geschäftlichen Verluste schadlos zu halten?

Dazu tritt noch ein anderes Moment. Der genossenschaftlich organisierte Arbeiter, der in einen Streik eintritt, setzt im besten Falle auf das Spiel, daß er während der Zeit des Streikes als Risiko die Differenz zwischen seinem üblichen Arbeitslohn und derjenigen Unterstützung, die er von der Gewerkschaft erhält, tragen muß. Geht der Streik verloren, so wird ihn in den meisten Fällen nichts anderes treffen, als daß er zu denselben Bedingungen weiter arbeitet wie bisher, denn selten haben die Fabrikanten den Sieg in der Weise ausgenutzt, daß sie etwa eine Verkürzung der Arbeitslöhne eintreten ließen.

Gelingt es ihm wirklich nicht, wieder Arbeit zu erlangen, weil seine Stelle durch Arbeitswillige besetzt ist, oder weil der Fabrikant nicht mehr die früheren Aufträge hat, um die gleiche Anzahl Arbeiter wie vor dem Streik zu beschäftigen, so tritt für ihn die Gewerkschaftskasse ein, indem sie ihm Arbeitslosenunterstützung zahlt. Sie bezahlt ihm ebenso die Kosten zur

Uebersiedlung in eine andere Stadt, wenn er dort andere Arbeit erhält. Im wesentlichen also steht für ihn als materielles Risiko nur der vorher gekennzeichnete Lohnausfall auf dem Spiele.

Für den Fabrikanten aber handelt es sich nicht etwa darum, daß ihm während der Dauer des Streiks der Geschäftsgewinn entgeht, er muß damit rechnen, daß diese oft sehr lange Zeit von seiner Konkurrenz ausgenutzt wird, um in seinen Kundenkreis hineinzukommen und daß er dadurch der Geschäftsverbindungen verlustig geht, die anzuknüpfen ihm Jahre der Arbeit und Anstrengung gekostet hat.

Die Crimmitschauer Industrie hat sich wahrscheinlich in dieser Beziehung bis heute noch nicht von dem Schlage erholt, welchen ihr der Streik gebracht haben.

Zu den besten Kunden der Fabrikanten gehören die sogenannten „alten" Kunden, die durch Tradition und Gewohnheit mit einer bestimmten Firma in Verbindung stehen. Nun gerät die liefernde Firma in einen Streik. Sie kann vielleicht ein Vierteljahr lang nicht liefern. Da kommt der Geschäftsreisende einer anderen Firma mit neuen Mustern und Offerten. Der Kunde gewinnt daran Interesse, der neue Lieferant setzt alles daran, um ihn zu gewinnen, und es entspinnen sich neue Beziehungen, die ohne den Streik unmöglich gewesen wären. Wenn dann der alte Lieferant wiederkommt und sagt: „Der Streik ist zu Ende; ich kann wieder liefern", so ist seine Kundschaft zum Teil auf lange Zeit versorgt, oder aber er ist überhaupt aus seiner Kundschaft herausgedrängt worden und muß gleichsam von neuem um das Vertrauen seiner Kundschaft werben.

Es kann auch der Fall vorkommen, daß in einer Saisonindustrie der Streik zur eigentlichen Saisonzeit ausbricht, nach Beendigung des Streiks ist dann die Saison und das Hauptgeschäft vorüber. Unter allen Umständen ist also das Risiko für den Arbeitgeber bei derartigen Streiks ein ganz anderes, als für den Arbeiter, und schon dadurch ist er von vornherein in eine viel ungünstigere Lage versetzt als die Mitglieder einer Gewerkschaft, die in einen Streik eintreten.

Trotz alledem, trotz der bisher schon ausgeführten großen Anzahl von Streiks, haben die deutschen Arbeitgeber im allgemeinen dem Verlangen nach Bildung einer großen Streikabwehr-Organisation bis jetzt teilnahmlos gegenüber gestanden.

Da kam der Kampf in Crimmitschau, der ja so viele Wochen die öffentliche Meinung hier in Sachsen und darüber hinaus in Atem gehalten hat, der über diese Stadt und auch einen ganzen Zweig der sächsischen Industrie außerordentlich viel Unglück gebracht hat. Dieser Riesenstreik, bei dem es sich um den Kampf eines ganzen Produktionsgebietes, eines für die sächsische Textilindustrie bedeutsamen Ortes handelte, zeigte den deutschen Arbeitgebern, welche Hilfsmittel den Gewerkschaften zur Durchführung einer von ihnen vertretenen Idee zur Verfügung standen, aus wie vielen verschiedenen Quellen die Unterstützung floß, um dafür zu sorgen, daß hier in dieser Ecke Sachsens der Kampf mit den Arbeitgebern um den Zehnstundentag in der Textilindustrie ausgefochten würde.

Der Kampf in Crimmitschau hat der Arbeiterschaft wohl über eine Million gekostet und trotzdem konnte ein Führer der Gewerkschaften wenige Wochen vor Beendigung des Kampfes noch mit Stolz sagen, daß die Gewerkschaftskasse als solche noch nicht in Mitleidenschaft gezogen worden wäre. Diese ganzen kolossalen Summen, die für die Industriellen aufzubringen die größte Opferwilligkeit unserer deutschen Industrie voraussetzen würde, sind zum größten Teil durch die Aufrufe in der sozialdemokratischen Presse und durch außerordentliche Beiträge der organisierten Sozialdemokratie aufgebracht werden!

Die sozialdemokratische Partei sucht nach außen hin oft die Fiktion aufrecht zu erhalten, als wenn sie und die Gewerkschaften etwas ganz Verschiedenes wären. Wer aber die sozialdemokratische Presse regelmäßig liest und wer ihre Stellungnahme z. B. bei dem Crimmitschauer Streik beobachtet hat, der kann darüber gar keinen Zweifel hegen, daß hier vielmehr ein ganz inniger Zusammenhang besteht.

Vor kurzem hat noch die sozialdemokratische Partei jeden Genossen für unfähig zur Bekleidung eines Ehrenamtes erklärt, der nicht gewerkschaftlich organisiert sei; und daß man einen derartigen Kampf, der ja im Grunde die Gewerkschaften anging, gar nicht von diesen finanziell ausfechten läßt, sondern daß man die sozialdemokratische Parteiorganisation — denn davon ist doch die Presse ein Teil — dazu benutzt, um die Streikgelder nach Crimmitschau zu lenken, das zeigt, daß hier in dieser Frage, wie in anderen, die ganze sozialdemokratische Parteiorganisation mit den Gewerkschaften zusammen stand,

um die Sache zum Austrag zu bringen. Diese Tatsache bewirkte, daß in den wenigen bestehenden Arbeitgeberverbänden, daß aber weiter auch in den bestehenden wirtschaftlichen Verbänden die Frage auftauchte: „Können denn die Arbeitgeber nicht etwas ähnliches schaffen, wie es die Gewerkschaften sind? Gibt es denn für sie nicht auch prinzipielle Fragen, die nicht allein entschieden werden für Crimmitschau oder für Werdau oder irgend einen einzelnen Ort, sondern die für die ganze deutsche Industrie von Bedeutung werden? Gibt es angesichts dieser großen prinzipiellen Fragen nicht eine Organisation der deutschen Arbeitgeber, die es dann für nötig hielte, mit allen Mitteln die dem deutschen Unternehmertum zur Verfügung stehen; den Gewerkschaften etwas gleichartiges an die Seite zu setzen?

Dazu kam noch eines und ich lege darauf das Hauptgewicht bei der nun erfolgten Gründung der Hauptstelle des deutschen Arbeitgeberverbandes und des Vereins deutscher Arbeitgeberverbände.

Mit erschreckender Deutlichkeit hat sich gerade bei dem Kampfe in Crimmitschau gezeigt, wie einseitig die öffentliche Meinung sich beeinflussen ließ, wie es bis in alle bürgerlichen Kreise hinein von vornherein nur eine einzige Parteinahme für die Crimmitschauer Arbeiter gab, ohne daß auch nur ein größerer Teil der bürgerlichen Presse sich die Mühe gab, die Verhältnisse eingehend und vorurteilsfrei zu prüfen. Nicht darauf allein kommt es an, ob der achtstündige Arbeitstag besser ist als der zehnstündige oder der elfstündige — es wird viele Fabrikanten geben, die gern damit angefangen und ihn eingeführt hätten, wenn auf Grund der für sie maßgebenden Kalkulation irgendwelche Möglichkeit dazu wäre —, sondern es muß doch, selbst wenn die erste Frage allgemein zu bejahen sein würde, die zweite Frage gestellt werden, ob derjenige Teil der Arbeitgeber, an den die Forderung herantritt, auch in der Lage ist, unter den obwaltenden Verhältnissen die Forderungen zu bewilligen.

Diese Frage aber schied bei der Diskussion über Crimmitschau für manche Kreise einfach aus. Man argumentierte lediglich: „Hier wird gekämpft für eine Verkürzung der Arbeitszeit; diese Verkürzung ist wünschenswert. Dem Arbeiter bleibt alsdann Zeit sich weiter fortzubilden, er hat dann in seiner

freien Zeit Gelegenheit, sich auf eine höhere Stufe der Kultur zu bringen und diese Arbeitgeber, die wollen das nicht bewilligen, die wollen die Leute bloß ausquetschen wie eine Zitrone."

Man ist sogar soweit gegangen, nicht in bürgerlichen Blättern, aber im „Vorwärts", daß man wagte, solche Worte in die Oeffentlichkeit zu schleudern, daß die Villen der Fabrikanten erbaut seien auf den Knochen der verhungerten Arbeiter!

Demgegenüber muß auch einmal der große Kreis unserer Gebildeten darauf aufmerksam gemacht werden, daß eine solche Frage, wenn sie an die Arbeitgeber herantritt, nicht nur entschieden werden kann nach dem Wohlwollen für die Arbeiter, sondern daß dafür maßgebend sind die Produktionsbedingungen, die nicht begrenzt werden durch örtliche Verhältnisse, sondern vielfach von der Weltkonjunktur abhängen. Bei dem Crimmitschauer Kampfe kam entscheidend hinzu, daß der 10 Stundentag hier nicht einzuführen war, ohne daß gleichzeitig die Konkurrenz in anderen Orten zu derselben Herabsetzung gezwungen werde. Von Anhängern des 10 Stundentages ist deshalb auch mit Recht gefordert worden, daß die Einführung durch Reichsgesetz erfolge, um alsdann alle Betriebe in der Wettbewerbsfähigkeit gleich miteinander zu stellen.

Hierüber fortdauernd Aufklärung zu verbreiten, wird eine der Hauptaufgaben der neuen Organisation sein, denn von der öffentlichen Meinung ist in Deutschland die ganze Presse abhängig, von der deutschen Presse und von der öffentlichen Meinung sind die Wahlen zum Reichstag und zu den Einzellandtagen abhängig, und es ist für die Industrie umso wichtiger, auf eine angemessene Vertretung in den Parlamenten zu dringen, als jetzt bei vielen wichtigen Fragen der gewerblichen Gesetzgebung im deutschen Reichstag Handel und Industrie durch ihre gegebenen Vertreter kaum zum Worte gelangen.

Wir haben es hierbei mit einer Entwicklung zu tun, die sich ganz naturgemäß vollzogen hat. Das Emporblühen von Handel und Industrie hat das Wachstum der Großstädte gefördert und veranlaßt. Wo Handel und Industrie festen Fuß faßten, da entstanden die Städte mit Hunderttausenden von Einwohnern, die wir jetzt überall haben, damit entstand aber gleichzeitig auch eine gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft, die ihre politische Vertretung in der Sozialdemokratie suchte.

Der Landwirt, der die Interessen seiner Berufsgenossen vertreten will, kann bei der Wahl auch auf die Stimmen seiner Arbeiter rechnen. Die landwirtschaftlichen Arbeiter kennen weder eine derartig gewerkschaftliche noch eine politische Vereinsorganisation. Dazu kommt die Wahlkreiseinteilung, welche das ländliche Element auf Kosten des städtischen bevorzugt und eine große Anzahl kleiner ländlicher Kreise schafft. Daher findet das Agrariertum auch bei den Reichstagswahlen noch viele Kreise für seine Vertreter. Die großen Industriestädte und industriell-gewerblich durchsetzten Wahlkreise kommen dagegen für eine Vertretung von Handel und Industrie nicht in Betracht. Wenn einmal Industrielle, wie Herr Landtagsabgeordneter Langhammer, sich in einer Industriestadt wie Chemnitz aufstellen lassen, sich den Beschwerden der Wahlagitation unterziehen, 30 Versammlungen abhalten, so erhalten sie nachher 13000 Stimmen, denen beinahe 40000 sozialdemokratische gegenüberstehen.

Mit Leipzig ist bei den Wahlen von 1903 die letzte Großstadt gefallen, die bisher noch nicht sozialdemokratisch vertreten war, und es muß angesichts dessen der Reichstag auf die Mitarbeit all der Intelligenz aus Handel und Industrie verzichten, die in diesen Großstädten vertreten ist. Damit sind die industriellen Kreise darauf angewiesen, Verständnis zu finden in denjenigen bürgerlichen Kreisen, die in anderen Orten unter günstigeren Verhältnissen noch in den Reichstag hineinkommen, und es wird daher die Beeinflussung der öffentlichen Meinung, die Zurückweisung der gekennzeichneten einseitigen Parteinahme bei unberechtigten Streiks und dergleichen meines Erachtens eine der Hauptaufgaben der neuen Organisation sein, und wenn sie keine andere Aufgabe hätte als diese, wäre sie allein schon aus diesem Grunde berechtigt.

In Verfolg des Crimmitschauer Streiks hat sich aber ferner gezeigt, daß schon die Tatsache des Zusammenschlusses des deutschen Unternehmertums einen außerordentlichen Eindruck auf die Arbeiterschaft machte.

Am 17. Januar ist eine große Anzahl deutscher Verbände der Einladung des Herrn Geheimrat Vogel nach Berlin gefolgt und hat dort beschlossen, zunächst die Crimmitschauer Fabrikanten zu unterstützen und ferner einen Allgemeinen deutschen Arbeitgeberbund zu gründen.

Der Verband Sächsischer Industrieller hatte diese Unterstützung schon vorher beschlossen und durchgeführt, viele andere Verbände hatten sich angeschlossen und nun stand zum ersten Male vor den Gewerkschaften die Erscheinung, daß auch diese Arbeitgeber, die bisher lediglich in wirtschaftspolitischen Organisationen sich vereinigt hatten, es als ihre Pflicht ansahen, einen großen Arbeitgeberbund zur Verteidigung ihrer Arbeitgeberinteressen zu schaffen, und die Folge war, daß 24 Stunden schon nach dieser Berliner Versammlung — deren Reden und Diskussionen natürlich am nächsten Tage im „Vorwärts" veröffentlicht waren, nachdem die strengste Vertraulichkeit ausgemacht worden war — der Streik in Crimmitschau bedingungslos abgebrochen wurde.

Die Führer der Gewerkschaften sind sehr gute Taktiker und es ist nicht unmöglich, daß man nur deshalb den Crimmitschauer Streik abbrach, um die Organisation der Arbeitgeber nicht zustandekommen und durch die Beendigung des Streiks die Gefahr als nicht mehr so groß erscheinen zu lassen.

Die Arbeitgeber haben das nicht getan. Sie kennen die Verhandlungen, die inzwischen vorwärts gegangen sind. Bedauerlich ist an der Entwicklung der Dinge nur die Tatsache, daß sich die Arbeitgeber nicht auf einem einigen Boden zusammengefunden haben. Am 17. Januar waren alle Vertreter von Vereinen und Verbänden darin einig, einen allgemeinen Arbeitgeberbund zu bilden, an dessen Spitze ein Verein stehen sollte, der sich nicht mit wirtschaftspolitischen, sondern nur mit Arbeitgeberfragen beschäftige, und man dachte dabei an den Verband Sächsischer Textilindustrieller oder den Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller. Man kann ja einwenden: wenn ein solcher Verband einmal begründet wird und es steht ein schutzzöllnerischer oder freihändlerischer Verein an der Spitze, so wird seine schutzzöllnerische oder freihändlerische Politik seine Beurteilung der Arbeitgeberfrage nicht berühren. Nun sind aber zu allen Zeiten in den verschiedenen Gruppen der deutschen Industrie scharfe Meinungskämpfe über die Stellung zur deutschen Zollpolitik ausgefochten worden. Da sind naturgemäß Verstimmungen zurückgeblieben, und wenn ein wirtschaftspolitisch prononzierter Verein an die Spitze der Bewegung trat, so lag die Gefahr nahe, daß seine wirtschaftspolitischen Gegner beim Arbeitgeberverband nicht mitmachen würden.

Leider ist es auch so gekommen. Am 17. Januar hat man unter Zustimmung des Zentralverbandes Deutscher Industrieller beschlossen, einen allgemeinen Arbeitgeberverband zu gründen. Aber schon in den hierauf eingeleiteten Ausschußverhandlungen traten Differenzen auf über die Stellung, die der Zentralverband Deutscher Industrieller in dem Arbeitgeberverband einnehmen sollte. Diese Differenzen führten zu einer Spaltung, und so haben wir heute die vom Zentralverband Deutscher Industrieller begründete „Hauptstelle Deutscher Arbeitgeberverbände" und außerdem den „Verein Deutscher Arbeitgeberverbände" unter Führung des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller.

Soviel ich über beide Verbände informiert bin, ist in beiden heute eine Zahl von Arbeitgebern vertreten, die etwa eine Million Arbeiter beschäftigen. Es ist geplant, einen Kartell-Vertrag zwischen beiden Verbänden zu schließen, und es wird zu erwarten sein, daß über die teilweise persönlichen Streitigkeiten hinweg, die sich im Laufe der Verhandlungen ergeben, eine Einigung zustande kommt, denn wenn es irgendwo Fragen gibt, über welche keine Differenzen zwischen den Arbeitgebern bestehen und bestehen sollen, in denen wirklich einmal kein Anlaß ist, die Klingen gegen sich zu führen, so sollten es doch diese Fragen sein, und ich hoffe, man wird auf beiden Seiten schon einen Weg finden können, um eine Vereinigung zustande zu bringen.

Es fragt sich nun: was soll ein derartiger deutscher Arbeitgeber-Verband leisten, wozu soll er dienlich sein? Ich habe vorhin hingewiesen auf die große Bedeutung, welche der Beeinflussung der öffentlichen Meinung beizumessen ist. Es kann aber weiter vor allen Dingen darauf hingewiesen werden, daß eine solche Organisation schon durch die Tatsache ihres Bestehens einen außerordentlich heilsamen Einfluß nach außen hin ausüben kann.

Stehen sich zwei große Organisationen gegenüber, so werden große Streiks viel mehr vermieden als angezettelt werden Die Führer der Gewerkschaften — so sehr sie auch das agitatorische Element in den Vordergrund stellen — sind doch vor allen Dingen auch gute Finanzleute. Sie halten darauf, daß ihre Kassen niemals gesprengt werden, und sie überlegen es sich wohl, einen Kampf einzugehen, von dem sie wissen, er wird von der Gegenseite unter Aufbietung großer Mittel bis zum äußersten ausgekämpft. So war es in Crimmitschau nach dem

Eintreten der deutschen Industriellen für die Crimmitschauer Fabrikanten und das wird noch viel mehr der Fall sein, wenn der große deutsche Arbeitgeberbund existiert.

Wir haben ja bisher, Gott sei dank, keine Streiks gehabt, welche sich auf einmal gegen ganze Branchen der deutschen Industrie richteten und diese bedrohten. Wer bürgt uns aber dafür, daß die Bewegung nicht immer bedrohlicheren Charakter annimmt, wenn wir bedenken, daß eine immer radikalere Richtung auch in den Gewerkschaften einreißt? Erinnern Sie sich, daß in Berlin bei den Volksversammlungen, die behufs Stellungnahme zum sozialdemokratischen Parteitag stattfanden, einzelne Führer offen erklärten: „Wir sind gegen jede Mitarbeit im Parlamentarismus, was wollt ihr mit euren 80 Vertretern im Reichstag? Die Gesetze, die wir wollen, bringt ihr doch nicht durch und bekämt ihr auch einmal 180 und 190 Abgeordnete, sodaß ihr nahe an die Mehrheit reicht, so wird das Wahlrecht sicherlich geändert; also ihr könnt uns gar nichts nützen, das einzig richtige ist der Generalstreik und entschiedene Ausgestaltung der gewerkschaftlichen Organisation."

Diese Gedanken, die früher als halb anarchistisch zurückgewiesen wurden, finden heute bereits hier und da Anklang. Wir hören bereits, daß man ihnen Zustimmung zollt, und wir werden damit rechnen müssen, daß wir in Zukunft noch viel heftigere und ausgedehntere Streiks haben werden, als wir sie bisher irgendwie kannten.

Wie außerordentlich wichtig es volkswirtschaftlich für uns ist, dafür Vorsorge zu treffen, daß in einem solchen Fall auch die Arbeitgeberschaft gerüstet dasteht, ist wohl einleuchtend. Es ist geradezu eine Existenzfrage für die Arbeitgeber und die Fabrikanten.

Es gibt viele, die heute sagen: „Meine Arbeiter sind gänzlich zufrieden, warum soll ich einem Arbeitgeberverein beitreten? Ich brauche das nicht." Aber die Unzufriedenheit kommt manchmal über Nacht Die Herren aus der Schokoladenindustrie, die hier anwesend sind, werden vielleicht an die Verhandlungen ihres Cölner Verbandstages denken, auf dem auch der Chef einer der ersten Firmen sagte, „ein Streik ist in meiner Fabrik ganz unmöglich, das kann mir gar nicht passieren, daß einer meiner Arbeiter die Arbeit niederlegt!", und 24 Stunden nachher stand im „Vorwärts" die Bekanntmachung des Zusammenschlusses der

Arbeiter gerade jener Fabrik, um angeblichen Mißständen abzuhelfen und einen Streik hervorzurufen.

Neben dem moralischen Eindruck, den die Geschlossenheit der Arbeitgeber hervorrufen wird, neben der Beeinflussung der öffentlichen Meinung ist es aber ferner wichtig, daß eine Instanz geschaffen wird, die in allen denjenigen Fragen Stellung nehmen kann, welche mit der Regelung der Arbeitsverhältnisse zusammenhängen.

Die gewerkschaftliche Bewegung in England und in Deutschland hat sich auf der Grundlage des Koalitionsrechtes und der Koalitionsfreiheit aufgebaut. Ich glaube, bei allen Organisationen des Unternehmertums muß man darauf ausdrücklich Wert legen, daß es den Unternehmern durchaus fernliegt, dieses Koalitionsrecht anzutasten. Was sie für sich durch Gründung eines derartigen Unternehmerverbandes erstreben, ist lediglich, daß sie selbst von diesem Recht mehr wie bisher Gebrauch machen und der auf der anderen Seite entstandenen Selbsthilfe die ebenso gerechte Vereinigung mit ihren Kollegen entgegensetzen. Dabei aber muß andererseits, wie dies auch vor kurzem Professor von Schönburg in Tübingen ausgesprochen hat, dafür gesorgt werden, daß das Koalitionsrecht nicht in einen Koalitionszwang umgewandelt wird.

Dem Recht der Koalition, diesem Recht des Zusammenschlusses zur Vertretung gemeinschaftlicher Interessen, muß doch als Korrelat gegenüberstehen das Recht und die Freiheit der Entschließung für alle diejenigen, die sich über diese Frage zu entscheiden haben. Tatsächlich liegen aber heute die Verhältnisse derartig, daß vielfach Arbeiterorganisationen an den Fabrikanten herangehen und ihm sagen: „Wir legen insgesamt die Arbeit nieder, wenn du diesen oder jenen Mann nicht entläßt", und das einzige Verbrechen, welcher dieser Mann begangen hat, besteht darin, daß er nicht gewerkschaftlich organisiert ist, daß er von der Freiheit seiner Entschließung Gebrauch gemacht hat, sich dieser Organisation nicht anzuschließen.

Ein derartiger Zwang ist jedenfalls aufs allerentschiedenste zu verurteilen.

Wenn man daran denkt, daß Gewerkschaften und Sozialdemokratie aufs engste miteinander zusammenhängen, so ist es ja die beste Widerlegung des Grundsatzes der Freiheit, den die Sozialdemokratie angeblich vertritt, wenn man darauf hin-

weist, wie sie an die Stelle dieser Freiheit gerade bei der Arbeiterorganisation einen Zwang setzt und alle diejenigen dem Angriffe auf ihre Existenz aussetzt, die sich nicht zwingen lassen wollen, einer Organisation beizutreten.

Man weist demgegenüber vielleicht darauf hin, daß bei Streiks diejenigen, welche nicht mitmachen mit der Mehrheit ihrer Kollegen, auch von den Arbeitgebern als minderwertig angesehen werden. In allen Fällen trifft dies sicher nicht zu. Man muß doch auch daran denken, daß die Mehrheit der Beschließenden oft die jüngeren Arbeiter sind, und daß die Minderheit, die nicht bereit ist, ihre Existenz aufs Spiel zu setzen, vielfach aus älteren Arbeitern besteht, die ihren Arbeitgeber aus langjähriger Tätigkeit besser kennen und sich sagen, wenn er unsere Forderungen nicht erfüllt, so wird es ihm wirtschaftlich unmöglich sein und die sich deshalb nicht in jeden Streik hineinhetzen lassen.

Und was die furchtbare Verachtung anbetrifft, die in sozialdemokratischen Kreisen den Arbeitswilligen entgegengebracht wird, so möchte ich doch daran erinnern, wie gerade anläßlich des Ärztestreiks dieselbe sozialdemokratische Partei eine ganz andere Anschauung an den Tag gelegt hat.

Was hatten die Ärzte getan? Sie hatten ebenfalls von dem Recht der Koalition Gebrauch gemacht. Sie wünschten bessere Existenzbedingungen zu erlangen und legten die Arbeit nieder, und mit Stolz schrieb damals in der Hitze des Kampfes ein sozialdemokratisches Organ, als es gelungen war, eine Anzahl „Arbeitswillige" zu gewinnen, daß 78 dieser arbeitswilligen Ärzte, die von auswärts kamen, um gegenüber dem einstimmigen Beschluß der Leipziger Ärzteorganisation diesen streikenden Ärzten in den Rücken zu fallen und als Streikbrecher zu fungieren, daß diese dieselbe Arbeit getan hätten, wie früher die etwa 300 und mehr Kassenärzte!

Nun bitte ich Sie aber, über einen Streik in Ihren Fabriken einmal zu veröffentlichen, daß die 78 Arbeitswilligen dieselbe Arbeit getan hätten wie die streikenden 300, und sich zu vergegenwärtigen, welcher Entrüstungssturm über diese Menschenschinderei einsetzen würde und welcher Verachtung diejenigen ausgesetzt würden, von denen etwas derartiges gesagt wird.

Aber hier war das etwas anderes! Die Herren Sozialdemokraten fühlten sich in diesem Falle als Vertreter der Interessen der Arbeitgeber und sie haben hierbei in ganz besonderer Weise alle diejenigen „kapitalistischen Eigenschaften" gezeigt, die sie sonst als Fehler den Arbeitgebern vorrechnen.

Da wir gerade bei dieser Frage, die Behandlung des Arbeitswilligen und des Koalitionszwanges, sind, ist es vielleicht geboten, eins noch zu erwähnen. Wenn ein Arbeitgeber in einen Streik hineingerät und wenn eine Anzahl seiner Arbeiter bereit ist, zu den bisherigen Bedingungen mit ihm weiter zu arbeiten, so ergibt sich allerdings — und das möchte meines Erachtens auch in dem zu gründenden Arbeitgeberverband als eine moralische Pflicht hingestellt werden — für ihn die Pflicht und Schuldigkeit, für diese Arbeitswilligen einzutreten und sie nicht nach beendetem Streik dem Terrorismus der Streikenden preiszugeben.

Ein Beispiel! Wir haben kürzlich in Dresden gesehen, daß eine Zigarettenfirma erklärte, sie könnte die an sie gestellten Forderungen nicht bewilligen, daß dann auf Grund der alten Bedingungen 70 oder 75 Leute weiter arbeiteten und sie hernach bereit war, diese Leute auf Wunsch der Streikenden auf das Pflaster zu werfen. Das müßte jedenfalls auch seitens eines derartigen Arbeitgeberverbandes und muß in Versammlungen, wie der heutigen, ganz entschieden zurückgewiesen werden, denn die Wirkungen, welche eine derartige Feigheit und ein derartiges ungehöriges Verhalten auf weitere Kreise der Industrie und auf die Arbeiterschaft ausüben müssen, lassen sich überhaupt gar nicht absehen.

Es muß weiter von einem solchen Arbeitgeberverband die Anregung ausgehen zur Gründung von lokalen und Branchen-Arbeitgebervereinen und zur Errichtung von Arbeitsnachweisen. Die Zentrale kann nicht alles allein tun wollen, sie kann nicht von Berlin aus etwa in alle Streiks eingreifen, muß dies vielmehr zum Teil den zu gründenden lokalen ꝛc. Organisationen überlassen.

Im übrigen ist durch das Bestehen zahlreicher Branchenorganisationen ein guter Unterbau für die großen allgemeinen Arbeitgeberverbände gegeben. Die Angehörigen derselben Branche sind auch am ehesten in der Lage, zu prüfen, ob ein Streik berechtigt ist oder nicht, denn auch das gehört an die Spitze der Satzungen jeder Arbeitgeberorganisation, daß sie ein friedliches Nebeneinanderwirken zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern erstrebt und jeden Streik auf seine Berechtigung hin prüft!

In der öffentlichen Meinung wird den Fabrikanten allerdings vielfach nicht geglaubt, daß dieses friedliche Zusammenwirken mit ihren Arbeitern das Hauptziel ist. Aber es sollte doch niemand in der öffentlichen Meinung denken, es gäbe auch nur einen Fabrikanten, der Interesse an irgend einem Streik hätte. Für ihn steht die Sache so, daß er bei einem Streik nur verlieren kann. Also wenn man glaubt, daß Arbeitgeberverbände gegründet werden als Trutzverbände, um die Arbeiter zu knechten, so darf man wohl sagen, daß das lediglich Phrasen derjenigen sind, die mit den tatsächlichen Verhältnissen gar nicht vertraut sind.

Eine der wichtigsten Fragen ist schließlich die Frage der pekuniären Unterstützung. Herr Geheimrat Vogel hat stets den Wunsch gehabt, eine Art Juliusturm zu gründen, um — wenn es not tut — eine pekuniäre Unterstützung zu gewähren. Ob es richtig ist, in jedem Einzelfalle eine pekuniäre Unterstützung in Aussicht zu stellen, will ich dahingestellt sein lassen, jedenfalls ist aber die Aufbringung großer Mittel als Gegenwehr gegenüber den sozialdemokratischen Streikkassen durchaus geboten, um große prinzipielle Entscheidungen, bei denen allgemeine Interessen auf dem Spiele stehen, durchzuführen. Die Hauptstelle Deutscher Arbeitgeberverbände versucht dies durch Ansammlung von Vermögensfonds zu erreichen, der Verein Deutscher Arbeitgeberverbände durch Gesellschaften zur Entschädigung von Arbeitgebern in Streikfällen, über die ich mich bei der vorgerückten Zeit hier nicht näher auslassen kann.

Hierüber und über alles, was dieser Verband im Einzelnen tun soll, kann man natürlich nur allgemeine Richtungslinien aufstellen. Wir müssen immer daran denken, daß diese Gründungen erst einige Monate alt sind und auf einem Gebiete wirken sollen, das bisher noch gar nicht bekannt war. Nach 3 bis 5 Jahren wird man klarer sehen als heute, vorläufig wird man dagegen die zu machenden Erfahrungen abwarten müssen.

Was vielleicht für einen solchen Arbeitgeberverband noch ein Gegenstand der Bestrebungen sein könnte, das wäre die Durchführung eines gemeinsamen Rechtsschutzes, die Führung und Unterstützung bei prinzipiellen wichtigen Prozessen, welche der einzelne Fabrikant nicht gern auf sein Risiko führt, weil sie ihn

als einzelne Person nicht besonders angehen, die aber manchmal von großer grundsätzlicher Bedeutung sein können.

Ich habe versucht, kurz darzulegen, wie das Koalitionsrecht gewirkt hat auf die Arbeitgeber und die Arbeiter. Man kann wohl sagen, daß die Arbeitgeber bisher von dem Koalitionsrecht zur Wahrung und zum Schutz ihrer Arbeitgeberinteressen noch wenig Gebrauch gemacht haben und daß infolgedessen die Machtverhältnisse derartig einseitig verschoben sind, daß die $^{5}/_{4}$ Millionen organisierten Arbeitnehmer heute eine Macht ausüben, der sich vielfach die Fabrikanten nicht entziehen können, und daß es im Interesse eines Ausgleichs der gegenseitigen Verhältnisse durchaus notwendig ist, daß auch die Arbeitgeber sich zu einem einigenden Verbande zur Vertretung ihrer Arbeitgeberinteressen zusammenschließen.

Die Gründe, welche unseren Verband Sächsischer Industrieller veranlaßt haben, dem Verein Deutscher Arbeitgeber-Verbände beizutreten, sind in der Mitgliederversammlung bereits dargelegt worden. Neben der Vertretung derjenigen Mitglieder, die keinem Fachverbande angehören, war es vor allem die Rücksicht auf den moralischen Eindruck nach außen, um auch unsererseits die Einheit des Unternehmertums in diesen für seine Stellung so außerordentlich wichtigen Fragen zu dokumentieren.

Es war ferner unsere Ueberzeugung, daß wir als der in Sachsen heute unbestritten größte Verband im Verein Deutscher Arbeitgeberverbände diejenigen kleineren Arbeitgeberverbände vertreten könnten, die eine Vertretung im Ausschuß nicht erlangen würden, wenn sie sich allein anschlössen.

Vielleicht erscheint es vielen bedauerlich, daß durch diese Organisation ein weiteres Glied der Kette angeschlossen ist, welche die letzten Jahrzehnte geschmiedet haben, die Kette der Organisation aller Berufe. Wir sehen heute im Reichstag und in den bundesstaatlichen Parlamenten, daß mehr und mehr die rein politischen Fragen, die Fragen des Verfassungs- und des Staatsrechts zurücktreten gegenüber den Fragen wirtschaftlicher Interessen. Der einzelne Abgeordnete, welcher sich um die Huld seiner Wähler bewirbt, wird heute weniger nach seiner staatsrechtlichen, sei es konservativen oder liberalen Richtung, beurteilt, als nach der Stellung, die er zu den wirtschaftlichen Fragen einnimmt.

Gewiß ist eine Hauptgefahr dadurch gegeben, daß somit das Brotinteresse des einzelnen Wählers mitbestimmend wirkt für diejenigen staatsbürgerlichen Rechte, die mit den Wahlrechten gegeben sind, aber ob wir die Entwicklung beklagen oder ob wir darüber Freude empfinden, sie besteht jedenfalls, und wer sich ihr heute entzieht, geht seines Einflusses vollständig verlustig.

Aus diesem Grunde war es nötig, daß auch dieser Schlußstein den Organisationen der Arbeitgeber hinzugefügt, daß die wirtschaftlichen Verbände ergänzt wurden durch die großen Vereinigungen zur Wahrung der Arbeitgeberinteressen.

Allzu pessimistisch, wie es in einem Teile der Presse geschehen ist, vermag ich dabei diese Entwicklung durchaus nicht anzusehen und glaube nicht, daß durch den Zusammenschluß der Arbeitgeber die Klassengegensätze verschärft und die Kämpfe zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer vermehrt werden.

Das Unternehmertum ist am meisten interessiert an der Fortentwicklung der Arbeiterklasse. In dem scharfen Konkurrenzkampfe um die Eroberung des Weltmarktes, in dem wir nur bestehen können, wenn die deutsche Industrie in der Lage ist, den höchsten Anforderungen gerecht zu werden, müssen auch vielfach an die Arbeiter ganz andere Forderungen gestellt werden, so daß wir Arbeiter auf niedrigen Kulturstufen in vielen Industrien gar nicht gebrauchen können.

Es wäre vollständig falsch, in dieser Organisation eine Trutzvereinigung zum Herabdrücken des Niveaus der Arbeiterklassen zu sehen. Wenn Gefahr vorhanden ist, soll sie als Abwehrvereinigung, allerdings mit aller Kraft wirken, wir wollen aber hoffen, daß gerade, weil nun zwei Mächte sich gegenüberstehen, große Streiks, die eine außerordentliche Erschütterung in unsere wirtschaftliche Entwickelung bringen, eher vermieden als etwa provoziert werden. Die Organisation der Arbeitgeber wird ihren Zweck erfüllt haben, wenn sie bewirkt, daß in Zukunft mehr als bisher ein friedliches Zusammenwirken zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer gefördert werde.

Die Stellung der Industrie zur Frage der Pensions-Versicherung der Privatangestellten.

Vortrag,

gehalten in der Generalversammlung des Bundes der Industriellen am 15. Oktober 1906.

Meine Herren! Die Frage der Errichtung eines deutschen Industrietags, die wir heute bei einem anderen Punkte der Tagesordnung behandelten, war eine solche der Organisation und ist bezeichnend dafür, ein wie großes Gewicht heute alle Erwerbsstände darauf legen, eine der Gesetzgebung und der öffentlichen Meinung möglichst geschlossen gegenübertretende Organisation zu schaffen. Die Organisation aller Erwerbsstände zeigt das Überwiegen der wirtschaftlichen Fragen in den letzten Jahrzehnten. Wenn man das erste deutsche Parlament in Frankfurt a. M. mit unserem heutigen Deutschen Reichstag vergleicht, so tritt einem das schlagend vor Augen: damals alles belebt von politischen Gedanken, von den Beziehungen des einzelnen Individuums zur Gesetzgebung, ein völliges Zurücktreten materieller Fragen durch das Fehlen von Gegensätzen zwischen der Landwirtschaft und den einzelnen sich entwickelnden Gewerben, zwischen Handwerkern und kleinen Fabrikanten, zwischen diesen und ihren Arbeitern, die sämtlich mit der Möglichkeit des Aufstieges zur Selbständigkeit rechneten. Dieses Verhältnis hat sich im ganzen bis in den Anfang der siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts erhalten. Seitdem aber die großen Interessengegensätze entstanden, sehen wir auf allen diesen Gebieten wirtschaftliche Fragen vollständig überwiegen. Die

grundsätzlichen Unterschiede der großen politischen Parteien werden anders aufgefaßt als in jenen Zeiten. Damals bedeutete „konservativ" eine Gesinnung, die vom alten Absolutismus soviel als möglich retten, die Autorität der Krone und des Beamtenkörpers unangetastet lassen wollte von den Einflüssen der Volksströmung, und im Gegensatz dazu forderte der Liberalismus das Recht des einzelnen Bürgers zur Teilnahme an Gesetzgebung und Verwaltung und schuf so die Grundlagen des modernen Verfassungslebens. Heute sind alle diese Bezeichnungen: konservativ, liberal, Zentrum, sozialdemokratisch — Begriffe, die sich aus unserer Stellung zu wirtschaftlichen Fragen ergeben, ja sie sind zum Teil abgelöst, indem man an ihrer Stelle vom Bund der Landwirte, von Gewerkschaften usw. als solchen Organisationen spricht, die großen Parteigruppen den Charakter ihrer Anschauungen aufgedrückt haben. In dem Augenblick, als unsere Gesetzgebung sich diesen wirtschaftlichen Fragen zuwandte, als der alte Manchesterstandpunkt verlassen wurde, daß der Staat gewissermaßen nur für das Leben und die Sicherheit seiner Untertanen zu sorgen hätte, als wir den Staat mit einer Machtsphäre in sozialen Dingen ausstatteten, die man früher niemals für möglich gehalten hätte, da folgte dieser Abkehr von dem früheren Standpunkt auch ein ungeahnter Zusammenschluß aller einzelnen Berufsstände und Berufsgruppen. Herr Generalsekretär Bueck wies in seinen Ausführungen auf den außerordentlichen Einfluß hin, den sich eine Organisation wie der Bund der Landwirte zu verschaffen verstand. Im Zeitalter unseres Reichstagswahlrechts sucht eben jede Gruppe eine Organisation von möglichst Hunderttausenden von Köpfen zusammenzubringen, um darauf hinzuweisen: hier sind große Teile des Deutschen Reiches, die an dem Interesse haben, was wir verlangen, was wir für notwendig erachten. Sie sehen es selbst bei den Eingaben von wirtschaftlichen, industriellen Interessengruppen, beim Zolltarif, bei den Handelsverträgen, daß man es vielfach für nötig erachtet, hinzuzusetzen: in dieser Industrie finden so und so viel Arbeiter ihr Unterkommen, du, Regierung, mußt deshalb auf diesen Industriezweig eine entsprechende Rücksicht nehmen. Neben den großen gewerkschaftlichen Organisationen, die heute schon 1½ Millionen Mitglieder umfassen, neben der großen landwirtschaftlichen Organisation, die vor allen Dingen durch die altpreußische Tradition ihren

stärksten Rückhalt in der Gesetzgebung hat, sehen wir neuartige Bildungen sich entwickeln. Die bis dahin vielfach zersplitterten Kreise des Kleinhandels und Kleinhandwerks fühlen sich bedrückt durch unsere industrielle Entwicklung, sie suchen diejenigen Erscheinungen des wirtschaftlichen Lebens heraus, die ihnen besonders angriffswert erscheinen, und glauben, daraufhin eine neue Mittelstandsvereinigung schaffen und mit einer ebenso großen Macht gegenüber der öffentlichen Meinung ausstatten zu können, wie sie die genannten anderen wirtschaftlichen Organisationen besitzen.

Als neuartige Erscheinung auf diesem Gebiete können wir auch die Zusammenfassung derjenigen Kreise buchen, die Schmoller mit dem Namen des neuen Mittelstandes bezeichnet. Sie stehen der Industrie ganz besonders nahe, denn die Industrie ist die eigentliche Erschafferin dieses neuen Mittelstandes gewesen. Gewiß bestanden bisher schon große Vereinigungen der Handlungsgehilfen, Ingenieure, Werkmeister und anderer Berufsgruppen. Jetzt sehen wir, wie sich für alle bisher sich bekämpfenden Gruppen eine gemeinsame Plattform gebildet hat: die Frage der staatlichen Pensionsversicherung der Privatbeamten. Man hat sich zusammengeschlossen zu einem Hauptausschuß, der ähnlich wie die Interessengemeinschaft der führenden industriellen Verbände, nur auf erweiterter Basis, alle die in diesen Vereinigungen ruhenden Kräfte dem gemeinsamen Ziele nutzbar machen will. Da in ihren Kreisen über die Bewegung vielleicht nicht überall die genügende Orientierung herrscht, so gestatten Sie mir, ganz kurz über den Stand der Sache zu referieren. Man hat den erwähnten Hauptausschuß im Jahre 1901 gegründet. Im Jahre 1903 wurde eine große Enquete veranstaltet und man erhielt 200000 beantwortete Fragebogen, die Auskunft geben sollen über diejenigen Fragen, die bei einer etwa zu errichtenden Versicherung in Betracht kommen. Das Reichsamt des Innern hat sich bereit erklärt, diese Privatenquete zu bearbeiten und 155000 von diesen Fragebogen als soweit den Anforderungen entsprechend angesehen, daß sie zur Grundlage einer Denkschrift gemacht worden sind, die das Reichsamt des Innern dem Reichstag vorlegen will. Man hat aber auch die öffentliche Meinung und die maßgebenden Parteien im Reichstage bereits insoweit für sich gewonnen, als seitens der konservativen Partei, der nationalliberalen Partei und des

Zentrums Resolutionen vorliegen, welche ein derartiges Pensionsversicherungsgesetz für die Privatangestellten fordern. Man hat sozusagen ein stillschweigendes Bündnis innerhalb der genannten Parteien abgeschlossen, die Frage gemeinsam unter Ausschaltung der parteipolitischen Ausnutzung in der Öffentlichkeit zu behandeln. Es ist das auch dadurch zutage getreten, daß in einer großen Versammlung zu Leipzig die Abgeordneten Nacken von der Zentrumspartei, Patzig von den Nationalliberalen und Schack von der Wirtschaftlichen Vereinigung und wohl gleichzeitig im Auftrage der Konservativen, Referate erstattet haben, die sich für die staatliche Pensionsversicherung aussprachen und dadurch nach außen hin dokumentieren und festlegen wollten, daß hinter dieser Forderung eine Mehrheit im Deutschen Reichstag steht, daß also demgemäß auch die Regierung sich der Wucht dieser Kundgebung nicht entziehen könne. Die Regierung selbst hat sich bis heute zwar noch nicht festgelegt, sie hat sich aber bereit erklärt, das ihr unterbreitete statistische Material zu bearbeiten, und gleichzeitig seinerzeit schon in den Berliner Politischen Nachrichten, ihrem oft offiziös benutzten Organ, zum Ausdruck gebracht, daß die Bestrebungen auf Ausdehnung der Versicherungspflicht auf die Privatbeamten sich an den zuständigen behördlichen Stellen großer Sympathien erfreuen.

Aus dem Antworttelegramm, das der Reichsstaatssekretär Graf v. Posadowsky an die Leipziger Versammlung gerichtet hat, geht außerdem hervor, daß auch er der ganzen Bewegung wohlwollend gegenübersteht und die Hoffnung hat, daß hier ein praktisches Ergebnis sich wird erreichen lassen. Außerordentlich ist es der Bewegung der Privatangestellten zu statten gekommen, daß Österreich gegenwärtig vor dem Abschluß einer diesbezüglichen Gesetzgebung steht, daß dort ein Gesetz über die staatliche Versicherung der Privatbeamten das Abgeordnetenhaus und das Herrenhaus bereits passiert hat und gegenwärtig mit den Korrekturen, die die beiden gesetzgebenden Körperschaften an den Entwürfen vornehmen, der Verabschiedung harrt. Ob allerdings bei den heillos zerfahrenen Zuständen in der österreichischen Gesetzgebungsmaschine, die ja überhaupt nur intermittierend zu arbeiten versteht, dieses große Gesetz nicht noch scheitert, wird abzuwarten sein.*) Ich will

*) Der Entwurf ist inzwischen am 30. Oktober d. J. zum Gesetz erhoben worden.

an dieser Stelle, wo es sich um die prinzipielle Stellungnahme zu der staatlichen Pensionsversicherung an sich handelt, nicht auf Details eines zu schaffenden Gesetzes eingehen. Die Tatsache aber, daß die österreichische Regierung auf den Boden der Gesetzgebung getreten ist, daß man sich hier über Grundlinien geeinigt hat, die natürlich eine Basis geben für ein ähnliches Vorgehen in Deutschland, hat diejenigen entwaffnet, die etwa sagen: eine derartige Gesetzgebung wäre von vornherein eine Illusion, ließe sich praktisch nicht durchführen. Es kommt hinzu, daß Graf Posadowsky ausgeführt hat, er beabsichtige, die jetzt bestehenden Versicherungsgesetze möglichst zu einer Einheit zu verschmelzen. Bei den Vorarbeiten für ein so großes Werk wird aber die staatliche Pensionsversicherung der Privatangestellten mit berücksichtigt werden müssen, damit es später die eben erst geschaffene Einheit unserer sozial-politischen Gesetzgebung nicht wieder stört. Ich möchte also konstatieren, daß wir wahrscheinlich innerhalb der nächsten Jahre mit der Frage der staatlichen Pensionsversicherung der Angestellten zu rechnen haben werden, und daß es deshalb wohl Aufgabe der Industriellen ist, sich von vornherein darüber klar zu sein, wie sie sich zu einem solchen Gesetz, falls die Frage an sie herantritt, stellen.

Wir müssen uns dabei naturgemäß zuerst in diejenigen Gedankengänge versetzen, die von seiten der Anreger dieses Gesetzes gegeben werden. Eine so große einmütige Kundgebung, eine solche Überwindung der oft sonst schroff uns vor Augen tretenden Gegensätze innerhalb der verschiedenen Privatbeamten-Organisationen, würde sich nicht ergeben haben, wenn nicht tatsächlich innerhalb der Kreise der Privatbeamten in dieser staatlichen Pensionsversicherung die Erfüllung eines der heißesten Wünsche gesehen würde. Man führt an, — und wohl mit vollem Recht — daß die wirtschaftlichen Verhältnisse seit der Zeit der Gründung des deutschen Reiches eine vollständige Änderung, um nicht zu sagen Umwälzung erfahren hätten. Man nahm früher an, daß der Dienst des einzelnen in einem großen Unternehmen für ihn eine Durchgangsstation bedeute, eine Durchgangsstation zur Selbständigkeit. Meine Herren! Sie wissen alle, daß diese Möglichkeit des Selbständigwerdens in Handel und Industrie heute von anderen Voraussetzungen abhängt als in früheren Jahren. Wir sehen auf allen Gebieten, nicht nur auf den-

jenigen der Banken und Kartelle, große Kapitalskonzentrationen, wir sehen, wie man sich dort immer mehr bemüht, alle Vorteile, die die Technik bietet, auszunutzen. Sie bietet sie aber nur demjenigen, der über große Kapitalien verfügt. Jemand, der nicht mehrere Hunderttausende von Mark ins Geschäft stecken kann, vermag dabei heute kaum ein industrielles Unternehmen von Bedeutung zu gründen und zur Höhe zu führen, wie es vielleicht vor 20, 30 Jahren möglich gewesen ist. Mir schweben dabei sächsische Verhältnisse vor, die das vielfach zeigen, wenn auch bei uns die Tendenz zum Großkapitalbetrieb bei weitem nicht diejenigen Dimensionen zeigt wie in anderen Landesteilen. Es kommt noch eins hinzu — und es ist nicht uninteressant, es vielleicht bei dieser Gelegenheit mit zu betrachten, wenn es auch etwas vom Thema abzuliegen scheint — in unserer sächsischen Industrie empfindet man mit größtem Bedauern den Umstand, daß die kleinen privaten Banken, die früher so manchem Industriellen die Entwicklung seines Unternehmens ermöglichten dadurch, daß sie ihm einen Kredit einräumten, der mehr der Persönlichkeit, dem persönlichen Charakter galt, vollständig aufgesogen werden von den Filialen großer zentraler Banken, die naturgemäß auch in diesen Fragen nur nach einem bestimmten Schema, nach bestimmten Sicherheitsleistungen gehen können und bei denen daher dieses persönliche Element vollständig ausgeschaltet ist. Vor kurzem wurde mir im Vogtland von einem dortigen führenden Industriellen ausgeführt, wie dort eine einzelne kleine Privat-Bankfirma in dem höchsten Sinne Industrie und Handel gefördert hätte, und wie man, wenn man heute eine Geschichte der sächsischen Industrie schriebe, mit erwähnen müßte, was die sächsische Industrie dieser Bankfirma verdanke. Manches industrielle Unternehmen ist so in die Höhe gekommen durch den Kredit, den das Ansehen und die Tätigkeit ihrer Inhaber ihr verschafft hat, und den zu erlangen heute Anfängern, die in gleicher Lage sind, vollständig unmöglich wäre, wo sie nur den Depositenkassen von Großbanken gegenüberstehen, die gar nicht mehr persönliche Fühlung mit dem einzelnen haben können. Die ganze Entwicklung zum Großbetrieb liegt so klar zutage, daß man wohl sagen kann: Auch von seiten der Industrie wird dieser Gedankengang der Privatbeamten anerkannt werden

müssen. Wenn man sich aber einmal in den Gedanken hineinversetzt, daß heute Hunderttausende in der Beschäftigung in Industrie, Handel und Gewerbe nicht mehr ein derartiges Durchgangsstadium zur Selbständigkeit sehen können, wenn die Eltern und Erzieher damit rechnen müssen, daß ihre Kinder und Zöglinge dauernd in solchen Stellungen verbleiben, dann wird man den Wunsch nach einer Sicherstellung im Alter begreiflich finden, den Wunsch, nicht den Rückschlägen und Wechselfällen der Konjunktur ausgesetzt zu sein und mit abnehmender Arbeitskraft sich den Weg zum Weiterkommen versperrt, vielleicht dem Untergange ausgesetzt zu sehen.

Wir haben ja in der deutschen Industrie, gottlob! viele Unternehmungen, und wohl die überwiegende Mehrzahl, welche sich mit ihren Angestellten in Übereinstimmung fühlen und deren Schicksal als ihr eigenes ansehen. Aber Sie finden auch viele Unternehmungen, die diesen Standpunkt nicht so hervorkehren können, wie sie möchten. Sie sehen viele Unternehmungen entstehen und vergehen, und wenn jemand Jahrzehnte in einem Geschäft gewesen ist, über das vielleicht der Konkurs hereinbricht, den er nicht hat hindern können, und wenn er als Familienvater vor die Notwendigkeit gestellt wird, plötzlich eine neue Stellung zu suchen, so wird es ihm nicht immer möglich sein, seine bisherige Lebenshaltung aufrecht zu erhalten. Er wird große Schwierigkeiten haben, und das Gespenst der Stellenlosigkeit und ähnlicher Gefahren wird sich ihm aufdrängen, wie jedem, der als Angestellter während seines Lebens wirken muß. Wenn man weiter jenen Vertrag sieht, der vor kurzem der Kritik der öffentlichen Meinung unterlag, der Vertrag der sogenannten D-Banken, die ein Abhängigkeitsverhältnis ihrer Angestellten statuieren wollten, das dem einzelnen die Möglichkeit, vorwärts zu kommen, unter Umständen unterband, ein Prinzip, auf dem doch unsere ganze kaufmännische Entwickelung überhaupt beruht, so versteht man ferner, wenn sich in diesen Kreisen ein Gefühl der Resignation einschleicht, und man versucht, neues zu schaffen, wenn man vom Staate verlangt, daß er eine ähnliche Sicherstellung dem Kreise der Privatbeamten bietet, wie er es dem weit größeren Kreise der Arbeiter in seiner sozialen Gesetzgebung geboten hat.

Wenn wir aber einmal von anderer Seite das Licht auf alle diese Fragen einfallen lassen wollen, so meine ich, daß

auch vom Standpunkte der Industrie aus gewichtige Gründe dafür sprechen, zunächst die Idee der Versicherung der Privatbeamten an sich als etwas durchaus Wünschenswertes zu betrachten. Man hat vielfach in den Kreisen der Wirtschaftspolitiker von den wachsenden Gefahren des Industriestaates gesprochen; man hat darauf hingewiesen, daß unser deutsches Reich unrecht tue, wenn es dieses Wachsen der Industrie, wenn es die unzweifelhafte Entwicklung zum überwiegenden Industriestaat nicht eindämmt, weil unsere Absatzgebiete uns nicht immer zur Verfügung stehen würden, weil wir damit rechnen müßten, daß Völker, die jetzt erst in die Kultur eintreten, die heute noch unsere Abnehmer sind, vielleicht einmal selbst zu Produzenten werden würden, daß weiter unübersehbare Wirtschaftsgebiete ihre Länder vor der deutschen Einfuhr durch hohe Zollschranken abgrenzen würden, und daß wir mit denjenigen Waren, die wir heute für den Export erzeugen, nicht mehr wüßten, wohin wir gehen sollten, während andererseits eine Landwirtschaft, auf die wir uns stützen könnten, nicht mehr vorhanden sein wird.

Ich halte diesen Standpunkt für unrichtig und in den daraus gezogenen Konsequenzen für vielfach übertrieben. Aber wir wollen uns des einen doch nicht entschlagen, daß ebenso wie im Konkurrenzkampfe der Einzelnen, so auch im Konkurrenzkampfe der Völker die Anforderungen außerordentlich gestiegen sind, und daß wir durchaus auf der Höhe der qualitativen Leistung an Waren und Erzeugnissen bleiben müssen, wenn wir die Stellung unserer Industrie auf dem Weltmarkte behaupten wollen. Aus diesem Grunde hat die Industrie das allergrößte Interesse daran, daß diejenigen, die ihre geistigen Arbeiter sind, mit aller Berufsfreudigkeit und aller Hingebung sich ihrem Dienste widmen; sie muß unbedingt Wert darauf legen, auch in bezug auf ihre Angestellten eine erste Qualität zur Verfügung zu haben. Wenn Sie aber heute Eltern und Erzieher fragen, was für Zukunftspläne sie für ihre Kinder haben, so werden sie vielfach finden, daß man die Besten und Befähigtesten der Beamtenlaufbahn zuführt, weil man sich sagt: hier ist für den einzelnen gesorgt, ich will ihn in eine Stellung hineinführen, die ihn von den Wechselfällen des Lebens unberührt läßt und ihm die sogenannte „gesicherte Zukunft“ verbürgt. Diese Auffassung ist gewiß unrichtig. Ich glaube,

daß heute noch viele, namentlich qualitativ hervorragende auch ohne staatliche oder andere Pensionsversicherung Stellungen erhalten können, die den Beamtenstellungen gegenüber zum mindesten als gleichberechtigt anzusehen sind. Aber diese Neigung zu der Bevorzugung des Beamtentums besteht, wobei zum Teil noch mit der einmal vorhandenen Schätzung der Beamteneigenschaft zu rechnen ist. Diese Strömungen entziehen uns äußerst wertvolle Kräfte, welche die Industrie unbedingt braucht, um wettbewerbsfähig zu bleiben.

Diese Überzeugung hat ja schon dahin geführt, daß wir vielfach Pensionsbestrebungen haben entstehen sehen, daß große Betriebe in Industrie und Handel, namentlich im Bankgewerbe, Pensions- und Hauskassen für ihre Angestellten errichtet haben. Eine Dresdner Bankfirma hat eine solche Pensionskasse für diejenigen Unternehmungen gegründet, in deren Aufsichtsrat sie vertreten ist, und wenn ein Industrieller irgendwo ein Jubiläum feiert, wenn irgend jemand auf einen langen, erfolgreichen Weg der industriellen Tätigkeit zurückblickt, tut er es selten, ohne derjenigen durch Stiftungen ähnlicher Art zu gedenken, die ihm gewissermaßen als sein Offizierskorps dabei mitgeholfen haben. Aber wenn große Geschäfte, die über einen Stamm von Tausenden von Arbeitern verfügen, in denen ein Kapital von Millionen wirkt und arbeitet, auch in der Lage sind, hier selbständig vorzugehen, so dürfen wir uns doch dem nicht verschließen, daß das nur wenige Hochstehende sind, daß die überwiegende Menge der Industriellen nicht in der Lage ist, aus ihrer eigenen Initiative heraus, für ihre eigene Firma derartiges zu schaffen. Vom Standpunkte der Angestellten wieder kommt hinzu, daß derartige Anstalten und Einrichtungen, auch z. B. der Anschluß an eine große, diesen Zwecken dienende Versicherungsgesellschaft, doch versagen, wenn der einzelne die Stellung wechselt, daß sich dann sehr oft Zwiespältigkeiten ergeben über das Geleistete, über die Zurückerstattung, Zwiespältigkeiten, die eben nur ausgeglichen werden können in einer großen Zentralisation.

Demgegenüber wäre nun an sich zu erwägen, ob nicht die gesamte Industrie den Weg der Selbsthilfe beschreiten könnte und sollte, jetzt, da sie nach außen verhältnismäßig geeinigt dasteht, da wir doch etwas ganz ähnliches, verwandtes in den letzten Jahren entstehen sahen: unsere Streikentschädigungsge-

sellschaften, die auch erst lokal organisiert waren oder Landesbezirke umfaßten, und die jetzt zentral über das ganze Reich zusammengefaßt sind. Der Verband Sächsischer Industrieller hatte z. B. den Gedanken gefaßt, für den ganzen Mitgliederkreis des Verbandes eine solche große Pensionskasse zu schaffen, und vielleicht fände das Nachahmung bei anderen industriellen Verbänden. Vielleicht kämen wir dann auch zu einer großen Zentralisation und könnten mit Stolz darauf hinweisen: seht, das hat die deutsche Industrie aus Eigenem heraus geschaffen, da, wo die Gesetzgebung nicht eintrat oder nicht eintreten konnte. In Ihnen allen ist wohl der Gedanke vorherrschend, daß eine derartige große private Versicherung, geschaffen durch die Initiative der Industrie und aufgebaut auf ihrer freien Organisation, etwas Schönes wäre, was uns an sich unbedingt sympathischer erscheint als eine staatliche Reglementiererei. Aber, meine Herren, wir müssen mit den Verhältnissen rechnen, so wie sie liegen, und sagen, daß jetzt der Zeitpunkt für solche Organisationen überholt erscheint. Wenn wir die großen Parteien des Reichstages geschlossen in der Aufgabe sehen, die staatliche Pensionsversicherung herbeizuführen, wenn unser Reichsamt des Innern wahrscheinlich dem Reichstag schon bei seinem nächsten Zusammentreten die Ergebnisse der statistischen Unterlagen vorlegen wird, und wenn bis zum Jahre 1910 oder 1912, wo vielleicht der Zusammenschluß der Versicherungsanstalten auch geglückt ist, diese Gesetzgebung schaffen will, so kämen wir in eine eigenartige Lage, wenn wir jetzt 1907 oder 1908 derartige eigene Gesellschaften unsererseits gründen würden. Gewiß verlieren sie durchaus nicht ihre gute Eigenschaft. Sie können als Doppelversicherung in Betracht kommen, und in dem Prospekt einer Vereins-Versicherungsbank, die unter der Ägide der rheinisch-westfälischen Industriellen ins Leben treten will, ist ausdrücklich gesagt: neben der privaten Versicherung würde die staatliche Versicherung durchaus segensreich wirken. Es werden aber nur wenige große Firmen sein, die neben den Beiträgen für die staatliche Versicherung der Privatangestellten, die auch von den Arbeitgebern selbstverständlich gefordert werden müssen, dann auch noch Beiträge für eine private Versicherung werden leisten wollen.

Diese Erwägungen waren es, die unsere Vorstandsmitglieder veranlaßten, von dem Gedanken der privaten Verbandskasse, den sie Jahre lang gehegt haben, abzugehen. Wir alle stehen der Bewegung, die den Staat zum Regulator des ganzen Wirtschaftslebens machen will, nicht gerade mit lebhafter Begeisterung gegenüber; wir glauben, daß es heute vielfach Strömungen gibt, die dem deutschen Volke deshalb verderblich werden können, weil sie alles von der Initiative, alles von der Unternehmungslust des einzelnen abnehmen und ihn immer auf den Staat hinsehen lassen als denjenigen, von dem alles Gute kommt. Es liegt in diesem Gedanken der alles umfassenden Staatshilfe unbedingt ein gewisser reaktionärer Zug, etwas, was uns das Fortschreiten auf der früheren Bahn vielleicht nicht mehr so ermöglicht, weil das Verantwortungsgefühl des einzelnen dadurch geschwächt wird. Aber wir können uns andererseits nicht Illusionen hingeben, wir können nicht in einem Zeitpunkt etwas schaffen, wo die Vorarbeiten für eine staatliche Versicherung so weit vorgeschritten sind. Was es uns ermöglicht, der staatlichen Versicherung zuzustimmen, ist aber vor allem der Gedanke, daß eine staatliche Versicherung jedem Privatangestellten die Segnungen der Versicherung zuteil werden läßt und für den ganzen Kreis dieser geistigen und technischen Mitarbeiter eine lückenlose Versicherung schafft, während wir auf privatem Wege in den industriellen Verbänden den Gedanken nur fakultativ hätten durchführen können und es immer nur ein verhältnismäßig kleiner Teil von dem großen Kreise der Industriellen bleiben würde, auf dem die Versicherung aufgebaut wäre. Deshalb glaube ich, daß das, was ich anführte: Erhöhung der Berufsfreudigkeit, Herbeischaffung eines besseren Menschenmaterials usw., doch in vollendeterem Maße durch die in Aussicht genommenen staatlichen Maßregeln erreicht werden kann, als uns das möglich gewesen wäre, vorausgesetzt, daß der Bureaukratismus und die Reglementiererei nicht viel von dem verdirbt, was geschaffen werden soll.

Ich möchte aber noch einen Gesichtspunkt hervorheben, der es erwünscht erscheinen läßt, daß sich die Industrie für die staatliche Versicherung der Privatangestellten erklärt. Wir reden heute so viel von dem Einfluß auf die öffentliche Meinung, von dem Einfluß der Industrie auf die Gesetzgebung überhaupt, und auch in den Worten des Herrn Bueck lag es wie ein Vorwurf, als er sagte: wir spüren an den gesetzgebenden

Stellen sehr wenig von einer Begeisterung für den Wert des Industriestaats, wir spüren nicht, daß man uns Wohlwollen entgegenbringt, sondern es zeigt sich immer, ich möchte sagen, etwas Retardierendes, das nur zurückdrängen möchte, das immer sagt: wenn nur die Industrie nicht zu groß wird, wenn sie nur nicht den ganzen volkswirtschaftlichen Charakter unseres Landes beeinflußt. Unsere Gesetzgebung in den letzten Jahren legt Zeugnis davon ab, wie machtlos eigentlich diese volkswirtschaftlich so mächtigen Kreise unserer Industrie an den Stellen sind, wo die Gesetzgebung tatsächlich zustande kommt.

Wenn wir uns fragen; wie ist das möglich geworden? dann sagt uns ein Blick auf die Kräfte der verschiedenen wirtschaftlichen Gruppen, daß die Industrie wohl eine mächtige Spitze hat, die weithin leuchtet über das Land hinaus, daß ihr aber derjenige Unterbau fehlt, den die anderen Berufsstände aufweisen können: ich meine, daß diese 7 Millionen Arbeiter, die mit der Industrie verbunden und auf ihr Gedeihen angewiesen sind, ihr durch eine geschickte und skrupellose Agitation entfremdet werden, daß man sie *gegen* die Industrie ins Feld führt, daß man ihnen den Gedanken der Industriefeindlichkeit so lange in die Gehirne hämmert, bis sie es ihren Führern glauben und ihnen nachgehen, obwohl sich etwas Sinnwidrigeres noch nie gezeigt hat als in diesem Verhältnis der Arbeitermassen zur Industrie. Anders steht es um die übrigen Berufsstände und ihre Untergruppen. Die deutsche Landwirtschaft beherrscht den ganzen Osten des Reichs, beherrscht den preußischen Landtag. Der Mittelstand stützt sich ebenfalls auf Hunderttausende von Anhängern. In der Politik achten die Parteien darauf, daß sie der Volksströmung Gehör verschaffen. Bei uns liegt es so, daß die nur Zehntausende, die als Inhaber größerer Industriebetriebe vorhanden sind, nicht genügend zu Worte kommen; sie sind vielfach eine quantité négligeable für diejenigen, die im Reichstage nach Parteirücksichten Gesetze machen, nach dem Gesichtspunkte, wieviel Anhänger ihnen zuströmen. Sie sehen, daß wir aus der Gesetzgebung mehr und mehr eliminiert werden. Zählen Sie einmal die Industriellen im Deutschen Reichstag — Sie sind gleich fertig, wenn Sie überhaupt nur anfangen! In allen Bezirken, in denen unsere gewerblichen Verhältnisse sich günstig entwickelt haben, finden wir Sozialdemokraten als Vertreter: Hamburg und die übrigen Hansastädte; Nürnberg und andere Industriestädte, ja ganze Industriegebiete, wie das Königreich Sachsen, kommen im Reichstag gar nicht mehr zur Geltung. Da wird über die wichtigsten Fragen der Industrie im Reichstag vielfach entschieden, ohne daß er in der Lage ist, einen in der Praxis stehenden Vertreter überhaupt zu hören. Diese Verhältnisse wachsen sich nachgerade zu einer Gefahr aus, zumal auch in bürgerlichen Kreisen vielfach eine Antipathie gegen die Industrie besteht, weil sie als antisozial angesehen wird. Man stellt es so hin, als ob man gegen ihren Willen das große Gebäude in unserer sozialen Gesetzgebung aufgeführt hätte. Es ist insbesondere in der Denkschrift des Zentralverbandes deutscher Industrieller Wert darauf gelegt worden, nachzuweisen, daß im Gegenteil die Industrie positiv mitgearbeitet hat, daß sie es gewesen ist, die hier Lasten auf sich genommen hat, wie es bisher keine Industrie eines andern Landes auch nur annähernd getan hat. Deshalb ist es aber auch nötig, mit aller Entschiedenheit nach außen zu betonen, daß der gesunde Gedanke einer Versicherung der Privatangestellten von der Industrie jede mögliche Förderung gefunden hat; denn wo die Vorbedingungen gegeben waren für eine solche Versicherung, sei es durch Privatkassen, sei es durch Anlehnung an andere größere Kassen, da ist es geschehen. Wir müssen aber auch ferner nach außen erklären, daß wir den Gedanken, den Kreis derjenigen zu erweitern, denen der Segen dieser Versicherung teilhaftig wird, unsererseits mit aller Sympathie unterstützen werden. Wir müssen das unbedingt tun, damit wir bei der weiteren Gestaltung des Gesetzes auch weiter mitwirken können. In diesem Sinne hat eine Resolution des Verbandes Sächsischer Industrieller neben der Sympathie für das Prinzip auch den Wunsch ausgesprochen, daß, sobald die Zeit gekommen wäre, die weiten Kreise der Industrie und des Handels zugezogen werden würden, um dies Gesetz zustande zu bringen. Wir werden dann gleichzeitig einer Bewegung die Spitze abbrechen, die sich heute ebenfalls zeigt. Erfreulicherweise hat die übergroße Zahl der Privatbeamten das Zusammengehörigkeitsgefühl mit Handel und Industrie stets aufrecht erhalten und sich nicht hineindrängen lassen in eine Stellung, die irgendwie derjenigen der Gewerkschaften gegen die Industrie entspricht. Neuerdings ist ein kleinerer Verband dazu vorgegangen, Flugblätter

in Sachsen zu verteilen, die in jeder Beziehung gegen den industriellen Arbeitgeber gerichtet sind und Töne anschlagen, wie man sie aus der gewerkschaftlichen Organisation zur Genüge kennt. Es würde von unberechenbaren Folgen sein, wenn die gesunden Bestrebungen der Privatangestellten sich zu derartigen Bewegungen ausgestalteten, wenn dadurch auch dieser neue Mittelstand der Industrie entfremdet würde und sie nicht nur die Gewerkschaften der Arbeiter, sondern auch die Vereinigungen der Privatbeamten als Feinde gegen sich hätte. Wir müssen vielmehr diese Hunderttausende mit uns vereinigen, damit wir in der öffentlichen Meinung eine Macht darstellen, die ihrer Bedeutung entsprechend, unter Hinweis auf die vielen mit ihr verbundenen, nicht schlechtesten und unbefähigtesten Elemente der deutschen Nation, ihren Anteil an der Gesetzgebung fordert. Deshalb müssen wir mit diesen Strömungen im Einvernehmen bleiben und dürfen nicht warten, bis das Gesetz an uns herantritt; deshalb müssen wir unsere prinzipielle Zustimmung dazu geben — und ich nehme an, daß sie in Ihren Kreisen besteht, wie sie in den Kreisen der sächsischen Industriellen zum Ausdruck gekommen ist — damit, wenn einmal der Kuppelbau dieser großen sozialen Gesetzgebung vollendet vor uns steht, wir auch mit Recht sagen können, daß die Weitsicht der deutschen Industrie und ihre ideale Auffassung von dem Werte der deutschen Arbeit dazu beigetragen hat, ihn zu fördern und zu vollenden.

Flotte, Weltwirtschaft und Volk.

Rede

gehalten auf der Hauptversammlung des Deutschen Flotten-Vereins in Cöln, am 12. Mai 1907.

Hochansehnliche Versammlung!

Unser sehr geehrter Herr General Keim hat geglaubt, anfangs seiner Ausführungen den Dank zurückweisen zu sollen, den wir ihm durch die herzliche Begrüßung dargebracht haben. Ich glaube, wir wollen das nicht gelten lassen. Mögen im Deutschen Flotten-Verein Meinungsverschiedenheiten geherrscht haben über taktische Fragen, ich glaube, in einem sind wir uns alle einig gewesen: in der treuen Anerkennung der Verdienste des Herrn Generalmajor Keim und in dem herzlichen Danke für das, was Herr General Keim die ganzen Jahre hindurch in selbstloser und aufopfernder Weise für die nationale Sache des Deutschen Flotten-Vereins geleistet hat. Wenn wir ihn heute unter uns sehen in der ihm eigenen körperlichen und geistigen Frische, so haben wir nur den einen Wunsch, daß er mit derselben Frische und Kampfeslust, die uns so gefällt, noch lange wirken möge an dem Platze, an dem er sich zu unserer Freude befindet.

Herr Generalmajor Keim hat darauf hingewiesen, daß ich seine Ausführungen über die Bedeutung der in dieser Resolution niedergelegten Forderung, die Verstärkung, bezw. den schnelleren Ausbau der deutschen Flotte betreffend, vom wirtschaftlichen Standpunkte aus begründen würde. Ich bin mir dabei bewußt, daß ich zu einem Kreise spreche, in dem die einzelnen Mitglieder seit Jahren wirken und arbeiten für die Gedanken des Flotten-Vereins, daß Ihnen deshalb manches

bekannt ist, was ich zu dieser Frage sagen will. Wir müssen aber bedenken, daß unsere Kundgebungen gerade dadurch ihre Bedeutung erlangen, daß sie hinausdringen sollen ins deutsche Volk, daß sie in aller Herzen den einen Gedanken erwecken wollen, daß es sich hier um einen Gedanken handelt, der nicht, wie die Sozialdemokratie sagt, die Panzerplattenfabrikanten angeht, daß es auch nicht eine Sache der Schwärmerei, der Illusionen ist, sondern daß es eine Sache ist, die das ganze deutsche Volk angeht, von der, meiner Überzeugung nach, die nationale Zukunft des deutschen Volkes abhängig ist. Wir sind hineingewachsen in unser Deutsches Reich, wir sind mit Siebenmeilenstiefeln hineingegangen in eine weltwirtschaftliche Entwickelung. Als einst vor Jahrzehnten Friedrich List vor die Leipziger Kaufmannschaft trat, als er ihr zumutete, einige Millionen Taler dafür aufzubringen, um eine Bahn von Leipzig nach Dresden zu bauen, da hat man auch ihn einen Illusionisten genannt, und als er darauf hinwies, daß es darauf ankäme, den Vorsprung Englands einzuholen durch Ausgestaltung des Verkehrs, und wie das deutsche Volk berufen sei, eines der ersten Kulturvölker zu werden auf dem Gebiete der Weltwirtschaft, da waren es nur wenige, die daran glaubten, dies könne einmal eintreten. Undankbar ist das Volk vielfach gegen diejenigen, welche es wagen, große Gedanken zu hegen, ehe sie Gemeingut der Masse geworden sind. Im vorigen Jahre wurde ein Denkmal dieses Mannes enthüllt, der zur Pistole greifen mußte, weil für ihn keine Ernährungsmöglichkeit vorhanden war. Bei solchen Erinnerungen sollten wir uns darüber klar werden, ob wir in der Gegenwart nicht in denselben Fehler der Undankbarkeit und, was noch schwerer ist, in den der Verständnislosigkeit verfallen gegenüber denjenigen, die uns die Notwendigkeit der kolonialen Entwickelung und der Flottenverstärkung predigen. Ich will an dieser Stelle nicht Zahlen nennen, zumal Sie gestern beim Begrüßungsabend bei dem Vortrage, der dort gehalten wurde, manches von der Bedeutung unseres Welthandels gehört haben. Ich will nur kurz auf die Tatsache hinweisen, daß unser Warenaustausch 12—14 Milliarden beträgt, ich will nur darauf hinweisen, daß in Deutschland Jahr für Jahr ein Überschuß von beinahe einer Million Menschen heranwächst, für die Ernährungsmöglichkeit geschaffen werden muß in Handel und

Industrie. Sie wissen alle, daß dies eine Frage ist, die die Wissenschaft und die Parlamente vielfach bewegt hat Die Frage, ob Agrarstaat oder Industriestaat, haben wir hier nicht zu untersuchen, sie kann nicht mehr entschieden werden; zum mindesten müssen wir die Entwickelung, wie sie bisher eingesetzt hat, hinnehmen als etwas, was wir nicht zu ändern vermögen, aus dem wir aber die Konsequenzen ziehen müssen. Ich bin kein fanatischer Anhänger des Industriestaates, ich bin der Meinung, daß wir alles tun müssen, um nicht zu englischen Verhältnissen zu gelangen in bezug auf die Brotversorgung unseres Volkes, ich bin der Meinung, daß man die großen moralischen Kräfte, die in unserer Landbevölkerung ruhen, erhalten muß, daß wir sie nicht vermissen können in der Blutzusammensetzung unseres Volkes, wenn wir nicht einseitig werden wollen. Ich komme zu dieser Überzeugung nicht nur aus nationalen, sondern auch aus wirtschaftlichen Gesichtspunkten. Unserer ganzen Natur nach sind wir zum Exportstaate nicht in dem Maße prädestiniert wie England; dazu fehlen uns seine Kolonien. Unsere Ausfuhr von sechs Milliarden Mark haben wir nur erringen können durch die Qualität unserer Erzeugnisse, durch die technisch und geistig höhere Ausbildung unseres Kaufmannsstandes. Wenn wir aber überzeugt sind, daß uns unsere Ausfuhr in keiner Weise garantiert ist, so müssen wir uns fragen, was hat das Deutsche Reich zu tun, um die Sicherheit des wirtschaftlichen Wertaustausches zu heben. Sehen Sie sich die Entwickelung der Welt an. Es sind wirtschaftliche Fragen, um die gerungen wird, und wie oft haben diese den Untergrund gegeben für nationale Zusammenstöße. Die Vereinigten Staaten haben mit Spanien um nichts anderes gerungen als um die kubanischen Zuckerplantagen, und das englische Reich hat mit den Buren gerungen, nicht weil Ohm Paul etwa im diplomatischen Verkehr zu grob gewesen war, sondern weil es sein wirtschaftliches Gebiet arrondieren wollte, weil es die Diamantfelder unter englische Protektion stellen wollte, weil es jenem großen Gedanken näher kommen wollte, jene mächtige Bahn von Cairo nach Kapstadt durch nur englisches Gebiet zu führen, um alles, was dort ruht an wirtschaftlichen Kräften, nutzbar zu machen für das englische Reich, um dem englischen Bürger und Arbeiter billige Rohstoffe und Lebensmittel zuzuführen, die

Gebiete zu entwickeln und nutzbar zu machen für die heimische Ausfuhr. Und wenn sie sich den letzten Zusammenstoß zweier gewaltiger Völker vor Augen führen, der Russen und Japaner, eines mächtigen alten Kulturvolkes und eines neu aufstrebenden, was war es anderes als wirtschaftliche Fragen, was war es anderes als die Frage, wer die Mandschurei und Korea wirtschaftlich ausbeuten sollte. Wenn wir nun bedenken, daß die Welt zum größten Teil verteilt ist, daß diejenigen, die früher unsere Abnehmer waren, vielfach selbst produzieren, daß die Zeit nicht mehr fern ist, daß Japan, das seine Kriegsschiffe schon selbst baut und größere wie England, einfällt in unsere Absatzgebiete mit seinen Waren, dann müssen wir dem Recht geben, was Fürst Bülow gesagt hat, daß naturgemäß mit dieser weltwirtschaftlichen Entwickelung des deutschen Volkes die Reibungsflächen größer geworden sind; das darf man ruhig aussprechen. Wenn so oft Vorwürfe erhoben werden und man sagt, unter Bismarck war es anders, so muß man zugestehen, damals waren auch die Verhältnisse anders. Auch ein Bismarck würde heute mit größeren Schwierigkeiten zu kämpfen haben als damals, als wir gestärkt waren durch den intakten Dreibund und den Rückversicherungsvertrag mit Rußland, als England seine Machtfülle nicht in dem Maße gegen uns in die Wagschale warf wie heute. Unsere deutsche Regierung kann wohl für sich in Anspruch nehmen, daß sie in dem Augenblicke, als sich diese weltwirtschaftliche Entwickelung überblicken ließ, alles getan hat, was in ihren Kräften stand, um für diesen Export- und Industriestaat einen festen Untergrund zu schaffen. Sie hat auch durch die soziale Gesetzgebung den großen Staatsgedanken zum Ausdruck gebracht, daß sie nicht zusehen darf, wie immer mehr Staatsbürger unselbständig werden, daß sie ihnen helfen muß. Sie hat versucht, durch Schaffung von Kolonien einen Untergrund zu geben, dessen jeder Export bedarf. Sie ist nur einmal davon abgewichen, als sie im Sansibarvertrage so viel gutes Land hingegeben hat. Wenn wir in dieser Entwickelung stehen, brauchen wir Kolonien, brauchen wir eine deutsche Flotte. Wir kommen morgen im Reichstage zusammen, um über das Handelsprovisorium mit den Vereinigten Staaten zu sprechen. Es wird gesagt: Amerika gibt zu wenig und wir haben zu wenig erreicht; aber was wollen wir darauf erwidern, wenn

Amerika uns sagt, ihr braucht eure Baumwolle von uns, ihr müßt euer Kupfer von uns kaufen für eure elektrische Industrie, ihr habt ja nichts in euren Kolonien, also müßt ihr mit jedem Handelsvertrag zufrieden sein. Wenn seinerzeit die deutsche Regierung an uns herangekommen wäre und Millionen gefordert hätte für die wirtschaftliche Erschließung der Kolonien, so wäre sie damit nicht durchgekommen, weil man auch heute noch sagen muß: Siehe, der große Moment fand nur ein schwaches Geschlecht. Wir suchen jetzt Versäumtes nachzuholen. Wir stehen heute noch unter dem Eindruck von den Kämpfen, die das Volk bis ins Innerste aufgerührt haben, die auch gezeigt haben, wieviel im deutschen Volke schlummert an Idealen und nationaler Begeisterung. Was man als trennend hervorgehoben hat an wirtschaftlichen Gegensätzen, ist zurückgetreten vor dem großen Gedanken, einzutreten für des Deutschen Reiches Größe und Macht. Dies war die Signatur für die Wahlkämpfe, die hinter uns liegen. Wir wurden uns mit einem Male bewußt, wir müssen Kolonien haben, wir sind hineingewachsen in die Weltwirtschaft, wir müssen eine Flotte haben. Der deutsche Bürger sann nach und sagte sich: Was du heute für Nachrichten vom Weltmarkt bekommst, das interessiert nicht nur die Börse, nein, das interessiert dich mit, dich Heimarbeiter im Erzgebirge, dich Fabrikarbeiter, der du Waren herstellst, die du im Inlande nicht absetzen kannst, die hinausgehen in die Welt, um dir eine Ernährungsmöglichkeit zu schaffen. Wenn es eine freudige Genugtuung für mich gegeben hat in diesem Wahlkampfe, so ist es die gewesen, daß es gerade diese nationale Frage gewesen ist, die bei unseren untersten Schichten des Volkes, wie man sie zu nennen pflegt, das meiste Verständnis gefunden hat. Wenn alle hereingekommen wären in unsere Versammlungen, ich glaube, dann wäre der Kreis derjenigen, die national gewählt haben, noch größer gewesen. Es gibt uns die sichere Zuversicht, daß wir auf Zustimmung hoffen können, wenn wir mit der Vorlage kommen, die Flotte soll ausgebaut werden. Der Deutsche Flotten-Verein soll sich, wie er es immer getan hat, an die Spitze derjenigen Agitation stellen, die diese Forderung vertritt. Wir sprechen so viel von Sozialpolitik, es ist dasjenige Ressort, über das wir im Reichstage immer 8 bis 10 Tage debattieren. Was bedeutet aber die ganze Sozialpolitik, die Unfall- und die ganze andere Ge-

setzgebung gegenüber der Hauptfrage, daß wir stark genug bleiben, um dem Arbeiter Arbeitsgelegenheit zu geben. Es mag ja Illusionisten geben, die auch heute noch den Traum vom ewigen Frieden träumen. Der Abgeordnete Bebel hat in Freiberg gesagt, die Rüstungen und der Krieg wären unsinnig, ein internationales Schiedsgericht vermöge dieses alles zu lösen. Als ich dann gelesen habe, daß ein nationaler Kandidat dort mit über 4000 Stimmen Majorität gewählt war, habe ich die Empfindung nicht los werden können, daß das die Antwort gewesen wäre auf die geringe Beurteilung der geistigen Kräfte seiner Zuhörer. Wenn wir uns einmal vorstellen, daß heute in der Welt der Gegensatz der wirtschaftlichen Verhältnisse die Weltlage bestimmt, so müssen wir sagen, daß unsere Lage eine exponierte ist. Nichts hat in England einst größeren Eindruck gemacht als ein Buch, das den einfachen Titel trug: Made in Germany. Das hat mit seiner Statistik in der Sprache der Ziffern, für die der Engländer mehr empfänglich ist als mancher andere, ein Bild aufgetan über den wachsenden Wettbewerb Deutschlands, ihm gezeigt, daß die deutsche Handelsflotte relativ mehr gewachsen sei als die seinige. Es hat ihm gesagt, daß ihm Märkte verloren gegangen seien, für die er ein Monopol in Anspruch nehmen zu können glaubte. Er sieht, wie wir versuchen in anderen Ländern Fuß zu gewinnen, er sieht die Ausdauer und Energie des deutschen Kaufmanns, er sieht, wie der Fracht- und Passagierverkehr zwischen zwei mächtigen Weltteilen in den Händen der deutschen Schiffahrtsgesellschaften liegt und er hat das ganz natürliche Gefühl, der Inhaber einer Firma zu sein, die bis dahin den ersten Rang eingenommen und jetzt fürchtet, von diesem Konkurrenten überholt zu werden. Nun hat einer dieses Gefühl vergröbert so ausgesprochen: An dem Tage, an dem die deutsche Handelsflotte vernichtet wird, ist jeder Engländer um 1 £ reicher. Es ist dies ein Ausfluß von Stimmungen und Strömungen, ich glaube nicht, daß alle so denken; aber wir können die Blicke doch nicht davor verschließen, daß in tonangebenden Blättern uns die unlautersten Motive vorgeworfen werden, daß man die Presse benutzt, um uns zu bekämpfen, so daß unser Botschafter in Washington einen großen Teil seiner Zeit darauf verwenden muß, um die Lügen, die die englische Presse und die englischen Telegraphenbureaus ausstreuen, richtigzustellen. Die Situation erfordert

manchmal, daß der Reichskanzler sagt, es ist am besten zu schweigen; aber wenn die Diplomatie schweigt, muß das Volk sprechen. Wir dürfen nicht den Kopf in den Sand stecken, wir müssen die Tatsachen nehmen wie sie sind. Auch der größte Idealist wird das nicht unterschreiben können, daß alle Ententen, die ohne unser Zutun und ohne unsere Mitwirkung geschlossen werden, eine Gewähr für den Weltfrieden geben. Der Reichstag hat gut getan mit seiner Kundgebung, als er der Regierung zugestimmt hat bei der Ablehnung der Diskussion über den Abrüstungsvorschlag. Die Resolution, welche der Deutsche Flotten-Verein heute zum Ausdruck bringen will, ist die naturgemäße Ergänzung des Standpunktes der deutschen Reichsregierung. Man klagt in sozialdemokratischen Kreisen über das Geld für Heer und Flotte. Man sagt, Milliarden steckt ihr hinein, was könntet ihr damit tun für die Kultur, für die Geisteswissenschaft und Armenfürsorge. Zunächst sind wir aber in der Technik so weit, daß das Geld zum größten Teil in die Taschen des deutschen Volkes zurückkommt. Die Schiffe, die wir bauen, konstruiert der deutsche Techniker und baut der deutsche Arbeiter, die Kasernen baut der deutsche Maurer, die Kleider machen deutsche Fabriken; man kann nicht sagen, daß das deutsche Nationalvermögen durch die Ausgaben für Heer und Flotte um Milliarden ärmer wird, diese Beträge fließen vielmehr durch eine große Reihe von Kanälen in das deutsche Volk zurück. Aber selbst, wenn wir Ausgaben machten, die wir nicht zurückbekämen, dann muß man doch zugeben, daß wir durch unser starkes Heer, durch unsere Rüstungen zu Lande 35 Jahre dem deutschen Volke den Frieden erhalten, jedem einzelnen die Möglichkeit gegeben, für sich und seine Familie zu schaffen und zu wirken, und dadurch erst den Untergrund für unsere wirtschaftliche Entwicklung gelegt haben. So haben wir auch dadurch sehr viel für die Kultur getan, und zwar mehr, als wir jemals auf anderem Wege dafür hätten tun können. Auf diesem Boden der unbedingten Friedensliebe und der Kulturförderung stehen wir, wenn wir die Anschauung hinaustragen in das Volk: Bitter not ist uns eine starke Flotte. Wenn wir den Nachdruck auf das Wort „starke“ legen, so ist es deshalb, weil wir sehen, daß in der Weltgeschichte immer ein Volk in der Herrschaft durch ein stärkeres abgelöst wird und schließlich der Herrgott im Kampfe bei den starken Bataillonen

ist. Ich bin fest überzeugt, daß das englische Volk nie den Einsatz eines Krieges gegen uns wagen wird, daß auch einzelne nicht mit dem Gedanken spielen könnten, wenn wir früher an den Ausbau unserer Flotte herangetreten wären. Wir haben mit Werken unsere Friedensliebe betont, wir haben niemals unsere Macht anders zum Ausdruck gebracht, als daß Deutschland in der Tat mit seinen hunderttausenden Soldaten eine Wacht des Völkerfriedens gewesen ist. Man muß es uns glauben, daß wir nichts anderes tun, als für den Frieden zu sorgen, wenn wir unsere Flotte ausbauen. Ich möchte es ausdrücklich aussprechen, und ich glaube im Einverständnis mit Ihnen: Wir haben gar keinen Grund, nicht diejenigen Bestrebungen freudig und von Herzen zu begrüßen, die auf eine Annäherung des englischen und des deutschen Volkes hinzielen. Wir haben gemeinsam auf dem Schlachtfelde gefochten, sind einer Blutsabstammung und haben so viele geistige Berührungspunkte — ich erinnere daran, daß Shakespeare in Deutschland bekannter ist als in England —, daß es niemals an uns sein würde, einen Kampf zu beginnen, bei dem wenig gewonnen, aber viel verloren werden könnte. Trotzdem werden wir den Gedanken immer im Auge behalten müssen, daß wir den verwirklichten Traum unserer Väter, unsere Einheit, vorbereitet durch die geistige Arbeit von Generationen, gefördert durch die Diplomatie eines genialen Statsmannes, errungen auf den Schlachtfeldern, daß wir diese deutsche Einheit bewahren wollen, daß wir uns darauf rüsten müssen, sie zu verteidigen, wenn es jemand wagen sollte, sie uns streitig zu machen. Nun gelange ich zum letzten Teile unserer Resolution. Werden wir mit unserer Forderung Verständnis finden beim deutschen Volke? Lassen Sie mich aus meiner Erinnerung sprechen. Als Abgeordneter gewählt von einem wenig wohlhabenden Kreise unseres deutschen Vaterlandes, im Erzgebirge, bin ich stets für die Verstärkung der deutschen Flotte eingetreten. Ich habe dort 52 mal gesprochen, der Boden ist unterwühlt von der Sozialdemokratie. Man hat mir gesagt nach meinem ersten Vortrage, sprechen Sie nicht so viel von den Kolonien und der Flotte, da denken die Leute immer ans Bezahlen, die hören viel lieber eine Kritik an Staat und Gesellschaft. Ich habe gesagt, ich werde stets davon sprechen, ich will gewählt sein auf Grund der Zustimmung der Gedanken, die ich selbst zum Ausdruck bringe.

Deshalb habe ich in jeder Versammlung betont, jawohl, ich trete ein für die Verstärkung der deutschen Flotte, ich werde auch die Mittel dafür bewilligen; wenn Sie anderer Ansicht sind, dann geben Sie Ihre Stimme meinem Gegenkandidaten, Sie werden von mir nicht verlangen, daß ich die Grundsätze verleugne, um irgend einer Popularitätshascherei entgegenzukommen. Ich habe freimütig bekannt, daß wir auch die Mittel bewilligen müssen, und ich habe nie mehr Verständnis gefunden als bei dem einfachen Manne, und es hat sich gezeigt, wie mächtig gerade dieser nationale Gedanke ist und, lassen sie mich das auch aussprechen, er ist mächtig in den Herzen unserer deutschen Arbeiter. Die Kolonien sind heute noch nicht populär, es sind noch nicht viele Menschen, die hinausgehen und ihr Leben unter einer fremden Sonne zubringen, die, wie in England, zurückkommen und ihre Erinnerungen überbrächten. Gewiß, es sind Fehler gemacht worden in der Verwaltung, man hat versucht, eine große Entrüstung zu entfachen in dem Augenblicke, wo es sich darum handelte, eine Forderung für die Niederwerfung des Aufstandes in den Kolonien zu bewilligen. Man hat die Forderung nicht ganz bewilligt und dieser einzige Gesichtspunkt hat genügt, die Sozialdemokratie beinahe auf die Hälfte ihrer Mandate zurückzuwerfen. Das gibt uns die Überzeugung, wenn wir das Vaterland zu verteidigen haben gegen äußere Feinde, und wenn dann die Sozialdemokraten sich nicht bereit finden lassen, die notwendigen Forderungen zu bewilligen, daß dann auch nicht ein einziger Sozialdemokrat in den Deutschen Reichstag zurückkehren würde. Ich habe gefunden, wie gerade der nationale Gedanke lebendig ist in den Gegenden, wo man noch nichts gesehen hat vom Meere und von deutschen Schiffen und doch fühlt, daß das deutsche Volk zur Seemacht berufen ist, daß wir unsern Welthandel ausbreiten müssen. Sie können überzeugt sein, daß Sie mit Ihrer Agitation Zustimmung finden werden, wohin Sie immer kommen. In den vierziger Jahren hat man schon von dem Bau einer deutschen Flotte gesprochen; in der Sehnsucht nach einer deutschen Flotte war damals das ganze deutsche Volk einig. Denken Sie an die Worte, die Herwegh dem deutschen Volke damals zugerufen hat:

„Du bist der Hirt der großen Völkerherde,
Du bist das große Hoffnungsvolk der Erde,
Drum wirf den Anker aus,"

und nicht minder Dingelstedt und Freiligrath. So war schon damals der Gedanke an eine deutsche Flotte mächtig. Wenn es einen Gedanken gibt, der uns zum Frieden über die konfessionelle und nationale Zerrissenheit hinweghilft, dann ist es der Deutsche Flotten-Verein mit seiner Organisation und seinen Ideen, und so können ihn auch nur solche Leute bekämpfen, die die Überbrückung dieser Gegensätze nicht wollen. Deshalb lassen Sie uns ins Land hinausgehen und lassen Sie uns werben für unsere Ideen, lassen Sie uns wirken und schaffen für die Größe und Macht und Ehre unseres deutschen Vaterlandes.

Die Pensions-Versicherung der Privatbeamten.

Rede

gehalten auf dem Allgemeinen Vertretertag der nationalliberalen Partei zu Wiesbaden am 6. Oktober 1907.

Meine sehr geehrten Herren! Wir haben vor kurzem Gelegenheit gehabt, im Deutschen Reiche ein Jubiläum zu begehen, auf das wir mit Stolz und Genugtuung zurückblicken, auch wenn ihm vielleicht derjenige äußere Glanz und diejenige festliche Art fehlte, in der wir sonst in unserer, an Feiern so reichen Zeit ähnliche Ergebnisse zu begehen pflegen. Ich meine damit das fünfundzwanzigjährige Jubiläum der deutschen Sozialpolitik, im Hinblick auf jenen Tag, an dem Kaiser Wilhelm I. mit seiner sozialen Botschaft eine neue Periode der Gesetzgebung, eine Periode neuer Anschauungen für unser gesellschaftliches Leben im Deutschen Reiche einleitete.

Es ist gestern betont worden, daß man die Wirkungen gesetzgeberischer Maßregeln erst beurteilen kann, wenn eine Spanne von Jahren seit ihrer Entstehung verflossen ist, wenn sie verwachsen sind mit dem Volksleben, wenn sie ihre Wirkungen gezeigt haben. Auch in unserer Zeit ist aber ein Zeitraum von einem Vierteljahrhundert wohl genügend, um solche Wirkungen zu erkennen, um gleichzeitig die tieferen Ursachen sich klar zu machen, die zu solchen grundlegenden Änderungen unserer Anschauungen über soziales und gesellschaftliches Leben geführt haben und führen mußten, und ich glaube, wir werden den besten Untergrund für eine richtige Beurteilung dieser Frage finden, wenn wir sie im Zusammenhang mit unserer wirtschaftlichen Entwicklung betrachten.

Wenn wir von diesem Gesichtspunkte aus an uns die Frage richten, was war denn eigentlich die Ursache, die uns veranlaßte, diese soziale Gesetzgebung zu inaugurieren und fortzuführen, so, meine ich, liegt die Beantwortung eben in der Erkennung der großen Veränderungen, die in der wirtschaftlichen Struktur unseres Volkskörpers vor sich gegangen sind durch jene Entwicklung vom überwiegenden Agrarstaat zu dem heute überwiegenden Industriestaat, die wir in den letzten Jahrzehnten sich haben vollziehen sehen.

Sie wissen, daß in den Kreisen der Volkswirtschaftler die Frage: Industriestaat oder Agrarstaat? eine umstrittene ist. Ich glaube, wir müssen durchaus anerkennen, daß der wachsende Wohlstand unserer Bevölkerung, daß die Hebung des Lebensniveaus der Arbeiter und weiter Bevölkerungsklassen auf diese industrielle Entwicklung mit zurückzuführen ist. Aber wir dürfen uns auch andererseits, wenn wir objektiv sein wollen, nicht der schweren Besorgnisse entschlagen, welche diese Entwicklung mit sich geführt hat.

Wir haben sehen müssen, wie weite Schichten des gewerbtätigen Mittelstandes nicht mehr in der Lage waren, so wie vorher zu existieren, wir haben den Kampf sich abspielen sehen zwischen Handwerk und Fabrikbetrieb, der naturgemäß zu einer Zurückdrängung des Handwerksbetriebes führen mußte. Wir haben gesehen, wie unsere Landwirtschaft in ihrer Entwicklung zurückgedrängt wurde und nicht mehr in der Lage war, die ganze Bevölkerung zu ernähren. Wir haben aber vor allen Dingen gesehen, daß diese Entwicklung mit sich brachte eine wesentliche Abnahme der selbständigen Existenzen in unserem deutschen Reiche, daß für immer mehr Hunderttausende und Millionen von Menschen ihre Tätigkeit in einem Betriebe nicht mehr Übergangsstadium war, um von da zur Selbständigkeit aufzusteigen, sondern daß fortan diese Arbeit im Dienste anderer ihre Lebensaufgabe ausmachte und sie ganz erfüllen mußte, und ich glaube, wir haben diesen Untergang von selbständigen Existenzen, diese Ausschaltung der Möglichkeit, zur Seibständigkeit emporzusteigen, außerordentlich zu bedauern. Denn meiner Meinung nach unterliegt es keinem Zweifel, daß die Spannkraft eines Menschen, daß alles, was in ihm liegt an Idealismus, alles, was er aufbieten kann an körperlicher und geistiger Kraft, um Werte zu schaffen, mehr angeregt und mehr in

höchster Intensität ausgebildet werden kann, wenn er sich sagt: Was ich schaffe, das kommt mir und meiner Familie zugute, dafür kann ich denen, die nach mir kommen, der nächsten Generation vielleicht eine bessere Ausbildung, ein besseres Los bieten, als es mir noch beschieden worden war.

Es ist meiner Meinung nach ein Kennzeichen des deutschen Volkscharakters, besonders auch in der deutschen Landwirtschaft, daß diese Liebe zum selbständigen Schaffen in uns ruht, und wir deshalb sehen, daß die größte Auswanderung aus deutschen Gebieten in denjenigen Provinzen meist geschehen ist, wo durch großen Latifundienbesitz die Möglichkeit zur Seßhaftmachung auf eigenem Grund und Boden für den Bauern nicht mehr gegeben war.

Was auf der einen Seite in der Landwirtschaft maßgebend war, das zeigt sich auch in der Arbeiterschaft. Ein tiefer Pessimismus war die Folge dieser Aufgabe der selbständigen Existenz, ein Pessimismus der Lebens- und Weltanschauung, der naturgemäß auch in der Stellung des Einzelnen zum Staate zum Ausdruck kam und praktisch auch Geltung erlangte in der Abgabe sozialdemokratischer Stimmzettel. Und wenn ich auch nicht der Meinung bin, daß diese Entwicklung soweit vorgeschritten sei, wie sie der Abg. Naumann glaubte kennzeichnen zu müssen bei der Beratung des Etats des Reichsamts des Innern, und wenn ich auch seine Meinung nicht teile, daß der Arbeiter heute überhaupt nicht mehr als Persönlichkeit angesehen werde, sondern als eine Nummer, die man an einen Platz stellt, so ist doch andererseits nicht zu leugnen, daß wir damit rechnen müssen, daß eine immer größere und immer anwachsende Zahl von unselbständigen Existenzen, denen also in gewisser Beziehung in weiterem Sinne das Boden- und Heimatsgefühl fehlt, bei uns aufwächst. Der Staat hat ein weitgehendes Interesse daran, einer solchen Entwicklung die Schärfe zu nehmen. Und wenn ich mich in Gedanken hineinversetze in die Zeit, als unsere soziale Gesetzgebung, vorbildlich für andere Staaten, begann, dann glaube ich, unsere Staatsmänner haben damals mit ihrem weiten Blick diese Entwicklung vorausgesehen, haben sich die Gefahren klar gemacht, die darin liegen, und sie haben versucht, dieser weiten, stetig wachsenden Klasse für die verlorengegangene Möglichkeit des Aufsteigens zur Selbständigkeit ein Korrelat zu geben in unserer

sozialen Gesetzgebung, ihnen den Staatsgedanken, der ihnen fremder wurde, dadurch wieder näher zu bringen, daß sie durch die soziale Gesetzgebung diese Klasse von Millionen mit dem Staate verbanden; daß man brach mit dem alten Manchester-Standpunkt, daß der Staat nur für den Schutz und das Leben des Einzelnen zu sorgen habe, daß man einsah, daß man denjenigen Schichten, die zu ringen haben mit den Nöten des Lebens, auch beispringen müßte von Staats wegen, daß man ihnen in dieser sozialen Gesetzgebung gewissermaßen eine Planke hinwerfen wollte, auf die sie sich retten könnten, wenn die Fluten des Kampfes im Leben über ihnen zusammenschlugen.

Wenn wir von diesen Gesichtspunkten aus herangegangen sind an die soziale Gesetzgebung im Sinne der Arbeiter zunächst, so haben wir damit eine Arbeit geleistet, die nicht nur im Einzelinteresse der Klasse lag, die im weiteren Sinne — und das möchte ich ganz besonders betonen — ebenso im Interesse von Handel und Industrie selbst gelegen hat, und vor allen Dingen aber auch gelegen hat im Staatsinteresse, im Interesse einer Aussöhnung der Volksklassen, einer Hintandrängung einer pessimistischen Anschauung, die uns hätte gefährlich werden müssen. Und wenn wir auch gesehen haben, daß manche Blütenträume nicht gereift sind, daß es uns dadurch nicht gelungen ist, das Ansteigen der Sozialdemokratie zu einer Drei-Millionen-Partei zu verhindern, so soll uns das doch andererseits nicht hindern, auf diesem Gebiete fortzuschreiten, und es ist wohl kein Satz mit größerer Zustimmung aller Kreise aufgenommen worden, als der Satz der letzten Thronrede, den man in die kurze Bemerkung zusammengefaßt hat: Nun erst recht Sozialpolitik!

Auch die nationalliberale Partei hat niemals da versagt, wo es sich darum handelte, auf diesem Gebiete mitzuarbeiten. Ihre grundsätzliche Auffassung von der Bedeutung des Mittelstandes hat sie von vornherein dazu geführt, an alle die Fragen, die diese Schichten betreffen, heranzutreten unter dem Gesichtspunkt, das, was erhaltenswert ist, auch unbedingt zu erhalten und andere Kreise, die in der Selbständigkeit nicht zu erhalten sind, nun wenigstens durch feste Fundamente im Lebenskampf zu schützen. Sie ist dabei nicht in Fehler einseitiger extremer Anschauungen verfallen, die dahin gingen, daß die staatliche Gesetzgebung in der Lage sei, eine volkswirtschaftliche Entwicklung selbst aufzuhalten. Wir würden uns Illussionen hingeben, wenn wir meinten, daß es uns heute gelänge, die Großbetriebe irgendwie aus der Welt zu schaffen. Wohl aber hat sie es als ihre Aufgabe erkannt, in Uebereinstimmung mit den Gedanken, von denen unsere Sozialpolitik überhaupt ausgegangen ist, die Schärfe dieser Entwicklung nach Möglichkeit zu bannen.

Vor einem Jahre in Goslar haben wir unsere Stellung zur Mittelstandspolitik durch ein Referat niedergelegt, das noch in ihrer Erinnerung sein wird, durch das Referat des damaligen Herrn Abg. Patzig. Heute stehen wir vor einer neuen Frage, die mit der Sozialpolitik und ihrer Fortführung im engsten Zusammenhang steht. Ein neuer Stand ist aufgetreten, der wünscht und fordert, daß das soziale Werk auch für ihn fortgesetzt werde. Er weist hin auf seine stetig wachsende Bedeutung, er weist darauf hin, daß für ihn die Verhältnisse vielfach ähnlich lägen wie für die Arbeiterschaft in jener Zeit, als man an die Schaffung der ersten Arbeitergesetze heranging.

Zweifelnd und überrascht fragt vielleicht der eine oder der andere: Ist denn das richtig, sind denn hier so viele neue Schichten entstanden und herausgeboren worden aus dieser Entwicklung, daß sie sich als einen wichtigen volkswirtschaftlichen Faktor hinstellen können? Liegen denn tatsächlich die Verhältnisse so, daß man eine Parallele ziehen kann, wie sie in diesen an uns gelangenden Eingaben und Kundgebungen gezogen wird? Wie einst Thiers in den Zeiten der französischen Revolution die Frage aufwarf und beantwortet: Was ist der dritte Stand? Was will er? Weshalb verlangt er Berücksichtigung in der Gesetzgebung? so wird heute vielfach die Frage aufgeworfen: Was ist dieser neue Mittelstand? Welche Schichten gehören zu ihm? Welche volkswirtschaftliche Bedeutung wohnt ihm bei? Welches sind die Forderungen, die er berechtigt ist, an die staatliche Gesetzgebungsmaschine zu stellen.

Vor noch gar nicht langer Zeit gab es viele Kreise, die sich mit Entschiedenheit gegen den Gedanken wandten, als wenn man von einem starken neuen Mittelstand, wie ihn Schmoller genannt hat, sprechen könnte. Wiederholt hat beispielsweise der frühere Abgeordnete Dr. Oertel darauf hingewiesen, es könne keine Rede davon sein, daß dieser neue Mittelstand auch nur irgendwie, auch nur quantitativ in der Lage wäre, den alten

Mittelstand zu ersetzen oder überhaupt neben ihm in Betracht zu kommen. Wenn man von den weiten Kreisen der Privatbeamten sprach, dann wurde einem eingeworfen: Die Rayonchefs der Warenhäuser können uns nicht hinwegtrösten über die Abnahme der Handwerkerbetriebe. Es handelt sich aber wirklich nicht um die Rayonchefs von Warenhäusern, es handelt sich um Hunderttausende, es handelt sich heute vielleicht schon, wenn die Ziffern der neuen Berufszählung herauskommen werden, um eine Schicht von 1½ Millionen selbständiger Existenzen, noch größer wachsend, wenn man bedenkt, was dahinter steht an Volkskraft in den Familien, die mit dem Los und mit der Existenz dieser 1½ Millionen verknüpft sind. Bei der vorletzten Berufszählung zählte man ½ Million, bei der Berufszählung, die jetzt zwölf Jahre hinter uns liegt, war man bereits zu einer Ziffer von über 1 Million gekommen, und heute zählen allein die Organisationen der Privatbeamten etwa 800 000 Mitglieder. Von 1882—95 war relativ die Zahl der Unternehmer um 1 Prozent gestiegen, die Zahl der Arbeiter um 63 Prozent, die Zahl der Privatbeamten um 120 Prozent.

Das zeigt, daß diese neue wirtschaftliche Entwicklung, diese Entwicklung zum überwiegenden Industriestaat, in den wir nun einmal hineingetrieben sind, uns doch einen großen neuen mächtigen Mittelstand geschaffen hat, dem wir die Beachtung nicht versagen können, wenn er nun an uns herantritt, wenn er an uns seine Forderungen stellt, wie sie z. B. in dieser Frage der Pensionsversicherung der Privatbeamten zu Tage treten. Gewiß haben wir zu prüfen, ob die Verhältnisse so sind, daß wir mit gutem Gewissen sagen können, das allgemeine Interesse spricht für diese Forderungen.

Lassen Sie uns zuerst die Frage beantworten: Ist es richtig, daß auch für den Privatangestellten von heute der Dienst in großen und kleinen Unternehmungen nicht mehr Durchgangsstadium zur Selbständigkeit, sondern Lebensaufgabe ist? Ich glaube, für den größten Teil der deutschen Privatangestellten werden Sie diese Frage unbedingt bejahen können. Wenn irgend etwas kennzeichnend ist für unsere heutige wirtschaftliche Entwicklung, so ist es die Konzentration des Kapitals auf allen Gebieten, nicht nur auf dem Gebiete der Großbanken, die ja, wenn die Entwicklung so weiter geht, zu einer Vertrustung treiben, so daß schließlich überhaupt nur noch fünf tonangebende

Institute mit ihren Dependenzen in Deutschland übrig bleiben, sondern auch auf den Gebieten des Handels und der Industrie, wo zum mindesten doch heute größere Summen zur Verfügung gestellt werden müssen, um einen selbständigen Betrieb zu eröffnen, als sie der überwiegenden Menge der Privatbeamten zur Verfügung stehen.

Auf der anderen Seite, wenn wir das als gegeben wohl annehmen können, müssen wir auch sagen, die soziale Lage der Privatangestellten ist eine solche, daß sie mit Berechtigung fordern können, daß man für sie Einrichtungen treffe, die ihnen die Zukunft sichern, die ihnen ein nicht sorgenfreies, aber doch einigermaßen gesichertes Alter gewährleisten.

Die Denkschrift der Reichsregierung über die Lage der Privatbeamten kommt zu einem Durchschnittseinkommen von 2100 Mark. Ich halte diese Berechnung noch für zu günstig und werde nachher bei der Kritik der Denkschrift darauf zurückkommen. Wir haben nach der sächsischen Landtagswahl festgestellt, daß von den in Sachsen wahlberechtigten Privatangestellten weit über 60 Prozent unter 1900 Mark Einkommen hatten, und ähnliche Verhältnisse werden auch anderwärts vorliegen. Und wenn man nun sagen mag: ja, das ist doch ein höheres Einkommen, als es der Durchschnitt der Arbeiter hat, das bietet immerhin die Möglichkeit einer besseren Existenz, als sie dem Lohnarbeiter gegeben ist, so ist das gewiß richtig; aber einesteils ist auch das Erziehungskapital, das hier auf den Einzelnen verwandt ist, ein ganz anderes, sind die Anforderungen, die an diesen gestellt werden für sein äußeres Auftreten ganz andere und anderenteils ist dieser Stand durch die Stellung, die er einnimmt, auch vielfach gezwungen, andere Aufwendungen für sich zu machen, als sie der Arbeiter nach seinen Gewohnheiten zu machen pflegt. So meine ich, daß dieses Durchschnittseinkommen nicht als eine Sicherheit des Lebens angesehen werden kann, die uns etwa sagen könnte, wir haben für diesen Stand nicht in gleicher Weise einzutreten. Für die Unsicherheit der Lage dieser weiten Schichten spricht auch die große Zahl der jährlich verfallenden Lebensversicherungen, die man doch nur dann verfallen läßt, wenn man nicht mehr in der Lage ist, längere Zeit hindurch die Prämienlast aufzubringen.

Von diesen beiden Gesichtspunkten aus, dem wirtschaftlichen und dem sozialen, kann man daher mutatis mutandis wohl

sagen, wir haben hier ähnliche Folge-Erscheinungen der wirtschaftlichen Entwicklung, wie wir sie schon in früherer Zeit bei der großen Klasse der Arbeiter sahen, und wenn wir das auf der einen Seite anerkennen, wird sich uns selbst naturgemäß die Frage aufdrängen, ob dann nicht auch die Mittel, die wir damals angewandt haben, ob nicht die Gesetzgebung, von der wir eine Heilung dieser Schäden erwarteten, auch einsetzen muß für diesen Stand.

Ich meine allerdings, es ist etwas Falsches, wenn man die Frage immer nur so stellt, ob die Privatbeamten ein Interesse an dieser Versicherung hätten. Wir sind keine Klassenpartei wie die Sozialdemokratie; wir könnten überhaupt nicht wirken im Reichstage, wenn wir lediglich uns immer fragen wollten, ob die einzelnen Klassen ein bestimmtes Gesetz für wünschenswert erachten, denn dann würden wir aus der Gesetzgebung überhaupt nicht mehr herauskommen. Wir haben uns als verantwortliche Politiker bei jeder derartigen Situation zu fragen, ob wir es vor der Allgemeinheit verantworten können, für diesen Stand einzutreten, ob wir es verantworten können, etwa Reichsmittel, oder Mittel aus anderen Kreisen aufzubringen für eine bestimmte Gruppe von Staatsbürgern. Und Sie wissen, daß die Privatangestellten auch darin eine Aehnlichkeit fordern mit der sozialen Gesetzgebung, daß sie die Last verteilt zu sehen wünschen zwischen Privatangestellten und Arbeitgebern. Wir würden also der großen Schicht von Handel und Industrie durch diese Gesetzgebung neue Lasten aufbürden müssen, die auch sehr hoch sind, die vielleicht für beide Teile je 80 Millionen Mark betragen würden, und deshalb ist es durchaus berechtigt, wenn wir die Frage aufwerfen: Können wir das auch verantworten, können wir mit gutem Gewissen die Frage bejahen, ob auch Handel und Industrie an dieser Pensionsversicherung der Privatangestellten ein Interesse haben?

Ich glaube, auch das sind wir in der Lage zu tun. Wir haben eine außerordentlich glänzende wirtschaftliche Entwicklung hinter uns, die nicht nur in unserem inneren Markte, die auch in den steigenden Ziffern unseres Exports zum Ausdruck kommt. Vor wenigen Wochen wies Herr Ballin in einer Rede darauf hin, daß noch vor 50 Jahren die „Morning Post" in London höhnisch geschrieben hätte: „Nun, die guten Deutschen, sie wären ja Dichter und Denker, und auf diesen Gebieten hätten sie

etwas geleistet; sie malten gern ihren Gedankenschatz in Luft- und Phantasiegemälden aus, und deshalb glaubten sie auch, sie könnten Seeschiffahrt betreiben, und sollten doch froh sein, wenn sie überhaupt erst einmal gelernt hätten, die Flußschiffahrt auf ihren Strömen richtig zu betreiben." Und heute sehen Sie unsere Häfen in Hamburg mit ihrem mächtigen, nach Hunderten von Millionen wertenden Verkehr, denken sie daran, daß die großen Straßen vom alten nach dem neuen Weltteil meist über unsere Häfen hinweggehen; denken Sie daran, wie Ballin mit Recht hervorhob, daß das klassische Freihandels- und Manchesterland England seinen jahrhundertelang aufrecht erhaltenen Grundsatz, in den wirtschaftlichen Wettbewerb von Staats wegen nicht einzugreifen, hat aufgeben müssen, um der englischen Cunard-Linie aus Staatsmitteln die Möglichkeit zu geben, endlich einmal einen Dampfer zu bauen, der etwas größer ist als die deutschen Schiffe, und der trotz der Staatshilfe doch nicht schneller zu fahren vermochte, als die aus Privatmitteln gebauten deutschen Schiffe.

Gewiß haben wir diesen glänzenden Aufschwung unseres Handels und unserer Industrie in erster Linie mit zu danken der Initiative, der Tragkraft und der Energie unserer deutschen Kaufleute, die hinausgingen in alle Länder, die dort zugleich mit dem deutschen Handel und der deutschen Industrie auch deutsche Kultur verbreitet haben. Man wird sich auch in England allmählich darüber klar, daß Deutschland in den letzten Jahrzehnten eben mehr gearbeitet hat. Die körperliche Entwicklung ist sehr gut, um uns vor der Gefahr einer zu einseitigen alleinigen geistigen Ausbildung zu schützen. Es ist aber unrichtig, wenn man glaubt, verzichten zu müssen auf alle möglichen Kenntnisse, wenn man glaubt, mit Englisch allein in der Welt auszukommen und fremde Sprachen nicht lernen zu brauchen. Da kommt man in Rückstand gegen ein Volk, das sich bemüht hat, sich auch den Bedürfnissen der Welt anzupassen, das sich gesagt hat, daß der Lieferant dem Kunden entgegenzukommen hat und nicht umgekehrt.

Dazu kommt die große Bedeutung und Wertschätzung der technischen Wissenschaften in Deutschland, kommt unsere — ich darf wohl sagen — größere kaufmännische und gründlichere technische Durchbildung, die es uns ermöglicht hat, zu einem der führenden Exportstaaten zu werden, obgleich die Grund-

bedingungen dafür in Deutschland nicht so gegeben waren, wie sie England durch seine großzügige Kolonialpolitik seit Jahrzehnten und Jahrhunderten besaß.

Wenn wir auf der einen Seite der Unternehmer selbst durch seinen Wagemut und seine Initiative zuerst die Fäden zog, die hinüberliefen von uns nach anderen Teilen der Welt, so konnte er doch diese Beziehungen nur dadurch aufrecht erhalten, daß er in seinen Arbeitern, daß er in seinen Angestellten auch den Kreis von verständnisvollen Förderern seiner Ideen gefunden hat, die es ihm ermöglichen, eben durch die Qualität seiner Waren auf dem Weltmarkte zu siegen. Und es ist längst in der Industrie und im Handel ein als richtig anerkannter Grundsatz anzusehen, daß die teurere Qualität der Angestellten eigentlich im Grunde die billigere ist, weil auch ihre Leistungen höhere sind.

Lassen Sie uns einmal einen Blick in die Zukunft werfen. Ich halte nicht die Gefahren des wachsenden Industriestaates für so gegeben, wie es etwa Pohle in seinem, wohl ebenso genannten Buche tut, aber das eine meine ich, wenn wir sehen, wie Staaten, die noch vor Jahrzehnten unsere Abnehmer waren, die wir eigentlich mehr als Märchenländer aus den Operetten kannten, jetzt mit einem Male eintreten in den industriellen Wettbewerb, wenn sie für ihre wachsende Bevölkerung neue Gebiete suchen, wenn sie Schiffe — und größere, als die deutsche Flotte hat — auf ihren Werften selbst bauen, und wenn sie bei ihrer viel günstigeren Lage anfangen, uns Konkurrenz zu machen auf dem amerikanischen Markt, und wenn wir andererseits sehen, wie in England diejenigen Bestrebungen doch mit der Zeit mehr in den Köpfen des Volkes sich breit machen, die da sagen, wir wollen uns abschließen, wir wollen nicht mehr das Land des Freihandels bleiben, wir wollen den Wettbewerb Deutschlands hintanhalten durch ein Greater Britain, das gebildet wird aus England und seinen Kolonien, durch eine große Wirtschaftseinheit mit Schutzzöllen gegen Deutschland — ich glaube, dann können wir zum mindesten das eine sagen: unsere Stellung in der Welt, in der Weltwirtschaft dürfen wir nicht als etwas hinnehmen, was uns für alle Zeiten garantiert ist; wir müssen sie mit jedem Jahre neu erobern. Dazu gehört ein Heer von Pionieren, die eben für den deutschen Welthandel ihre Kenntnisse und ihre Durchbildung zur Verfügung stellen.

Nehmen Sie unseren Wettbewerb mit Amerika an. Günstiger ist dort die Lage, als bei uns, größer die Zahl der Menschen, die Waren abnehmen, weniger groß auch die Bevormundung in kleinen Dingen, die bei uns vielfach in der inneren Verwaltung gegenüber der Industrie zu Tage tritt. Und doch kann man das eine beobachten: der Amerikaner kann eine bestimmte Standardmarke, einen bestimmten Typ in Millionen von Exemplaren auf den Markt werfen, vielleicht auch die Maschine konstruieren, die etwa diese Marke, dieses eine herstellt; aber überall, wo die differenzierte Qualität zum Ausdruck kommt, ist er nach wie vor auf die deutsche Einfuhr angewiesen, trotzdem er sich redliche Mühe gegeben hat, sie durch seine Zollgesetzgebung unmöglich zu machen.

Diesen Sieg der Qualität der Ware können wir auch nicht erringen mit einer niederen Qualität von Angestellten. Deshalb, glaube ich, hat auch die deutsche Industrie, hat der deutsche Handel ein vitales Interesse daran, für diese seine Privatbeamten und Helfer zu sorgen, daß ihre Berufsfreudigkeit gehoben werde, und nicht in ihrer Arbeitskraft eine Lücke eintrete, durch jenen Pessimismus, mit dem sich der einzelne heute sagt: Was soll aus dir werden, wenn du einmal älter bist, wenn deine Kräfte vielleicht nicht mehr zulangen, wenn du durch irgend einen Umstand, der außerhalb deines Willens liegt, deine Stellung verlierst, und nun in den Jahren, wo deine Arbeitskraft nicht mehr aufsteigt, sondern im Niedergang begriffen ist, eine neue Stellung dir suchen mußt!

Auch die Eltern und Vormünder fragen sich heute vielfach: sollen wir unsere Kinder hineingeben in diese Unsicherheit des Lebens, sollen wir nicht lieber die beschränkten Vorteile des Beamtentums erspähen und, wenn auch die Wartezeit lange dauert, lieber das Heer der Staats- und Gemeindebeamten durch unsere Kinder erhöhen, als daß wir sie hineinschicken in die Privatbeamtenschaft? Es werden durch diese Unsicherheit Kräfte ferngehalten von diesem Stande der Privatbeamten, die wir nicht entbehren können, und weitsichtige Unternehmer sollten sich mit Freuden an die Spitze der Bewegung stellen. Ich freue mich außerordentlich, daß wir anscheinend in dieser Frage keinen Gegensatz zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern haben. Ich möchte das besonders betonen, auch gegenüber denjenigen

in einzelnen kleinen Teilen der Privatbeamtenschaft auftretenden Bestrebungen, die gewissermaßen die Gewerkschaftsbewegung übertragen möchten auf die Privatbeamtenorganisation und in ihren Zeitschriften immer predigen, als wenn ein Interessengegensatz zwischen Arbeitgebern und Angestellten unbedingt bestehe und bestehen müsse. Es ist ein Ruhmestitel der deutschen Privatbeamtenschaft, daß sie bisher diesen Einflüsterungen nicht in nennenswertem Umfange Gehör geschenkt hat, und daß die große gewaltige Sozialdemokratie in ihrer Organisation für die Privatbeamten ganze 6700 Mitglieder zählt gegenüber den 800000 der übrigen Verbände.

Ich begrüße es aber, wie gesagt, daß wir bei dieser Gelegenheit darauf hinweisen können, daß auch die Industrie und der Handel ihrer sozialen Pflichten sich durchaus bewußt sind, was ja schließlich anzunehmen war, da der deutsche Kaufmann nicht durch Engherzigkeit seines Wesens, sondern durch weiten Blick sich die Welt gewonnen hat und nur in Zukunft wird gewinnen können.

Die Handelskammer in Lüdenscheid hat schon vor Jahren erklärt, daß sie es für eine Ehrenpflicht der deutschen Industrie ansehe, diese Bestrebungen zu unterstützen. Der Verband der sächsischen Industriellen mit 3800 Industriebetrieben und 400000 Arbeitern hat sich einstimmig dafür erklärt, diese berechtigten Bestrebungen auch seinerseits mit aller Kraft zu unterstützen. Und am gestrigen Tage erhielt ich einen Bericht über die Gesamtsitzung der Handelskammer Plauen i. S.; da war der Ausschußbericht vorgelegt über die Einführung einer Pensions- und Hinterbliebenenversicherung, und da sagt dieser Bericht wörtlich:

„Nachdem den Arbeitern durch die soziale Gesetzgebung der wirtschaftliche Schutz gegen die Folgen von Krankheit, Unfall- und Invalidität gewährt und ihren Witwen und Waisen eine Fürsorge in Aussicht gestellt worden ist, ist es ein Gebot ausgleichender Gerechtigkeit, auch den Privatangestellten einen gleichen Schutz zuteil werden zu lassen. Die Privatangestellten verdienen für ihre treue, angestrengte und verantwortungsvolle Mitarbeit eine Sicherstellung ihrer Zukunft. Der Ausschuß spricht daher die Erwartung aus, daß die Handelskammer Plauen, die für das soziale Versicherungswerk bisher stets eingetreten ist, auch bei der Ausdehnung dieser Versicherung auf die Privatangestellten nicht zurückstehen wird."

Die Handelskammer hat die Erwartung des Ausschusses nicht getäuscht, sondern dieses Gutachten einstimmig zu ihrem Beschluß erhoben.

Allerdings gibt es auch Gegner dieser Versicherung in diesen Kreisen, und es wäre verkehrt, daran vorbeigehen zu wollen. Als ich im Bunde der Industriellen zum ersten Male über diese Frage sprach und etwa die Gedanken entwickelte, die ich auch hier darzulegen versuche, da trat mir Herr Generalsekretär Bueck vom Zentralverband deutscher Industrieller entgegen, und seine Hauptgedanken gipfelten darin, daß er sagte: „Durch diese Pensionsversicherung löschen Sie die Initiative und Arbeitskraft des einzelnen aus. Nur im freien Wettbewerb entwickelt sich die höchste Arbeits-Intensität. Wer aber nicht mehr zu sorgen hat, der spannt auch seine Kräfte nicht in diesem Maße an." Ich habe bisher aus der Industrie selbst eine derartige Beweisführung nicht gehört, und sie geht auch von einem ganz falschen Gesichtspunkte aus und hat einen logischen Fehler. Wo nehmen wir denn den Konkurrenzkampf heraus aus dem Kreise der Privatbeamten durch dieses Gesetz? Die Stellung garantieren wir dem einzelnen nicht; das kann kein Staat und keine Gesetzgebung. Auch unter diesem Gesetz wird der Tüchtigere zu höherem Einkommen gelangen, als der Mindertüchtige; auch unter diesem Gesetz wird die Qualität der Arbeit genau so bewertet werden, wie sie früher bewertet worden ist. Ich möchte daher hoffen, daß die weitesten Kreise der Industrie nicht dieser Anschauung, sondern derjenigen folgen möchten, die in den Kundgebungen niedergelegt ist, die ich Ihnen eben entwickelte.

Und wenn ich mich weiter frage, ob auch das Staatsinteresse für diese Frage spricht, so glaube ich, das können wir unbedingt bejahen, ebenso wie wir es bejaht haben bei der sozialen Gesetzgebung in bezug auf die Arbeiter. Und ich glaube auch, einen Gedanken hierbei einmal ganz offen aussprechen zu können: Wenn wir uns, und mit vollem Recht, in unserer aus unserem sozialen Gewissen heraus geborenen Zustimmung zur Sozialpolitik dadurch nicht haben abhalten lassen, daß die überwiegende Mehrzahl der Arbeiter nach wie vor sozialdemo-

kratisch ist, so, glaube ich, können wir wohl auch einmal zum Ausdruck bringen, daß wir auch hierdurch der Privatbeamtenschaft gegenüber den Dank äußern wollen, daß sie stets zur nationalen Sache gehalten und unsere Schlachten für die nationalen Ideen mit geschlagen hat.

Wir sind vom Staatsinteresse aus gerade ganz vital daran interessiert, daß wir eine zukunftssichere Mittelstandsgruppe uns erhalten, daß wir die Träume der Sozialdemokratie zunichte machen, die ja nach der ganzen Grundlage ihrer Anschauungen folgerichtig gar nicht anders kann, als auf die Zerstörung dieses Mittelstandes hinzuarbeiten. Es ist kein Zufall, sondern es ist die Konsequenz des sozialdemokratischen Parteiprogramms, daß die Sozialdemokratie in dieser Frage ganz abseits steht. Sie werden von einer Initiative sozialdemokratischer Abgeordneter in dieser Frage nichts gehört haben. Sie werden wahrscheinlich keine Volksversammlung mitgemacht haben, wo die sonst so redelustigen Agitatoren der Sozialdemokratie sich einmal für die Sicherstellung auch dieser schwer ringenden Gruppe mit irgend einem Wort ausgesprochen hätten. Ihr Sinnen und Streben muß dahin gehen, alles zu proletarisieren, alles herunterzuziehen zu einem möglichsten Pessimismus, um auf diesem dann das Gebäude ihrer Zukunftshoffnungen aufzubauen, und wir, meine ich, haben umgekehrt unser ganzes Bestreben darauf zu lenken, diesen Wall von Mittelstandsschichten zu erhalten und zu stärken, damit sich an ihm einst die Wellen der Sozialdemokratie brechen sollen, wie sie sich, Gott sei Dank, bisher an ihm und der Landwirtschaft und dem erwachenden nationalen Bewußtsein der Arbeiterschaft gebrochen haben.

Wenn ich nun zu dem Gesetz selbst komme, nachdem ich glaube, daß prinzipielle Gegensätze nicht bestehen, prinzipielle Einwendungen gegen den Grundgedanken wohl kaum erhoben werden können, so lassen Sie mich ganz kurz die historische Entwicklung dieser Frage streifen.

Die Privatbeamten hatten in ihren großen Organisationen einen Hauptausschuß eingesetzt, der für diese Forderungen eintrat, sie populär zu machen versuchte. Einen Schritt vorwärts bedeutete es, als man eine Enquete machte, an alle Privatbeamten Fragebogen hinausgehen ließ, um so eine Grundlage zu schaffen für eine Versicherung, um einmal zu sehen, wie ist das Einkommen, wie sind die Familienverhältnisse, wie ist

die Alterszusammensetzung dieser Gruppe. Sie wissen, daß auf diese Enquete eine Denkschrift aufgebaut worden ist, welche die Reichsregierung herausgegeben hat, und Sie haben ja vielleicht vielfach gehört, daß man vor allem sagte, dieses Material ist vollständig ungenügend, es umfaßt nur einen kleinen Teil der Privatangestellten und kommt zu unrichtigen Schlüssen.

Auch ich bin dieser Ansicht. Ich halte es aber dann für sehr eigentümlich, daß Herr Geheimrat von Kaufmann in der Reichstagskommission auf eine Anfrage nach der Denkschrift ausdrücklich am 18. Januar 1905 erklärt hat, daß das von den Privatbeamten gelieferte Material völlig ausreichend sei, und daß daraufhin die Denkschrift ausgearbeitet werden würde.

Es ist eigenartig, daß die Regierung erst durch ihren Vertreter das Material als ausreichend bezeichnet und dann in der Denkschrift auf Schritt und Tritt erklärt, dieses Material genügt in keiner Weise, um die wirklichen Verhältnisse erkennen zu lassen. Dann hätte man die Denkschrift eben erst beginnen sollen, nachdem man weitere Unterlagen gesammelt hatte. Man wäre vielleicht über den gerade jetzt so eigenartigen Stand der Bewegung, der eben durch die Unsicherheit der Denkschrift herbeigeführt worden ist, hinweggekommen.

Wenn ich mich dieser Denkschrift nun zuwende, so möchte ich von vornherein — und das gilt auch für die späteren Ausführungen — sagen, daß ein Eingehen in alle Details natürlich unmöglich ist und auch nicht im Rahmen dieses Vortrages liegen kann. Auf einige Hauptgesichtspunkte halte ich mich aber verpflichtet einzugehen.

Zuerst möchte ich eine Kritik zurückweisen. Man hat gesagt, der Ton der Denkschrift sei kalt, frostig und nüchtern. Daraus spräche keine Sympathie und ähnliches. Diese Kritik ist unberechtigt. Eine statistische Arbeit hat keine Sympathie auszusprechen, sondern Tatsachen festzustellen. Eine Statistik wird immer nüchtern sein, das liegt in ihrer Natur.

Für bedauerlich halte ich es dagegen — das ist meiner Meinung nach ein wichtiger Gesichtspunkt —, daß die Denkschrift nur den einen Weg betreten hat, zu prüfen, was man fordern müsse, wenn man die Bezüge der Staatsbeamten zugrunde lege, daß sie aber, nachdem sie zu einem Ergebnis kam, von dem sie selbst sagen mußte, daß es die ganze Durchführbarkeit der Versicherung in Frage stellt, keinen einzigen

Versuch gemacht hat, uns ebenso mit den Mitteln der Statistik darzulegen, wie sich etwa auf andere Weise unter Verringerung auch der Leistungen bei verringerten Beiträgen ein Weg würde finden lassen.

Das Ergebnis der Denkschrift besteht bekanntlich darin, daß bei Pensionen nach Analogie der Staatsbeamtenbezüge bei Berücksichtigung der Gehaltssteigerung ein Betrag von 19,1 Proz., und ohne Berücksichtigung dieser Gehaltssteigerung ein Beitrag von 14,36 Prozent erforderlich sein würde. Für Privatbeamte kommt natürlich nur die letztere Ziffer in Frage. Das Gehalt der Privatbeamten weist nicht eine fortwährend steigende Tendenz auf; denn nicht in allen Fällen ist das Endgehalt auch das höchste, und deshalb müßte man naturgemäß das Durchschnittsgehalt in Betracht ziehen.

Gegen die Berechnungen selbst aber sind meiner Meinung nach mit Recht ganz wichtige, grundlegende Einwendungen gemacht worden. Zunächst ist die Zahl der Verheirateten, die sich an der Statistik beteiligt hat, viel zu hoch und ergibt infolgedessen ein ganz falsches Bild. Wie soll man zu Ergebnissen kommen, mit denen man arbeiten kann, wenn man ansieht, daß von den männlichen Privatangestellten, die sich an der Erhebung beteiligt haben, 61,51 Proz. verheiratet waren, während die Berufszählung nur 51,13 Proz. zählt. Dabei waren bei der letzten Berufszählung die Ladenangestellten noch den Arbeitern zugerechnet. Zählen Sie diese mit in die Klasse der Privatangestellten, in die sie mitgerechnet werden müssen, dann kommen Sie auf 39,44 Proz. Verheiratete, während die Denkschrift mit 61,51 Proz. rechnet. Gerade das ist doch für die Renten der Privatangestellten und für die Witwen- und Waisenrenten von so vitaler Bedeutung, daß man sich sagen muß: solche Berechnungen geben uns gar keine sichere Unterlage.

Ebenso ist es mit der Alterszusammensetzung. Im Alter bis zu 40 Jahren stehen nach der Erhebung 32 Proz., nach der Berufszählung 23,2 Proz. der Privatangestellten.

Nun wird gesagt, auch in der Denkschrift: Ja, das wird sich wieder ausgleichen; durch die Pensionsversicherung wird ein Anreiz zur früheren Verheiratung gegeben, wird auch ein Anreiz gegeben zur Kindererzeugung, also zur Vergrößerung der Familie. Ich glaube, daß dieser Anreiz sich bisher schon ohne Pensionsversicherung so stark geltend gemacht hat, daß

man das wohl nicht so weit wird in Anrechnung bringen können, um die bisher gekennzeichneten Differenzen auszugleichen.

Die Denkschrift nimmt aber auch ferner den jetzigen Altersaufbau der Privatangestellten zur Grundlage der Prämienleistung. Also sie nimmt an, daß alle Versicherten die Prämienleistung in dem Jahre beginnen, in dem sie sich zur Zeit der Erhebung befinden. Das stimmt aber nur für das erste Jahr, denn mit jedem weiteren Jahre wird durch den Eintritt ganz junger Privatangestellter auch der Altersdurchschnitt ein niedrigerer.

Die Denkschrift rechnet ferner mit einem Zinsfuß von 3 Proz. für die aufgespeicherten Kapitalien. Nun, das nimmt sich bei dem jetzigen Diskont etwas eigenartig aus. Aber selbst wenn wir nicht an die gegenwärtigen abnormen Verhältnisse denken, wenn wir uns einmal fragen, was hat im Durchschnitt der letzten Jahre die Verzinsung der Landesversicherungsanstalten erbracht, so kommen wir auf 3,5 Proz., und dabei ist zu berücksichtigen, daß diese Anstalten vielfach Baukapitalien zu ganz niedrigen Hypothekenzinsen vergeben. Es ist ja durchaus richtig, und man kann der Regierung daraus keinen Vorwurf machen, daß sie regelmäßig das schlechteste gewählt hat. Ich glaube, jeder, der eine Bilanz aufmacht, tut überhaupt gut, nicht bloß den Optimismus, sondern auch den Pessimismus sprechen zu lassen; man wird dadurch vor Enttäuschungen bewahrt, die sonst eintreten. Aber ebenso kann man objektiv aussprechen: Voraussichtlich wird dieses Ergebnis besser sein; voraussichtlich wird die Verzinsung höher als 3 Proz. sein.

Dann hat man als Grundlage die Verwaltungskosten der Reichsinvalidenversicherung genommen. Auch diese Verwaltungskosten wird man nicht zur Vergleichung heranziehen können mit denen einer Privatbeamtenkasse, denn es handelt sich hier doch um ganz andere Durchschnittsbeiträge. Es handelt sich bei der einen Kasse um das Einkassieren von Beiträgen im Durchschnitt von 12,50 Mk., und hier um solche von 150—200 Mk., und es ist doch wohl mit höheren Kosten verbunden, wenn man zehnmal eine Summe einzieht, als wenn man mit einem Male die zehnmal größere Summe einzieht.

Weiter wird in der Kritik, die diese Denkschrift vielfach gefunden hat, von sachverständiger Seite auch darauf aufmerksam gemacht, daß die der Berechnung zugrunde liegende Invaliditäts-

versicherung, die übrigens sich anschließt an das Nicht-Zugpersonal bei den Eisenbahnen, das Heilverfahren unberücksichtigt läßt, daß aber doch voraussichtlich die Wirkung dieses Heilverfahrens, das beabsichtigt ist, darin bestehen wird, daß das Invaliditätsrisiko dadurch herabgemindert werden wird.

Aus dieser Kritik dürfte das eine hervorgehen, daß wir voraussichtlich auch bei der Zugrundelegung der Pensionsbezüge der Staatsbeamten mit etwas niedrigeren Beiträgen würden rechnen können, als sie sich aus der Denkschrift ergeben, daß wir vielleicht statt mit 14—15 Proz. mit 11—12 Proz. würden rechnen können.

Der Hauptausschuß der Privatbeamten ist jedoch — und meiner Meinung nach mit vollem Recht — von der Forderung der Staatsbeamtenpensionen überhaupt zurückgekommen, die er übrigens auch niemals als einzige Forderung erhoben hatte, die er nur erhoben hatte in der Form, daß er sagte: etwa in dieser Höhe. Er ist von dieser Forderung zurückgekommen, seitdem er gesehen hat, daß dazu doch Beiträge erforderlich sein würden, die beiden Teilen, den Privatangestellten und auch ihren Arbeitgebern, kaum werden zugemutet werden können. Er hat sich jetzt dahin ausgesprochen, daß er eine Rente fordert von 66⅔ Proz. des Durchschnittsgehaltes nach 40 Beitragsjahren, eine Altersrente vom 65. Lebensjahre an und eine Witwenrente von 40 Proz. der Invalidenrente. Man hofft in den Kreisen der Privatangestellten, daß diese Leistungen sich etwa mit einem Beitrage von 10 Proz. würden erzielen lassen, von dem die Arbeitgeber die eine Hälfte, die Angestellten die andere Hälfte zahlen, während der Reichszuschuß nur in der Höhe in Anspruch genommen werden soll, wie er bisher schon besteht für diejenigen, die der Invalidenversicherung angehören. In diesen Forderungen besteht eine weitgehende Einigkeit. Ich glaube auch es wird sich eine Einstimmigkeit hierüber erzielen lassen, wenn im November der Hauptausschuß diese Forderungen seiner Siebener-Kommission prüft.

Selbstverständlich würde die Reichsregierung noch einmal diese Leistungen und Gegenleistungen statistisch nachprüfen müssen. Aber auf diesem Fundament würde sich vermutlich eine Einigkeit zwischen Parlament und Regierung erzielen lassen.

In einer anderen Frage aber ist diese Einigung nicht erzielt, und gegenwärtig tobt der Streit in den verschiedenen

Lagern darüber, wie die Form der Versicherung aussehen soll, ob man eine besondere Versicherungsanstalt fordern soll oder den Ausbau des Invaliditätsgesetzes. Für den letzteren Weg tritt insbesondere der Werkmeisterverband ein und sein Syndikus, der Herr Reichstagsabgeordnete Dr. Potthoff; ferner verschiedene technische Verbände, und der den Hirsch-Dunckerschen Vereinen angeschlossene Verein deutscher Kaufleute. Für eine Sondereinrichtung treten die alten Handlungsgehilfenverbände, der Achtundfünfziger Verein, der Leipziger Handlungsgehilfenverband, der Verband der deutschnationalen Handlungsgehilfen, der Privatbeamtenverein in Magdeburg u. a. ein. Insgesamt steht die Sache gegenwärtig so, daß sich etwa 500 000 Privatbeamte für eine besondere Kasseneinrichtung ausgesprochen haben, während etwa 180- bis 200 000 Privatbeamte den Ausbau des Invalidengesetzes fordern.

Es ist nötig, diese Zahlen anzuführen, weil die dem Herrn Abgeordneten Dr. Potthoff zur Verfügung stehende Presse so verbreitet ist, daß derjenige, der die Verhältnisse nicht kennt, wenn er die Quantität der Zeitungserörterungen zur Grundlage nimmt, allerdings der Meinung sein müßte, als wenn beinahe eine Einstimmigkeit über den von dem Abgeordneten Dr. Potthoff vorgeschlagenen Weg bestände.

Ich möchte auch hier die Hauptgesichtspunkte anführen, die von beiden Teilen für ihre Forderungen geltend gemacht werden, und dabei auch meine eigene Stellungnahme präzisieren, ohne damit die Fraktion festlegen zu wollen oder zu können, zumal wir noch nicht das Endergebnis der Verhandlungen des Hauptausschusses vor uns sehen.

Die von den Anhängern des Ausbaues des Invalidengesetzes vorgebrachten Gründe halte ich nach zwei Richtungen hin für sehr beachtlich. Ich glaube, man muß zunächst zugeben, daß für die Werkmeister und ähnliche Berufsarten der Ausbau des Invalidengesetzes mit Anfügung höherer Klassen deshalb den Vorzug zu verdienen scheint, weil bei diesem Stande vielfach ein Herüber- und Hinüberfluten stattfindet, weil die Werkmeister meist aus dem Stand der Arbeiter hervorgehen, vielfach auch in diesen Stand zurückkehren, und es mindestens mit Schwierigkeiten verbunden sein müßte, wenn sie nun bald der einen und bald der anderen Kasseneinrichtung angehören. Für den Anschluß an dieses Gesetz würde ferner der Gesichts-

punkt ins Feld zu führen sein, daß ein größerer Teil der Privatbeamten schon jetzt dem Gesetz unterstellt ist, und daß wir bei Schaffung einer Sondereinrichtung meiner Meinung nach diese Kreise aus dem Gesetz herausnehmen müßten, denn der Weg, daß sie einesteils im Invalidengesetz darin bleiben und dort steuern, und andernteils in einer Sonderkasse sind und dort steuern, wird, glaube ich, sehr schwer durchzuführen sein. Vielleicht werden wir in der Diskussion des heutigen Tages Gelegenheit haben, von dem Leiter einer Versicherungs-Anstalt zu hören, wie er sich selber zu dieser Frage stellt, die in den Ausführungen des Herrn Grafen Posadowsky bei der Beratung dieser Frage nicht erörtert worden ist. Ich möchte allerdings annehmen, daß die Reichsregierung selbst es nicht für unmöglich hält, diese Herausnahme zu bewerkstelligen, denn der Herr Staatssekretär Graf Posadowsky hat sich wiederholt dahin ausgesprochen, es gebe zwei Wege in der Frage, einmal eine Sonderkasse und andererseits den Ausbau des Invalidengesetzes. Er hat also in keiner Weise erkennen lassen, daß bei der Reichsregierung Bedenken gegen die Schaffung eines Sondergesetzes obwalten. Der Herr Abgeordnete Sittart hat auch mitgeteilt, daß Graf Posadowsky in einer ihm gewährten Audienz noch vor kurzem die Sonderkasse an erster Stelle genannt hätte.

Wenn ich aber diese Bedenken auch als durchaus schwerwiegend ansehen muß und der Meinung bin, daß wir hierüber noch weiterem Material entgegensehen müssen, so kann ich doch andere Gründe, die von den Anhängern eines Ausbaues des Invalidengesetzes — ich will einmal der Kürze des Ausdrucks halber sagen, die also von Herrn Dr. Potthoff im wesentlichen vorgebracht werden, nicht als durchschlagend ansehen.

Die Privatangestellten legen den größten Wert auf eine ausreichende Witwen- und Waisenversorgung, und wir alle müssen den Idealismus durchaus anerkennen, der in erster Linie für die Hinterbliebenen zu sorgen sich bemüht. Nun sagt der Herr Abgeordnete Dr. Potthoff: Ja, das ist im Rahmen des Gesetzes ja jetzt durchaus möglich, da durch die Lex Trimborn ja eine Witwen- und Waisenversorgung in absehbarer Zeit bevorsteht. Nun, das halte ich in keiner Weise für richtig. Die Erträgnisse der Zölle, die uns zunächst einmal in keiner Weise garantiert sind, die durchaus schwanken, können — das

ist wiederholt im Reichstag ausgesprochen worden — nicht ausreichen auch nur für eine Witwen- und Waisenversorgung der Arbeiter. Der Herr Graf Posadowsky sagte am 15. Februar 1899: Durch die Zollerträgnisse könne nur den Witwen, die erwerbsunfähig sind, eine Rente gewährt werden, also nicht einmal allen Witwen von Arbeitern, sondern nur denen, die nicht mehr in der Lage sind, zu arbeiten. In derselben Sitzung führte der Herr Staatssekretär aus: „Wenn Sie eine Witwenrente wollen von 50 Mark und höher, auf 80 Mark steigend pro Jahr für die deutschen Arbeiter, dann würde eine Verdoppelung sämtlicher Beiträge zur Invaliditätsversicherung notwendig sein, also eine Verdoppelung der Beiträge der Arbeiter und der Arbeitgeber." Der Herr Dr. Potthoff hat aber selbst einmal in einer Schrift ausgeführt, meines Erachtens vollständig zutreffend: In der Invalidenversicherung bestehen sehr große Unterschiede zwischen den Arbeitern und den Angestellten, da die Frauen der letzteren in geringerem Umfange selbst erwerbstätig sind und trotzdem eine weit größere Scheu vor öffentlicher Armenunterstützung haben. Ich glaube, daß man dem durchaus zustimmen kann, Beweise dafür kaum anzuführen braucht. Der Werkmeisterverband hat wiederholt selbst gefordert, daß die geplante Witwen- und Waisenversorgung einigermaßen auskömmlich sein müsse. Legen nun die Privatangestellten auf eine ausreichende Hinterbliebenenrente Wert, so wird sich diese allerdings nur sehr schwer im Anschluß an das Invalidengesetz vollziehen lassen.

Man sagt dann weiter, der Ausbau dieses Gesetzes sei billiger, die Verwaltungskosten würden geringer sein, die weitere Versicherung der Einzelnen würde durch die bestehen bleibenden Privatkassen gewährleistet. Ja, da ist aber der eine wichtige Gesichtspunkt meiner Ansicht nach nicht berücksichtigt, daß bei der Mehrzahl der Privatkassen, soweit sie nicht von Arbeitgebern geschaffen sind, der Privatangestellte die Beiträge allein zu zahlen hat, während bei der angestrebten Pensionsversicherung doch gerade eine wesentliche Erleichterung darin besteht, daß er nur für die Hälfte der Beiträge aufzukommen hat.

Ob ein Ausbau des Invalidengesetzes billiger sein würde als die Schaffung einer Sonderkasse, darüber erlaube ich mir als Laie kein Urteil. Aber in den Gutachten, die der Werkmeisterverband selbst herausgegeben hat, sagt einer der Gutachter,

Herr Dr. Dillo, daß die Verwaltungskosten bei einer Sondereinrichtung kaum wesentlich höher sein würden als bei dem Ausbau des Invalidengesetzes.

Man sagt dann außerdem weiter, die Scheidung zwischen Angestellten und Arbeitern würde sich nicht durchführen, es würde sich dafür eine zutreffende Definition nicht finden lassen. Auch hier bestehen gewisse Schwierigkeiten; aber ich sollte meinen, daß diese Schwierigkeiten nicht unüberwindlich sind, denn im allgemeinen pflegt heute doch das Gros der Angestellten in seiner ganzen Lebens- und Arbeitsstellung sich so definieren zu lassen, daß man zwischen dem Handarbeiter und dem Angestellten, der in den meisten Fällen doch auch Kopfarbeiter ist, auch würde unterscheiden können.

Nun wird dann aber weiter gesagt — und auf diese Frage möchte ich etwas näher eingehen, weil sie zwischen den Zeilen einen sehr schweren Vorwurf für alle diejenigen enthält, die überhaupt den Gedanken einer Sondereinrichtung für diskutierbar halten —, Herr Dr. Potthoff und viele seiner Anhänger sagen: durch die Schaffung einer Sonderkasse würde ein sozialer Gegensatz zwischen den Arbeitern und den Angestellten geschaffen; das Eintreten für eine Sondereinrichtung entspränge einem nicht zu rechtfertigenden Standesdünkel; und es wird weiter gesagt, alle Vertreter von Arbeiterinteressen im Reichstage würden aus diesem Grunde von vornherein einer Sondereinrichtung widerstreben.

Ich habe die Literatur über diese Frage sehr ausgiebig studiert, und sie ist schon so angewachsen, daß man beinahe darin ertrinken kann. Aber das eine habe ich nicht gefunden, daß irgendwo und an irgendeiner Stelle die Forderung der Sondereinrichtung damit befürwortet würde, daß man sagte: Wir wollen mit den Arbeitern nichts zu tun haben, wir dünken uns etwas Besseres und wollen deshalb nicht mit ihnen in einer Kasse sein. Überall hat man nur die durchaus wichtigen sachlichen Gesichtspunkte angeführt, die nach Meinung des einen Teils eben für diese Sondereinrichtung sprechen, die einmal in der Frage der genügenden Hinterbliebenenrente, zweitens in der Frage der Auffassung der Berufsinvalidität zu finden sind. Und da möchte ich doch einen Gesichtspunkt nicht unberücksichtigt lassen.

Ich glaube, wenn man das Invalidengesetz ausbaut und nun etwa den oberen Klassen dadurch, daß sie höhere Beiträge leisten, eine andere Auslegung des Invalidenbegriffes zugesteht, wie den Arbeitern der unteren Klassen, wenn man weiter denjenigen, die zu den höheren Klassen steuern, den Privatangestellten, eine Witwen- und Waisenversorgung zugesteht, die die Arbeiter dieser Kasse nicht genießen, so wird dadurch der soziale Gegensatz zwischen beiden Schichten viel schärfer betont, als wenn eine Sondereinrichtung geschaffen wird, bei der die Privatangestellten doch mit Recht darauf hinweisen können: Das was uns geleistet wird, bringen wir auf aus unseren Mitteln, und infolgedessen hat man uns das nicht vorzuwerfen! Also ich meine, daß auch dieser Gesichtspunkt viel mehr für den einen Weg als für den andern in Anrechnung gebracht werden könnte.

Dann ist weiter von Herrn Dr. Potthoff und von seinen Anhängern gesagt worden: Wenn ihr eine Sondereinrichtung fordert, so verzögert ihr dadurch das ganze Reformwerk. Der Reichstag wird einstimmig für den Ausbau des Invalidengesetzes eintreten, während an seine Zustimmung für eine Sondereinrichtung nicht zu denken ist.

So viel ich weiß, hat keine Fraktion irgendeinem Abgeordneten Prokura erteilt, im Namen des Reichstages derartige Erklärungen abzugeben. Die einzelnen Fraktionen haben bisher in dieser Frage noch keine Stellung genommen. Ich sehe aber aus den Preßerörterungen der „Germania", der „Kölnischen Volkszeitung" und des Abgeordneten Sittart, daß anscheinend die Zentrumspartei durchaus für eine Sondereinrichtung zu haben ist, und daß nach den Gutachten des Werkmeisterverbandes bisher, glaube ich, erst sieben freisinnige Abgeordnete erklärt haben, daß sie den einen Weg vorziehen würden, wobei aber auch verschiedene sagen, daß sie ihre endgültige Stellungnahme von den Beschlüssen ihrer Fraktion abhängig machen müssen.

Wenn das die Gründe sind, die im wesentlichen von den Anhängern des Werkmeisterverbandes angeführt werden, so möchte ich auf der anderen Seite nun auch diejenigen Gründe erwähnen, die von den Anhängern einer Sondereinrichtung ins Feld geführt werden.

Den einen Gegensatz der Auffassungen habe ich bereits zu kennzeichnen versucht bei der Frage der Hinterbliebenen-

versicherung, die der eine Teil zum Teil geregelt glaubt durch die Einführung der Witwen- und Waisenversicherung, während der andere sagt, daß das in keiner Weise seinen Ansprüchen genügen könnte, und daß gerade dies ihn zu seiner Forderung der Art des Ausbaues führe.

Nun wird aber weiter von den Privatangestellten die Festsetzung der Altersgrenze auf 65 Jahre gefordert. Ich bin mir darüber unklar, ob eine Herabsetzung der Altersgrenze für die Arbeiter, wie sie von den verschiedensten Reichstagsfraktionen, auch von uns, gefordert worden ist, innerhalb des Invalidengesetzes zu erwarten ist, denn dafür kommt nicht nur die Zustimmung des Reichstages, sondern natürlich auch die Zustimmung der Regierung in Betracht. Der Staatssekretär Graf Posadowsky hat früher festgestellt, daß bei Herabsetzung der Altersgrenze auf 65 Jahre eine Erhöhung des Reichszuschusses um 10 Millionen Mark und eine 10proz. Erhöhung der Beiträge erforderlich sein würde. Ich halte es für ganz ausgeschlossen, gerade aus den vorher gekennzeichneten Gründen, daß wir innerhalb desselben Gesetzes der einen Kategorie eine Altersgrenze von 65 Jahren und der andern Kategorie eine Altersgrenze von 70 Jahren vorschreiben. Das würde uns in die schwersten Kämpfe hineinführen. Wir würden dann selbstverständlich in den nächsten Jahren vor der Frage stehen, ob wir das Gesetz einheitlich gestalten wollen. Das können wir entweder dadurch, daß wir die weitergehenden Forderungen auch auf die Arbeiter übertragen, oder daß wir die Forderungen der Privatbeamten so zurückschrauben, daß sie in den Rahmen des Gesetzes passen, und damit ist der überwiegenden Mehrheit der Privatbeamten nicht gedient. Also ich sehe, so wenig ich die Bedenken unterschätze, die der Herausnahme dieses großen Teiles, der Privatbeamten, aus den Kassen gegenüberstehen, auch die schwersten Bedenken dagegen, hier eine Einheitlichkeit zu schaffen, die genügend sein wird.

Nun kommt aber weiter in Betracht die Frage der Berufsinvalidität. Die Privatangestellten fordern, daß man für den Invaliditätsfall nicht die sogenannte Erwerbsinvalidität maßgebend sein läßt, sondern die Berufsinvalidität. Also die Invalidität soll dann gegeben sein, wenn der einzelne nicht mehr in der Lage ist, seinem Berufe nachzugehen, denjenigen

Stand und diejenige Stellung auszufüllen, die er vorher gehabt hat.

Nun sagt Herr Dr. Potthoff, der § 5 des Invalidengesetzes genüge, denn der spreche doch eigentlich die Berufsinvalidität aus. Der § 5 des jetzigen Gesetzes lautet wörtlich:

> „Die Erwerbsunfähigkeit ist dann anzunehmen, wenn die Versicherten nicht mehr imstande sind, durch eine ihren Kräften und Fähigkeiten entsprechende Tätigkeit, die ihnen unter billiger Berücksichtigung ihrer Ausbildung und ihres Berufes zugemutet werden kann, ein Drittel desjenigen zu erwerben, was körperlich und geistig gesunde Personen derselben Art mit ähnlicher Ausbildung in derselben Gegend zu verdienen pflegen."

Ich gebe zu, daß der Satz „die ihnen unter billiger Berücksichtigung ihrer Ausbildung und ihres Berufes zugemutet werden kann" in gewissem Sinne der Forderung einer Berufsinvalidität entspricht. Die Praxis der Verwaltung ist aber anderer Ansicht. Der Herr Staatssekretär Graf Posadowsky sagte am 10. März 1905 im Reichstag:

> „Aus der Fassung des Gesetzes geht doch unzweifelhaft hervor, und das ergibt sich auch aus den ganzen Verhandlungen über das Gesetz, daß die Berufsinvalidität etwas anderes ist, als die reichsgesetzliche Invalidität. Wenn wir die Berufsinvalidität maßgebend sein lassen, dann würde mit der Invalidenversicherung eine finanzielle Last verbunden sein, die, wie ich glaube, nicht zu tragen wäre,"

und der Herr Staatssekretär hat am 2. März 1905 ausgesprochen:

> „Der Rückgang der Renten in der schlesischen Versicherungsanstalt ist eingetreten, weil wir jetzt scharf unterscheiden zwischen Berufsinvalidität und reichsgesetzlicher Invalidität."

Aus dieser Erklärung des Herrn Grafen Posadowsky und aus der Anwendung der Praxis geht jedenfalls das eine hervor, daß die Ansichten darüber sehr geteilt sind, ob dieser Wortlaut genügt, um einwandsfrei die Berufsinvalidität festzustellen, und was nützt mir denn *meine* Auffassung der Definition, wenn die maßgebende Stelle eine andere Auffassung hat und sie in die Praxis umsetzt!

Die Forderung der Privatangestellten, daß man für sie unzweifelhaft die Berufsinvalidität anerkennen müsse, ist durchaus gerechtfertigt, und daß, wenn man etwas Einheitliches schaffen will, man dann entweder das klar und deutlich festlegen muß in einem neu zu schaffenden Wortlaut für das ganze Gesetz, oder aber eben in einem anderen Wortlaut für eine Sondereinrichtung, ist m. E. berechtigt, und da ist natürlich auch wieder die Frage der finanziellen Lasten zu prüfen, die sich daraus für die gesamte Invalidenversicherung ergeben.

Diese Gesichtspunkte waren es auch, die den Herrn Reichstagsabgeordneten Sittart, der, wie wir objektiv anerkennen wollen, um diese Sache große Verdienste hat, veranlaßt haben, folgende Fragen an die Anhänger des Ausbaues des Invalidengesetzes zu stellen:

1. Glauben Sie, daß man für Arbeiter und Privatbeamte die Altersgrenze auf 65 Jahre festsetzen kann, oder in demselben Gesetz für die Privatbeamten auf 65, für die Arbeiter auf 70 Jahre?

2. Glauben Sie, daß die Anerkennung der Berufsinvalidität im Rahmen des allgemeinen Gesetzes und nur für die Privatbeamten zu erreichen ist?

3. Glauben Sie, daß Sie in der allgemeinen Kasse den erwünschten Einfluß in der Verwaltung erhalten werden?

Ehe man nicht diese Fragen von allen Seiten bejahend beantworten kann — und das kann man, glaube ich, nicht — wird man auch nicht sagen können, daß dieser Ausbau so ohne Schwierigkeiten durchzuführen sei und die einstimmige Billigung des Deutschen Reichstages finden würde.

Ich hatte vorhin gesagt, daß ich nicht auf alle Detailfragen eingehen könne, weil ich der Meinung bin, es sind so viele wichtige Kernfragen hier, daß wir für diese erst einmal einen gemeinsamen Weg gefunden haben müssen, ehe die nun doch minderwichtigen Fragen festgestellt werden.

Als solche etwas minderwichtige Frage sehe ich diejenige an, wo die Obergrenze gezogen werden soll für den Zutritt zu dieser Versicherung, ob man bis zu einer Höhe von 5000 Mark Einkommen gehen soll, ob man es ausfließen lassen soll in eine geringere Einkommensgrenze. Der Ausschuß für die Privatangestellten ist der Meinung, daß man die höchste Grenze nehmen soll für Angestellte mit 5000 Mark und höherem

Einkommen, und ich glaube, das hat eine Berechtigung. Wenn man nämlich sagt, wer ein solches Einkommen hat, hat keinen Anspruch mehr darauf, daß er auch Mittel seiner Arbeitgeber zur Verfügung erhält, um die Versicherung durchzuführen, dann vergißt man dabei, daß es doch hier etwas anderes ist wie mit Beamten, daß mancher vielleicht, und zwar in der Jugendzeit, ein höheres Einkommen hat, etwa 4500 Mark, der sich später vielleicht mit 2400 Mark begnügen muß, und deshalb würde ich es für bedauerlich halten, ihn in dem Augenblick herauszunehmen, wo er vielleicht durch eine Gehaltssteigerung die letzte Klasse überspringt. Ich kann meiner persönlichen Auffassung nach in dieser Festsetzung der Höchstgrenze von 5000 Mark ein Bedenken gegen das Gesetz nicht sehen.

Besonders begrüße ich es, daß die Privatangestelltenbewegung sich von Anfang an auf den Standpunkt gestellt hat, einen Reichszuschuß nicht in Anspruch zu nehmen, so daß also die eine, vielfach bestehende Auffassung ganz unrichtig ist, als wenn dem Reiche neue finanzielle Aufwendungen hierdurch zugemutet würden. Wie vielfach diese Auffassung verbreitet ist, sah ich gestern aus einer mir zugesandten Broschüre, erschienen im Jahre 1907, von den Beamten der Zuckerfabriken, in der stand: Nach den Beschlüssen, die vorliegen, sollen das Reich $^1/_3$ der Beiträge, die Arbeitgeber $^1/_3$ und die Privatbeamten $^1/_3$ tragen. Dabei ist von einem Beitrage des Reichs und von einem Zuschuß des Reichs niemals die Rede gewesen.

Eine andere Frage, über die eine Einheitlichkeit meiner Auffassung nach nicht besteht, ist die Übernahme bestehender Privatkassen in die neue Gesetzgebung. Der Hauptausschuß hat sich dagegen ausgesprochen. Er will nur dann jemand befreien von dem Eintritt in die staatliche Versicherung, wenn er einer Kasse angehört, die von einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft errichtet worden ist.

Ich verkenne nicht, daß Gefahren für die Versicherung damit verbunden sein können, daß in einzelnen Privatkassen gerade die besten Risiken versichert sind, und daß durch die Herausnahme dieser Personen aus der Versicherung deren Risiko ein größeres sein würde. Wo das aber nicht der Fall ist, sollte ich meinen, daß man sich damit wird abfinden müssen auf seiten der Privatangestellten, daß die bestehenden Privatkassen, die doch vielfach segensreich gewirkt haben, auch viel

Kapital besitzen, übergeführt werden können. Man sollte meiner Meinung nach die soziale Opferfreudigkeit der Unternehmer, die nicht auf den staatlichen Zwang gewartet, sondern schon vorher für ihre Angestellten gesorgt haben, nicht damit belohnen, daß man jetzt diesen Kassen das Lebenslicht ausbläst, wenn sie andererseits in dem Sinne und unter denjenigen Voraussetzungen geleitet werden, die auch für die reichsgesetzliche Regelung vorgeschrieben sind.

Was nun die Stellung unserer Partei zu den Fragen anlangt, die ich hier erörtert habe, so glaube und hoffe ich, daß Sie mit mir einig sein werden in der prinzipiellen Zustimmung zu dem Grundgedanken der Versicherung, und denke, daß wir mit derselben Kraft und Energie für diesen neuen Mittelstand eintreten wollen, wie wir uns vollbewußt sind, jederzeit für den selbsttätigen Mittelstand eingetreten zu sein.

Was jedoch die Form der Ausführung anbetrifft, so glaube ich, sagen zu können, daß doch für die vollständige Beurteilung dieser so tiefeinschneidenden und wichtigen Frage noch außerordentlich viel offizielles Material gehört, daß wir unbedingt einmal über diese Frage der Herausnahme der Privatbeamten die statistischen Erhebungen und anderes abwarten müssen, ehe wir als Fraktion oder als Partei uns nach der einen oder nach der anderen Hinsicht festlegen.

Ich möchte auch die eine Hoffnung nicht aufgeben, daß es dem Hauptausschuß der Privatbeamten, der ohne lärmende Volksversammlungsagitation jahrelang so wichtige, sachlich aufklärende Arbeit geleistet hat, doch noch gelingen möge, einen einheitlichen Beschluß herbeizuführen, der der Bewegung diejenige Stoßkraft wiedergeben würde, die ihr leider in den letzten Wochen des Kampfes unter einander genommen worden ist. Wir haben gesehen, daß doch mehr und mehr nach einem bestimmten Weg die Bewegung hindrängt, daß auch Vereine, die früher dem Hauptausschuß fern standen, sich ihm jetzt angeschlossen haben und durch seine Beratungen dem Standpunkt der Mehrheit näher gebracht sind. Ich erwähne die letzte Nummer des Organs des Achtundfünfziger Vereins, der früher vollständig auf dem Boden des Werkmeisterverbandes stand, und der jetzt doch sagt, daß er dem einheitlichen Gedanken zustimme, und daß er die Vereinigung beider Kassen darin erblicke, daß die Verwaltung dieselbe bleibe, daß aber innerhalb derselben Verwaltung eine Sondereinrichtung für Privatbeamte geschaffen werde.

Wir haben jetzt eine Siebener-Kommission, die tätig gewesen ist, die ihre Beschlüsse bestätigen lassen muß durch den im November zusammentretenden Hauptausschuß. Ich glaube, wir können abwarten, bis dieser Hauptausschuß an den Reichstag herantritt, abwarten, ob er mit einem Mehrheits- und einem Minderheitsgutachten zu den gesetzgebenden Körperschaften kommt, oder ob er einen Weg findet, um eine einheitliche Plattform für die Forderungen und für ihre Durchführung uns zu unterbreiten.

In der Resolution, die Ihnen vorgelegt ist, ist daher neben der prinzipiellen Zustimmung zum Ausdruck gebracht, daß wir den Weg, der zu diesem Ziele führt, unserer eigenen gewissenhaften Überlegung vorbehalten wollen.

Und nun gestatten Sie mir am Schlusse meiner Ausführungen, die Sie über ein vielfach nüchternes Feld geführt haben, noch einmal auf die Grundgedanken zurückzukommen, die ich in meinen einleitenden Worten ausdrückte.

Es ist gestern von einem der Herren Diskussionsredner darauf hingewiesen worden, daß man in weiten Kreisen, gerade vielleicht der gebildeten Schichten, heute der politischen Betätigung des Einzelnen im Kampfe und namentlich der politischen Parteibetätigung mit einer gewissen Zurückhaltung, ja mit einem gewissen überlegenen Übelwollen gegenüberstehe. Und gewiß, wenn wir einmal die heutige Art der Gesetzgebung vergleichen mit derjenigen der Jahre, in denen das Verfassungsleben in Deutschland begann, dann kann sich ja dem Einzelnen der Gedanke aufdrängen, daß an Stelle großer nationaler, bewegender Fragen heute eine nüchterne Detailarbeit getreten sei, die einen Idealismus nicht aufkommen lasse, daß dieser Kampf der Interessengruppen, die vielfach die politischen Parteien abzulösen trachteten, hier gewissermaßen aus unserer Arbeit der Idealismus selbst herausgenommen hätte.

Gewiß, es war eine andere Zeit, als der Mann, dessen Denkmal in Hannover enthüllt ist, den deutschen Nationalverein schuf, als sich alle vereinigten in der großen Frage, die deutsche Reichseinheit aufzubauen, der Zersplitterung des deutschen Volkes

ein Ziel zu setzen und nun alles zu umfassen in dem großen Gedanken eines einheitlichen Deutschlands, als jene große, mächtige, geistige Bewegung die Herzen ergriff, die geführt und geleitet worden ist von dem liberalen deutschen Bürgertum. Und es war wieder eine große Zeit, als das Deutsche Reich gegründet wurde, als es dastand im Rate der Völker, und als man nun an den Ausbau des inneren Werkes ging, und hier war es unsere Partei, die im Vordergrunde stand, die die große Justizgesetzgebung, die große gewaltige Gesetzgebung der 70er Jahre mit einleitete. Damals waren noch politische Grundgedanken allein maßgebend für die Stellung des Einzelnen im politischen Leben. Damals fragte er noch nicht: was habe ich für materiellen Nutzen von den Gesetzen, die gegeben werden, sondern: wie kommen meine eigenen Anschauungen von Staat, Gesellschaft und Volk zum Ausdruck in denjenigen Parteien, denen ich mich zuwenden will.

Seitdem haben wir leider gesehen, wie die innere Einheit des Volkskörpers wirtschaftlich zerrissen worden ist. Wir haben die Zeiten erlebt, wo die Landwirtschaft gegen die Industrie kämpfte, wo der Handwerker vielfach glaubte, versinken zu müssen im Wettkampfe, wo der Arbeiter glaubte, daß seine gegebene Stellung im Gegensatz zum Unternehmer sich befinden müsse. Jede einzelne Gruppe organisierte sich, jeder Einzelne trat an den Staat heran und sagte „Hilf mir", und handelte manchmal nach dem Grundsatz: „Ote-toi, que je m'y mette!", dränge die anderen hinweg, damit ich den besten Platz an der Futterkrippe bekomme.

Gewiß ist dadurch die ganze politische Arbeit eine andere geworden. Aber ich glaube, wenn wir gerade im Rückblick auf die deutsche Sozialpolitik das Fazit dessen ziehen, was wir erreicht haben in einem Vierteljahrhundert nüchterner Detailarbeit auf diesen Gebieten, dann können wir doch sagen, daß auch diese Arbeit durchleuchtet ist vom Sonnenstrahl des Idealismus, wenn wir uns vorstellen, daß wir dadurch doch etwas gewirkt haben für die Aussöhnung sozialer Gegensätze, für die innere Wohlfahrt des deutschen Vaterlandes.

Wir haben gestern wohl davon gesprochen, daß durch die ganze Geschichte unserer Partei sich leuchtend der Gedanke zieht, einzutreten für des Vaterlandes Ehre, Größe und Macht, wir haben gestern in einer Resolution wieder dargelegt, wie

wir eintreten für den stärkeren Ausbau der deutschen Flotte, die hoffentlich recht bald in größerer Stärke auf dem deutschen Meere, der Nordsee, sich zeigen wird als jetzt, und der Reichskanzler hat noch in einer seiner letzten Kundgebungen unserer Partei das Zeugnis ausgestellt, sie stellte stets das Vaterland über die Partei. Das ist ihr bleibendes Verdienst in der Geschichte.

Ich glaube aber, die Macht und die Ehre und der Glanz des Reiches nach außen sind abhängig von der Wohlfahrt der einzelnen Klassen im Innern. So gewiß es ist, daß wir nicht abstehen dürfen in unserer Rüstung, so gewiß ist es auch, daß wir nur Friedensgarantien dafür schaffen wollen, wenn es einmal darauf ankommen sollte, diesen deutschen Boden zu verteidigen.

Auch die besten Panzerschiffe — die wir übrigens nicht haben —, auch die beste technische Armierung der Artillerie und Infanterie würden uns dann nicht nützen können, wenn nicht der Geist der Truppe ein solcher ist, daß sie sich bewußt ist, für einen großen Gedanken zu arbeiten, für den Staatsgedanken, für den Vaterlandsgedanken! Wir wollen die Beziehungen des einzelnen Individuums zum Staate festigen durch unsere soziale Gesetzgebung. Wir haben das bisher getan, wir wollen es weiter fortzusetzen suchen für eine Klasse der Zukunft, für eine große weite Schicht deutscher Bürger, deutscher Staatsangehöriger, und wir hoffen, daß dann in ihnen der Gedanke sich lebendig entflammt, der vielleicht am ehesten geeignet ist, den Einzelnen über das Grau der Alltäglichkeit zu erheben, daß er nicht sagt, ich bin ein kleines Teilchen der großen Staatsmaschine, auf das es nicht ankommt, sondern daß er sich sagt: Auch ich als einzelner Mensch bin doch Glied eines Ganzen, eines großen Staatsgedankens; durch meine Tätigkeit, durch meine geistige und körperliche Arbeit, durch die Art, wie ich meinen Platz ausfülle an der Stelle, wohin ich gestellt bin, trage ich an meinem Teile mit bei zur Wohlfahrt meines Vaterlandes. Und wenn es uns gelingt, diesen Staatsgedanken in der Privatbeamtenschaft zu erhalten, wenn es uns gelingt, in diesem Gesetz die innere Wohlfahrt in unserem deutschen Vaterlande weiter zu stärken und auszubauen, dann, glaube ich, werden wir sagen können: Auch hierdurch kämpfen wir für den nationalen Gedanken unserer Partei!

Die vorgeschlagene Resolution lautet:

„Der allgemeine Vertretertag der nationalliberalen Partei sieht ebenso wie in der Erhaltung des gewerbtätigen Mittelstandes in der Stärkung und Sicherstellung der in der Privatbeamtenschaft bestehenden Mittelstandsschichten ein Gebot staatlicher Notwendigkeit. Er begrüßt die Bestrebungen auf Schaffung einer staatlichen Pensionsversicherung als Mittel zur Durchführung dieses Zweckes und glaubt, daß diese Versicherung nicht nur für die Privatbeamtenschaft, sondern ebenso für den deutschen Handelsstand und die deutsche Industrie segensreich wirken wird und daß sie vor allem im Staatsinteresse liegt. Der Vertretertag erkennt mit Genugtuung die bisherige Haltung und Initiative der Reichstagsfraktion in dieser Frage an und hofft, daß es ihr in Gemeinschaft mit den übrigen nationalen Parteien gelingen werde, ein Gesetz zu schaffen, welches den berechtigten Wünschen der Privatbeamten Rechnung trägt. Bezüglich des für die Durchführung der Versicherung einzuschlagenden Weges sieht der Vertretertag davon ab, jetzt eine bindende Stellung einzunehmen, zumal dies auch von dem, den größten Teil der deutschen Privatbeamten umfassenden Hauptausschuß für die staatliche Pensionsversicherung der Privatangestellten selbst bisher noch nicht endgültig geschehen ist."

Aufgaben und Ziele der Deutschen Flottenpolitik.

„Die Seeinteressen Sachsens".

Rede

gehalten in der Mitgliederversammlung des Deutschen Schulschiff-Vereins in Dresden am 18. Oktober 1907.

Majestät! Königliche Hoheiten! Meine Herren!

Es ist das erstemal, daß der Deutsche Schulschiff-Verein seit seinem Bestehen seine Tagung hier in Dresden abhält, in der Hauptstadt des Königreichs Sachsen. Vielleicht könnte es auf den ersten Augenblick erscheinen, als wenn der Deutsche Schulschiff-Verein hier fehl am Orte wäre. Wenn wir vom Deutschen Schulschiff-Verein hören, wenn wir hören, daß es seine Aufgabe ist, für unsere heranwachsende Marine zu sorgen, wenn wir hören, daß er ein Schiff ausrüstet, das die Meere durchfurcht, das fremde Häfen anläuft, so sollte man meinen, daß die natürliche Operationsbasis des Vereins unsere Seestädte seien, diejenigen Emporen des Handels, von denen einst die Hansaflagge wehte oder heute noch weht, die Küsten der Ost- und Nordsee, die schon Welthandel getrieben haben in einer Zeit, wo es noch keine Dampferflotte gab, in einer Zeit, wo die Entfernung noch nicht so herabgemindert war in ihrer Bedeutung wie heute. Unsere Seestädte standen in Blüte, noch ehe wir von der Hauswirtschaft und Territorialwirtschaft zur Weltwirtschaft geschritten sind, bevor Handel, Industrie und Verkehr so ineinander flossen wie heute, wo wir gewöhnt sind, sie in einem Atemzuge zu nennen, wo wir als selbstverständlich annehmen, daß der Gütererzeugung die freie Bewegung der

Güter zur Seite steht, daß Industrieland und Handelsstädte aufs engste verbunden sind, daß zwischen Industrie und Seeschiffahrt der engste Konnex besteht. Die Macht unserer Hansastädte war ein Lichtblick in jener Zeit, als wir im Innern in unserer Zerrissenheit ein Hohn und Spott des Auslandes, doch auf dem Meere seegewaltig waren, damals, als auf der einen Seite Venedig wohl die Königin der Adria, auf der anderen Seite unsere See- und Handelsstädte die Königinnen der Ost- und Nordsee gewesen sind.

Dann ist eine Zeit gewesen, an die wir zurückdenken mit dem Gefühl der tiefsten Bitterkeit, der tiefsten Demütigung, damals, als das Reich herausgestrichen wurde aus der Liste der Völker, die see- und machtgewaltig waren, damals, als es schien, als wenn der alte Glanz erbleichen sollte, der einst über unserm ganzen Welthandel gelegen hat. Als aber zu Anfang des vorigen Jahrhunderts der Menschengeist es verstand, sich den Dampf untertan zu machen, als er dadurch den Begriff der Entfernung umwandelte in einer Weise, wie man es nie für möglich gehalten hatte, als man, vielleicht in wenigen Herzen nur, spürte, welche gewaltige Umwälzung durch die technischen Errungenschaften die ganze Weltwirtschaft erfahren würde, war es auch das deutsche Volk, war es der deutsche Kaufmann, der deutsche Industrielle, der deutsche Ingenieur und Techniker, der nachholte, was Jahrzehnte vorher uns verloren gegangen war.

Wenn wir jetzt die Frage des Einst und Jetzt an uns vorüberziehen lassen, so ist es kein Gefühl der Demütigung mehr, sondern ein Gefühl des Stolzes, das uns vorschwebt.

Vor kurzem hat einmal der Leiter einer unserer größten Seeschiffahrts-Gesellschaften darauf hingewiesen, daß es doch erst 50 Jahre her sei, damals, als die Hamburg-Amerika-Linie gegründet wurde, wo ein tonangebendes Londoner Blatt schrieb, die Deutschen seien das Volk der Dichter und Denker, sie verständen wohl, mit ihren Gedanken in den Lüften zu schweben, auf diesem Gebiete hätten sie Großes geleistet und die Welt müsse sie darum beneiden, aber einen Traum sollten sie unterdrücken, sie sollten nicht glauben, daß sie zur Seeschiffahrt berufen seien; wenn sie einmal gelernt hätten, ihre Flüsse zu befahren, so hätten sie damit schon etwas erreicht, worauf sie mit Genugtuung zurückblicken könnten.

Und heute nach fünf Jahrzehnten ist dieses einst weltbeherrschende und seegewaltige England gezwungen, seinen jahrhundertelang aufrecht erhaltenen Grundsatz des freien Wettbewerbs der Kräfte einzuschränken, genötigt, Staatsmittel zur Verfügung zu stellen, um seinen privaten Reedereien die Mittel zu geben, endlich einmal ein Schiff zu erbauen, das etwas größer ist als deutsche Schiffe, um so, nicht mehr in freier Konkurrenz, sondern gestützt auf das Fundament des Staates und seiner Mittel, den Kampf aufzunehmen gegenüber der deutschen Seeschiffahrt, die es verstanden hat, den Verkehr zwischen unseren Häfen und der neuen Welt unter die deutsche Flagge zu stellen, die es verstanden hat, dem deutschen Kaufmann und den deutschen Industriellen und damit unserer Sprache und unserer Kultur draußen im Ausland Eingang zu verschaffen, in fernen Ländern und Zonen, wo man früher kaum die deutsche Sprache kannte. Ist es doch auch erst dieselbe Spanne Zeit her, daß von den Lippen des Staatssekretärs des Äußern im Londoner Parlament jener Ausspruch fiel, daß er eine deutsche Flagge nicht kenne auf dem Meere, und daß er sie gegebenenfalls als Piratenflagge behandeln würde. Wir haben gesehen, was es für uns ausgemacht hat, daß das Deutsche Reich gegründet wurde. Jene sozialistische Dreimillionenpartei, die den Idealismus aus unsern Herzen reißen will, die alles verächtlich behandelt, was wir als nationale Kraft, Ehre und Macht hinstellen, die sollte auch einmal, wenn sie nur materiell denkt, daran denken, wie der materielle Aufschwung der deutschen Volkswirtschaft mitbedingt gewesen ist durch die Erringung der politischen Größe, der politischen Einheit.

Es ist etwas anderes, ob jemand als Angehöriger einer kleinen Nation, die niemand kennt, draußen in der Welt steht und dann im wirtschaftlichen Kampfe Güter erwerben will, oder ob er dasteht als Glied eines großen Staatswesens, das man kennt, soweit überhaupt Zivilisation und Kultur in der Welt verbreitet sind.

Es ist etwas anderes, wenn die Flagge des Landes, für das man hinausgeht, um neue Güter dem Warenaustausch zu erschließen, respektiert wird. Und nirgends empfinden wir dies mehr, als auf unserem Gebiet, wo Handel, Industrie und Verkehr eng miteinander verknüpft sind, in unserer engeren Heimat, dem Königreich Sachsen.

Wenn man in bezug auf eine wirtschaftliche Entwicklung von klassischem Boden sprechen kann, darf man vielleicht sagen, daß Sachsen mit der klassische Boden für die deutsche Industrie gewesen ist. Hier war es, wo einst Friedrich List seine großen Ideen von einem mächtigen deutschen Eisenbahnwesen vortrug. Hier war es, wo im Jahre 1832 ein Industrieverein für das Königreich Sachsen sich bildete, der schon damals in einer Eingabe die Regierung aufforderte, allüberall Konsulate zu errichten, um Sachsen so eine Möglichkeit zum Absatz seiner Waren zu schaffen, der damals schon darauf hinwies, daß wir, die wir über Erzschätze nicht so verfügen wie Rheinland-Westfalen, auf die Ausfuhr nach fremden Erdteilen angewiesen sind, daß unsere Textilindustrie mächtig aufblühen könne, wenn sie ihre Fäden hinüberspinne nach allen Ländern der Welt und wenn der Staat ihr dabei seine Unterstützung gewähre durch die Ausbildung der Verkehrswege.

Man hat vielfach von der Bedeutung der sächsischen Industrie und des sächsischen Erwerbslebens in manchen Teilen des deutschen Vaterlandes nicht die richtige Vorstellung. Man spricht in der Statistik von einem Gesetz der großen Zahl. Auch in der Volkswirtschaft kann man von der Anziehungskraft der großen Zahl sprechen. Diese große Zahl, die weist uns allerdings zunächst nach Rheinland-Westfalen hin, die läßt dem einzelnen Beschauer zunächst die dortige Industrie mächtig und tonangebend erscheinen. Ich nenne Beispiele wie Gelsenkirchen, Harpener. Alle diese mächtigen Bergwerke, alle diese Förderstätten von Eisen und Kohle, von unentbehrlichen Rohmaterialien unserer Wirtschaft, sie liegen dort in jenem Gebiete. Es hat sich dort eine neue Aristokratie, möchte ich sagen, gebildet. Ich nenne Namen wie Krupp, Stinnes, Thyssen als diejenigen, denen es gelungen ist, auf dem Gebiete der Gütererzeugung derartig Großes zu leisten, daß niemand vorübergehen kann an dem, was dort geschaffen ist, ohne zu staunen. Und wenn wir uns vorstellen, daß so, wie ein Barometer die Witterung anzeigt, es auch ein Wirtschaftsbarometer gibt, zu dem man nur seine Blicke zu lenken braucht, so ist die Konjunktur von Rheinland und Westfalen das Barometer im deutschen Wirtschaftsgebiet, denn von dem Preis von Kohle und Eisen hängt die Konstellation auf dem ganzen Wirtschaftsgebiete in Deutschland ab.

Aber es wäre falsch, anzunehmen, daß Rheinland-Westfalen das alleinige Gebiet großer, mächtiger Industrieentwicklung wäre. Gewiß, derartige Riesenbetriebe kennen wir nicht im Königreich Sachsen. Hier hat sich im Laufe von Jahrzehnten jener Entwicklungsprozeß langsamer vollzogen. Vom Handwerk zur Industrie führt eine lange Reihe von Namen, die heute Industrielle bezeichnen, welche emporgestiegen sind aus der Arbeiterschaft, die durch eigene Intelligenz und Tatkraft von kleinen Anfängen es zu der jetzigen Größe gebracht haben.

Hier hat die Industrie einen anderen Charakter, und vor allen Dingen zeigt sich dieser anders geartete Charakter darin, daß sie nicht für den inländischen Markt allein produziert, wie es in den tonangebenden Werken von Rheinland-Westfalen hauptsächlich der Fall ist, sondern daß sie auf den Export angewiesen ist. Daß sie darauf angewiesen ist, daß das, was sie erzeugt, seinen Weg findet, sei es auf der Elbe, sei es durch die Bahn nach fremden Gebieten.

Wenn in Rheinland-Westfalen Stabeisen, Panzerplatten und dergleichen hergestellt werden, so bleibt das im Lande, es geht über in den Austausch der Güter, ins eigene Wirtschaftsgetriebe. Wenn wir aber den Blick auf Sachsen werfen, sehen wir von vornherein, wie anders geartet hier die Bedingungen sind. Wenn jemand von Bayern herübergekommen ist, etwa auf der Linie, die von Hof über Plauen, Glauchau-Meerane, Chemnitz nach Dresden führt, und hat einen Blick auf die Städte, die zur Rechten und Linken der Schienen liegen, geworfen, wird er überall auf Stätten des Gewerbfleißes gestoßen sein, die für den Export arbeiten. — Wir haben im Vogtlande eine große Gardinen- und Spitzen-Industrie. Was da in Auerbach und Falkenstein an Gardinen fabriziert wird, geht in alle Welt. Die Plauener Spitzen-Industrie sendet in einem einzigen Jahre für 17 Millionen Mark an diesen Werten nach Amerika. Unser Industriebezirk Glauchau-Meerane ist vollständig abhängig von den Zollverhältnissen in Amerika, abhängig davon, ob die Flutwelle der wirtschaftlichen Konjunktur drüben im neuen Lande steigt oder fällt.

Kommen wir weiter nach dem Erzgebirge, nach Annaberg, Eibenstock und anderen Orten, so sehen wir, wie tausend fleißige Hände Gewebe und Posamenten herstellen, für die wir in Sachsen, für die wir in Deutschland nicht Absatz genug hätten.

Dort finden Sie im Hotel, im Museum in Annaberg, die „Daily News", die „Times", den „New York Herald", und wenn Sie fragen, wer verlangt in einer Stadt von 12—15000 Einwohnern englische und amerikanische Zeitungen, was sollen die also hier? so wird Ihnen der Annaberger überlegen lächelnd sagen: Ja, wissen Sie denn nicht, wie viele Engländer und Amerikaner zu uns herüberkommen? Ein kleiner Ort in der Nähe Dresdens, Sebnitz, lebt allein von dem Export künstlicher Blumen fürs Ausland. 90 % von dem, was dort fabriziert wird, geht hinüber nach Nordamerika, und wo Sie in der Welt Musik hören, können Sie in vielen Fällen annehmen, daß die Instrumente aus Markneukirchen und Klingenthal stammen. Auch wieder sächsisches Fabrikat, auch wieder ein Mittel, durch das wir verstanden haben, uns den Weltmarkt zu erringen, trotzdem es uns immer schwerer wird, trotzdem sich mehr und mehr die Tendenz geltend macht, durch Zollschranken die Staaten abzuschließen, trotzdem wir sehen, wie man versucht, auf diese Weise durch Erstarkung der eigenen Industrie ihr eine Machtstellung gegenüber der deutschen Einfuhr zu geben.

Zahlen ermüden. Deshalb will ich mich mit diesen wenigen begnügen. Ich will nur darauf hinweisen, daß wir aus der Stadt Chemnitz allein für 25 Millionen Mark an Strümpfen hinüber nach den Vereinigten Staaten von Amerika gesandt haben, daß wir nach einer englischen Schätzung bis zu 20 Millionen Mark dieser Waren nach dort absetzen und daß das in vielen anderen Gebieten ähnlich ist.

Wir haben keine bundesstaatliche Statistik, wir haben nur eine Statistik für das Reich, wir können also nur schätzen, was von der gewaltig angeschwollenen Ausfuhr Deutschlands auf sächsischem Boden erzeugt worden ist, aber wir können aus den Ziffern der amerikanischen Konsulate ungefähr ersehen, wie groß dieser Anteil ist. Von den 5—600 Millionen Mark, die jährlich nach Amerika gehen, waren im Jahre 1905/6 145 Millionen Mark in Sachsen hergestellt, und wenn wir diesen Maßstab vergleichend anlegen, so können wir annehmen, daß etwa für 1½ Milliarden Mark Waren über Sachsens Grenzen hinaus in fremde Länder gehen.

Und was bedeutet das in bezug auf unsere Arbeiterschaft? Daß von 700000 Arbeitern, die in Sachsen ihr Brot finden,

etwa 350000 mit von der Weltkonjunktur abhängig sind, daß sie mit abhängig sind davon, ob es gelingt, diesen Export uns weiter zu erhalten, ob es uns gelingt, ihn auszubauen, ob es uns gelingt, durch die Erschließung unserer deutschen Kolonien unabhängiger zu werden in bezug auf die Versorgung mit Rohstoffen, als wir es bisher sind, wo wir uns erheblich im Nachteil befanden gegenüber den Engländern, die schon vor Jahrzehnten Kolonialpolitik getrieben und durch die Rohstoffversorgung das feste Fundament für ihren Export geschaffen haben, das uns noch abgeht.

Wenn Sie zu sächsischen Fabrikanten kommen, werden Sie hören, daß sich das Gespräch um den Welthandel dreht, um die Aussichten des Absatzes in fremden Ländern und wie die Mode in Amerika sich entwickelt, was über See gekauft wird, ob Rußland aus der gegenwärtigen Stagnation bald zu neuer wirtschaftlicher Stärke erwacht.

Das sind Fragen, die den einzelnen Fabrikherrn angehen und die auch den einzelnen Arbeiter angehen, so sehr ihm auch immer vorgeredet wird, daß das alles nur im Interesse der Reichen geschehe, und obwohl man ihm in jahrzehntelanger verhetzender Agitation als eine Wahrheit zu predigen verstanden hat, seine Interessen seien naturgemäß denjenigen des Unternehmers entgegengesetzt. Der Arbeiter steht und fällt mit seinem Arbeitsgebiet, der Industrie selbst, und er hätte das größte Interesse daran, daß wir durch eine wirksame Kolonialpolitik in den Stand gesetzt werden, den Export zu vermehren. Er hätte mehr als irgendeine andere Klasse das größte Interesse daran, daß eine starke Flotte uns die Sicherheit gibt, unsere Seeschiffahrt einer weiteren Entwickelung entgegenzuführen, ohne befürchten zu müssen, daß sie einst wegen unserer ungenügenden Machtmittel des notwendigen Schutzes entbehren muß.

Wenn es uns gelungen ist, diesen Export in Deutschland und in Sachsen zu erreichen, trotzdem die Vorbedingungen dafür bei uns nicht so gegeben waren, wie in jenem Inselreiche, das so lange die Seeherrschaft auf allen Meeren für sich mit Recht in Anspruch nehmen konnte, ich sage, wenn uns das gelungen ist in jahrzehntelanger Arbeit, so haben kommende Geschlechter, so hat schon die Gegenwart die Aufgabe, dieses schwer Errungene auch zu erhalten.

Ich glaube, es sprechen hier nicht nur wirtschaftliche Momente mit, es spricht hier nicht nur die Zahl der Ein- und Ausfuhr, es sprechen auch vaterländische Interessen mit, es spricht mit jener starke Idealismus, der den Deutschen immer hingezogen hat zur See und Seeherrschaft.

Seine Majestät der Kaiser hat einmal darauf hingewiesen, wie die See den Blick weite, wie sie denen, die sie befahren, die Möglichkeit gebe, gewissermaßen von hoher Warte hinauszusehen und sich gewissermaßen zu fühlen als in Wechselwirkung stehend zu jenen gewaltigen Evolutionen, die die Welt von jeher bewegt haben und die sie immer in sich tragen wird.

Als wir uns einst sehnten nach der Einigung der deutschen Stämme, da, möchte ich sagen, wehte über den Gedanken und Träumen der deutschen Einheit immer die deutsche Flagge. Selbst die Demokratie der 40er Jahre hegte diesen Wunsch, ein großes Deutschland zu schaffen, ein Deutschland, das seegewaltig wäre, ein Deutschland, das anknüpfte an die alten Zeiten der Hansa.

Damals in den Stunden der Ohnmacht war es ein deutscher Dichter, der, für seine Zeit an allem verzweifelnd, seinem Enkel in Triest ein Gedicht übersandte, worin er aussprach:

„Wir Alten sahen unbeglückt
Das Deutsche Reich zerstückt, bedrückt,
Uneins zu Haus, nach außen klein,
Prophetenlos, man schickt sich drein,
Ihr aber seht, wenn's Gott gefällt,
Daß deutscher Geist erfüllt die Welt,
Daß klingt der deutschen Sprache Laut,
Soweit das Meer, der Himmel blaut,
Daß deutsche Schiffe stolz und groß
Durchfurchen eurer Adria Schoß."

Und dann bittet er sie, die Kleinen, wenn sie groß geworden wären und wenn einmal das erste deutsche Kriegsschiff nach Triest käme, wenn zum erstenmal dort die deutsche Flagge von einem solchen Schiff wehe und sie Gelegenheit hätten, mit den Leuten an Bord zu sprechen, diesen zu erzählen, daß ihr Großvater in schlimmer Zeit immer davon geträumt habe, daß doch dieses heiß ersehnte Ziel einst erreicht werden möge, daß doch einst die alten Tage der Hansa und die alte Seegewalt

wieder aufleben werde. — Es war ferner ein Mann wie Herwegh, sonst so demokratisch in seinem Empfinden, der in den 40er Jahren die deutschen Frauen wieder aufforderte, sie sollten wieder Leinen weben für deutsches Segeltuch, und dem deutschen Volke vorwarf, es habe seine Tradition vergessen, daß es einst auf der See die Herrschaft erobert habe. Der ihm zurief, es solle nicht träumen, sondern einmal daran denken, daß nur der die Herrschaft erringe, der sich auch wirklich dazu berufen fühle. Der dem deutschen Volke zurief: „Du bist der Hirt der großen Völkerherde, du bist das große Hoffnungsvolk der Erde, drum wirf den Anker aus!"

Wenn wir heute so manches erreicht haben, wenn wir uns heute freuen, daß die deutsche Flagge in fernen Ländern weht, so ist es doch manchmal schwerer, das Errungene zu bewahren, als den Sieg selbst zu erringen; und ich glaube, von Industrie und Handel da führt zum Deutschen Schulschiff-Verein die Idee, daß es unsere Aufgabe sein muß, den Ruf unserer Seeschiffahrt hochzuhalten durch die Haltung der Mannschaft, die wir hinaussenden.

Wenn wir die Weltwirtschaft zum Teil erobert haben, so haben wir es nicht dadurch gekonnt, daß unser Land Naturprodukte vorteilhaft und reichlich liefert, wir haben es erreicht durch die Qualität unserer Waren. Standard Type-Muster sendet Amerika in die Welt, besser und reichhaltiger als wir, es versteht auch Maschinen zu konstruieren, um einen bestimmten Artikel damit in 100000 und Millionen von Exemplaren herzustellen, aber wo es sich darum handelt, abseits von diesem Standardmuster ein einzelnes Stück zu fabrizieren, das sich durch seine besondere Art und Qualität auszeichnet, da haben auch die höchsten Schutzzölle der Vereinigten Staaten die Einfuhr Deutschlands niemals verhindern oder herabmindern können, und so können wir sagen, unsern Erfolg in wirtschaftlicher Beziehung haben wir der Qualität unserer Waren zu verdanken, diesen Erfolg haben wir errungen durch unsere größere technische und kaufmännische Durchbildung.

Dem Laien mag es erscheinen, als wenn vielleicht die billigste Arbeit oft die produktivste sei, in der Tat kann man aber behaupten, daß die bestbezahlte Kraft manchmal die billigste ist, weil nur die Qualität schließlich den Erfolg verbürgt,

und ich meine, es ist eine große ideale Aufgabe des Deutschen Schulschiff-Vereins, auch nach dieser Richtung hin für unsere Schiffahrt zu wirken.

Auch wir sind in den Taumel der großen Zahlen der neuen Technik hineingekommen, wir wollen, daß immer größere Dampfer gebaut werden, daß die Kräfte, die die Schiffsschrauben drehen und so den Dampfer fortbewegen, immer gewaltiger werden. Wir sprechen immer von indizierten Pferdekräften, vergessen aber dabei vielleicht, daß wir in erster Linie Menschenkräfte auf den Schiffen brauchen, die Hand des Maschinisten, der die Maschine steuert, die Hand am Steuer, die die Verantwortung übernimmt, daß das Schiff sicher in den Hafen einzieht. Mögen wir nie in die Lage kommen, daß auf unseren deutschen Schiffen etwa Ausländer in der Mehrzahl beschäftigt sind, sondern sorgen wir dafür, daß in den deutschen Familien das Interesse und die Liebe erweckt werde, ihre Söhne zur See zu bringen. Es würde eine große Gefahr bedeuten, wenn etwa die Meinung aufkommen sollte, wer anderswo in seiner Existenz gescheitert ist, der ist noch gut genug für die Schiffahrt. Im Gegenteil, wir müssen gerade dafür sorgen, daß Söhne aus guten Familien, Leute mit guter Bildung hinausgeschickt werden auf unsere Schiffe, um so die Qualität unserer Mannschaft hochzuhalten.

Das ist auch ein Lebensinteresse des deutschen Handels und der deutschen Industrie, und in dieser Beziehung verbinden sich die Gedanken und Wünsche vollkommen mit denjenigen der deutschen Reeder, und sie verbinden sich ferner mit denjenigen des deutschen Volkes, sie verbinden sich mit unseren vaterländischen Interessen, und so möchte auch ich der Hoffnung Ausdruck geben, die schon vorhin ausgesprochen wurde, daß gerade auf dem Boden des Königreichs Sachsen dem Deutschen Schulschiff-Verein recht viel Freunde entstehen möchten, daß die Zahl derer, die ihn in seinen Bestrebungen unterstützen, bei uns immer größer werden möge.

Schon ist in Deutschland die Seeschiffahrt, überhaupt alles, was mit Handel, Verkehr und Wasser zusammenhängt, ja so populär, daß wir es in unsere Sprache herübergenommen haben, daß wir Vergleiche darin ziehen. So sagt man wohl

zu jemand, dem man für seinen Lebenslauf Glück wünscht, es möge ein günstiger Wind seine Segel schwellen, und meint damit, daß er sein Ziel, das er sich gesteckt hat, erreichen möge.

Auch wir im Königreich Sachsen, alle neu gewonnenen Mitglieder und alle, die noch kommen werden, wir haben nur den einen Wunsch, auch die diesjährige Tagung möge wie die bisherigen dazu beitragen, daß ein günstiger Wind die Segel unseres Schulschiffes und die Segel unseres Schulschiff-Vereins schwelle, auf daß es ihm vergönnt sei, den hohen Aufgaben, die er sich gestellt hat, zum Besten des Vaterlandes gerecht zu werden.

Die Arbeiterschaft und die nationalen Fragen der Gegenwart.

Vortrag,

gehalten im Nationalen Arbeiterverein für Werdau und Umgebung am 15. April 1908.

Meine sehr geehrten Herren! Sie haben mich aufgefordert, in Ihrer Mitte, im nationalen Arbeiterverein von Werdau und Umgebung zu sprechen, und ich bin dieser Aufforderung sehr gern nachgekommen. Ist doch Ihr Verein, der in den wenigen Monaten seines Bestehens so außerordentlich erstarkt ist, auch ein Produkt jener großen nationalen Bewegung, die seit den letzten Reichstagswahlen durch die Reihen der sächsischen Arbeiter geht und in der Loslösung von sozialdemokratischen Doktrinen zum Ausdruck kam. Lassen Sie mich heute zu Ihnen sprechen von der Stellung des Arbeiters zu den nationalen Fragen der Gegenwart, damit wir uns gemeinsam die Frage beantworten können, ob wir auf eine dauernde Vertiefung dieser nationalen Ideen in der deutschen Arbeiterschaft werden rechnen können.

Sie wissen alle, daß die letzte Reichstagswahl unserem politischen Leben ein neues Gepräge gegeben hat, und nirgends wohl ist dieser Umschwung lebhafter hervorgetreten, als in unserer Heimat, hier im Königreiche Sachsen. Man muß sich vor Augen führen, daß hier auf sächsischem Boden einst die Wiege der Sozialdemokratie gestanden hat. Vor einigen Wochen las ich eine Biographie des ersten und vielleicht bedeutendsten Führers der Sozialdemokratie, Ferdinand Lassalle. Wenn Sie das Mitgliederverzeichnis seines ersten Arbeiterverbandes lesen, jene 5000 ersten politisch organisierten deutschen Arbeiter, so werden Sie finden, einen wie großen Anteil Sachsen schon damals an den Anfängen sozialdemokratischer Agitation nahm,

daß Leipzig, Dresden, Großenhain, Neugersdorf darin vertreten waren, jenes Sachsen, das zuerst Auer, Bebel in den Reichstag entsandte, das bei den Wahlen des Jahres 1903 von 23 Kreisen 22 sozialdemokratisch wählte und so nach außen hin als eine Hochburg sozialdemokratischer Gedanken und Anschauungen erschien.

Wie eine Vermessenheit kam es einigen vor, auf diesem von sozialdemokratischer Agitation durchwühlten Boden das nationale Banner wieder aufpflanzen zu können, und man nannte uns Utopisten, als sie hinauszogen in das Land, um dort mit der Sozialdemokratie zu ringen und die Arbeiter für den nationalen Gedanken wieder zurückzugewinnen. Gerade hier auf diesem Boden aber war es, wo der größte Umschwung geschah und in 13 Kreisen nationale Kandidaten mit zum Teil großer Mehrheit gewählt wurden, und wo, wie in Ihrem Kreise, dieser Sieg der nationalen Idee nicht beschieden war, doch die Stimmenzahl für den nationalen Kandidaten außerordentlich in die Höhe schnellte.

Es ist wohl Zeit, angesichts dieses Ereignisses, angesichts der Stärkung der nationalen Arbeiterorganisationen, die Frage aufzuwerfen, was denn wohl diesen Umschwung herbeigeführt hat? Ich möchte hierbei ebenso wie bei meinen späteren Ausführungen beginnen mit denjenigen Anschauungen, die von der Sozialdemokratie vertreten werden. Der anerkannte Führer der deutschen Sozialdemokratie, der Reichstagsabgeordnete August Bebel, sprach im Reichstage vor etwa einem Jahre über die letzten Wahlen. Er machte der Regierung den Vorwurf, sie habe die Resultate dieser Wahlen beeinflussen wollen durch die außerordentliche Beeinflussung seitens der Behörden. Der Reichskanzler habe sich eingemischt in den Wahlkampf durch seinen Brief an den General von Liebert. Der Staatssekretär der Kolonien, Dernburg, habe in Volksversammlungen gesprochen und Flugblätter verbreiten lassen, und so sei, wie Bebel im Reichstage ausführte, eine Wahlbeeinflussung betrieben worden, wie sie selbst Napoleon III. in Frankreich nicht stärker getrieben hätte. Vergegenwärtigen wir uns, ob diese Vorwürfe berechtigt sind. Was ist geschehen? Der Reichstag wurde aufgelöst. Man sagt, das sei ein Akt der Willkür, aber unter der Herrschaft des allgemeinen Wahlrechtes, das jedem das Recht gibt, in geheimer Wahl seine Meinung auszusprechen, wie er sie empfindet,

ist doch eine Reichstagsauflösung nichts anderes als gerade das, was die Sozialdemokratie immer will, nämlich über eine wichtige große Frage die Entscheidung in die Hände des Volkes zu legen. Das hat die Regierung getan, indem sie über die Frage der Entwicklung unserer Kolonien die Entscheidung der 10 Millionen deutscher Wähler anrief und sich mit ihrer Politik dem Urteile dieser Wähler unterwarf. Ist es etwas so Ungeheuerliches, wenn der höchste Beamte des Reiches seine Ideen, für die er im Reichstage eintrat, kämpfte, noch einmal in einem Briefe an einen Parlamentarier niederlegte? Wäre es nicht gut, wenn wir zu den Anschauungen kämen, die in England gang und gäbe sind, daß Minister vor die Volksversammlungen treten, wie es Dernburg im Kindlkeller getan hat, um ihre Anschauungen in die weitesten Kreise zu tragen?

Von behördlichen Wahlbeeinflussungen habe ich in meinem Kreise, wo ich gekämpft habe, sehr wenig gemerkt, wir hätten sie uns auch unsererseits verbeten. Ich habe nur bemerkt, daß ich im Wahlkampfe in über 20 Orten nicht sprechen konnte, weil die Wirte die Säle nicht hergaben an nationale Kandidaten, aus Furcht, daß sie Schaden haben könnten. Jedenfalls haben wir gekämpft auf beiden Seiten nur nach der Richtung, die Gedanken der Wähler zu beeinflussen, und wenn der Sieg dann auf unserer Seite war, so muß es doch daran liegen, daß die Gedanken, die wir vertraten, auch gerade der Arbeiterschaft, die im Königreich Sachsen doch den Ausschlag gibt, zusagten. Ein großer Teil der Arbeiterschaft hat heute erkannt, daß die Lehren und Gedanken des sozialdemokratischen Programms nicht mehr hineinpassen in unsere weltwirtschaftlichen Verhältnisse, nicht mehr hineinpassen in die Bedürfnisse des Arbeiters eines Industriestaates, der mit seinem ganzen Leben und mit seiner Existenz angewiesen ist auf die kulturelle Entwicklung und Sicherung seines Landes durch eine kräftige Heer-, Flotten- und Kolonialpolitik.

Lassen Sie mich diesen Kernpunkt der politischen Frage beleuchten. Ich möchte auch hier wieder die sozialdemokratische Anschauung zuerst niederlegen. Was sagt die Sozialdemokratie? Sie sagt: Ihr Bürger des deutschen Reiches, man nimmt Eure Steuergroschen, Euer sauer erspartes Geld und gibt es für eine uferlose Kolonialpolitik aus, nur, damit drüben die deutsche

Flagge weht und daß einige Assessoren hingeschickt werden und Offiziere, die dann den Tropenkoller bekommen, nur damit man auf der Landkarte große Flächen hat, die zu Deutschland gehören, weil das den Großen im Lande schmeichelt, oder, wie mein Gegenkandidat sagt, weil es dem Ehrgeize des Monarchen schmeichelt, der gern über ein großes Land herrschen möchte. Wie ist das nun? Brauchen wir Kolonien? Wenn wir heute ein agrarischer Staat wären, wenn wir auf deutschem Boden soviel Getreide bauten, wie die sechzig Millionen deutscher Einwohner zu ihrem Brote gebrauchen, wenn wir alles, was wir dem Weltmarkt verkaufen, im Boden des eigenen Landes fänden, dann wäre eine Ablehnung der Kolonialpolitik zu rechtfertigen. Ein Land, das in sich selbst den Austausch der Güter vornimmt, braucht keine Kolonien. Sie wissen aber selbst und ich brauche es Ihnen an dieser historischen Stätte der deutschen Textilindustrie nicht zu sagen, daß das, was durch Ihrer Hände Arbeit hergestellt wird, nicht dazu dient, um in Werdau verkauft zu werden, um in Sachsen abgesetzt zu werden, sondern daß wir im Zeitalter der Weltwirtschaft mit allen den Produkten, die namentlich in unserer engeren Heimat hergestellt werden, konkurrieren auf dem Weltmarkt. Daß wir jährlich für 6000 Millionen Mark Waren, von denen über 2 Millionen Arbeiterfamilien leben, verkaufen an fremde Völker und an fremde Länder. Die Natur unseres Heimatlandes ist ferner so, daß gerade für unsere wichtigste Industrie die Rohstoffe nicht bei uns gedeihen, sondern daß wir sie beziehen müssen aus tropischen Gegenden, daß wir sie hier verarbeiten und das verarbeitete Produkt wieder vielfach verkaufen.

Unter diesem Gesichtspunkt bitte ich Sie, sich einmal folgendes zu überlegen: Wir sehen die Länder, die früher von uns Waren abnahmen, mehr und mehr dazu übergehen, sie selbst herzustellen. Wir sehen, wie die Vereinigten Staaten von Nordamerika außerordentlich an Bevölkerung wachsen und wie sich auf ihrem ungeheuren Terrain eine eigene Textilindustrie entwickelt. Wir brauchen die Baumwolle wie unser liebes Brot, aber bei uns wächst sie nicht. Wenn nun Amerika selber in seiner Textilindustrie die bei sich wachsende Baumwolle braucht, glauben Sie, daß der Amerikaner aus Liebe für das deutsche Reich uns die Baumwolle herüberschicken wird, wenn er sie in seinen eigenen Fabriken benötigt? Wir sehen, wie der Zeitraum immer näher

rückt, wo ein Kampf entstehen kann, wo die Völker kämpfen um die Baumwolle. Das haben die englischen Arbeiter schon längst begriffen, und die englischen Gewerkschaften, die lediglich den einen Gesichtspunkt vor Augen haben, für den englischen Arbeiter zu sorgen, ihm höhere Löhne zu verschaffen, die sich aber durchaus nicht politisch an eine bestimmte Partei anlehnen, haben bei ihren Mitgliedern gesammelt, um in den englischen Kolonien die Baumwollanpflanzungen und dadurch englische Arbeiterinteressen zu fördern.

Sie sehen, wenn Sie hier Ihre Blicke im Saale schweifen lassen, die elektrische Beleuchtung. Die elektrische Industrie hat in Deutschland außerordentliche Fortschritte gemacht. Das Kupfer für diese Industrie kommt aus dem Auslande. Sie sehen auch, wie die Automobilindustrie sich entwickelt, die namentlich, wenn sie nicht nur zur Personenbeförderung, sondern auch zur Lastenbewegung immer mehr gebraucht wird, eine Umwälzung der Verkehrsverhältnisse hervorbringen kann. Dazu brauchen wir Kautschuk. Das liefert uns nicht der deutsche Boden, sondern das liefern uns die tropischen Gegenden. Das müssen wir einführen und das müssen wir mit teuerem Gelde bezahlen, da unsere deutsche Volkswirtschaft für 1800 Millionen Mark an Waren umfaßt, die als Rohstoffe zu uns herüberkommen, die wir zum großen Teil hier verzehren; andernteils verarbeiten und teilweise wieder ausführen. Nun meine ich, wenn eine Regierung sich sagt, wir leben heute von der Verarbeitung dieser Rohstoffe, wir sind in Gefahr, unseren Platz am Weltmarkt zu verlieren, wir sind in Gefahr, daß andere Völker an unsere Stelle treten und unseren Arbeitern die Arbeitsgelegenheit nehmen, deshalb wollen wir auf denjenigen Kolonien, die wir für uns gesichert haben, Kautschuk, Sisalhanf anpflanzen, Kakaokulturen züchten und Kupfer und Baumwolle in größerem Maßstabe produzieren, um unabhängiger zu werden und mit den nötigen Rohstoffen gesichert zu sein, wenn eine Regierung das will, dann müßte eine Arbeiterpartei, die nichts anderes im Auge hätte, als die Interessen der Arbeiter zu vertreten, an der Spitze derjenigen stehen, die die Regierung hierbei unterstützen.

Das ist eine Empfindung, die sich heute mehr und mehr durchsetzt, auch in denjenigen Kreisen, die früher als Führer der Sozialdemokratie gegolten haben. Sie kennen alle unsere große Textilstadt Chemnitz, Sie kennen den früheren Reichstags-

abgeordneten von Chemnitz, Max Schippel, der jahrelang Chemnitz im Reichstag vertreten hat als Sozialdemokrat.

In einem Aufsatz in den sozialistischen Monatsheften vom 23. Januar 1908 hat sich Schippel ausgelassen über „Arbeiterschaft und Kolonien", und da vertritt er Ansichten, die sich vielfach decken mit dem, was wir im Wahlkampf vertreten haben. Er sagt darin wörtlich: „Wo bliebe unsere Baumwollindustrie, wenn dereinst nicht durch ein weises Pflanzertum Staat um Staat die Jagd- und Nomadenwirtschaft der rothäutigen Eingebornen durch den kulturell viel höher stehenden verdrängt und ersetzt worden wäre? Muß nicht jedem Emporwachsen der Hauptindustrie in Sachsen, Bayern, Württemberg, Elsaß-Lothringen, Böhmen, Mähren jedesmal eine neue Ausdehnung der Kolonien und eine Entfaltung der kolonialen Rohstoffplantagen jenseits des Weltmeeres parallel laufen?" Er führt nun im Einzelnen aus, was der deutsche Arbeiter heute gebraucht, daß durch die kolossale Entwicklung größerer Kolonialstrecken der Preis wichtiger Produkte im Laufe der Jahre gesunken sei. Er führt weiter aus, wie er als Arbeitervertreter sich gegen jede Erhöhung der Beleuchtungskosten durch Petroleum sträuben würde, wie aber heute die ganze deutsche Arbeiterschaft abhängig sei von einem Trust in Amerika, der die Preise stipulieren kann, wie es ihm gefällt, da wir ihm nichts entgegenzusetzen haben, weil wir nichts aufgewendet hätten für unsere deutschen Kolonien! Und er macht sich lustig über die von dem sozialdemokratischen Abgeordneten Ledebour auf dem internationalen Sozialistenkongreß beantragte Resolution, die sich gegen die barbarische Kolonialpolitik aussprechen sollte, weil dadurch Werte in den Kolonien zerstört worden wären, während wir tatsächlich für die immer mehr wachsende Menschheit auf unserem Planeten die Möglichkeit der Ernährung geschaffen haben, daß wir hinauszogen in die Kolonien, um sie kulturell zu entwickeln. Wenn wir nun im Reichstage solche Debatten haben, was sagt dann die Sozialdemokratie, um ihren Standpunkt zu rechtfertigen? Dann steigt Herr Ledebour auf die Tribüne und erklärt noch am 13. Dezember jenes Jahres, als der Reichstag aufgelöst wurde: Wir wollen der Regierung keinen Pfennig bewilligen zur Niederwerfung des Aufstandes, weil wir sie zwingen wollen, die deutschen Kolonien aufzugeben, und er begründet das damit, daß er sagt, es sei ein Menschenrecht jedes Volkes, dasjenige

Territorium für sich zu behalten, wo es seit Jahrhunderten gelebt habe und daß wir kein Recht hätten, die Schwarzen dort zu verdrängen und das Gebiet für uns in Anspruch zu nehmen. Wenden Sie einmal diesen Grundsatz des Herrn Ledebour auf dasjenige Jahr an, wo Christoph Kolumbus mit seinem Schiffe nach dem Lande jenseits des Meeres fuhr. Wäre er ein Sozialdemokrat gewesen im Sinne des Herrn Ledebour, dann hätte er die Indianer, die dort lebten, um Erlaubnis gebeten, sich das Land einmal ansehen zu dürfen, vielleicht ein paar Karten aufzunehmen, um sie in Madrid zu zeigen, im übrigen aber schleunigst wieder nach Hause zu fahren, weil es ihm ja nicht einfallen durfte, da Gebietsrechte zu erwerben, wo ein anderer Stamm schon angesiedelt war.

Er hat das nicht getan. Es ist ein Schwarm von Auswanderern dorthin gekommen, und diese gewaltigen Erdteilsstrecken, die früher einige Hunderttausende von Menschen beherbergten, geben heute mehr als 100 Millionen Menschen ausreichend Nahrung. Sie haben durch die Kultur, die sie hinüberbrachten, die kolossalen Bodenschätze des Landes gehoben. Es ist dort jener große Staat der Vereinigten Staaten entstanden, und wie überhaupt in der Weltgeschichte, ist das kulturell höher stehende Volk an Stelle des kulturell und wirtschaftlich niedrig stehenden getreten.

Aus diesem Gesichtspunkte heraus steht auch die englische Arbeiterschaft, die schon länger organisiert ist als die deutsche, im Lager der englischen Kolonialpolitik, und als auf dem internationalen Sozialistenkongreß ein deutscher Sozialdemokrat den Vorschlag machte, es sollten doch alle sozialistischen Fraktionen in den Parlamenten den Antrag stellen, ihre Kolonien aufzugeben, da verzeichnete der Bericht Gelächter bei den englischen Sozialdemokraten. Lächerlich ist es den Vertretern der großen Kolonialvölker erschienen, daß sie das aufgeben sollten, worauf ihre Entwicklung zum großen Teil mitberuhte.

Es kommt aber noch etwas anderes in Betracht bei dieser Frage, nämlich der innige Konnex deutscher Kolonialpolitik mit deutscher Handelsvertragspolitik. Ich will auf die sächsischen Verhältnisse hinweisen; ich vertrete einen Kreis, der hauptsächlich Hausindustrie umfaßt, Leute, die weniger entlohnt sind als Fabrikarbeiter und die sich kärglich durchschlagen müssen, um ihr Leben zu fristen. Woran liegt denn dieser Niedergang der

Posamentenindustrie und vieler anderer Industrien? Wir sind abhängig von der Ausfuhr nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika. Nun schützt Amerika seine eignen Industrien. Alles was aus dem Deutschen Reiche kommt, belegt es mit hohen Zöllen und wie oft ist mir im Wahlkampfe die Bitte ausgesprochen worden: „Sorgen Sie doch dafür, daß die amerikanischen Zölle niedriger werden, daß wir mit unseren Waren dahin können, damit unsere Löhne sich bessern." Ich habe niemals den Mut gehabt und niemals ausgesprochen, daß ich das in Aussicht stellen könnte, sondern ich habe gesagt, das werde ich nicht können und ein anderer Abgeordneter auch nicht. Das Geschäft zwischen den Ländern ist wie das Geschäft der Menschen im Einzelnen. Man bekommt von niemand etwas, dem man nicht etwas gibt. Nun ist es richtig, daß Amerika unsere Waren kolossal hoch verzollt, während wir fast alles von Amerika billig hereinlassen. Nun könnten wir ja sagen, wenn Amerika unsere Posamenten, Spitzen und Stickereien nicht billiger hereinläßt, dann werden wir auch die Zölle auf die amerikanischen Waren erhöhen. Da lachten uns die Amerikaner einfach aus: Da tut es doch! Wollt ihr das Petroleum höher verzollen, das wir euch liefern? Bitte sehr! Dann habt ihr euer Licht teurer zu bezahlen wie bisher. Wollt ihr die Baumwolle verzollen? Macht es doch! Dann schadet ihr eurer Textilindustrie. Wollt ihr das Kupfer verzollen, das ihr von uns bezieht, gut, so schädigt ihr eure elektrische Industrie." — Ja, wenn wir seit Beginn unserer Kolonialpolitik, also seit einem Vierteljahrhundert, unsere Kolonien wirtschaftlich entwickelt hätten, dann könnten wir sagen, jetzt haben wir selber Baumwolle und wenn ihr uns nicht in den Zollfragen entgegenkommt, dann werden wir uns revanchieren beim Bezuge eurer Waren, dann könnten wir anders auftrumpfen und für das Erzgebirge, das Vogtland und für die Blumenindustrie in Sebnitz etwas durchsetzen, während wir heute mit gebundenen Händen Amerika gegenüberstehen, weil das deutsche Reich so kurzsichtig gewesen ist, seine Kolonien nicht rechtzeitig genug durch größere Verkehrswege zu erschließen. Denn von dieser wirtschaftlichen Aufschließung der Kolonien hängt alles ab. Auch die Sozialdemokratie bestreitet nicht, daß wir fruchtbare Länderstrecken in unseren Kolonien haben. Nicht nur die Chemnitzer Aktienspinnerei, sondern auch unsere Konkurrenz in England hat an-

erkannt, daß die ostafrikanische Baumwolle mit die beste sei, die wir überhaupt kennen. Wenn Sie nun heute herübergingen nach Ostafrika, Kamerun, um Kakao und Baumwolle zu pflanzen und Sie gingen in das Land hinein, und Sie hätten ein großes Areal, wo Ihnen die schönste Baumwolle und der schönste Kakao wächst, was wollen Sie denn damit anfangen, wenn Sie nicht die Möglichkeit haben, Ihre Waren durch Eisenbahnen an die Küste zu bringen und zu verfrachten? Sie können doch den Kakao nicht selber trinken, den sie produzieren. Das ist ja schließlich nicht der Zweck der Anpflanzung! Sie wollen doch die Baumwolle nicht für sich, Sie wollen sie verkaufen. Glauben Sie denn, daß jemals ein Mensch in Sachsen auf den Gedanken gekommen wäre, sich eine Posamentenfabrik in Annaberg hinzusetzen, wenn er die Erzeugnisse auf Ochsenwagen nach Hamburg fahren müßte! Soviel Ochsen gibt es gar nicht in Deutschland, wie Sie dann brauchen würden. Und es gibt auch nicht soviel — Dummköpfe in Amerika, die dazu zu bewegen wären, uns die Posamenten für den Preis abzukaufen, der sich aus dieser Fracht ergeben würde.

Genau so wie unser Volk sich zu seiner wirtschaftlichen Größe erst entwickelt hat, seit wir durch Eisenbahnen in der Lage waren, zu den Ausfallstoren des Welthandels unsere Waren hinzuschaffen, genau so liegt es in Afrika. Die Engländer werden uns von den Sozialdemokraten oft als Muster genannt, ja, das wären keine Bureaukraten, sie verständen, mit den Eingeborenen umzugehen, sie hätten auch Erträgnisse aus ihren Kolonien, auch in Afrika. Die haben aber auch Eisenbahnen, haben aber auch noch nie im englischen Parlamente eine nennenswerte Opposition gehabt, die gegen die Ausgaben zur Erschließung der Kolonien gewesen ist. Deshalb sind sie eben vorwärts gekommen, während bei uns nichts geschehen ist und wir infolgedessen auch zurückgeblieben sind. Alle diese Dinge hören Sie in sozialdemokratischen Versammlungen sehr selten, Man betrachtet hier immer nur die andere Seite der Medaille. Man erzählt uns von dem Prinzen Arenberg, der dort drüben einen Schwarzen erschossen und das Gewehr ihm im Gehirne herumgedreht hätte, von den Greueltaten, die dort von Leist, Peters und anderen vollbracht worden wären. Was dort geschehen ist an solchen Greueltaten, das

mißbilligen wir von seiten der nationalliberalen Partei mit derselben Entschiedenheit, wie es von seiten der Sozialdemokratie geschieht. Wir müßten doch hirnverbrannt sein, wenn wir aus den Kolonien etwas machen wollen und diejenigen Leute in Schutz nehmen wollten, die uns dort die Schwarzen aufrührerisch machen. Das hat aber mit der Frage an sich, ob Kolonien nützlich sind, nicht das geringste zu tun. Wir müssen nur, wenn wir Beamte hinausschicken, die dort das Deutsche Reich vertreten sollen, die besten Leute senden, denn es ist eine Nichtachtung unserer Kolonialbeamten, wenn man die Kolonien für gut genug halten sollte, solche Beamte hinzuschicken, die sich in der Heimat unmöglich gemacht haben.

Eine ganz ähnliche und meiner Meinung nach unrichtige Stellung nimmt die Sozialdemokratie ein in bezug auf die Verteidigung des Landes durch Heer und Flotte. Auch hier können Sie in den Zeitungen und Flugblättern folgende Sätze sehr oft lesen: Ihr müßt jährlich 1000 Millionen Mark ausgeben, um Heer und Flotte zu erhalten, das wird Euch genommen, um so viel wird das deutsche Volk ärmer, und das geschieht nur aus kapitalistischem Interesse, nur im Interesse der Panzerplattenfabrikanten und der Leute, die an den Lieferungen beteiligt sind. Dies geschieht, um Euch, Ihr kämpfenden Arbeiter, nicht aufkommen zu lassen, weil dieses verrottete Bürgertum, das sein Ende vor Augen sieht, sich auf die Bajonette stützen will zum letzten Entscheidungskampfe. Lassen Sie uns doch einmal diesem Gedankengange nachgehen. Heer und Flotte kosten uns mehr als 1000 Millionen Mark jährlich. Das ist unbestreitbar. Zunächst die eine Frage. Werden wir um diese Summe jährlich ärmer? Das ist nicht der Fall, denn alles, was dafür ausgegeben wird, kommt in hundertfältigen Kanälen ins Volk und in die Arbeiterschaft wieder hinein. Denn sehen Sie, was wir anfertigen an Kanonen und Flinten, das wird nicht im Auslande, sondern in Deutschland angefertigt, und bekanntlich sind die höchsten Löhne der deutschen Arbeiter gerade in denjenigen Werkstätten, wo diese Kanonen und Flinten hergestellt werden. Was wir bauen an Kasernen, das baut der deutsche Maurer, und was wir brauchen an Tuchen und Bekleidungsgegenständen, das liefern die deutschen Tuchfabriken, und was wir bezahlen an Besoldungen, das wird in Deutschland wieder ausgegeben. So also liegt es zunächst nicht, daß wir

das Geld gewissermaßen in das Meer würfen und es nicht mehr wiedersehen, denn so reich sind wir gar nicht, daß wir das aushielten, jährlich um Tausend Millionen ärmer zu werden. Es ist gewiß, daß wir diese Ausgaben nicht damit rechtfertigen können, daß wir sagen: sie kommen wieder zurück. Wenn sie nicht notwendig wären, dürften wir sie nicht bewilligen. Sind aber diese Ausgaben nicht notwendig? — Wenn Sie eine Farm hätten in Amerika und sich fragten, ob Sie sich eine Flinte anschaffen sollten, so werden Sie sich umsehen links und rechts und sich sagen, hat es denn mein Nachbar auch für nötig gehalten, sich eine Flinte zu kaufen, um sie eventuell gegen dich gebrauchen zu können? Ist es denn wirklich wahr, daß das deutsche Reich sich bloß als Militärstaat auf die Bajonette stützt, während die anderen, das nicht täten? Blicken Sie nach unsere Westgrenze, blicken Sie nach Frankreich, das ist doch Republik, da hat doch das Volk durch seine Abgeordneten das Recht zu entscheiden, ob ein großes Heer gehalten werden soll oder nicht. Hat nun Frankreich etwa die Miliz eingeführt oder abgerüstet? Es hat gegen 20 Millionen Einwohner weniger als wir und hat ein ebenso großes stehendes Heer wie das deutsche Reich, es hat pronzentual vielmehr Menschen unter Waffen als wir. Blicken Sie einmal auf französische Regimenter, der kleinste und schwächlichste Mensch, den man hier niemals annehmen würde, wird drüben noch in die Armee eingestellt, sonst könnte man gar nicht ein derartiges Heer unterhalten. Es hat eine Flotte, die stärker wie die des deutschen Reiches ist. Es trägt pro Kopf der Bevölkerung bedeutend mehr an Ausgaben für Heer und Flotte wie das deutsche Reich. Dabei ist es verbündet mit dem russischen Reich gegen Deutschland. Dieses Rußland, mit Frankreich verbündet, liegt an der Grenze des deutschen Reiches. Wer gibt uns nun die Garantie, daß wir niemals wieder angegriffen werden würden? Könnte jemand die Garantie übernehmen, da würde gewiß der deutsche Reichstag aufatmen. Wenn diese Last dem deutschen Volke genommen würde, dann brauchten wir keine Reichsfinanzreform und wir könnten uns freuen, über diese Gelder zu verfügen, die dann frei würden. Diese Garantie kann aber niemand übernehmen. Der Abg. Bebel hat voriges Jahr die Sozialdemokratie dagegen verteidigt, daß sie ihre Pflicht nicht tun würde, wenn wir angegriffen würden. Er sagte in einer großen Versammlung:

„Ja, was wollen Sie, wenn wir angegriffen werden, dann nehme ich auch die Flinte über die Schulter und ziehe mit." Dann darf er aber auch nicht gegen die Flinten und Kanonen stimmen, wenn sie gefordert werden, dann muß er die Flinte bewilligen, wenn sie gefordert wird. Ist es denn so, daß die Völker den Drang nach Frieden hätten, daß der fortschreitende Sozialismus den Krieg verhindert? Ich will Sie nicht erinnern an die ganze Geschichte der letzten Jahrhunderte, die von Kriegen voll ist. Ich bitte Sie, nur einmal die letzten Jahrzehnte an Ihrem Blicke vorüberziehen zu lassen. Was haben wir da erlebt? Wir sehen den Kampf zwischen den Vereinigten Staaten und Spanien. Ist denn das nicht auch eine Republik? Amerika! Ist denn dort nicht das allgemeine Wahlrecht? Wo war denn die Sozialdemokratie, daß sie ihn hätte verhindern können? Gejubelt hat man in Amerika, als es zum Kriege kam, man feiert heute noch den Tag, wo die spanische Flotte in den Meeresgrund versank, weil sie sich nicht auf der Höhe der Zeit befand. Amerika wurde wirtschaftlich reicher, nahm Kuba und die Philippinen, und es führte den Kampf, weil es eben seine wirtschaftliche Interessensphäre erweitern wollte. Wenige Jahre später sahen wir den Kampf zwischen den Burenstaaten und England. England ist doch auch ein Land, von dem Bebel sagt, wenn ich die Wahl hätte zwischen Deutschland und England, dann wüßte ich sofort, was ich wählen würde. — Wo war denn das gelobte England, wo blieb die Verhinderung des Krieges durch die Sozialdemokratie? Die Buren wurden überwältigt. Es siegte die geschlossene Disziplin gegenüber der Miliz, die auseinander stob. Lesen Sie doch einmal die Berichte von Dewet und Botha. Ein jeder glaubte sein eigener Herr zu sein, keiner wollte sich befehlen lassen, und so geschah es, daß dieses Volk in seinem Freiheitskampf unterging. Wieder einige Jahre später sehen wir das Ringen zwischen dem alten mächtigen Rußland und dem neuerwachenden Volke der Japaner. Man kämpfte um die wirtschaftliche Erschließung der Mandschurei, und wieder siegten die besseren Panzerschiffe und die größere Aufopferung für das Vaterland, und Rußland hat schwer darunter zu leiden, daß seine Flotte nicht auf der Höhe war. Wenn man das in einem Zeitraum von wenigen Jahren vorüberziehen sieht, wie sollte ein Abgeordneter es vor dem Volke verantworten und sagen, er werde für Heer und Flotte nichts

mehr bewilligen! Je mehr wir jetzt auf dem Weltmarkte vorwärts kommen, je mehr wir mit anderen Völkern in Konkurrenz treten, weil man unsere Waren lieber nimmt, um so größer wird auch die Eifersucht anderer Völker auf uns. Ich setze den Fall, daß wir einmal von England angegriffen würden. Wie sollten wir uns denn dann verteidigen, wenn wir den sozialdemokratischen Lehren gefolgt und niemals ein einziges Kriegsschiff gebaut hätten? Gewiß, da brauchte auch kein Schuß zu fallen, aber wir wären in vier Wochen vollständig bankerott. England brauchte nur alle großen Hafenplätze, Hamburg, Amsterdam zu sperren für die Einfuhr und Ausfuhr. Dann würden sich die Fabrikanten sagen, wenn ich meine Rohstoffe nicht hereinbekomme, kann ich sie auch nicht verarbeiten, und wenn ich meine Ware nicht mehr verkaufen kann ins Ausland, dann stelle ich den Betrieb ein. Dann liegen in wenigen Wochen 1½—2 Millionen Arbeiter in Deutschland auf der Straße. Dann rufen sie: „Staat, gib uns Brot, hilf uns, sonst gehen wir unter!" Wie soll er ihnen denn helfen? Er muß auf jeden Frieden eingehen, er muß die Milliarden zahlen, die ein unglücklicher Krieg etwa kosten könnte. Wohin man deshalb in der Praxis blickt, da zerflattern die Seifenblasen an den praktischen Tatsachen. Trotzdem spricht Herr Ledebour gegen alles, was mit den Kolonien zusammenhängt, und ebenso hören wir noch auf dem letzten sozialdemokratischen Parteitage, daß von Dr. Liebknecht gesagt wird: „Wir müssen den Arbeitern den Dienst beim Militär verekeln." Ein Staat, der der Meinung ist, daß er sein Heer intakt halten muß, um damit das Vaterland zu verteidigen, der muß sich gegen derartige Bestrebungen wehren, um die Disziplin auszubilden, das ist er sich und der Allgemeinheit schuldig.

Dazu noch eins. Wenn wir durch diese Rüstung seit mehr als 30 Jahren uns und Europa den Krieg erspart haben, dann haben wir dadurch während dreier Jahrzehnte dem Arbeiter in der Fabrik, dem Landmann auf dem Acker, dem Gewerbetreibenden in der Stadt die Möglichkeit gegeben, in Frieden seinem Gewerbe nachzugehen, für sich und seine Familie zu sorgen, dann haben wir durch diese Bewahrung des Friedens mehr für die Kultur getan, als wenn wir, wie die Sozialisten immer sagen, dieses Geld an sich für Kulturaufgaben verwendeten. Wir alle stehen auf dem Standpunkt der Sozialpolitik, durch

die bestehenden Arbeiterschutzgesetze im Falle der Krankheit, des Alters, des Unfalles und der Invalidität den Arbeiter zu unterstützen. Was bedeutet denn aber diese Sozialpolitik gegenüber den größten sozialpolitischen Aufgaben, durch die Erhaltung des Friedens, dem Arbeiter überhaupt das Leben und den Erwerb zu sichern? In diesem Sinne ist Heer- und Flottenpolitik Sozialpolitik im höchsten Sinne und das sollte eine Arbeiterpartei, wenn sie das Interesse der Arbeiter im Auge hätte, auch einmal vorurteilsfrei anerkennen.

Damit komme ich zu der Frage der Sozialpolitik. Ich kann dabei natürlich nicht eingehen auf jedes einzelne bestehende Gesetz, es würde dieses den Rahmen eines derartigen Vortrags weit überschreiten. Was sagt die Sozialdemokratie hierüber? Sie betrachtet sich als Anregerin der ganzen Sozialgesetzgebung. Sie erklärt: „Nur durch unser Bestehen seid ihr dazu gekommen, euch mit diesen Fragen zu beschäftigen, und wenn man immer darauf hinweist, daß wir gegen die Gesetze gestimmt hätten, so haben wir das nur getan, weil diese Gesetze uns nicht weit genug gehen." Lassen Sie auch hier die Tatsachen einmal sprechen. Die politische Organisation der Arbeiter, die Lassalle in den 60er Jahren zuerst predigte, jener Gedanke, daß mit dem Emporwachsen des Industriestaates die Zahl der Menschen jährlich wüchse, die nicht mehr eine Möglichkeit hätten, selbstständig zu werden, Handwerker, Kleingewerbetreibende zu werden, die lebenslang berufen schienen, in einem abhängigen Berufe zu bleiben, und die sich deshalb zusammenschlossen, um dadurch eine Aufbesserung ihrer Lebenslage zu erzielen, jener Gedanke hat die Aufmerksamkeit weiter bürgerlicher Kreise auf diese Frage gelenkt, er hat ihnen gezeigt, wohin diese Entwicklung ginge, ihr Verantwortlichkeitsgefühl gegenüber dieser Entwicklung gestärkt, und in diesem Sinne anregend auf das Gewissen der bürgerlichen Gesellschaft gewirkt. Das ist gewiß richtig.

Was ist nun das Ergebnis der sozialpolitischen Gesetzgebung des deutschen Reiches seit seiner Gründung? Der anerkannte Führer der Sozialdemokratie, vor dem auch seine Gegner die größte Hochachtung haben, weil sie ihn als einen begeisterten Anhänger seiner Prinzipien und Grundsätze anerkennen, Bebel, lobte auf dem internationalen Sozialistenkongreß in Amsterdam die deutsche Sozialpolitik, die tatsächlich diejenige aller übrigen

Kulturstaaten überragt, gleichzeitig steht aber fest, daß seine Partei gegen fast alle Gesetzesverbesserungen der Lage der Arbeiter gestimmt hat.

Da ergibt sich doch das eine, daß im deutschen Reichstage außer der Sozialdemokratie eine Mehrheit von bürgerlichen Abgeordneten gewesen sein muß, die dieses deutsche Reich auf sozialpolitischem Gebiete weiter gebracht hat als andere Staaten. Da muß der denkende Arbeiter sagen: das kann nicht richtig sein, wenn man bei jedem Wahlkampf sagt: das sind ja Ausbeuter, die geschworenen Feinde der Arbeiterklassen, die Dein Recht mit Füßen treten, die absolut nicht wollen, daß Du einen Schritt vorwärts kommen kannst. Wären sie das, dann wäre eine Mehrheit für diese Gesetze nicht da gewesen; sie war aber da und zwar sogar gegen die Stimmen der Sozialdemokratie, folglich sind diese Vorwürfe ungerechtfertigt. Und nun lassen Sie mich doch einmal hier vergleichen das deutsche Reich mit anderen Staaten. Wenn ich mich frage, ob ich meinen Acker gut bestellt habe, ob auf meinem Hofe und in meiner Wirtschaft alles gut in Ordnung ist, dann blicke ich doch einmal zu meinem Nachbar und stelle Vergleiche an, und der Abgeordnete Bebel, der immer so gerne internationale Vergleiche anstellt, hat kürzlich auf einem internationalen Kongreß folgendes gesagt: „Wenn ich die Staatsform vergleiche von Frankreich und England, könnte ich zweifelhaft sein, welches die bessere ist, wenn ich aber vergleiche Frankreich, England mit Deutschland, dann weiß ich sofort, wofür ich mich zu entscheiden habe." Ich will nun einmal die Frage aufwerfen: Wenn das richtig ist, was Bebel sagt, dann müßten in diesem Staate andere und bessere Verhältnisse sein als bei uns. Welches ist nun das politische Ideal der Sozialdemokratie? Die Abschaffung der Monarchie, Republik, freier Wille des Volkes, vertreten durch den Präsidenten und durch ein aus freier Wahl des Volkes hervorgegangenes Abgeordnetenhaus. Sie haben die angegebene Form in Frankreich und ich glaube, wenn der Abgeordnete Bebel nach Frankreich ginge und wenn ihm Gott noch 20 Jahre der besten angenehmsten Gesundheit schenkte und er noch 20 Jahre im französischen Parlament wirken sollte, dann hätte er zu tun, das zu schaffen, was das deutsche Kaiserreich schon seit Jahrzehnten besitzt an sozialpolitischen Gesetzen Bis zu dem heutigen

Tage hat noch kein Minister in Frankreich gewagt, die Einkommensteuer einzuführen und den Leuten mit größeren Einkommen dadurch etwas abzunehmen im Staatsinteresse. Noch heute nimmt Frankreich aus indirekten Steuern sehr viel mehr ein als das deutsche Reich erhebt. Noch heute sind die Eisenbahnen in Frankreich nicht verstaatlicht. Man sagt, daß das deutsche Reich sein Heer nur habe, um es gegen den inneren Feind zu verwenden; bei uns ist es noch nicht geschehen, wohl aber in Frankreich zu wiederholten Malen! Wenn man immer derartige Vergleiche anstellt, wenn man die Republik als das Paradies auf Erden hinstellt, dann soll man doch einmal das vergleichen, was dort geschieht, was in dem eigenen Vaterland recht ist. Wie ist es denn in den gesamten freien Staaten von Nordamerika? Das ist eine Republik, wo der Präsident aus den Wahlen des Volkes hervorgeht. Gewiß, Freiheit des politischen Denkens und Empfindens haben sie, wenn sie aber im nervenaufreibenden Arbeitskampfe auf der Straße liegen, können sie auch liegen bleiben und verrecken. Der Staat als solcher kümmert sich darum nicht.

Wir haben auf diesem Gebiete eine Gesetzgebung geschaffen, die vorbildlich in der ganzen Welt dasteht. Auf der Pariser Weltausstellung da staunten die Franzosen die Blöcke an, auf denen stand, was für unsere Sozialgesetzgebung ausgegeben war. Daß mancher kämpft um seine Rente, daß da bei hunderttausenden von Fällen auch Fälle vorkommen, wo er sich nicht zufrieden glaubt, daß wir dahin kommen müssen, die Altersgrenze von 70 auf 65 Jahre herunterzusetzen oder den Begriff Invalidität zu erweitern, darüber sind auch die bürgerlichen Parteien einig. Andrerseits steht aber fest und wird von keinem Statistiker, von keinem Sozialdemokraten bestritten, daß noch kein anderer Staat der Welt uns auf diesem Gebiete eingeholt oder auch nur wesentlich nachgekommen wäre. Ganz ähnlich steht es auf dem Gebiete der Hygiene in den Fabriken, auf dem Gebiete der Kinderarbeit und auf dem der Verkürzung der Arbeitszeit.

In der Einzelagitation der Sozialdemokratie und in der Einzelvorstellung des Arbeiters spielen sich die Gedankenvorgänge oft so ab, als sei Lohn und Arbeitszeit im wesentlichen abhängig von dem guten Willen des Fabrikanten. Dabei ver-

gißt man ganz die Gebundenheit durch die inländischen Wettbewerbsverhältnisse und die Weltmarktskonkurrenz.

Vor Jahren haben wir in Crimmitschau einen Kampf sich abspielen sehen um den 10stündigen Arbeitstag in der Textilindustrie. Die falsche Voraussetzung in diesem Kampfe lag darin, daß die sozialdemokratische Gewerkschaft glaubte, es könne der einzelne Industrielle oder die Industrie einer Stadt allein vorgehen, während der Konkurrent es nicht tat. Der Einzelne ist abhängig von den Konkurrenzverhältnissen des anderen, er kann sich nicht allein nach seinem guten Herzen entscheiden. Wenn wir jetzt in der Sozialpolitik nicht immer alle Forderungen erfüllen können, die wir an sich aus unserm Herzen erfüllen möchten, so liegt das eben daran, daß die anderen außerdeutschen Länder vielfach gar nicht daran denken, ihren Industrien dieselbe Beschränkung aufzuerlegen. Würde die Konkurrenz auf dem Weltmarkte unter gleichem Licht und Schatten arbeiten, dann könnte man sich über diese Dinge eher verständigen, so ist der Einzelne von diesen Verhältnissen abhängig.

Lassen Sie uns diejenigen Verhältnisse betrachten, die der Kritik am meisten ausgesetzt sind, die Verhältnisse der Heimindustrie.

Daß die Löhne dort sehr niedrig sind, das ist nicht zu bestreiten. Dasselbe wurde mir einmal entgegengehalten in der Zeit zwischen Haupt- und Stichwahl von einem inzwischen in Chemnitz gewählten sozialdemokratischen Abgeordneten. Ich erwiderte ihm damals: „Sie haben in Ihren Gewerkschaften 35 Millionen Mark Vermögen. Wenn das nun richtig ist, daß in der Heimindustrie soviel verdient wird von den Fabrikanten, weshalb helfen Sie da nicht dem armen Erzgebirge und gründen eine Posamentenfabrik und führen den 5 Mark Lohn und 8stündige Arbeitszeit ein? Dann machten die Gewerkschaften ein glänzendes Geschäft und Sie würden gleichzeitig den Beweis erbringen, daß die Fabrikanten Ausbeuter wären.“ Die Gründung ist nicht erfolgt und wird voraussichtlich nicht erfolgen. Wären die Dinge so einfach zu lösen, hätte man das Experiment schon gemacht. Man hütet sich aber davor, weil man genau die Schwierigkeiten der Konkurrenzverhältnisse auf dem Weltmarkt kennt. Im Vogtland sagte mir ein Fabrikant einmal: „Ich bekam für eine gewisse Harmonikasorte bisher Mk. 1.10, jetzt liefert sie Japan nach Amerika für Mk. 0.85 pro Stück. Nun stehe

ich vor der Frage, soll ich die Fabrikation einstellen, das ist gleichbedeutend mit dem, daß ich meine Arbeiter entlasse, oder soll ich auch für Mk. 0.85 fabrizieren? Nun meine ich, wenn dieser Inhaber nicht so ein verruchter Bourgois wäre, sondern ein Sozialdemokrat, der ein Herz für die Arbeiter hätte, dann stände er vor denselben Schwierigkeiten. So ruhen die Schwierigkeiten in der Heimindustrie auf den Weltmarktverhältnissen, ohne daß das beste Herz helfen kann, wenn wir nicht auf wirtschaftlichem Gebiete in der Lage sind, durch Handelsverträge oder großzügige Kolonialpolitik, die uns Amerika gegenüber unabhängig macht, an diesen Hemmnissen etwas ändern zu können.

In den Konsumvereinen und anderen Anstalten können ja die Sozialdemokraten den Beweis dafür antreten, daß sie mehr leisten wie ihre bürgerlichen Konkurrenten. Vor mir liegt nun die sozialdemokratische „Sächs. Arbeiterztg.“ vom 22. Juni 1907. Da ist der Bericht über die Jahresversammlung der deutschen Konsumvereine enthalten. Die Lagerhalter und Arbeiter der Konsumvereine hatten Forderungen aufgestellt. Da sagte der Vorsitzende, der sozialdemokratische Abgeordnete von Elm, in Erwiderung auf die Forderungen: „Die Zumutungen der Lagerhalter und Handlungsgehilfen sind sehr schmeichelhaft für die Leistungsfähigkeit der Konsumvereine. Aber die Genossenschaftler können doch nicht verlangen, daß wir als Utopisten elend zugrunde gehen.“

Wenn das, was die sozialdemokratischen Arbeiter fordern, durchgeführt werden sollte, dann würden die Unternehmer elend zu Grunde gehen, nach Meinung eines sozialdemokratischen Abgeordneten.

Im „Faust“ unterhält sich Gretchen mit Faust darüber, ob er wohl auch dasselbe glaubte, was der Pastor in der Kirche predige. Als dieser ungläubig ihr mit schönen schmeichelhaften Worten etwas ähnliches vorstellte, sagte sie halb zweifelnd, „so ungefähr sagt das der Pastor auch.“ Und sehen Sie: „So ungefähr sagt das der bürgerliche Vertreter auch,“ daß man eben nicht alle Forderungen erfüllen kann, weil sonst viele Unternehmungen zu Grunde gingen. Wenn wir das aber sagen, so ist dies ein Ausfluß der kapitalistischen Ausbeutungspolitik. Wenn das der sozialdemokratische Abgeordnete v. Elm

sagt, dann ist das die größte sozialdemokratische Weisheit und der Ausfluß der Arbeiterfreundlichkeit.

Die Sozialdemokratie beruft sich demgegenüber allerdings auf ihren wissenschaftlichen Sozialismus, aus dem hervorgehe, daß eben diese Verhältnisse erst mit der Sozialisierung der Gesellschaft aufhören würden. Aber wann wird diese kommen, wird sie überhaupt je kommen? Ist es unter diesen Umständen aber nicht ein frivoles Spiel mit den Arbeiterinteressen, wenn man die Arbeiter auf eine zukünftige völlige Umgestaltung der Dinge vertröstet, anstatt mit den bürgerlichen Politikern daran zu arbeiten, schrittweise eine Besserung der Lage auf dem Boden des Gegenwartsstaates herbeiführen zu helfen, zumal wir sehen, daß die Grundbedingungen dieses Gegenwartsstaates auch von der Sozialdemokratie zunächst nicht grundlegend geändert werden können?

Auf wirtschaftlichem Gebiete unterscheidet uns von der Sozialdemokratie auch unsere Stellung zum Mittelstand. Ich will hier in einer großen Arbeiterversammlung auf diese Fragen nur insoweit eingehen, als sie den Arbeiterstand berühren. Wir wünschen, soweit es irgendwie möglich ist, dem selbständigen kleinen Handwerker und kleinen Fabrikanten ihre Existenzfähigkeit zu erhalten, weil uns auch heute noch als Ideal vorschwebt, daß dem Einzelnen die Möglichkeit offen bleibe, auch einmal selbständig zu werden und nicht immer in abhängiger Stellung zu sein, sondern sich zu sagen: „Hier arbeitest Du in Deinem, wenn auch kleinen Unternehmen für Dich und Deine Familie, Du bist ein freier Mann," — ein Gefühl der Freiheit, das auch am meisten dazu beiträgt, die Energie und Tätigkeit aufs höchste zu entfalten.

Die Sozialdemokratie muß nach ihren marxistischen Grundideen auf einem anderen Standpunkt stehen. Bebel hat ja die Entwickelung dieses Zukunftsstaates geschildert, und er sieht die Entwickelung sich vollziehen, die dahin geht, daß wir nur noch ganz reiche und ganz arme Leute haben, bis dann eines Tages diese Millionen von armen und geknechteten Leuten die 50 großen Millionäre expropriieren und ihr Besitztum überführen in das Besitztum der Allgemeinheit des Staates, womit dann der sozialdemokratische Zukunftsstaat beginnt. Will man aber diese Entwickelung, um auf ihr den sozialistischen Staat aufzubauen, dann hat man auch ein

Interesse daran, daß sich alles zusammenschweißt und wir nur noch Millionenunternehmungen haben. Dann reifen die Früchte der Sozialdemokratie, dann gibt es nur noch abhängige Leute. Da, wo Tausende in einer Fabrik beschäftigt werden, da organisiert es sich viel leichter, und da ist auch der Gegensatz viel größer, und da können sie viel eher mit ihren Ideen durchkommen. Wir bedauern diese fortgesetzte Kapitalszusammenballung, weil wir dann, wenn es so weiter geht und sie sich zu Gebilden auswächst, wie in Amerika, eine Entwickelung sehen, die einmal nach diesem sozialistischen Zukunftsstaat führen könnte. Für den Arbeiter würde dieser Zukunftsstaat zu größter Unfreiheit führen können. Wenn Sie heute bei einem Fabrikanten beschäftigt sind und es gefällt Ihnen nicht, und Sie wollen sich verändern, dann steht Ihnen das immer noch frei, Sie haben Bewegungsfreiheit. Haben Sie in ganz Deutschland nur einen Arbeitgeber, den Staat, und bestimmt er, an welche Stelle Sie hinkommen, dann bleiben Sie an dieser Stelle Ihr Leben lang, ob es Ihnen gefällt oder nicht, soweit Sie nicht verstehen, sich mit den großen und kleinen Machthabern dieses Staates gutzustellen. Aber ich will mich nicht mit diesen Utopien einlassen, mit diesem Ritt nach Wolkenkuckucksheim. Ich will nun auf die Stellung zum Mittelstand zurückkommen. Wenn man eine Entwickelung erstrebt, nach der es nur noch Großkapital und Besitzlose gibt, dann ist jeder Handwerker, der noch existiert, jeder kleine Händler, der sich noch über Wasser hält und jeder Bauer, der noch unverschuldet auf seinem Gute sitzt, ein Hemmnis auf dem Wege zu dieser Entwickelung. Aus diesem Grunde ist es auch zu erklären, wenn die Sozialdemokratie nur wenig übrig hat für die große Bewegung der deutschen Privatbeamten, die hineingezogen sein wollen in die soziale Gesetzgebung und die die Forderung der Pensionsversicherung der Privatbeamten aufgestellt haben. Für Handlungsgehilfen und Privatbeamte liegen die Verhältnisse heute so, wie sie für den Arbeiter zu Anfang der 70er Jahre gelegen haben. Auch sie können nicht mehr selbständig werden. Früher war der Übergang zur Selbständigkeit noch in den meisten Fällen vorhanden. Gewiß kommt das auch heute noch vor. Sie sehen in jeder Handlungsgehilfenzeitung eine Rubrik, worin es heißt, selbständig gemacht haben sich unsere Kollegen Soundso. Aber im allgemeinen da gehört mehr Kapital dazu, als sich der

einzelne ersparen kann. Die Wahl unserer Eltern steht uns nicht frei und wenn wir nicht in der Wahl unserer Schwiegereltern vorsichtig sind, oder nicht in der Sächsischen Landeslotterie mit dem großen Lose zugleich die Prämie, wie bei der letzten Ziehung, gewinnen, dann können wir nicht so viel erübrigen, um darauf hin ein Fabrikunternehmen gründen zu können. Weil das so ist und weil der Privatbeamte empfindet, daß mit den Jahren seine Kräfte abnehmen und weil wie ein Damoklesschwert oft das Gespenst des Alters auf ihm lastet und er nicht weiß, ob er auf seiner Stelle bleibt, deshalb möchte er einbezogen sein in die sozialpolitische Gesetzgebung.

Er fordert nichts vom Reich, aber er fordert, daß durch Beiträge von seinem Gehalt und mit Zuwendung seiner Arbeitgeber, ein Fonds geschaffen werde, damit man ihm auch im Falle des Alters und der Invalidität eine Rente gewähre. Ich glaube, daß diese Forderung berechtigt ist. Denken Sie an den Zusammenbruch der Leipziger Bank, wie viele lagen da auf der Straße, die 50 bis 60 Jahre alt waren; ebenso als das Kummerwerk zusammenbrach, als die ganze Deroute kam. Lesen Sie die Liste der Zeitungen über Konkurseröffnungen in Zeiten niederer Konjunktur und Sie haben die Wechselfälle eines solchen Lebens vor sich. Es ist gewiß ein erfreuliches Zeichen, daß in dieser Frage Unternehmer und Privatangestellte zusammengehen, daß auch die sächsische Industrie die Forderungen als berechtigt anerkannt hat, und daß sie bereit ist, auch ihrerseits mitzuhelfen. Wo bleibt aber die Führung der Sozialdemokratie bei dieser so wichtigen sozialpolitischen Frage? Sie ist die reichste Partei, die wir im Deutschen Reiche haben. Sie hat Hunderte von Agitatoren. Sie hält Tausende von Versammlungen in Deutschland ab, doch wo bleiben die sozialdemokratischen Parteiversammlungen für die Pensionsversicherung der Privatbeamten?

Sollte sich hinter dieser Regierungspolitik nicht der Gedanke verbergen: Wenn das alles im Zusammenarbeiten mit den bürgerlichen Parteien geschähe, dann wird vielleicht den Arbeitern genützt, aber die Anziehungskraft unserer Partei geht zurück? Das ist ein Standpunkt, der die Partei über alles stellt und die Interessen des Volkes hintenanstellt. Wir haben es demgegenüber in der nationalliberalen Partei stets als Ehrenpflicht angesehen, die Interessen des Vaterlandes über die der Partei zu stellen.

Damit komme ich auf die Frage, die augenblicklich im Vordergrund der Erörterungen steht, das ist die Frage der Reichsfinanzreform. Auch da wissen Sie ja, daß die Sozialdemokratie im Wahlkampfe und in ihrer Presse stets erklärte, daß das deutsche Volk ausgesogen würde, weil die bürgerlichen Parteien alles auf die großen Massen abwälzten und den großen Aufwand des deutschen Reiches durch indirekte Steuern herbeiführten.

Nun muß zunächst das eine auseinander gehalten werden, daß wir kein einiges deutsches Reich nach der Richtung haben, daß alle unsere Ausgaben gedeckt würden durch diejenigen Aufwendungen, die der deutsche Reichstag zu bestimmen hat.

In einer Versammlung in Schlettau hat mir einmal ein Sozialdemokrat entgegengehalten: „Ja, sehen Sie sich erst einmal das deutsche Reich an, wie wenig da für Schulen ausgegeben wird und wie viel für Heer und Flotte." Dabei hat er nur das eine vergessen, daß die Ausgaben für die Schulen im sächsischen, im württembergischen und preußischen Etat, aber nicht im Etat des Reiches stehen. Und deshalb nimmt eben Heer und Flotte den Hauptausgabeposten im Reichshaushalt-Etat ein. Bei Gründung des deutschen Reiches hat man als stillschweigende Uebereinkunft angesehen, daß die Ausgaben der Bundesstaaten für Justizpflege, Wegebauten, Schulen usw. durch direkte Steuern, die Ausgaben des Reiches aber möglichst durch indirekte Steuern und Zölle aufgebracht werden sollen. Wenn man nun immer sagt: Die bürgerlichen Parteien sind nicht für direkte Steuern, so ist das eine direkte Unwahrheit. Die Vermögenssteuer in Preußen und die progressive Einkommensteuer, die höheres Einkommen prozentual höher belastet, ist durch den nationalliberalen Minister Miquel eingeführt worden.

Während die untersten Steuerklassen frei sind bezw. nur mit niedrigen Prozentsätzen beginnen, haben die oberen bis 5 Prozent an Steuern zu geben, und 83 % der direkten Steuern in Preußen werden durch die Einkommen über 1500 Mark aufgebracht. Wenn Sie die Gemeindesteuern und Vermögenssteuern hinzurechnen, dann kommen Sie auf das Ergebnis, daß reiche Leute vielfach 12, 15, 18 Prozent des Einkommens an Bundesstaatssteuer zu zahlen haben. Nun gebe ich durchaus zu, daß die Frage erwägenswert ist, ob man nicht dem deutschen Reiche auch direkte Steuern schaffen könnte, namentlich in bezug

auf eine bestimmte Steuer kann der Ausdehnung auf das Reich auch prinzipiell zugestimmt werden.

Wenn man heute mit großen Ausgaben für nationale Zwecke kommt, dann können diejenigen, die durch ein fundiertes Unternehmen am meisten in der Lage sind, auch ihren Beitrag dazu bewilligen. Deshalb treten wir ein für eine Reichserbschaftssteuer, dafür daß derjenige, der ein großes Vermögen erbt, auch in diesem Augenblick einen Teil der Allgemeinheit zugängig zu machen hat. Ich weiß, daß dieser Gedanke sehr bestritten ist, das sei eine Konfiskation des Vermögens, das würde die Lust zum Erwerben eines Vermögens beeinträchtigen. Das glaube ich nicht. Wenn das richtig wäre, dann würde die progressive Einkommensteuer auch die Lust beeinträchtigen, sich ein größeres Einkommen zu verschaffen. Wer in der glücklichen Lage ist, durch irgendwelche glückliche Zufälle seinen Kindern eine halbe Million zu hinterlassen, den wird der Gedanke nicht zu Boden drücken, daß er davon 25000 Mark dem deutschen Reiche abzugeben habe.

Nach dieser Richtung hin wird die neue Reichsfinanzreform hoffentlich den Ausbau der Reichserbschaftssteuer bringen oder eine Reichsvermögenssteuer in der Form, daß die Erträgnisse dieser Steuer für Reichs- und Bundesstaaten geteilt werden. Wir werden aber andererseits nicht davon abgehen können, andere Quellen zu erschließen, weil es unmöglich ist bei der jetzigen Anspannung der Kräfte und bei der verhältnismäßig geringen Zahl von solchen, die über hohes Einkommen und Vermögen verfügen, um allein die Mittel aufzubringen. Was die Regierung erstrebt, ist entweder das Branntweinmonopol oder eine Reform der Branntweinsteuer, und das wird in der Hauptsache bedeuten, daß ein jetzt bestehendes Syndikat abgelöst würde durch den Staat. Und ebenso steht es mit der eventuellen Monopolisierung des Petroleumhandels, der heute allein in den Händen der deutsch-amerikanischen Petroleum-Aktiengesellschaft ist, deren Aktien sich meist in den Händen amerikanischer Großindustrieller befinden.

Bezüglich der Tabaksteuer haben wir uns seitens meiner Fraktion ausgesprochen gegen die Zigarrenbanderolensteuer, weil wir der Meinung sind, daß wir dadurch die mittleren und kleinen Betriebe zerstören, was zu einer Zusammenballung in Großbetrieben führen würde.

Ich möchte aber doch einmal anführen, was denn bei

uns erhoben wird in bezug auf diese Steuer gegenüber dem Auslande. Deutschland erhebt auf den Kopf der Bevölkerung an Tabaksteuer 1.60 Mark, Oesterreich 4.30 Mark, England 6.54 Mark, aber das gesegnete Eldorado der Sozialisten, die Republik Frankreich, erhebt 7.62 Mark von jedem Einwohner der Republik. Und wie ist es denn mit dem Alkohol, Bier und Branntwein? Da erhebt das deutsche Reich von einem Hektoliter 85 Mark, Frankreich erhebt nur das doppelte, 170 Mark, und England erhebt 417 Mark. Wenn man das einmal vergleicht, dann fallen alle Behauptungen in sich zusammen, als wenn das deutsche Reich seine Steuern aus den armen Klassen zusammenpresse. Die anderen Länder haben die indirekte Besteuerung in schärferer Weise durchgeführt, als es jemals bei uns versucht worden ist. Und wenn man sagt: Wir wirtschaften zu toll, wenn man darauf hinweist, als wenn die bürgerlichen Parteien bei uns für Heer und Flotte mehr ausgeben wie andere, so muß auch darauf hingewiesen werden, daß das an sich bevölkerungsärmere Frankreich dasselbe ausgibt wie wir. Das bevölkerungsärmere England, das von niemand bedroht wird in der weiten Welt, gibt 1,6 Milliarde jährlich für Heer und Flotte aus, trotzdem es sehr viel weniger Einwohner hat als wir. Und ist es denn richtig, daß wir in eine Schuldenwirtschaft hineingeraten wären, in der wir ertrinken müßten? Lassen sie doch auch hier die Statistik sprechen. Die Republik Frankreich hat 31 Milliarden Schulden; das deutsche Reich und sämtliche Bundesstaaten, haben 18 Milliarden Schulden. Daß wir in Deutschland eine Wirtschaft trieben, die uns durch die Zinsen in höherem Maße belaste als andere Länder, ist ebenfalls nach keiner Seite zu erweisen. Ich will damit nicht den Eindruck erwecken, als wenn bei uns keine Reformen nötig wären, alles glänzend und gut bestellt wäre und als wenn wir uns in der besten Lage aller Welten befinden. Meine Ausführungen und die gegenüberstehenden Stellungen dieser Tatsachen bezwecken, nur einmal den Gedanken zu verscheuchen, der immer von der Sozialdemokratie absichtlich erzeugt wird, um den einzelnen vorzustellen, als wenn wir in jeder Beziehung schlechter ständen als andere Völker und Arbeiterkategorien, während in vielen Beziehungen das Gegenteil der Fall ist.

Damit komme ich zum Schluß meiner Ausführungen und zu der Frage, über die sich ja schließlich ein roter Faden hin-

durchgezogen hat durch alle die wirtschaftlichen und sozialpolitischen Erörterungen, auf die Frage: „Hat denn der Arbeiter ein Interesse daran, zu einer Nation zu gehören und dasjenige zu unterstützen, was wir nationale Politik nennen, oder tut er besser, der Sozialdemokratie zu folgen, die ihm ein anderes Ideal vorschweben läßt, die ihm sagt, Du bist der Bürger der weiten Welt.

Wenn einige von Ihnen zur sozialdemokratischen Partei gehören oder gehört haben und zu den Parteitagen gegangen sind, da werden Sie die Büste von Ferdinand Lassalle gesehen haben; Sie werden gehört haben die Lieder, die man von ihm singt und die noch gesungen werden: „In Breslau ein Friedhof, ein Toter im Grab, da ruhet der Eine, der Waffen uns gab." Er hat der Arbeiterschaft Waffen gegeben, ausgerüstet mit der Bildung eines Jahrhunderts hat er die deutsche Arbeiterbewegung geschaffen, aber er hat sie geschaffen auf nationaler Grundlage und hat niemals die heutige Utopie der Internationalität mitgemacht. Man soll seine Dramen, seine Philosophie lesen, um zu erkennen, was es an Verdrehung bedeutet, um ihn etwa anzuführen für dasjenige, was heute an Internationalität in der Sozialdemokratie kursiert. Die Sozialdemokratie hat erst eine verhältnismäßig junge Geschichte und will deshalb gern Leute für sich in Anspruch nehmen — ich spreche jetzt nicht von Lassalle —, die in früherer Zeit Führer des Volkes gewesen sind. Wenn der 18. März kommt, dann geht die Berliner sozialdemokratische Arbeiterschaft hinaus auf den Friedhof und legt Kränze mit roten Schleifen an den Gräbern derjenigen nieder, die damals für die Freiheit und Verfassung gekämpft haben. Da sehen Sie im „Wahren Jakob", einem Organe der Sozialdemokratie, die Bilder von Herwegh und Freiligrath, als wenn sie die Väter der Sozialdemokratie gewesen wären. Wenn die Sozialdemokratie sie als ihre Führer ansieht, dann soll sie sich auch dessen erinnern, daß es die Demokraten der 40er Jahre waren, die zuerst den deutschen patriotischen Gedanken gepredigt, das erste Schiff der deutschen Flotte angekauft haben aus den Sammlungen der demokratischen Partei, daß es ihr vergötterter Herwegh war, der das schönste Flottenlied in deutscher Sprache gedichtet hat, und sie sollen daran denken, daß Johann Gottfried Kinkel und alle diese Leute, die den Mut hatten, die mit ihrem Leben auf den Barrikaden einzustehen hatten, für das, was ihnen

hoch und hehr erschien, neben dem Gedanken der Freiheit der Verfassung stets in Gedanken die Einheit ihres deutschen Vaterlandes vertreten haben. Ich will Ihnen anstatt der vielen Gedichte aus jener Zeit nur einige Sätze anführen aus der Verteidigungsrede von Kinkel, als er vor den Geschworenen stand und wegen der Teilnahme an der 1848er Revolution verurteilt werden sollte. Er erwartete das Todesurteil und ist bekanntlich zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt worden, aus dem er dann durch Flucht entkam. In jener Stunde aber, als er sein Todesurteil erwartete, hat er vor seinen Richtern und Geschworenen prophetische Worte gesprochen, die eigentlich in jedes Schullesebuch gehörten. Damals sagte Kinkel etwa: „Ich habe die Freiheit und Einheit des deutschen Vaterlandes mit erkämpfen wollen, erkämpfen wollen auch auf den Barrikaden gegen die deutschen Fürsten. Ich habe das getan, weil das meine Überzeugung war. Ich sehe es ein, auf diesem Wege geht es nicht. Wir kommen auf diesem Wege nicht zur Einheit. Wenn es Ihnen aber, meine Herren von der gegnerischen Partei, gelingt, durch eine Politik von Blut und Eisen, denn anders wird es nicht gehen, das deutsche Reich zusammenzuschmieden, dann werde ich der erste sein, der den Hut abnimmt und in den Ruf ausbricht: „Es lebe das deutsche Kaiserreich, es lebe das Kaiserreich der Hohenzollern!"

Meine Herren! Wenn die Sozialdemokratie die Gräber dieser Männer bekränzt, dann soll sie auch einmal lernen, die Liebe zum Vaterlande und die Liebe zum heimatlichen Boden zu verbinden mit ihren Bestrebungen. Das tut sie nicht und immer, wo wir hinsehen, da ist sie beflissen, gerade das eigene Vaterland in seiner Einrichtung herabzusetzen und sich für fremde Nationalitäten zu begeistern.

Genau so sehen wir auch jetzt wieder diesen Kampf der nationalen Idee in dem hinter uns liegenden Kampfe um das Vereinsgesetz. Was ist denn mit dem § 7? Was haben wir denn da getan? 40 Jahre, nachdem das deutsche Reich besteht, haben wir verlangt, daß in den öffentlichen Versammlungen deutsch gesprochen werden soll. Es kann jeder polnische Verein, wenn er Vereinsversammlungen abhält, polnisch sprechen soviel und solange er will. Wir haben zugelassen, daß in der Wahlzeit ebenfalls polnisch gesprochen werden kann, weil es in dieser Zeit vielleicht unmöglich ist, hier immer so scharf

einzuschreiten. Wenn aber außerhalb der Wahlzeit ein Verein über die Kreise seiner Mitglieder hinaus alle einladet zur Teilnahme und damit auch einladet die deutsche Bevölkerung, dann sollten wir auch in der Lage sein, zu wissen, was dort gesprochen wird. Wir wollen doch nicht, daß dort, wo das Deutschtum überwiegt, sich polnische Enklaven bilden und polnisch gehetzt wird und somit auch noch sehen, wie das Deutschtum zurückgedrängt wird, wie das gegenwärtig in Böhmen geschieht, wo es einen Verzweiflungskampf gegen die Tschechen kämpft.

Das alles wird freilich von der Sozialdemokratie als „nationale Phrase" hingestellt. Ist es denn einem Arbeiter ganz gleichgiltig, ob sein Staat groß und geachtet oder klein und niedrig in der Welt dasteht? Vor kurzem hat der Ministerialdirektor Roscher im Verbande sächsischer Industrieller darauf hingewiesen, daß die größte und überwiegende Zahl der sächsischen Fabriken erst entstanden ist nach 1871. Was bedeutet das? Das bedeutet, daß der deutsche Kaufmann zugleich mit dem deutschen Reiche vorwärts gekommen ist. Vor fünfzig Jahren sagte noch ein englischer Minister im Londoner Abgeordnetenhause: „Wenn uns ein Schiff auf dem Meere begegnet mit deutscher Flagge, dann werden wir es als Piratenschiff betrachten; denn die Flagge ist eine Piratenflagge." Heute ist die deutsche Handelsflotte die zweitgrößte der Welt und heute ist der deutsche Kaufmann und der deutsche Arbeiter und Fabrikant, wohin er auch kommt, das Glied einer geachteten und groß dastehenden Nation, und das hilft ihm auch im wirtschaftlichen Kampfe. Wir könnten jährlich nicht 800000 bis 1 Million Menschen mehr ernähren auf diesem sich gleichbleibenden Boden, wenn es uns nicht gelungen wäre, durch das Ansehen unseres Volkes vorwärts zu kommen. Liegt aber nicht weiter in unserer Liebe zum Vaterlande neben den wirtschaftlichen Vorteilen, die uns das Werden des deutschen Reiches brachte, ein tiefer idealer Wert, den wir hoch schätzen sollten? Wenn man sagt, das alles sei Lug und Trug, sei ein Märchen der Kinderstube, dann blicken Sie doch weitab von aller Christentumsanschauung nur ganz nüchtern auf die Sprachgrenzen, die die Völker scheiden. Die Natur, wenn Sie nicht sagen wollen Gott, muß sich doch etwas dabei gedacht haben, als sie den Völkern verschiedene Sprachen gegeben hat. Sie verstehen den Russen nicht, wenn Sie zu ihm kommen, und der Franzose

versteht uns nicht, wenn er zu uns herüberkommt. Und ebenso wie die Sprache der Menschen verschieden ist, so ist verschieden ihr Empfinden und ihr Denken, so sind verschieden die Ansprüche, die sie an die Kultur stellen, verschieden sind die Anschauungen, die sie über Familie und Kinder, über ihr ganzes Leben und Treiben haben. Wenn eine deutsche Mutter in Hamburg am Kai steht und ihr Sohn fährt hinüber in die weite Welt und sie weiß nicht, ob er wiederkehrt und die Schiffskapelle spielt das kleine, schlichte Lied: „Muß i denn zum Städtle hinaus", dann rinnen ihr die Tränen herab, weil die Melodie eines deutschen Liedes, dieses deutsche Wort, daß sie von Kindesbeinen auf gehört hat, eben diese Gemütsfülle hervorgerufen hat.

Das würde eine andere Nation nicht verstehen, sie lebt in ihrem Denken und sie träumt in ihren Träumen. Was uns aber schließlich gerade hinweg hilft über die Öde des Alltags, über das Grau der täglichen Arbeit, in der wir unsere Kräfte aufreibend verzehren, das ist doch vielleicht der Gedanke, daß wir nicht ein bewegungsloses Teilchen an einer großen Maschine sind, die auch ohne uns in den Gang kommt, sondern daß wir auch als einzelne Personen, sei es als Arbeiter, Bürger oder Handwerker, Glieder sind eines großen Volkes, daß in uns etwas lebt von einer hundertjährigen Tradition dieses Volkes, daß wir im Denken und Fühlen Kinder dieses Bodens und dieser Sonne sind. Das ist kein Chauvinismus. Was wir empfinden, ist kein Sichüberheben über andere, ist nur das Ergebnis der Tatsache, daß wir Eingeborene sind in diesem deutschen Lande, und deshalb als Deutsche auch fühlen und denken. Vielleicht sind wir im Innern noch nicht zu einer Volkseinheit geworden; vielleicht haben da die bürgerlichen Klassen etwas gut zu machen. Es hat einmal ein Professor ein Buch geschrieben: „Weshalb sind in Amerika die Arbeiter nicht alle Sozialdemokraten? Die Verhältnisse sind doch dieselben, viele Fabriken, Tausende von Arbeitern, doch keine Sozialdemokraten, und neben vielem anderen hat er eines angeführt: Der Arbeiter in Amerika weiß, daß er viel weniger verdient als der Millionär, der die weiten, großen Unternehmungen besitzt, aber er hat politischen Stolz, und er weiß, daß in diesem Lande der einzelne bewertet wird nach seiner Persönlichkeit, gleichgültig, ob

er Arbeiter, oder Gelehrter sei oder Unternehmer ist. Nach dieser Richtung könnten wir etwas lernen im deutschen Reich.

Wir müssen uns das eine vor Augen führen: wir alle sind Kinder der Verhältnisse, unter denen wir geboren sind. Wenn der einzelne das Glück gehabt hat, in einem Hause aufzuwachsen, das ihm eine gute Erziehung gewährte, ihm eine gute Bildung gab, er hat sein Examen gemacht, kommt auf die Universität, besteht auch dort das Examen, und er steht vor uns als Arzt, Pastor, Lehrer, gewiß, wir haben den Hut vor ihm abzunehmen; denn er hat mit den Mitteln, die ihm zur Verfügung standen, das erreicht, was er mit Fleiß und Anstrengung erreichen konnte. Wenn aber einer das Glück nicht gehabt hat, seine Wiege in einem armseligen Haus stand, und wenn er es dann, aus der Volksschule heraus aufwachsend, gerade wie vor ihm sein Vater und seine Vorfahren, zum tüchtigen Arbeiter gebracht hat, dann hat man ebenfalls vor ihm den Hut zu ziehen, ebenso wie vor jenen; denn er hat unter seinen Verhältnissen ebenfalls das im Leben erreicht, was er mit Anstrengung und Fleiß erreichen konnte.

Wenn wir in dieser Richtung hin lernen, uns als einiges Volk fühlen, und uns immer mehr zu verstehen, wenn auch der Arbeiter nicht mehr denkt, die geistigen Arbeiter wären etwas anderes als jene, die sich durch ihrer Hände Arbeit ernähren, dann werden wir uns auch einmal zusammenfinden mit dem Gedanken, die gemeinsamen Interessen des ganzen Volkes zu vertreten. Wenn Sie noch einmal vor ihren Augen sich abspielen lassen die Gesetzgebung der letzten Jahrzehnte, so werden wir auch erkennen, daß der wachsende Industriestaat Deutschland sich dessen bewußt ist, was er zu tun hat, und was ihm in Zukunft zu tun übrig bleibt für die große Zahl der Arbeiter und Angestellten im deutschen Lande; das eine aber kann und wird er verlangen, daß bei aller Anerkennung der Rechte der Arbeiter auf Besserung der Lebensbedingungen, in ihnen auch lebendig sein sollte die Liebe zur Heimat, zum Vaterlande, die Freude an der Macht und an der Größe des deutschen Reiches! Daß Sie in diesem Sinne als nationale Arbeiter wirken, das ist, glaube ich, der ideale Wunsch, der Sie alle bewegt und leitet, und in dem wir die besten Wünsche für die Zukunft der gesamten nationalen Arbeiterbewegung zusammenfassen.

Industriepolitik.

Vortrag,

gehalten im Verband Süddeutscher Industrieller in Mannheim am 16. Mai 1908.

—▫□▫—

Das Verhältnis der Industrie zu den politischen Parteien und die Frage der Erringung eines größeren Einflusses der Industrie in den Parlamenten ist in der letzten Zeit Gegenstand lebhafter Erörterungen gewesen. Die Stellung des Deutschen Reichstages zu den Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik gab zunächst der rheinisch-westfälischen Großindustrie Veranlassung, sich als zu wenig berücksichtigt seitens der nationalliberalen Partei hinzustellen, und gleichzeitig tauchte in den Kreisen des Vereins Deutscher Arbeitgeberverbände das von Herrn Kommerzienrat Menck in der Öffentlichkeit vertretene Projekt der Begründung eines Bundes gewerblicher Arbeitgeber auf, welcher den Zweck verfolgen sollte, unter Ausschluß aller wirtschaftspolitischen Fragen einen Einfluß zu nehmen auf die Stellung der Wahlkandidaten zu den Fragen der Sozialpolitik. Die Entscheidung über die Begründung eines solchen Bundes gewerblicher Arbeitgeber sollte in einer auf den 4. Mai d. J. einberufenen Industriellenversammlung fallen. Während ein Teil der Presse und zwar namentlich das führende Organ der freikonservativen Partei sich mit großem Eifer der Idee annahm, kamen von anderer Seite sachlich begründete Zurückweisungen. Vor allem waren es die in letzter Zeit zu immer größerer Bedeutung herangewachsenen industriellen Landesverbände, welche sich dem Plan gegenüber ablehnend verhielten. Der Verband sächsischer Industrieller befürchtete eine Verschärfung der Gegensätze zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern durch die Entstehung des Bundes, bezweifelte die Möglichkeit der Durchführung

seiner Bestrebungen und verwahrte sich vor allen Dingen dagegen, daß durch diesen Bund bei alleiniger Berücksichtigung der Sozialpolitik unter Umständen wirtschaftlich reaktionäre Gruppen von der Industrie unterstützt werden sollten. In ähnlichen Gedankengängen bewegte sich eine Veröffentlichung des Verbandes süddeutscher Industrieller, der in dem ganzen Projekt nur den Versuch sah, die Industrie in das konservative Lager zu locken und demgegenüber die Meinung aussprach, daß die deutsche Industrie ihre Vertretung nur im Gesamtliberalismus finden könne. Kritisch und wesentlich ablehnend stellte sich auch der Verband bayrischer Industrieller dem Projekt gegenüber, während Zustimmungen aus industriellen Verbänden nicht bekannt wurden und lediglich in Zuschriften an die Presse zum Ausdruck kam, daß man in dem Versuch dieser Gründung eine Auflehnung des Unternehmertums gegen den zu weitgehenden sozialpolitischen Eifer des Deutschen Reichstages zu erblicken habe. Nach den inzwischen gepflogenen Verhandlungen kann der ganze Plan als aufgegeben betrachtet werden, die Gründung des Bundes ist in der stattgehabten Industriellenversammlung ohne eingehende Diskussion verschoben worden, und so wird die Idee voraussichtlich in absehbarer Zeit in dieser Form nicht wieder auferstehen. Trotzdem ist es reizvoll, die Frage der Erringung eines größeren politischen Einflusses durch die Industrie einmal im Zusammenhang zu erörtern, zumal kundigen Beobachtern nicht entgeht, daß wir in bezug auf die Organisation der industriellen Interessen in einer Zeit der Neuorganisation und Neuformation stehen, bei der alles im Fluß ist, die aber jedenfalls neue Konstellationen in der Gruppierung der industriellen Organisationen bringen wird, die auch auf die Stellung der Industrie zur Wirtschafts- und Sozialpolitik nicht ohne Einfluß sein kann und sein wird.

An sich erscheint es verständlich, daß die Industrie nach politischer Zusammenfassung strebt. Alle wirtschaftlichen Gruppen bemühen sich, einen Zusammenschluß zu begründen und durchzuführen. Der Bund der Landwirte blickt triumphierend bei jeder Jahresversammlung auf seine nicht nur über Ostelbien ausgedehnte Organisation zurück, der Hunderttausende von deutschen Bauern und Grundbesitzern angehören. Die Mittelstandsvereinigung tastet und sucht nach einer Organisationsform, ist zu einer einheitlichen Gruppenbildung noch nicht gelangt, übt aber auch bei Reichstags- und Landtagswahlen schon vielfach einen bemerkenswerten Einfluß aus. Der neue Mittelstand weist mit Stolz darauf hin, daß er über $^3/_4$ Millionen Organisierte zählt, und bei den führenden Handlungsgehilfenverbänden tritt mehr und mehr die ursprüngliche Form des Unterstützungs- und Geselligkeitsvereins zurück gegenüber dem Charakter einer wirtschafts- und sozialpolitischen Gruppe, die sich bemüht, Einfluß auf das öffentliche Leben zu nehmen. Beamtenkandidaturen sind die neuesten Erscheinungen bei den preußischen Landtagswahlen. Die Arbeiterbewegung hat sich zwei Kampfmittel geschaffen, einmal in der sozialdemokratischen Partei und andererseits in den formell zwar unpolitischen, politisch tatsächlich auf das engste mit der Sozialdemokratie verwandten Gewerkschaften, und daneben streben endlich auch die nichtsozialdemokratischen Arbeitervertretungen danach, ihren Einfluß auf die bürgerlichen Parteien in der Richtung einer größeren Berücksichtigung der Arbeiterforderungen geltend zu machen.

Unter diesen Umständen lag es um so näher, den Gedanken einer Industriepartei zu erörtern, als auch die Parteien selbst in erster Linie zum Ausdruck wirtschaftspolitischer Anschauungen geworden waren. Welcher Gegensatz zwischen den Verhandlungen des Frankfurter Parlaments in den vierziger Jahren und denen des Deutschen Reichstages der Jetztzeit! Damals konservativ und liberal staatsrechtliche Begriffe, Weltanschauungen in bezug auf die Stellung des Bürgers im Staate, in bezug auf die Verwaltungsfragen, in bezug auf die geistigen Fragen, aber beeinflußt im wesentlichen von wirtschaftspolitischen Gegensätzen. Diese Auffassung politischer Gegensätze, welche dem Liberalismus in jener Epoche zu einem außerordentlichen Einfluß verhalf, konnte so lange anhalten, als Landwirtschaft und Industrie gleichmäßig am Freihandel interessiert waren, als der Handwerkerstand sich noch nicht im Interessengegensatz zu der ihn vielfach verdrängenden Industrie befand, als der Kleinhandel sich noch nicht durch Konsumvereine und Warenhäuser in dem Sinne bedrängt sah wie gegenwärtig, als der Arbeiter und der Privatbeamte noch die Möglichkeit des Aufstieges zur Selbständigkeit vor sich sah und ihn gemeinschaftliche Interessen mit seinem Arbeitgeber verbanden, die in der Harmonielehre liberaler Arbeiterführer zum Ausdruck kamen. Die Umkehrung aller

Verhältnisse in dieser Hinsicht hat dazu geführt, daß die wirtschaftlichen Fragen alles überwuchern, daß viele Bevölkerungskreise in bezug auf die Lösung rein politischer Fragen ganz saturiert erscheinen und ihre Stellung zu den Parteien wesentlich davon abhängig machen, ob sie ihren Mageninteressen genügend entgegenkommen. Daß die politische Betätigung des Einzelnen und der Parteien durch diese Verhältnisse viel von dem früheren Idealismus verloren hat, daß unseren Parlamenten vielfach die Persönlichkeiten fehlen, die ihnen einst Ansehen in der Öffentlichkeit gaben, ist eine Folge dieser Zustände. Das politische Leben hat sich zu einem Kampf um die Futterkrippe gestaltet und das Saint-Simonsche ôte toi que je m'y mette ist zu einer häßlichen Begleiterscheinung des Kampfes aller gegen alle geworden. Da wir aber mit diesen Verhältnissen als mit Tatsachen zu rechnen haben, so ist es auch durchaus begreiflich, daß eine volkswirtschaftlich so bedeutende Gruppe, wie die deutsche Industrie sich bemüht, nicht ins Hintertreffen zu geraten, sondern durch eine machtvolle Organisation Einfluß auf diese Verhältnisse gewinnen will.

Voraussetzung dafür ist aber natürlich ein Industrieprogramm, das den Gedankeninhalt einer neuen Partei, einer neuen wirtschaftlichen Gruppe bilden müßte und daß man versuchen müßte, den Abgeordneten als Leitstern für ihre Stellung zu wirtschaftspolitischen und sozialpolitischen Fragen hinzustellen. Die Tatsache, daß der geplante Bund gewerblicher Arbeitgeber von einer Behandlung der wirtschaftspolitischen Fragen absehen wollte, weist aber bereits auf die Schwierigkeiten hin, die sich einer Lösung dieser Frage entgegenstellen. Wenn wir die Frage aufwerfen, ob sich einheitliche Grundgesetze für eine Industriepartei aufstellen lassen, so müssen wir sie in bezug auf die Wirtschaftspolitik verneinen. Die 946 Positionen des deutschen Zolltarifs reden eine zu deutliche Sprache. Man kann auch kaum von zwei Parteien innerhalb der Industrie sprechen, die etwa durch den Namen Freihandel- und Schutzzollpartei genügend charakterisiert wären. Zu freihändlerischen Tendenzen werden natürlich diejenigen hinneigen, die ausländischer Rohstoffe bedürfen und am Export interessiert sind, während die Hersteller von Rohstoffen im Kampf gegen ihre ausländische Konkurrenz des Schutzzolles nicht glauben entbehren zu können, dabei aber andererseits auch wieder Verständnis finden bei

denjenigen Gruppen der verarbeitenden Industrie, die mit ihren Fabrikaten gegen die ausländische Konkurrenz anzukämpfen haben. Wie sich das vielfach miteinander verkettet, zeigt die Tatsache, daß manche Industrielle Freihändler und Schutzzöllner zugleich sind, je nach den Betrieben, die ihnen gehören oder an denen sie nebenbei durch Beteiligung interessiert sind. Die Spezialisierung der deutschen Industrie, auf der ihre Größe im Export vor allem beruht, zeitigt für jede einzelne Branche und für jeden einzelnen Zeitpunkt auch verschiedenartige Forderungen in bezug auf die Zollgesetzgebung, und ebenso wie bei dem Kampf um den letzten Zolltarif, werden wir auch bei den künftigen Kämpfen nicht einen Aufmarsch nach einem einheitlichen Grundprinzip, auch kaum einen Aufmarsch zweier gegeneinander kämpfenden Gruppen als Grundtendenz des Kampfes erblicken, sondern ein Ringen jeder einzelnen Branche, eine Menge von Heerhaufen, die anscheinend ohne Verbindung miteinander kämpfen, soweit es ihnen nicht gelingt, in sich einen Ausgleich herbeizuführen, wie es beispielsweise die Textilindustrie bei den gegensätzlichen Interessen der Spinner und Weber versucht. Ein Industrieprogramm läßt sich nach dieser Richtung hin jedenfalls kaum aufstellen. Die Aufgabe des Reichstages und der verbündeten Regierungen wird vielmehr immer nur darin bestehen können, einen Ausgleich zwischen Produzenten und Konsumenten, ferner zwischen den Ausfuhrinteressen der mit der Konkurrenz des Auslandes auf dem Weltmarkt kämpfenden Industrie und dem Schutz der deutschen Fertigfabrikate gegen die Konkurrenz fremder Länder zu versuchen.

Es scheint allerdings, als wenn die Gegensätze zwischen der verarbeitenden Industrie und der Rohstoff- und Halbzeugindustrie sich in letzter Zeit mehr und mehr verschärfen und doch bei künftigen Wirtschaftsfragen zu einer Zweiparteiengruppierung führen könnten. In den Kreisen der verarbeitenden Industrie begegnet man vielfach der Meinung, daß der vorhin erwähnte Ausgleich der verschiedenartigen Interessen der deutschen Industrie sich infolge des überwiegenden Einflusses des Zentralverbandes Deutscher Industrieller nicht immer auf der natürlichen Mittellinie bewegt habe, sondern daß den Rohstoffinteressenten dabei zu weit nachgegeben worden sei. Die Frage wird verschärft durch die fortgesetzte Syndizierung dieser Werke, die ja wieder nur möglich war unter der Herrschaft des Zoll- bezw.

Frachtschutzes, die diese Rohstoffe genießen. Im Deutschen Reichstag ist wiederholt darauf hingewiesen worden, daß der deutsche Handel und die deutsche Industrie sich vielfach einem Netz von Syndikatsbildungen gegenübersähen, die den früheren freien Wettbewerb derartig einengen, daß für die Betätigung der persönlichen Initiative im Wirtschaftsleben wenig oder garnichts mehr übrig bleibt. Es ist für denjenigen, der das volkswirtschaftliche Leben studiert, von Interesse, zu beobachten, wie auch hier Strömung und Gegenströmung in der Entwicklung miteinander abwechseln. Der Gebundenheit des Wirtschaftslebens im mittelalterlichen Zunftzwang, der später folgenden staatsrechtlichen Auffassung, welche die Politik der kommunalen Eigenproduktion auf die Staatsgebiete übertragen wollte und dabei in der möglichsten staatlichen Bevormundung des Einzelnen die höchste Quintessenz volkswirtschaftlicher Weisheit erblickte, folgt der liberale Frühlingstaumel des Shmithianismus, der in der völligen Freiheit der Betätigung aller Kräfte das Endziel der Volkswirtschaft glaubt erblicken zu müssen. Und als man der Industrie diese gibt und sie sich zu ungeahnter Größe unter ihr entwickelt, da sucht sie gleichzeitig die schädlichen Folgen des ungezügelten Konkurrenzkampfes durch sich selbst auszugleichen, indem sie Vereinigungen schafft, die an die Stelle dieser Zügellosigkeit die Regelung der Produktion über ein großes Wirtschaftsgebiet setzen, um dadurch den Schwankungen der Konjunktur Einhalt zu gebieten.

Eine solche Regelung der gesamten wirtschaftlichen Verhältnisse eines großen Gebietes wird sich natürlich nur ermöglichen lassen, wenn das zu diesem Zweck gegründete Syndikat auch genügend stark dazu ist. Gegenüber der Behauptung, daß sich in den Kreisen der verarbeitenden Industrie mehr und mehr ein Gefühl der Erregung gegenüber jenen Syndikatsbildungen geltend macht, weist man nun darauf hin, daß in der Fertigindustrie die Kartellbestrebungen ebenso lebhaft seien wie in der Rohstoffindustrie, daß man nicht nur mit den Kohlen- und Stahlwerkssyndikaten zu rechnen hätte, sondern mit mehreren Hunderten von Kartellen, und daß man doch dem einen Teil der Industrie nicht ein Bestreben zum Vorwurf machen könne, das bei dem andern Teil ebenso stark ausgebildet sei. Gewiß ist diese Schlußfolgerung zwingend. Es ist aber überhaupt eine Verdrehung von Tatsachen, wenn man diejenigen Volkswirtschaftler, welche in der heutigen Syndikatsbildung Gefahren sehen, als Gegner des Syndikatswesens an sich hinstellt. Ich sehe persönlich in der Syndikatsbildung viel Gutes und habe auch im Reichstag in der von Syndikatsseite hauptsächlich angegriffenen Rede über die Interpellation Kanitz, betreffend die Verhältnisse des Kohlenmarktes, darauf hingewiesen, daß der natürliche Vorteil, den der Großbetrieb schon an sich biete, durch ein Kartell noch weiter ausgebildet werden und daß ein Kartell durchaus segensreich wirken könne. Persönlich perhorresziere ich auch den Gedanken einer staatlichen Beaufsichtigung dieser Kartelle, solange der Staat nicht in die äußerste zwingende Notwendigkeit zu einer solchen Aufsicht versetzt ist. Eines wird man aber bei der Frage der Syndikatsbildung hervorheben müssen: Es ist etwas anderes, ob sich in der Fertigindustrie die Kinderwagenfabrikanten, die Strohhutfabrikanten oder die Holzmöbelhersteller zu einem Syndikat vereinigen, oder ob dies die Kohlenbergwerke tun, ob dies die Stahlproduzenten vermögen oder ob dies auf dem Gebiete der Zuckerherstellung geschieht. In dem ersteren Falle wird jedes Syndikat seine natürliche Regulierung dadurch finden, daß es mit verhältnismäßig wenig Mühe gesprengt werden kann, wenn es zu einseitig vorgeht und den Widerstand der Konsumenten erweckt. Auf der anderen Seite stehen aber Unternehmungen, die über Durchschnittskapitalien von Millionen verfügen, die durch ihren festen Zusammenschluß ein Monopol ausüben auf dem gesamten deutschen Markt, dem sich kein Abnehmer entziehen kann, und die dann in ihrer Preispolitik und Politik der Lieferungsbedingungen das Wohl und Wehe der ganzen deutschen Industrie in Händen halten und je nach dem Faltenwurf ihrer Toga Frieden oder Krieg diktieren können. Die außerordentliche Verantwortung, die auf ihnen ruht, macht es doppelt erforderlich, daß sie von den unbegrenzten Machtmitteln in ihrer Hand einen vernunftgemäßen, der Allgemeinheit zugute kommenden Gebrauch machen und dadurch der Bildung von Gegensätzen in der Industrie den Boden entziehen.

Wenn man nun dem Votum des Herrn Bueck vom Zentralverband Deutscher Industrieller folgen soll, und wenn man die Reden der Herren Dr. Beumer und Hirsch-Essen, die Rede des Herrn Bergwerksdirektors Hilbeck im Preußischen Abgeordnetenhaus liest, so sollte man glauben, daß die Frage

im Sinne der Stellungnahme für das Kohlensyndikat und die übrigen großen Syndikate zu beantworten wäre. Eine Zuschrift an die „Düsseldorfer Zeitung“ ging kürzlich sogar so weit, davon zu sprechen, daß die deutsche Industrie ihr Blühen und Gedeihen überhaupt den Syndikaten zu verdanken habe. Der Deutsche Reichstag wird als ganz unsachverständig hingestellt, wenn er fast einmütig einen anderen Standpunkt einnimmt, als er in den Darlegungen der genannten Führer der rheinisch-westfälischen Industrie zum Ausdruck kommt. Es scheint aber nicht, als wenn diese Ansicht weit über die Kreise der Interessenten hinaus geteilt wird. Wenn ein Direktoriumsmitglied des Zentralverbandes Deutscher Industrieller sich bereit erklärt, Hunderttausende von Mark zur Verfügung zu stellen, um der sächsischen Industrie durch Verbesserung der Bahnverbindungen einen billigeren Bezug von Kohlen zu ermöglichen, so scheint er doch nicht der in dem Organ des Zentralverbandes ausgedrückten Meinung des Herrn Steinmann-Bucher zu sein, daß es für die sächsische Industrie nur von geringem Nutzen sei, ob die Kohlenpreise etwas niedriger werden, und wer die Rede eines anderen Direktoriumsmitgliedes des Zentralverbandes Deutscher Industrieller, des Herrn Geh. Baurates v. Riepel in der bayrischen Zentralstelle für Handel und Gewerbe zu der von den Syndikaten gegenüber Süddeutschland geübten Frachtpolitik liest, der wird Zweifel darüber hegen, ob die Auffassung des Herrn Bueck gegenüber den Syndikaten auch nur in dem Direktorium des Zentralverbandes einstimmig geteilt wird. Es sind nicht nur sächsische Konsumenteninteressen, die hier mitspielen. Die Protestversammlung der Walzwerke in Berlin wird dazu führen, im Deutschen Reichstag die Frage der Suspendierung oder Aufhebung der Roheisenzölle neu zu behandeln. Wir sehen, wie hier große Betriebe, die in ihrer Organisation lediglich den modernsten Formen der Fusionierung nicht gefolgt sind, einen Verzweiflungskampf um ihre Existenz kämpfen und offen die Meinung aussprechen, daß die Syndikatspolitik bewußt darauf hindränge, sie zu vernichten. Wichtiger aber als die Preispolitik der Rohstoffsyndikate im Inlande und wichtiger als die Frage der drückend empfundenen Lieferungsbedingungen ist für einen großen Teil der verarbeitenden Industrie die differenzierte Behandlung des Auslandes gegenüber dem Inlande durch die Syndikate und die damit direkt

verbundene Begünstigung von ausländischen Betrieben, welche der deutschen verarbeitenden Industrie auf dem Weltmarkt erfolgreiche Konkurrenz dadurch bereiten, daß sie mit Hilfe der deutschen Syndikatspolitik die Rohstoffe billiger erhalten, als die deutsche verarbeitende Industrie.

Damit kommen wir aber zur Frage der Weltmarktspolitik selbst, gegenwärtig die wichtigste Frage des deutschen Wirtschaftslebens. Bei den Beratungen über die letzten Handelsverträge hat der Reichskanzler den Satz ausgesprochen: „Deutschland ist Agrarstaat und Industriestaat.“ Das ist an sich richtig, aber wenn er den Gang der wirtschaftlichen Entwicklung hätte kennzeichnen wollen, wie er sich vor unsern Augen in den letzten Jahrzehnten vollzogen hat, so hätte er den gegenwärtigen wirtschaftlichen Zustand so kennzeichnen müssen: „Deutschland ist gegenwärtig noch Agrarstaat und Industriestaat, die Tendenz der Entwicklung geht aber unzweifelhaft dahin, Deutschland zum überwiegenden Industriestaat zu machen.“ Die deutsche Reichsregierung hat selbst bei einer anderen Gelegenheit auf diese wirtschaftliche Entwicklung hingewiesen. Statt aller Zahlen verweise ich nach dieser Richtung hin nur auf die Darlegungen des Reichsmarineamtes über die Entwicklung der deutschen Seeschiffahrtsinteressen in dem letzten Jahrzehnt. Diese Entwicklung, welche uns bezüglich unserer Handelsflotte an die zweite Stelle im Welthandel gesetzt hat, welche den in der Landwirtschaft erwerbstätigen Teil immer mehr zurückgehen läßt, welche unsere Großstadtbildung bewirkte und welche dahin führte, daß in einzelnen Industriegebieten, wie im Königreich Sachsen, kaum noch 10 Prozent der Bevölkerung zur Landwirtschaft gehören — diese Entwicklung gibt ja den Grund zu jenen vielen Fragen nicht nur volkswirtschaftlicher Natur, welche unter dem Motto: „Agrarstaat oder Industriestaat“ unsere Volkserzieher in den letzten Jahren so lebhaft beschäftigt haben. Ich gehöre nicht zu den Fanatikern des Industriestaates, die da glauben, daß wir in Deutschland nur glücklich werden können, wenn wir mit allen Mitteln dahin streben, diesen Prozeß der Zurückdrängung der landwirtschaftlichen Interessen womöglich zu beschleunigen und auf die Industrialisierung Deutschlands rücksichtslos hinzuarbeiten. Meiner Auffassung nach wäre das ein sehr gewagtes Experiment. Wir haben keinen Anlaß, irgendeine Entwicklung künstlich zu be-

schleunigen, die uns etwa zu englischen Zuständen führen würde. Um ohne eine ausreichende Landwirtschaft zu existieren, um unsere gesamte Volkswirtschaft auf Industrie und Export aufzubauen, dazu fehlen uns diejenigen reichen Hilfskräfte und dasjenige Fundament des Exportstaates, welches England in seinen Kolonien besitzt. Ebenso müssen wir uns aber andrerseits dagegen wenden, aus übertriebener Furcht vor den Gefahren des wachsenden Exportstaates unsere Industrie und unsern Export etwa künstlich zurückzudämmen zugunsten einer Zollpolitik, wie sie Fanatiker des Bundes der Landwirte vertreten, die uns in einen Zollkrieg mit allen Ländern der Erde verwickeln und dadurch unsere jetzige wirtschaftliche Entwicklung zerstören würden. Auch hier gilt das Goethesche Wort: Das Erste steht uns frei, beim Zweiten sind wir Knechte. Es hat uns vielleicht vor einem halben Jahrhundert freigestanden, uns darüber zu entscheiden, ob wir Industriestaat werden wollten oder nicht. Jetzt haben wir mit den gegebenen Tatsachen zu rechnen. Ein Wirtschaftsgebiet, das jährlich für 6 bis 7000 Millionen Mark an Waren ausführt, das einen großen Teil seiner Arbeiter lediglich durch diesen Export ernährt, muß sich die Frage vorlegen, wie dieser Export zu schützen und zu unterstützen ist, um uns dadurch erhalten zu bleiben und um uns dadurch die Möglichkeit zu geben, den wachsenden Bevölkerungszufluß in Deutschland, der gleichzeitig auch unsere militärische Ueberlegenheit gegenüber unsern westlichen Nachbarn gewährleistet, auch für die Zukunft im Lande zu behalten und dasjenige zu fundieren, was sich an Exportindustrie in Deutschland gebildet hat.

Auf diesem Gebiet läßt sich meiner Meinung nach für den größten Teil der deutschen Industrie, nämlich für die verarbeitende Industrie, ein einheitliches wirtschaftliches Programm sehr wohl aufstellen. Uns sind durch unsern Eintritt in die weltwirtschaftliche Entwicklung neue große Aufgaben gestellt worden. Man vergleicht so oft die Stellung des Deutschen Reiches zur Zeit des ersten Kanzlers mit derjenigen, die es einnimmt im Rate der Völker unter dem jetzigen Leiter der deutschen Politik. Dabei darf man aber nicht vergessen, daß es wesentlich leichter war, von der Wilhelmstraße aus die Fäden der Weltgeschichte zu lenken, zu einer Zeit, als wir, gestützt auf das größte Landheer der Welt, unangreifbar dastanden und

Englands Wohlwollen der Neutralität uns versichert halten konnten, als in der Gegenwart, wo die Reibungsflächen für uns gerade durch die Entwicklung unseres Exports größer geworden sind, und wo wir an allen Ecken und Enden der Welt mit der Mißgunst derjenigen Nationen zu rechnen haben, denen wir als Konkurrenten auf dem Weltmarkt unbequem geworden sind.

Man braucht kein Pessimist zu sein, um sich dennoch mit banger Sorge die Frage vorzulegen, ob es uns gelingen wird, unsern Anteil an der Versorgung der Welt durch unsern Export dauernd zu erhalten. Wir sind emporgestiegen auf diesem Gebiet vor allem wohl durch die größere technische und kaufmännische Durchbildung unserer Industrie und unseres Kaufmannsstandes. Wir verlangen von unsern jungen Kaufleuten eine ausgedehnte Kenntnis fremder Sprachen, Anpassungsfähigkeit an die Umgangsformen fremder Völker, wir haben unsere Elektrotechnik, wir haben unsere Ingenieurkunst durch angestrengteste Arbeit zur Höhe entwickelt in einer Zeit, wo die Generationen in England in der Pflege des Körpers mehr als nötig aufgegangen sind. Mit Recht hat ein englischer Parlamentarier erst vor kurzem ausgesprochen, daß im wirtschaftlichen Kampfe die Schulen und Hochschulen Deutschlands beste Waffe gewesen sind. Wir haben vor Frankreich das Eine voraus, daß der deutsche Industrielle bis an das Ende seines Lebens schafft und arbeitet, um sein Unternehmen auf die Höhe zu bringen, während das Ziel des Franzosen mehr dahin geht, nach Erreichung eines gewissen Wohlstandes den Rest seines Lebens in Ruhe zu vollbringen. Wenn uns das bisher vorwärts gebracht hat, so dürfen wir doch nicht vergessen, daß England anfängt, dasjenige nachzuholen, was es aufgegeben hat, wobei ihm seine Weltmachtsstellung wesentlich zu statten kommt.

Wenn wir einen Blick auf die Völkerzusammenstöße der letzten Zeit werfen, so werden wir finden, daß sie fast regelmäßig durch wirtschaftliche Interessengegensätze hervorgerufen worden sind. Was war es denn, um das gerungen wurde in dem Kampf zwischen den Vereinigten Staaten von Nordamerika und Spanien? Es waren im letzten Grunde doch die Zuckerplantagen der Insel Kuba, es war die Frage der Arrondierung des amerikanischen Wirtschaftsgebietes. Im Kampfe

Englands gegen die Burenstaaten schwebte als letztes Ziel wohl auch der eine Gedanke vor, das englisch beeinflußte Kapland mit den Burenrepubliken zu einer wirtschaftlichen Einheit zusammenzufassen und dem großen Gedanken von Cecil Rhodes näher zu kommen, eine Zentraleisenbahn durch Afrika zu bauen von Kapstadt nach Kairo und zwar zu bauen durch englisches Gebiet, möglichst ohne Berührung anderer Länderterritorien. Und in dem letzten gewaltigen Völkerringen zwischen Japan und Rußland, zwischen dem neuerwachten Volk des Ostens, das wir früher kaum anders kannten, als durch die Melodien des Mikado, das in staunenswerter Schnelligkeit sich zum modernen Industriestaat entwickelte, und dem Hundertmillionenreiche des alten Rußland: auch da handelte es sich um die Frage: wer soll die Mandschurei wirtschaftlich kolonisieren, wer soll Korea mit seinem Bevölkerungsüberfluß besiedeln dürfen? Eine Frage, die zugunsten desjenigen Staates beantwortet worden ist, der über die beste Disziplin im Heer und der über die modernsten Panzerschiffe verfügte.

Unter diesen Gesichtspunkten gewinnen für uns alle diejenigen Fragen der auswärtigen Politik erhöhtes Interesse, die heute unsere Diplomaten beschäftigen. Wenn Rußland und England sich vereinigen, um ihre Interessensphären in Kleinasien abzugrenzen, wenn es sich darum handelt, ob das Prinzip der „offenen Tür" den miteinander ringenden alten Nationen unter gleicher Sonne und gleichem Schatten den Wettbewerb ermöglichen soll in den außereuropäischen Absatzländern, dann sehen wir in allen diesen Bestrebungen wie einen roten Faden das Bestreben der Völker sich hindurchziehen, Brot zu schaffen für diejenigen in ihren Ländern, die von der Versorgung des Weltmarktes leben. Es ist im Grunde derselbe Kampf, der vor Jahrtausenden unter den Naturvölkern um die Futterplätze für die zuwachsende Bevölkerung geführt wurde. Hier nicht an die Wand gedrückt zu werden, hier dasjenige zu erhalten, was wir uns im Wettkampf des Wirtschaftslebens errungen haben, das muß die Politik der Industrie sein, die auch im wohlverstandenen allgemeinen Interesse liegt, und deshalb muß die Forderung großzügiger Flotten- und Kolonialpolitik sich verbinden mit einer Zollpolitik, die uns den Weltmarkt nicht verschließt und bei berechtigter Rücksichtnahme auf die Erhaltung der Landwirtschaft doch der Industrie keine Opfer zumutet,

welche ihre Exportfähigkeit in Zweifel stellen könnten. Hand in Hand damit muß eine Vereinbarung zwischen Syndikaten und den Verbrauchern gehen nach der Richtung hin, das Ausland nicht gegenüber dem Inland so zu bevorzugen, wie es gegenwärtig geschieht, und im äußersten Falle aber nur als ultima ratio eine Gesetzgebung des Staates nach dieser Richtung, wenn eine solche Vereinbarung nicht freiwillig zustande zu bringen ist. Es wird doch vielen zu denken geben, wenn englische Schutzzöllner die für Deutschlands Industrie so bedeutsame Forderung der Abkehr Englands vom Freihandel mit der ausländischen Schleuderpolitik der deutschen Syndikate begründen.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich noch auf eine Frage eingehen, die vor kurzem in österreichischen Industriekreisen in einem nachdenklichen Vortrag erörtert worden ist: die Frage der Bedeutung des Einzelunternehmers in der Industrie. In einem österreichischen Industriellenklub glaubte man sich über die Befürchtungen wegen der überwiegenden deutschen Konkurrenz damit hinwegtrösten zu können, daß man auf die immer weiter führenden Konzentrationsbestrebungen in Deutschlands Industrie und Handel hinwies und den Gedanken aussprach, daß diese Tendenz zur Großunternehmung auf die Dauer zu einer Schwächung der deutschen Volkswirtschaft auf dem Gebiete des Exports führen müsse. In diesen Darlegungen war gewiß der eine Gedanke richtig, daß die ganze Art der Exporttätigkeit wesentlich auf die Persönlichkeit des Einzelunternehmers zugeschnitten ist. Je mehr Kräfte sich auf diesem Gebiet regen, je mehr die individuelle Tätigkeit des Einzelnen, seine Tatkraft und Energie sich hier betätigen kann, um so eher wird es ihm gelingen, sei es auch für den Einzelbetrieb nur in kleinem Umfange, Exportverhältnisse anzubahnen und den deutschen Waren den Eingang in den Weltkonsum zu ermöglichen. Die Initiative des Einzelunternehmers war es, die uns auf dem Weltmarkte vorwärts gebracht hat. Der Mann, der mit seinem ganzen Vermögen abhängig ist von dem Erfolg seiner Tätigkeit, der das ganze Risiko für sich und seine Familie trägt, der ist auch am ehesten geneigt, den letzten Nerv anzuspannen, um zum Erfolg zu gelangen. Man steht heute vielfach unter dem Eindruck, daß unsere Verhältnisse mit Naturnotwendigkeit zu einem alle Einzelunternehmungen vernichtenden Konzen-

trationsprozeß in Handel und Industrie hindrängen müßten. Ich glaube, daß dieser Konzentrationsprozeß noch nicht so weit fortgeschritten ist, wie man sich das im allgemeinen vorstellt. Man überschätzt die volkswirtschaftliche Bedeutung der Rohstoff- und Halbzeugsyndikate, weil einem die großen Unternehmungen einzeln gewaltig vorkommen. Zählt man aber die Arbeiter zusammen, die insgesamt in diesen Industrien beschäftigt sind, so bemerkt man, daß das Hauptgewicht der deutschen Industrie auf der verarbeitenden Industrie liegt, die allein an der Ausfuhr mit 65 Prozent aller Erzeugnisse beteiligt ist und die im Inland noch vielmehr den eigentlichen Charaktertypus der deutschen Industrie darstellt. Soweit es sich ermöglichen läßt, das, was auf diesem Gebiet an industriellem Mittelstand vorhanden ist, zu erhalten, so weit sollten jedenfalls alle Kräfte angestrengt werden, diese Erhaltung zu ermöglichen, auch wenn die Deutsche Volkswirtschaftliche Correspondenz höhnisch glaubt sprechen zu können von den sächsischen Industriellen als denjenigen, die „einige Ellen Band verkauften“ und sich mit der Großindustrie von Rheinland und Westfalen nicht messen könnten. Diese Leute, die einige Ellen Band und andere Gebrauchsmittel herstellen und verkaufen, geben über $^3/_4$ Millionen Arbeitern Lohn und Brot und bedeuten für die deutsche Volkswirtschaft zum mindesten das Gleiche, was etwa die Unternehmungen von Kohle und Eisen in ihrem Wirtschaftsgebiete ausmachen.

Es würde zu weit führen, an dieser Stelle auch auf die Beziehungen zwischen Industrie und Bankwelt einzugehen, die eine Frage für sich bilden. Die Konzentration im Bankgewerbe hat jedenfalls die Konzentration in der Industrie mit begünstigt. Wenn das neue Börsengesetz neben anderen Vorzügen den auch von dem Reichstagsabgeordneten Dr. Weber als Vater des Gesetzes erhofften Erfolg haben sollte, die Privatbankier in der Provinz und die kleinen Bankhäuser mehr als bisher lebensfähig zu erhalten, so würde damit auch der industriellen Entwicklung gedient sein, die in völlige Abhängigkeit von den Großbanken kommen muß, wenn im Laufe der nächsten Jahre die Auffaugung der Einzelbanken in demselben Maße fortschreiten sollte wie bisher. Jedenfalls bieten sich nach allen diesen Richtungen des Wirtschaftslebens Möglichkeiten gemeinsamer Grundzüge einer industriellen Wirtschaftspolitik, wenn man die Bedeutung der verarbeitenden Exportindustrie in dem

Sinne auffaßt, wie sie sich meiner Meinung nach darstellt, und wenn man die Auffassung vertritt, daß es im Interesse der Syndikate liegt, ihren Frieden mit der verarbeitenden Industrie zu machen und die Grundlagen unseres Wirtschaftslebens nicht durch eine Unterstützung des Auslandes gegenüber dem Inlande zu unterminieren. Selbstverständlich wird sich aber auch eine solche Wirtschaftspolitik in bezug auf die Zollforderungen für die einzelnen Branchen nicht so auf einen gemeinsamen Nenner bringen lassen, wie das Programm des Bundes der Landwirte und daher auch nicht die Plattform für eine Industriepartei abgeben können, zumal ein solches Programm von der schweren Industrie bei ihrer gegenwärtigen Führung nicht anerkannt werden wird.

Ueber die wirtschaftspolitischen Kämpfe hinweg soll nun die Sozialpolitik den Sammelpunkt für eine Einigung der deutschen Industrie abgeben. In der Tat konnte man in den letzten Wochen eine Einmütigkeit in der deutschen Industrie nach zwei Richtungen hin konstatieren. Man lehnte den Arbeitskammerngesetzentwurf ab, der allerdings namentlich in dem Punkt der beabsichtigten Kostendeckung der Neuorganisation durch die Berufsgenossenschaften und in vielen anderen Bestimmungen als durchaus verfehlt angesehen werden muß. Ebenso aber war man im höchsten Grade durch diejenigen Vorstöße des Zentrums und der Sozialdemokratie im deutschen Reichstag beunruhigt, welche auf eine Beeinflussung des freien Arbeitsvertrages nach der Richtung hin gingen, den Tarifverträgen mehr als bisher dadurch Eingang zu verschaffen, daß die Reichsbehörden angewiesen werden sollten, bei Erneuerung von Lieferungen diejenigen Firmen zu bevorzugen, welche Tarifverträge abgeschlossen haben. Auch in dieser Bestimmung sah man eine Nichtberücksichtigung der tatsächlichen Verhältnisse in Industrie und Gewerbe, die mit Unwillen gegen die Gesetzmacherei selbst erfüllte.

Wenn wir aber über diese Erscheinungen der letzten Zeit hinweg, bei denen es sich zudem nicht um veröffentlichte Gesetze, sondern um Entwürfe zu künftigen Gesetzesvorlagen handelt, die Frage der Stellung der deutschen Industrie zur Sozialpolitik überhaupt betrachten, so wird man auch hier eine einheitliche Grundauffassung über Wesen und Art der sozialen Fürsorge vermissen. Nach einer Richtung hin macht man in der Oeffent-

lichkeit der deutschen Industrie gewiß unberechtigte Vorwürfe, wenn man es nämlich so darstellt, als ob jeder sozialpolitische Fortschritt gewissermaßen gegen den ausgesprochenen Willen der Industrie hätte durchgeführt werden müssen. Soweit diejenigen Gesetze in Betracht kommen, welche in Ausführung der Kaiserlichen Botschaft erlassen worden sind, hat die Industrie entweder von Anfang an oder doch im weiteren Verfolg dieser Gesetzgebung bereitwillig an ihr mitgearbeitet. Die weitere Ausbildung der Gesetzgebung, namentlich in bezug auf hygienische Vorschriften, auf Verkürzung der Arbeitszeit, hat ebenfalls prinzipielle Gegnerschaft kaum ausgelöst, soweit nicht internationale Konkurrenzverhältnisse Bedenken hervorrufen mußten. Man wird es der mit sozialpolitisch rückständigen Ländern, wie Italien, konkurrierenden deutschen Industrie nicht verdenken können, wenn sie sich dagegen verwahrt, in ihren Rechnungen und Kalkulationen die Ausgaben für die sozialpolitische Gesetzgebung auf einen Betrag anschwellen zu sehen, der es ihr nicht möglich macht, erfolgreich gewonnene Gebiete auch zu verteidigen. Soweit solche Verhältnisse aber weniger in Betracht kommen, da bürgt z. B. die im allgemeinen ruhige und leidenschaftslose Hinnahme der Einführung des 10stündigen Arbeitstages für die Fabrikarbeiterinnen doch dafür, daß das deutsche Unternehmertum durchaus nicht als sozialpolitisch rückständig im Sinne einer manchesterlichen Auffassung angesehen werden kann.

Trotzdem besteht, wie auch auf industriellen Versammlungen und Kongressen oft zum Ausdruck kommt, ein lebhafter Widerwillen gegen die Vielregiererei auf diesem Gebiete, und man kann häufig Klagen vernehmen darüber, daß der Unternehmer sich heute vor gesetzlichen Vorschriften gar nicht mehr zu retten wisse. Man wird aber nicht fehlgehen in der Annahme, daß diese Erbitterung der Fabrikantenkreise sich weniger gegen die übernommenen finanziellen Lasten richtet, als gegen die Vexation, die mit der Durchführung der sozialpolitischen Gesetze vielfach verbunden ist. Man ist empört darüber, daß sich der Reichstag zu sozialpolitischen Experimenten hergibt, wie sie beispielsweise in der Einführung der Lohnzahlungsbücher für Minderjährige lagen, die weder von den Arbeitern noch von den Arbeitgebern gewünscht wurde, die zu einer Quelle des steten Aergers auf beiden Seiten wurden und bei denen

man sich vergeblich fragte, wozu sie eigentlich eingeführt worden wären. Und so sehr man weiterhin mit einem großen Teil unserer Gewerbeaufsichtsbeamten in bezug auf ihre Tätigkeit einverstanden ist, so fehlt es doch auch auf diesem Gebiete nicht an Willkürlichkeiten, die Erbitterungen erwecken. Der Reichstags- und Landtagsabgeordnete Merkel hat vor kurzem im sächsischen Landtage treffende Beispiele hierfür angeführt. So z. B. wie in demselben Betrieb der eine Gewerbeaufsichtsbeamte eine Ventilationsanlage für notwendig erachtet, die zwei Jahre später heruntergerissen werden mußte, weil sie nach Ansicht eines andern Beamten dem gestellten Zweck nicht genügt, um dann nach Ablauf eines weiteren Zeitraumes wieder angebracht zu werden, weil ein dritter Beamter sie doch für notwendig erachtet. Ebenso erbitternd wirken Vorschriften auf hygienischem Gebiete, die vielfach durch ihre bureaukratische Handhabung den Fabrikationsprozeß in unnötiger Weise aufhalten. Wenn in einem Industrieland wie Sachsen eine Fabrik zwei bis drei Jahre lang sich mit den Behörden herumstreiten muß wegen einer neuen Fabrikanlage, weil angeblich der Rauch des Schornsteins die Umgebung zu sehr belästigt, wenn die Amtshauptmannschaft die Anlage genehmigt, die Kreishauptmannschaft ihre Genehmigung versagt und dann die Sache sich im Ministerium weiter hinzieht, bis der Kreislauf behördlicher Kleinigkeitskrämerei sich bei dem neu eingereichten Plan aufs neue wiederholt: angesichts solcher Ereignisse kann man sich nicht darüber wundern, wenn von den Lippen manches Fabrikanten das bittere Wort fällt, daß die Ueberlegenheit der amerikanischen Industrie in mancher Beziehung vielleicht darin zu suchen sei, daß der Amerikaner schon fabriziere, ehe der deutsche Unternehmer die Bauerlaubnis besäße. Wem daran gelegen ist, die Zustimmung der deutschen Unternehmerkreise zu einer vernunftgemäßen Sozialpolitik zu erringen, der wird vor allen Dingen auch dafür sorgen müssen, daß die Ausführung der sozialpolitischen Bestimmungen so gehandhabt wird, daß nicht eine Quelle der Verärgerung durch unpraktische bureaukratische Vorschriften geschaffen werde. Auch bei dem neuen Gesetz über die Regelung der Heimarbeit ist hierauf kaum genügend Rücksicht genommen worden, sonst würde man nicht bei aller Berechtigung des Schutzes der Heimarbeiter zu der undurchführbaren Bestimmung der Gesetzesvorlage gekommen

sein, daß ein Fabrikant persönlich oder durch Beauftragte die Wohnung der Heimarbeiter zweimal im Jahre inspizieren soll, wenn man bedenkt, daß das Wesen der Heimarbeit gerade darin besteht, daß einzelne Unternehmer in den verschiedensten, oft weit entfernten Orten, ja selbst in den verschiedenen Bundesstaaten, Heimarbeiter beschäftigen, so daß die Durchführung einer solchen Maßregel als beinahe unmöglich angesehen werden muß.

Daneben ist ein anderer Punkt von größter Bedeutung für die Stellung des Unternehmers zur Sozialpolitik, das ist die Frage der Aufrechterhaltung seiner Autorität innerhalb des einzelnen Fabrikunternehmens. Gewiß ist es für jeden Volkswirt eine der betrübendsten Erscheinungen der modernen wirtschaftlichen Entwicklung, daß sich die Zahl derjenigen Existenzen jährlich um Hunderttausende vermehrt, die nicht mehr die Möglichkeit haben, zur Selbständigkeit aufzusteigen, die in ihrer Betätigung in Handel, Industrie und Gewerbe nicht mehr den Uebergang zur Selbständigkeit erblicken können, sondern ihre Lebensaufgabe darin sehen müssen, in abhängiger Stellung ihr Brot zu verdienen. Wenn daher Naumann in der ihm eigenen sinnigen Weise das Problem der Schaffung neuer Persönlichkeitswerte im Maschinenzeitalter zu lösen versucht, so wendet er sich damit einer dankbaren Aufgabe zu. Dieses Problem läßt sich aber nicht lösen nach der Richtung hin, das man die Staatsverfassung gewissermaßen auf die Fabrikverfassung überträgt, daß man dem Gedanken der konstitutionellen Fabrik nachgeht, in welchem der Arbeiterausschuß der Leiter des Betriebes ist, der über Arbeiteranmahnen und -Entlassungen, der über die Einführung arbeitsparender Maschinen, der über die Festsetzung der Arbeitszeit und -Pausen und über die Art aller derjenigen hunderterlei Sachen zu bestimmen hätte, die das Wesen der Fabrikation ausmachen. Ich habe an anderer Stelle darauf hingewiesen, daß die Kraft der deutschen Exportindustrie gerade in der Persönlichkeit des Einzelunternehmers liege. Das Hochgefühl, welches den einzelnen Rittergutsbesitzer beseelt, wenn er auf seinem freien Grund und Boden schalten und walten kann und das jene Persönlichkeiten geschaffen hat, die wir vom Standpunkt des Liberalismus vielleicht in ihrer Denkweise bekämpfen, die wir aber in der Kraft, mit der sie sich ihren Einfluß erhalten, nur als Vorbild ansehen können, jenes Hochgefühl lebt in gewisser Beziehung auch heute in dem einzelnen Leiter eines Industrieunternehmens. Auf seinen zwei Augen steht im wesentlichen die Unternehmung. Er schafft, er ringt für sich und die Seinen, er hat die Möglichkeit des Aufstieges zum Reichtum, er trägt aber ebenso das Risiko des Ganzen und kann niemals wissen, ob die Welle der Konjunktur ihn in die Höhe trägt oder verschlingt. In einem solchen wirtschaftlichen Kampf, da stählen sich die Nerven, da wirft der einzelne seine ganze Persönlichkeit hin und was er an wirtschaftlichen Werten schafft, das kommt auch der Allgemeinheit zugute. Daß ein Aufschwung der Konjunktur und eine Förderung des Wirtschaftslebens nicht an dem Arbeiter und seiner Lebensführung ganz vorbeigehe, dafür sorgen seine gewerkschaftlichen Organisationen und würden dafür noch mehr sorgen können, wenn sie sich von der parteipolitischen Beeinflussung frei zu machen verständen. Will man ihnen aber darüber hinaus Anteil an der Leitung des Unternehmens geben, so drückt man die persönliche Initiative des Arbeitgebers herab, drückt damit herab die Lust und Freudigkeit, an der Spitze eines solchen Unternehmens zu wirken, und schafft dadurch ein Defizit in der Volkswirtschaft, für das sich vorläufig ein Ersatz nicht findet.

Man wird wohl sagen können, daß nach allen diesen Richtungen hin eine Übereinstimmung in der deutschen Arbeitgeberschaft besteht, und ein sozialpolitisch verständiger Liberalismus kann diese berechtigten Forderungen der Industrie mit einer vernunftgemäßen Sozialpolitik durchaus verbinden. Darüber hinaus aber scheiden sich die Wege in der Industrie und in den politischen Parteien, wenn es sich um die Frage handelt, wie der Unternehmer sich gegen zuweitgehende Ansprüche der Gewerkschaften und der Arbeiter wehren und verteidigen kann. Es gibt eine Richtung in der Industrie, die nicht nur durch die Großunternehmungen versinnbildlicht ist, welche noch heute glaubt, die Heilung aller Schäden dadurch erreichen zu können, daß man das Reichstagswahlrecht in Deutschland aufhebe, wobei sich mit dieser Forderung der Gedanke verbindet, durch einen alsdann auf neuer Grundlage gewählten Reichstag auch eine Revision der jetzigen Bestimmungen des Koalitionsrechtes eintreten zu lassen. Vor einigen Jahren wurden bereits Mittel gesammelt für die Unterstützung eines literarischen Unternehmens,

welches eine Änderung des Reichstagswahlrechtes bezweckte, und in neuerer Zeit hat ein Mitglied der freikonservativen preußischen Landtagsfraktion, der Präsident der Handelskammer in Altona, die Forderung der Aenderung des Reichstagswahlrechtes wiederholt als conditio sine qua non für die Gesundung unserer sozialpolitischen und wirtschaftlichen Verhältnisse bezeichnet. Ich bin der Meinung, daß man der deutschen Industrie gar keinen schlechteren Dienst erweisen kann, als wenn man sie auf diesen Weg hindrängt. Wir sollten nicht in den Fehler verfallen, ähnlichen Utopien nachzujagen, wie es nach anderer Richtung hin die sozialdemokratische Partei tut. Für jeden, der den politischen Verhältnissen nicht ganz fern steht, kann es gar keinem Zweifel unterliegen, daß aus dem Reichstage heraus niemals ein Antrag auf Aenderung des Reichstagswahlrechtes im Sinne einer Aufhebung des bestehenden Wahlrechtes Annahme finden könnte. Durchführbar wäre eine solche Aenderung nur auf dem Wege des Verfassungsbruches durch die Regierung ohne Befragung der Reichstagsabgeordneten. Damit aber würde die größte Stärkung sozialdemokratischer und anarchistischer Ideen verbunden sein, die man sich denken kann, wir würden ähnlichen Zuckungen in unserm Staats- und Gesellschaftsleben ausgesetzt sein, wie wir sie jetzt an den Herden anarchistischer Agitation bemerken. Die Sozialdemokratie und die Arbeiterbewegung wären deshalb nicht tot, weil sie im Parlament nicht mehr genügend zum Ausdruck kämen. Vielleicht hat gerade nichts der Sozialdemokratie mehr geschadet, wie die völlige Unfruchtbarkeit ihrer parlamentarischen Tätigkeit in den letzten Jahrzehnten. Wir werden wohl kaum jemals eine Regierung haben, welche die Verantwortung für derartige Zustände übernehmen würde. Aber auch die Industrie, welche jetzt ihren geringen Einfluß im Reichstag mit Recht bitter empfindet, sollte einmal überdenken, ob solche Maßregeln nicht gerade gegen sie am allerehesten und am allerschärfsten ausschlagen könnten.

Ist es aber dem Arbeitgeber nicht möglich, auch unter den bestehenden Verhältnissen dem drohenden Anwachsen der sozialdemokratischen Arbeiterorganisationen gegenüber und der immer weitergehenden Beeinflussung der öffentlichen Meinung durch sozialpolitische Theoretiker entgegenzuwirken? Vielleicht wäre der Einfluß der deutschen Gewerkschaften niemals ein so großer geworden, wenn die deutschen Arbeitgeber von vornherein das

Koalitionsrecht als das Gegebene ansehend sich auch ihrerseits zu mächtigen Koalitionen zusammengetan hätten. Als der Crimmitschauer Streik zur größten Machtprobe zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern wurde, da besannen sich die führenden Elemente der deutschen Industriellen auf ihre Pflicht, der gewerkschaftlichen Organisation ein gleichwertiges Korrelat entgegenzusetzen durch ihren Zusammenschluß zu Arbeitgeberverbänden. In den wenigen Jahren, die seitdem vergangen sind, hat diese Bewegung außerordentliche Fortschritte gemacht. Heute sind in den beiden Zentralarbeitgeberorganisationen bereits Betriebe mit über $2\frac{1}{2}$ Millionen Arbeitern zusammengeschlossen. Man hat einen Pakt geschlossen zwischen Handwerk und industriellen Betrieben, die Brauer begründeten ihren Boykottschutzverband, die Betriebe der Fertigindustrie geben ihren einzelnen Mitgliedern in Fällen von Streiks größere Sicherheit durch Begründung von Streikentschädigungsgesellschaften, welche an Bedeutung und Ausdehnung fortgesetzt wachsen. Dazu kommt eine weitere Bewegung, welche namentlich im Königreich Sachsen mehr und mehr Fuß faßt: das ist die Begründung von nationalen Arbeitervereinen, die Zusammenfassung derjenigen Elemente der Arbeiterschaft, welche sich gegen den Terrorismus der Sozialdemokratie auflehnen und so die Stoßkraft der Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Beeinflussung der Arbeiter abschwächen. Wenn Männer, wie Freiherr von Berlepsch, in einseitiger Parteinahme so weit gehen, daß sie erklären, falls die Arbeitgeber sich koalierten, müsse das Koalitionsrecht abgeändert werden, so zeigen sie damit allerdings einen Mangel an Objektivität, der auf das entschiedenste zurückgewiesen werden muß. Wenn sich die deutsche Arbeitgeberschaft auf den Boden der Selbsthilfe stellt, wenn sie ihre eigenen Organisationen aufbaut und sich freundlich stellt zu denjenigen Arbeiterorganisationen, die gewillt sind, auf dem Boden der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung eine Verbesserung ihrer Lage anzustreben, dann wird es ihr auch leicht sein, sich gegen unberechtigte Forderungen der Arbeiter zu wehren und dadurch die Sicherheit der Produktion zu ermöglichen. Diese Frage greift auch tief hinein in die sozialpolitische Gesetzgebung selbst. Vielfach legimitiert der Reichstag durch seine Gesetzgebung doch nur diejenigen Verhältnisse, die sich im Ringen der Parteien herausgebildet haben. Wenn die Gewerkschaften so stark wären, daß sie den achtstündigen

Arbeitstag ohne Reichsgesetzgebung im Wege des Streiks einzuführen vermöchten, dann würde der Industrie auch die stärkste Vertretung im Reichstag nichts nützen und an diesem Sieg der Gewerkschaften nichts zu ändern vermögen. Bedeutsamer vielleicht als die staatliche Sozialpolitik ist es, wenn die Arbeitgeber Position auf Position verlieren im Kampfe mit den Arbeiterorganisationen und deren Einflüssen im wirtschaftlichen Kampfe weichen müssen. Wenn zwei gleichstarke Organisationen sich gegenüberstehen, dann wird es sich mit der Frage von Krieg und Frieden wohl ebenso verhalten wie im Leben der Völker. Der Einsatz wird für jede Partei zu groß sein, um alles auf eine Karte zu setzen, und man wird im Wege friedlicher Vereinbarung dasjenige konzedieren, was auf der einen Seite zugegeben werden kann, ohne die Grundlage der Produktion zu erschüttern und womit man sich auf der andern Seite als schrittweises Vorwärtsdringen wird begnügen müssen, um nicht, falls man im Kampf unterliegt, vielleicht eine Verschlechterung der Lebensbedingungen dafür einzutauschen.

Der größte Fehler, den die deutschen Arbeitgeber gemacht haben, besteht vielleicht darin, daß sie von dieser Organisationsmöglichkeit zu spät Gebrauch gemacht haben, daß sie sich erst zusammenschlossen, als die Gewerkschaften schon zu einer Macht geworden waren, der sie kaum noch etwas Gleichwertiges entgegenstellen konnten. Wenn der Zentralverband Deutscher Industrieller immer so genial geleitet worden ist, wie seine Anhänger behaupten, dann kann er vielleicht auch die Frage beantworten, weshalb er seinerseits von dieser Möglichkeit, auf dem Gebiete der Selbsthilfe dem Arbeitgeber Nutzen zu bringen, so spät Gebrauch gemacht hat? Wer in der Arbeitgeberbewegung steht, wird sich aber entsinnen, daß selbst noch in jenen Tagen, als nach dem Crimmitschauer Kampf eine Einigung der deutschen Arbeitgeberschaft möglich gewesen wäre, diese Einigung an dem Verhalten des Zentralverbandes scheiterte, der die Führung in dieser neuen Organisation für den Zentralverband in Anspruch nahm, während dieser Verband selbst sich bis dahin der Frage der Organisation der Arbeitgeber gar nicht angenommen, sondern dies einzelnen Branchenverbänden, namentlich in der Metall- und Textilindustrie, überlassen hatte.

Man beklagt sich in den industriellen Kreisen vor allem auch darüber, daß die öffentliche Meinung, und namentlich die

gebildeten Stände, der Lage des Arbeitgebers im wirtschaftlichen und sozialen Kampf wenig Verständnis entgegenbrächten, daß man immer bei jedem Streik und jedem Kampf den Arbeitgeber als den stärkeren Teil ansähe und den Arbeiter als den vereinzelt und ohnmächtig Kämpfenden und abhängigen Menschen. Es wird zu den Aufgaben der wirtschaftlichen Organisationen der Industrie gehören, auch dieser falschen Auffassung entgegenzuwirken. Vielleicht spielt auch hier die irrige Meinung mit, daß man die deutsche Industrie nur als eine Vereinigung von Großunternehmungen ansieht und den Konzentrationsprozeß in ihren Unternehmungen für weiter fortgeschritten betrachtet, als dies tatsächlich der Fall ist; wenigstens liegen in dem überwiegenden Teil der deutschen Industrie gegenwärtig die Verhältnisse so, daß in den großen Arbeitskämpfen sich der einzelne, nicht immer besonders kapitalkräftige Unternehmer einer Gewerkschaft gegenübersieht, welche Hunderttausende von Mark bereit hat, um ihn in dem einzelnen Streikfalle auf die Knie zu zwingen. Man vergißt auch in den Kreisen derjenigen, welche dem Gewerbe und der Industrie fernstehen, nur zu leicht, daß die Lohnverhältnisse beispielsweise in der Heimindustrie vielfach bedingt sind durch die Weltmarktsverhältnisse, und daß es in bezug auf ihre Festsetzung nicht auf das gute Herz des Arbeitgebers ankommt, sondern auf die nüchterne, rechnungsmäßige Kalkulation, wieviel Lohn der Preis des Produktes trägt. Wenn es so leicht wäre, den Heimarbeitern ein besseres Los zu schaffen, dann hätte die Sozialdemokratie schon längst versuchen können, eigene Unternehmungen in der Posamenten- und Spitzenindustrie zu begründen, um den Beweis anzutreten, daß höhere Löhne möglich sind und die jetzigen Verhältnisse nur eine Ausnutzung der Arbeiter durch den Kapitalismus darstellen. Tatsächlich wird sie aber diesen Beweis nicht antreten können. Mit der billigen Phrase, daß eine Industrie, welche so geringe Löhne zahle, nicht existenzberechtigt sei, ist sehr wenig getan. Weite Kreise sind auf die Heimarbeit in der Industrie so angewiesen, daß die Industrie selbst aufgegeben werden müßte, wenn die Heimarbeit nicht mehr existierte. In dieser Frage Aufklärung zu schaffen, der Industrie das Odium zu nehmen, womit eine industriefeindliche Theorie sie oft belegt, ist jedenfalls eine und nicht die mindest wichtige Aufgabe derartiger Organisationen.

Dazu wird es aber notwendig sein, nicht diejenige falsche negierende Politik in bezug auf die Aufstellung sozialpolitischer Entwürfe einzunehmen, die das Kennzeichen mancher Industrieverbände ist. Man will ein guter Taktiker sein und beschließt deshalb, jede Vorlage abzulehnen, indem man sich sagt, wenn etwas daraus wird, dann werden wir es tragen, zunächst aber wollen wir einmal die ganze Sache ablehnen, damit nicht allzuviel dabei herauskommt. Durch eine solche Regierungspolitik wird nur erreicht, daß die Bedeutung solcher Eingaben auf ein Minimum herabsinkt. Man sagt sich alsdann in den Kreisen der Gesetzgebung und der Regierung, daß die Eingaben nicht ernst gemeint seien, und das nimmt ihnen ihre Beweiskraft. Da, wo die Industrie eine Forderung als berechtigt anerkennt, sollte sie vielmehr auch den Mut haben, sich selbst mit ihrer Initiative an die Spitze zu stellen. Wir haben erfreulicherweise eine solche Übereinstimmung der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerkreise in bezug auf die Pensionsversicherung der Privatangestellten. Ehe noch eine alles umfassende Agitation der Handlungsgehilfen selbst einsetzte, hatte bereits die Handelskammer Lüdenscheid die Mitwirkung der Industriellen bei dieser Versicherung als Ehrenpflicht der deutschen Industrie hingestellt. Und alle Verbände der Industrie und des Handels, welche sich bisher zu dieser Frage geäußert haben, taten es in zustimmendem Sinne. Daß dies von höchster sozialpolitischer und auch politischer Bedeutung ist, sollte man gerade in den Kreisen der Industrie nicht vergessen, die doch der Kopfzahl nach nur eine geringe Gruppe darstellt, die aber dann, wenn es ihr gelingt, mit den auf Gedeihen und Verderb mit der Industrie verbundenen Privatbeamten zusammenzugehen, einen äußerst beachtenswerten Faktor darstellt. Wenn einzelne industrielle Organe, wie z. B. die „Deutsche Volkswirtschaftliche Korrespondenz", der nationalliberalen Partei selbst daraus einen Vorwurf machen, daß sie sich dieser Forderung angenommen hat, so sollten sie sich doch auch einmal die Frage überlegen, wie man der Sozialdemokratie auf die Dauer entgegenwirken soll, wenn man nicht diese Gruppe der Arbeiter und Angestellten stärkt, welche am ehesten noch einen Damm gegen die Sozialdemokraten abgibt. Wir haben in den Kreisen der Privatangestellten über 800 000 Organisierte und davon gehören nur 7000 der sozialdemokratischen Organisation an, und selbst diese kleine Zahl würde noch geringer

sein, wenn nicht die Lagerhalter der sozialdemokratischen Konsumvereine ein Hauptkontingent der Mitgliederzahl stellten. Gelingt es uns, diese große und ständig wachsende Menge von 1½ Millionen deutscher Privatbeamten auf die Dauer dem nationalen Gedanken zu erhalten, dann werden sich auch die Wellen der Sozialdemokratie an diesem neuen Mittelstand brechen, dann brauchen wir der Weiterentwickelung unserer innerpolitischen Verhältnisse nicht mit stetig wachsender Besorgnis entgegenzusehen. Gerade Industrie und Handel haben ein vitales Interesse daran, daß diese zu ihr gehörenden Kreise ihre Vertretung dauernd in den bürgerlichen Parteien suchen und nicht auch ihrerseits die gewerkschaftlich sozialdemokratische Agitation verstärken. Von diesem Gesichtspunkt aus sollten sich auch einmal die Industriellen die Frage vorlegen, ob sie recht daran tun, der nationalliberalen Partei darüber Vorwürfe zu machen, daß diese jetzt von dem nationalen Standpunkt mit ausgehend sich berechtigten Wünschen der Privatbeamten anschließt.

Über dem Streben, durch die Organisationen Einfluß zu erhalten, steht nun aber der berechtigte Wunsch der Industrie, in den einzelnen staatlichen Parlamenten und dem Reichstag auch durch direkte Vertreter mehr zur Geltung zu kommen, als bisher. Daß dies auf dem Wege einer Industriepartei nicht möglich ist, dürfte aus den vorstehend gekennzeichneten Gesichtspunkten sich ergeben. Es dürfte sich ebenso ergeben aus der zahlenmäßigen Schwäche der industriellen Kreise. Einer Industriepartei würden die Wähler fehlen, solange es nicht gelingt, in den weiten Kreisen der Arbeiterschaft das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit mit der Industrie zu erwecken. Solange aber diejenigen, welche als Industriearbeiter in erster Linie Förderer eines vernünftigen Industrieprogramms sein müßten, sich in ihrer ganzen Agitation gegen die Industrie kehren, solange ist die Industrie in ihrem Einfluß auf die Öffentlichkeit wohl eine glänzende Spitze, die über das Land hinausragt, der aber jener mächtige Unterbau der Arbeiterstimmen fehlt, den die Landwirtschaft ihrerseits hat in den ihr treugebliebenen selbständigen und unselbständigen kleineren Existenzen auf dem Lande. Eine Stärkung des industriellen Einflusses würde sich aber auch nicht erzielen lassen durch den von Herrn Kommerzienrat Menck propagierten Gedanken im Sinne des Bundes der Landwirte, den einzelnen Kandidaten ein bestimmtes Programm

zur Anerkennung vorzulegen, sie im Falle der Zustimmung zu unterstützen und im Falle der Ablehnung sie zu bekämpfen. Diese Unterstützung würde bei den heute noch bestehenden Strömungen in der öffentlichen Meinung sehr leicht zu einem Danaergeschenk für den unterstützten Kandidaten werden können, dem seine Gegner fortgesetzt vorwerfen würden, daß er der Vertreter einseitiger Arbeitgeberinteressen wäre. Die Ausscheidung der wirtschaftspolitischen Gegensätze und die Begrenzung auf ein im wesentlichen negatives Programm gegenüber der Sozialpolitik würde aber ebenfalls nicht durchführbar sein. Zu welchen Konsequenzen es führen könnte und führen müßte, mag ein einziges Beispiel beweisen. Im Jahre 1903 ist nach heftigem Kampf einer der Führer des Bundes der Landwirte, Herr Dr. Oertel, in seinem damaligen Reichstagswahlkreis Freiberg unterlegen. Der Wahlkampf gehörte zu den heftigsten, die in Deutschland überhaupt ausgefochten worden sind, und die Erbitterung ging gerade in bürgerlichen Kreisen bis in die Familie hinein. Die gewerbtätige Bevölkerung von Freiberg-Hainichen weigerte sich mit aller Entschiedenheit, gerade aus dem Gebiete des Industriestaates Sachsen einen Vertreter der extremsten Ansichten des Bundes der Landwirte in den Reichstag zu entsenden. Wenn nun der Menckesche Plan folgerichtig durchgeführt werden sollte, so würde, da Herr Dr. Oertel wahrscheinlich in sozialpolitischer Hinsicht hinter Menck steht, an die sächsischen Industriellen das Ansinnen gestellt werden können, Herrn Dr. Oertel zu unterstützen, vielleicht gegenüber einem liberalen Kandidaten, der das Menckesche sozialpolitische Programm nicht ganz zu dem seinigen macht. Daß eine derartige Wahlparole undurchführbar ist, daß die gewerbstätigen Kreise die Heeresfolge verweigern würden, liegt klar auf der Hand. Ebenso übersieht aber auch das gedachte Programm die vielfach bestehenden Gegensätze zwischen extremen Anhängern der Mittelstandsbewegung und Vertretern des Handels und der Industrie, die gerade bei den Landtagswahlen im Königreich Sachsen in scharfer Form aufgetreten sind. Wohin man sieht, ergeben sich daher Schwierigkeiten, die unüberwindbar erscheinen und einen praktischen Erfolg von der Durchführung des Programms nicht erwarten lassen.

Dagegen ist ein anderer Weg wohl gangbar und auch bereits mit Erfolg beschritten worden. Die Industrie muß

aus sich heraus Persönlichkeiten in die Parlamente entsenden, welche auf Grund ihrer praktischen Erfahrungen, auf Grund ihrer sachlichen Kenntnisse in der Lage sind, der Industrie in denjenigen Fraktionen, denen sie angehören, die gebührende Stellung zu verschaffen und einseitigen Maßnahmen auf dem Gebiete der Gesetzgebung vorzubeugen. Gewiß ist es außerordentlich schwer, solche Persönlichkeiten zu finden und zu veranlassen, sich dem mühevollen, nervenaufreibenden und vielfach einen Einzelnen ganz in Anspruch nehmenden, parlamentarischen Leben zu widmen. Der Landwirt befindet sich in dieser Beziehung in einer viel glücklicheren Lage, weil die parlamentarische Arbeit gerade in die Jahreszeit fällt, in welcher die Arbeit auf seinem Besitz nicht drängt. Wenn es sich aber, wie allerseits anerkannt wird, um die Verteidigung von Lebensinteressen der Industrie handelt, dann müssen von denen, die es angeht, auch Opfer gebracht werden. Daß eine starke Mitarbeit der Industrie an der Gesetzgebung, eine Führung des politischen Lebens durch die Industrie nicht unmöglich ist, beweisen die Verhältnisse im Königreich Sachsen. Vor einem Jahrzehnt noch völlig im Bann agrar-konservativer Ideen und agrar-konservativer Führung, hat es die sächsische Industrie verstanden, sich heute die ihr gebührende Stellung in der sächsischen Zweiten Ständekammer zu verschaffen. Der Verband Sächsischer Industrieller hat wohl als erster unter den industriellen Organisationen mit dem Prinzip gebrochen, lediglich durch Eingaben an die Behörden seine Ziele erreichen zu wollen. Er ist von dem Grundsatz ausgegangen, daß auch die bestbegründete Eingabe dann wirkungslos ist, wenn hinter ihr in den gesetzgebenden Körperschaften nicht Persönlichkeiten stehen, welche bereit sind, diese Ideen auch tatkräftig zu vertreten. In jedem einzelnen Bezirk hat der Verband durch seine dezentralisierte Organisation den Einfluß der Industrie bei den Wahlen so zu stärken gewußt, daß nach dreimaligem Landtagskampf in Zwischenräumen von je zwei Jahren die Situation derartig umgewandelt worden ist, daß heute unter 82 Abgeordneten der Zweiten Ständekammer in Sachsen sich nicht weniger als 25 Mitglieder des Verbandes befinden und daß beispielsweise die nationalliberale Fraktion des sächsischen Landtages unter 32 Mitgliedern 21 Vertreter von Handel, Industrie und Gewerbe zählt. Hand in Hand damit gehen die Bestrebungen,

der Industrie eine der Landwirtschaft gleichwertige Vertretung auch in der Ersten Ständekammer zu verschaffen, eine Forderung, die anfänglich nicht dem geringsten Verständnis begegnete, während sie heute von allen Parteien des Landtages erhoben wird und die Regierung bereits veranlaßt hat, in einer von ihr gemachten Vorlage der Industrie fünf Sitze in der Ersten Ständekammer anzubieten, ein Entgegenkommen, das jedoch von den Vertretern der Industrie in der Zweiten Ständekammer als unzureichend zurückgewiesen wurde. Was hier möglich ist, das sollte auch anderwärts erreicht werden können, und es wird am besten erreicht werden können durch die Organisation der Industrie in Landesverbänden, die am ehesten in der Lage sind, auf die Landtagswahlen in den einzelnen Staaten Einfluß zu nehmen und auch diejenigen Persönlichkeiten auszuwählen, welche für eine Vertretung der Industrie in den Parlamenten in Betracht kommen. Nicht nur vom parteipolitischen Standpunkt aus, sondern von volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten aus hätte die preußische Industrie schon längst eine Aenderung der Wahlkreiseinteilung in Preußen und eine gesetzmäßige Vertretung der Industrie im preußischen Herrenhause fordern müssen, da es unmöglich ist, in der Verfassung eines modernen Industriestaates an der großen wirtschaftlichen Entwicklung vorüberzugehen, welche in den letzten Jahrzehnten ganz neue Verhältnisse geschaffen und die Verteilung der volkswirtschaftlichen Kräfte vollständig verschoben hat. Daß durch eine derartige energische zielbewußte Stärkung des industriellen Einflusses in den einzelnen Staaten auch eine Beeinflussung der Reichspolitik erfolgt, ergibt sich von selbst, da die bundesstaatliche Verfassung des Deutschen Reiches die Gewähr dafür bietet, daß die Beschlüsse des Bundesrates auch von den in den einzelnen Bundesstaaten vorherrschenden Einflüssen abhängig sind. Hand in Hand damit muß natürlich das Bemühen gehen, auch in das Reichsparlament Männer von Klang und Ansehen, Industriekapitäne, zu senden, die an der Spitze ihrer Unternehmungen stehend, von ihren Kämpfen im Wirtschaftsleben, von ihren Erfahrungen auf praktischem Gebiet, etwas mitbringen und so der grauen Theorie derjenigen, die heute vielfach den größten Einfluß im politischen Leben haben, etwas von den Ergebnissen einer praktischen Lebenstätigkeit entgegensetzen können.

Dabei wird natürlich die Frage nicht zu umgehen sein, ob sich die Vertretung der Industrie am besten durchführen läßt im Sinne einer konservativen oder einer liberalen Weltanschauung. Man versucht ja jetzt von verschiedenen Seiten, die Industrie in das konservative Lager herüber zu ziehen und sie unter dem einladenden Bau der freikonservativen oder konservativen Fraktion aufzunehmen. Man kann vielleicht eine Verwandtschaft von konservativer Weltanschauung und industriellem Empfinden konstruieren, wenn man sich auf eine einzelne Frage beschränkt, auf die Frage der Autorität des Arbeitgebers in seinem Betriebe. Hier berühren sich beide Anschauungen in gewisser Beziehung und wir werden vom Liberalismus fordern müssen, daß er nicht einer einseitigen Theorie zuliebe den Gedanken des konstitutionellen Staatswesens ohne weiteres auf das Wirtschaftsleben überträgt, wenn er darauf Wert legt, sich die Sympathien der industriellen Kreise zu erhalten. Wenn man aber von dieser Konstruktion einer einzelnen Frage abgeht, wenn man politisches Glaubensbekenntnis als gleichbedeutend ansieht mit den im Geiste des Einzelnen ruhenden Gedanken eines wirtschaftlichen, politischen und geistigen Programms, dann wird man sagen können, daß der Platz der Industrie nur innerhalb des liberalen Heerbanns sein kann und sein muß. Der große wirtschaftliche Umbildungsprozeß des letzten Jahrhunderts hätte ohne den Einfluß des Liberalismus sich überhaupt nicht vollziehen können. Die Tradition, die in dem einzelnen Menschen und die in der einzelnen Partei wurzelt, führt die konservative Partei in erster Linie an die Stätte des Großgrundbesitzes, sie macht diese Partei zur Trägerin extrem-agrarischer Anschauungen, und jede Seite der wirtschaftlichen Entwicklung spricht davon, wie jeder Fortschritt auf dem Wege des Verkehrswesens, auf dem Wege der Freimachung der gewerblichen Kräfte, auf dem Wege der Anerkennung, der Gleichberechtigung des Bürgertums, zu welchem die deutsche Industrie doch in erster Linie zählt, der konservativen Gedankenwelt hat abgerungen werden müssen. Wäre die konservative Partei eine Industriepartei, dann könnte es wohl nicht vorkommen, daß unter den 12 Mitgliedern ihres Hauptausschusses sich 10 adlige Vertreter des Großgrundbesitzes befinden, dann wäre es wohl unmöglich, daß sie noch heute, wie die Zusammensetzung der preußischen konservativen

Landtagsfraktion beweist, ganz überwiegend eine Vertretung des deutschen landwirtschaftlichen Adels darstellt, und daß beispielsweise jeder Versuch, in der meist ständischen Vertretung der Ersten Kammer der einzelnen Bundesstaaten die Anerkennung der Industrie als Stand durchzusetzen, an ihr scheitern wird. Die konservative Partei birgt in ihren Reihen bedeutende Persönlichkeiten, die gewiß das Zeug zum Parteiführer in sich tragen und denen auch ihre Gegner nicht nur persönliche Integrität, sondern große geistige Kapazitäten ohne weiteres zugeben müssen. Daß aber die Herren Heydebrand von der Lasa, Graf Kanitz, Oldenburg-Zanuschau und Dr. Oertel berufen wären, Führer der deutschen Industrie zu sein, das den deutschen Industriellen klar zu machen, wird wohl denjenigen schwer gelingen, die sich jetzt so lebhaft bemühen, die Industrie für den konservativen Gedanken geneigt zu machen, um mit Hilfe des industriellen Einflusses vielleicht bei den nächsten Handelsverträgen die Geschäfte des Bundes der Landwirte zu besorgen. Innerhalb des Liberalismus muß die Deutsche Industrie ihre Wohnstätte suchen und finden, und wenn sie es bedauert, daß in seinen Reihen vielfach Theorien auftauchen, die sie als volkswirtschaftlich gefährlich ansieht, so muß sie eben ihn mit Persönlichkeiten versehen, die in ihm und mit ihm dafür wirken, daß die natürlichen Wechselbeziehungen zwischen dem gewerblichen Leben und der gegebenen Vertretung des gewerblichen Lebens wieder dieselbe Engigkeit und Geschlossenheit erhalten, die früher vorhanden waren. Man darf dabei auch das Eine nicht vergessen, daß der Einfluß der Industrie in den liberalen Fraktionen vielfach wider den Willen dieser Fraktionen verloren gegangen ist, als durch die Wahlen der letzten Jahre eine Stätte des Gewerbefleißes nach der andern, eine große Handelsstadt nach der andern in die Hände der Sozialdemokratie übergingen, so daß auch in den liberalen Fraktionen der Einfluß der Landwirtschaft in ungeahnter Weise stieg, während die Vertreter der gewerblichen Kreise in ihr nicht zu Worte kamen, weil diese Wahlkreise eine bürgerliche nationale Vertretung nicht mehr besaßen. Ein erfreulicher Umschwung ist nach dieser Richtung hin durch die letzten Reichstagswahlen hervorgerufen worden und wird sich hoffentlich durch die zukünftigen Wahlen in noch höherem Maße vollziehen.

Wenn wir gegenwärtig, worauf alle Anzeichen hindeuten, in einer Ära der Neuorganisationen und Neuformationen industrieller Körperschaften stehen, so wird die Frage der Vertretung einer vernunftgemäßen Industriepolitik bei dieser Neuformation sicher von großer Bedeutung sein. Derjenige Verband, welcher seinem Namen nach den Zentralverband für die gesamte deutsche Industrie abgeben sollte, mindert seinen eigenen Einfluß durch die einseitige Betonung des Syndikatsprinzips. Mehr und mehr haben in den letzten Jahren die auf territorialer Grundlage errichteten gemischten Landesverbände an Einfluß gewonnen. Sie können am ehesten die Träger von gleichfalls territorialen Vertretern von Arbeitgeberverbänden und Streikentschädigungsgesellschaften, gleichzeitig aber auch die Träger von wirtschaftspolitischen Organisationen sein und dabei in dem angedeuteten Sinne eine Verstärkung des industriellen Einflusses in den einzelnen Parlamenten und dem Reichstag erstreben und herbeiführen. Mehr und mehr werden sie von diesen Gesichtspunkten aus aber auch dazu kommen müssen, untereinander nähere Beziehungen anzuknüpfen, um ein gemeinsames Vorgehen zu ermöglichen. Wenn auch in Sachsen die Verhältnisse zur Erringung des politischen Einflusses für die Industrie viel günstiger als in anderen Landesteilen liegen, so wird sich doch auch dort die Möglichkeit geben, unsern gesetzgebenden Körperschaften die in der Industrie ruhende Intelligenz zuzuführen, und so der deutschen Industrie, auf welche die deutsche Volkswirtschaft in so hohem Maße angewiesen ist, eine Bedeutung zu sichern, welche ihr auf Grund ihrer ganzen Stellung in unserm Vaterland zukommt.

Industrie und Gesetzgebung.

Vortrag,

gehalten auf der Hauptversammlung des Verbandes Sächsischer Industrieller am 16. Februar 1910.

—▫□▫—

Meine sehr geehrten Herren! Die deutsche Industrie steht in den letzten Jahren im Zeichen der ausgedehntesten Organisationstätigkeit. Das Reichsamt des Innern hat vor kurzem ein Verzeichnis der wirtschaftlichen Verbände herausgegeben, und wer dies liest, wer da sieht, wie in Hunderten von Fachvereinen, in immer neu entstehenden Vereinigungen industrieller Interessenten, hier auf der Grundlage der Branche, dort auf der Grundlage eines geographischen Wirtschaftsgebietes, dort wieder nach der Richtung der Zentralisation hin, neue Organisationen entstehen, der muß die Frage aufwerfen, worin denn eigentlich der tiefere Grund dieser ungewöhnlichen Regsamkeit liegt, die doch dem Kaufmann und dem Industriellen in ehrenamtlicher Tätigkeit Stunden und Tage, ja ganze Abschnitte seiner Arbeitsamkeit hinwegnimmt für diejenigen Arbeiten. die er in diesen Verbänden nicht im Sinne des eigenen Interesses, sondern im Sinne des Allgemeinwohls zu üben hat. Wir haben vor wenigen Jahren von dem Gedanken gehört, einen Bund gewerblicher Arbeitgeber zu schaffen, wir hören die Diskussion über den Gedanken einer deutschen Industriepartei, und wir sahen am 12. Juni des vergangenen Jahres die sonst immer zersplitterte Industrie zu einer tausendköpfigen Versammlung in dem größten Versammlungsraume Deutschlands zusammenkommen, um den Hansabund zu gründen und sich so eine Zentralisation zu schaffen, in der sie versuchte, mit Handwerk und Kleinhandel zusammen und mit all den Hunderttausenden von Angestellten,

die zu ihr gehören, sich eine große, umfassende Organisation zu bilden und damit der Oeffentlichkeit gegenüber das Schwergewicht ihrer wirtschaftlichen Interessen zum Ausdruck zu bringen. Man sieht aus alledem, wenn man andererseits die Ergebnisse der Berufsstatistik und das ganze Schaffen jenes neuen Deutschlands in den letzten Jahrzehnten in Betracht zieht, daß ein Widerspruch besteht zwischen der volkswirtschaftlichen Entwicklung unsres deutschen Reiches, vor allem zwischen der Entwicklung der deutschen Industrie zu ihrer jetzigen Größe auf der einen Seite und zwischen der Bedeutung, die sie auf der anderen Seite im Staatsleben und die sie in der Gesetzgebung einnimmt.

Wie ist dieser Widerspruch entstanden und wo liegt wohl die Lösung, die uns aus ihm herausbringt?

Daß wir vor einer Periode neudeutscher Wirtschaftspolitik stehen, die wesentlich von der Entwicklung der Industrie und des Handels abhängen wird, wird niemand bestreiten wollen. Das Einst und Jetzt im deutschen Wirtschaftsleben spricht eine zu deutliche Sprache nach dieser Richtung hin.

War Deutschland eigentlich zum Industriestaat prädestiniert? Wohl kaum. Wir haben nicht im Innern diejenigen Schätze der Erde, die uns darauf hinweisen, der Lieferant der Welt zu werden; wir sehen vielmehr, daß unsere Ausfuhr, die heute bald die siebente Milliarde erreicht hat, im wesentlichen nicht beruht auf den Schätzen, die in unserem Boden liegen, sondern auf einer verarbeitenden Industrie, auf der Heranschaffung von Rohstoffen, die andere Länder zu uns senden und die wir erst verarbeitet der Welt zurückgeben. Wenn wir uns fragen, wodurch denn der Anstoß zu jenem neuen Deutschland gegeben wurde, dann kommen wir darauf zurück, daß wirtschaftliche und politische Entwicklung — politisch im Sinne von staatspolitisch — eng miteinander zusammenhängen. Herr Ministerialdirektor Dr. Roscher war es, der vor zwei Jahren bei einem Festmahle unseres Verbandes darauf hinwies, daß es doch wohl kein Zufall wäre, daß etwa 70 bis 80 % der sächsischen Fabrikbetriebe erst nach dem Jahre 1871 entstanden wären. Erst als hinter dem deutschen Kaufmann das neugeschaffene deutsche Reich stand mit seiner Macht und seinem Ansehen, als hinter ihm stand jener Einfluß, jene Achtung in der Welt, welche die letzten Kriege uns erworben hatten, als nicht

mehr jene Worte in ausländischen Parlamenten fielen, daß man die deutsche Flagge in fremden Häfen als Piratenflagge ansehen und behandeln würde, da ging mit der nationalen Größe auch die nationale Weltwirtschaft in die Höhe.

Herr Kommerzienrat Pferdekämper sprach heute davon, daß vielleicht die thüringische Industrie sich nicht derartig habe entwickeln können, wie es sonst in ihrer ganzen Natur gelegen hätte, weil jene politische Zersplitterung in bundesstaatlicher Hinsicht, die sie durchzumachen hatte, auf ihr gelastet hätte, und er wird mir unzweifelhaft recht geben, wenn ich das, was er für einen kleinen Wirtschaftskomplex ausführte, als gegeben erachte für einen großen Wirtschaftskörper, wie das deutsche Reich ihn darstellt.

Vierzig Jahre der wirtschaftlichen Entwicklung — eine kleine Spanne Zeit, wenn Sie die Intervalle der Geschichte vor ihren Augen vorüberziehen lassen — 40 Jahre wirtschaftliche Entwicklung seit Gründung des Reiches haben uns an die zweite Stelle der Weltwirtschaft gebracht. Aus dem überwiegend agrarischen deutschen Reich ist das industrielle geworden. Von Zeit zu Zeit registriert die Berufsstatistik diese Verschiebung, welche wir vor unseren Augen sehen, und sie erzählt uns, daß das Verhältnis von Landwirtschaft zu Industrie in Deutschland heute wie 1:2 ist. Sie spricht davon, daß in unserem Sachsen nur noch wenig mehr als 10 Prozent von der Landwirtschaft leben, sie zeigt uns damit also, daß das Vorbild eines industriellen Staates, daß selbst England in bezug auf die Intensität von Industrie und Handel von Sachsen überholt worden ist. Denn auch dort, wo man vielleicht durch die ganze Art der Wirtschaftspolitik, durch die Fundierung mit einem Weltkolonialbesitz glaubte, auf die Landwirtschaft keine Rücksicht nehmen zu brauchen, ist ihr Anteil an der Bevölkerung noch größer, als er bei uns in unserer engeren Heimat sich zeigt. Was bei uns vorgeht, erregt bereits das Volksempfinden außerhalb der schwarz-weiß-roten Grenzpfähle, wir sehen über das Meer hinaus, wie die großen Kämpfe in England bei den letzten Wahlen sich im wesentlichen unter dem Gesichtspunkte deutscher industrieller Entwicklung abspielten, wie dort in Manchester, in Liverpool, in London, in all den großen Wirtschaftszentren die Arbeiter ihre Stimme für den liberalen oder unionistischen Kandidaten abgaben nach derjenigen Intensität,

mit welcher sie den deutschen Wettbewerb auf dem Weltmarkte einschätzten. Wir sahen, wie eine große internationale Frage, ein Kampf um ein Staatsbudget, der Kampf um eine Reform eines Oberhauses, vollständig aus der Diskussion verschwand, als die jedem Engländer näher liegende Frage des deutschen Wettbewerbs auf dem Weltmarkte der öffentlichen Aufmerksamkeit vorgehalten wurde; und wenn Sie die Reden von Asquith, Balfour und Lloyd George lesen, dann werden Sie mit einem gewissen Gefühl des Stolzes über die Art, wie unsere Entwicklung anderen erscheint, und mit einem gewissen Gefühl des Unwillens über die demagogische Art, mit der diese Entwicklung vergrößert den englischen Bürgern vor Augen gestellt wird, diese Reden englischer Staatsmänner lesen.

Wir sehen aber weiter, wie im Innern des Reiches die Steuerleistung von Staat und Stadt und damit die Aufwendungen für die kulturelle Entwicklung der Bundesstaaten von unserer industriellen Entwicklung abhängig sind. Wir sehen, wie die ganze soziale Frage durch sie aufgerollt ist, wir sehen, wie wirtschaftspolitische Umwälzungen herbeigeführt werden können, je nachdem die Verträge, welche wir mit anderen Ländern schließen, günstig oder ungünstig unser Wirtschaftsleben beeinflussen. Das ist das Bild auf der einen Seite, das Bild des neuen Deutschlands, so wie es sich uns im Hamburger Hafen zeigt, wenn Tag für Tag in nie rastender Folge die Schiffe an uns vorüberziehen, die uns die Güter anderer Nationen bringen und diejenigen, welche, einen letzten Gruß mit dem Hafen tauschend, hinausziehen, um die Produkte deutschen Fleißes anderen Völkern der Erde zuzuführen.

Und nun auf der anderen Seite das Haus am Königsplatz, die Gesetzgebung der deutschen Volksvertretung, und in ihr 106 Vertreter der Landwirtschaft und 21 Vertreter der Industrie! Unter 397 Abgeordneten ganze 21, die in diesem Erwerbsleben stehen, die in der Lage sind, aus praktischer Erfahrung heraus zu denjenigen Fragen zu sprechen, von denen nicht nur ihr eigenes Interesse, von denen diese ganze wirtschaftspolitische Entwicklung mit abhängig ist! Auf der anderen Seite in der Verfassung der Bundesstaaten, in denjenigen gesetzgebenden Körperschaften, die der Unruhe und Hast des Tages und der vielleicht dem politischen Kampfe anhängenden Popularitätshascherei entgegenwirken sollen, in den Ersten Ständekammern

der großen Gebiete nirgends eine Kodifizierung jener neuen wirtschaftlichen Entwicklung, nirgends ein Anerkenntnis dessen, daß das Deutschland des 20. Jahrhunderts ein anderes geworden ist, als dasjenige vergangener Zeiten. In der Verwaltung vielfach ein Fehlen dieses industriellen Einflusses, in der Wirtschaftspolitik vielfach ein direktes Betonen der Absicht, daß man diese industrielle Entwicklung zurückdrängen wolle, weil man Gefahren in ihr sehe, Gefahren, die wir nicht einfach leugnen wollen, weil sie in der Zuspitzung unserer sozialpolitischen Verhältnisse uns selber vor Augen stehen, wie sie in der Zuspitzung der Exportverhältnisse liegen können, Gefahren aber, denen wir heute nicht mehr dadurch entgehen können, daß wir die industrielle Entwicklung zurückdrängen, sondern dadurch, daß wir durch ihre Förderung auch gleichzeitig den ‚standard of life' derjenigen heben, die von ihr abhängig sind und uns im übrigen bemühen, auf dem Gebiete der Sozialpolitik diejenige mittlere Linie zu finden, welche beiden Teilen, den Angestellten wie den Arbeitgebern, entspricht.

Wo aber liegt die Erklärung dafür, daß die Industrie in der Gesetzgebung so wenig selbst zu Worte kommt?

Wenn man auf England sieht, welch anderes Bild! Dort nicht nur politische Tradition in jeder Familie, dort auch als nobile officium der erwerbenden Klasse schon lange der Grundsatz, daß man dem öffentlichen Leben sich zu widmen habe. Der Industrielle nimmt sich seinen ‚junior partner', wenn er selber ins öffentliche Leben hineinsteigen will, und Sie sehen dort die ganze Gesetzgebung mit beeinflußt von Männern der Industrie und des praktischen Lebens. Gewiß ist es leicht zu sagen: „Die deutsche Industrie trägt selbst die Schuld. Weshalb wirft sie sich nicht in die Gesetzgebung hinein? Weshalb stellt sie nicht die Persönlichkeiten, die mitwirken?" Aber zwischen England und Deutschland besteht doch ein großer Unterschied. Dort seit Jahrhunderten aufeinanderfolgende Generationen von Industriellen, dort ein vielfach saturiertes Unternehmertum, bei dem derjenige, der heute ein Unternehmen leitet, auf dem Grunde steht, den seine Ahnen bereits für ihn so fest gelegt haben, daß nur ganz unvorhergesehene Fälle ihn von seiner Höhe herabdrängen können. Gewiß wird sich das auch in Deutschland durchsetzen, ein Krupp von Bohlen-Halbach kann sich im öffentlichen Leben

betätigen, die Besitzer der Stummschen Werke, die in ihren Unternehmungen etwas Ähnliches sehen, sie können Kapitäne der Industrie werden in bezug auf ihre Führung im öffentlichen Leben; im übrigen gilt aber für das Gros der Industrie das eine, daß genau so, wie man schon einmal gesagt hat, daß Preußen sich zur Größe durchgehungert hätte, auch die deutsche Industrie sich zu ihrer Größe durchgerungen hat, daß sie in diesem Kampfe heute noch steht und daß dieser Kampf alle ihre Arbeitskraft, alle ihre Nerven derartig absorbiert, daß sie noch nicht die überschüssige Zeit hat finden können, noch nicht diejenige Sicherheit des Bodens unter sich fühlt, um dem öffentlichen Leben die führenden politischen Persönlichkeiten zu stellen. Kann das so bleiben? Soll das so bleiben? Oder soll die Gründung des Hansabundes, von dem so lebhaft der Ruf ausging, daß die Industriellen vor die Front treten sollen, soll sie einen Wendepunkt bedeuten in dieser Entwicklung der Verhältnisse?

Lassen Sie uns einen Blick auf die Lage der deutschen Industrie werfen, um die Frage zu beantworten.

Von wirtschaftspolitischen Sorgen, von der Neugestaltung der Verhältnisse auf dem Weltmarkt sprach der Herr Oberbürgermeister Beutler in seinen begrüßenden Worten. Ich vermag nicht ganz den strahlenden Optimismus zu teilen, von dem er ausging. Dieser Optimismus hat allerdings in der bisherigen Entwickelung seine Berechtigung. Wir haben oft über ungünstige Handelsverträge geklagt, und immer ging die Ziffer unserer Ausfuhr noch weiter in die Höhe, und es ist eine Eigenart unserer Reichsbehörden, daß ihr Vertrauen in unsere Industrie gerade dann am stärksten ist, wenn wieder einmal ein ungünstiger Handelsvertrag zu verteidigen ist.

Unser Vorstandskollege, Herr Reichstagsabgeordneter Merkel, sagte bei der Beratung des portugiesischen Handelsvertrages: „Ich weiß, was der Herr Minister mir antworten wird. Er wird mir sagen, er zweifle nicht daran, daß die Intelligenz und die Anpassungsfähigkeit unserer Industrie auch diese neuen ungünstigen Verhältnisse überwinden werden, die jetzt geschaffen sind." Das sagte ja in derjenigen weltgewandten und schönen Art, die ihm eigen war, auch Fürst Bülow, als das letzte Handelsvertragswerk seinem Abschlusse sich näherte.

Ist dieser Optimismus berechtigt? Wenn wir einmal eine Zeit überspringen — und die Wirtschaftsgeschichte und Völkergeschichte rechnet nicht mit Monaten und Jahren, sondern mit Jahrzehnten — und wenn wir uns die Frage vorlegen: Wer soll im Jahre 1950 die Bevölkerung ernähren, die dann in einer Stärke von 100 Millionen Menschen auf deutschem Boden wohnt?, dann vermag ich nicht mich zu einem Optimismus zu bekennen, der da sagt: „Das wird auch alsdann durch den steigenden Güteraustausch in derselben Weise gewährleistet sein, als gegenwärtig." Ja, wenn wir hier säßen auf Erz und Kohle und Eisen, und wenn die andere Welt kommen müßte und bitten, daß wir ihr abgeben vom Ueberflusse dessen, was wir besäßen, dann wäre dies richtig.

Aber demgegenüber steht unsere Abhängigkeit vom Rohstoffbezug. Wenn ich mir vorstelle, daß in den Vereinigten Staaten von Amerika jene Trustbestrebungen sich weiter verdichten, die zu einem Concern der Baumwollinteressenten führen sollen, wenn ich daran denke, wie es so oft das Ziel der Syndikatspolitik ist, die Produktion zu beschränken, um dadurch den höchst möglichen Gewinn sich zu garantieren, und wenn wir jenes große, jungfreuliche Gebiet mit seiner um Millionen steigenden Bevölkerung vor uns sehen und seine wachsende Konsumtionskraft, dann kann auch bald der Zeitpunkt kommen, wo Amerika seine Baumwolle für sich braucht. — Daß aber jener gesunde realpolitische Egoismus, der die amerikanische Wirtschaftspolitik seit Jahrzehnten kennzeichnet, darauf hinwirken wird, daß nicht ein Ballen Baumwolle zu uns herüberkommt, wenn ihn Amerika selber braucht, dafür lassen Sie nur das Repräsentantenhaus in Washington sorgen. Das wird diese gesunde Heimatspolitik schon treiben und sich durch keinen Professorenaustausch und durch keine freundschaftlichen Bezeugungen gegenseitiger verwandtschaftlicher Völkerbeziehungen daran hindern lassen!

Wenn wir aber einmal vor einem solchen Augenblicke stehen, wie steht es dann um unsere Textilindustrie, wo bleiben da jene 500 Millionen Mark, die wir heute an verarbeiteten Baumwollstoffen in die Welt hinausenden und wie vertragen wir die Verteuerung, die bei uns selbst entstehen kann?

Auf der anderen Seite neben jenem Bedenken die neuen Handelsvertragsbeziehungen. Eine Welle der Schutzzoll-

bewegung geht über die ganze Welt. Ich gehöre nicht zu denen, die sich zu der Anschauung bekennen, daß wir diese Wellenbewegung hervorgerufen hätten, daß zeitlich Deutschland vorangegangen ist. Jener erste Schutz der deutschen Eisenindustrie war ein so verhältnismäßig geringfügiger im Vergleich zu dem, was darnach ausgebaut worden ist, daß dies nicht die Ursache sein kann. Sie sehen in der Völkergeschichte, daß gewisse große Ansichten der Menschheit von einem Lande zum andern übergehen und ein halbes Jahrhundert oder noch länger in Kraft bleiben. Das war einst der Fall in jener Zeit, als die gesamte Bureaukratie der Welt unter dem Einflusse des Freihandels nach außen und unter dem Einflusse der Manchestertheorie im Innern stand. Dann kommt eine Zeit, wo wir im Zeitalter der Sozialpolitik, der Beschränkung der Individualität, der Proklamierung der Omnipotenz des Staates gegenüber den einzelnen Individuen im Innern und auf dem Standpunkte des Schutzes für die heimischen Erzeugnisse in bezug auf die Weltmarktspolitik stehen. Das löschen wir nicht mehr aus. Das bleibt so und wird seine Zeit haben, bis auch hier, vielleicht nach Jahrzehnten erst, eine andere Anschauung an die Stelle der bisherigen tritt.

Was wir aber davon zu erwarten haben, das ist unzweifelhaft eine Erschwerung der Exportinteressen, ein immer stärkeres Ringen um den Weltmarkt für unser deutsches Vaterland. Wenn einzelne Abgeordnete im deutschen Reichstage sich mit so großer Entschiedenheit gegen die Annahme des Handelsvertrages mit Portugal gewehrt haben, dann geschah es nicht wegen des verhältnismäßig geringen Güteraustausches zwischen jenem Lande und uns. Jene 30 Millionen, welche wir jährlich nach Portugal versenden, würden uns nicht totmachen, auch wenn wir sie bis auf den letzten Pfennig verlören; sie spielen gegen unsere Milliardenausfuhr nicht eine so bedeutsame Rolle. Das Entscheidende war, daß wir uns sagten: Wenn uns schon ein so kleines Land, dem wir die größten Konzessionen einräumen, dem wir unsern Markt für seine ganzen Agrarprodukte öffnen, sodaß der dortige Ministerpräsident sagen konnte: „Das unermeßliche deutsche Wirtschaftsgebiet liegt jetzt offen für den portugiesischen Handel", als Antwort eine Möglichkeit der Erhöhung der dortigen Zölle bis ins Ungemessene gibt, und wir lassen uns dies auf seiten der deutschen Volksvertretung gefallen,

ohne dagegen Protest zu erheben, dann werden andere Länder überhaupt nicht mehr an eine Widerstandsfähigkeit Deutschlands gegenüber ihrer Schutzzollpolitik glauben.

Wir sehen jetzt etwas Aehnliches in bezug auf den französischen Zolltarif. Viele glauben, es sei alles aufs beste bestellt im Verkehr zwischen beiden Ländern, weil wir seit dem Frankfurter Frieden zu Frankreich in dem Verhältnis der Meistbegünstigung stehen. Das Prinzip der Meistbegünstigung läßt sich aber ganz gut mit Zollmaßnahmen gegen ein meistbegünstigtes Land verbinden, indem man beispielsweise im Verkehr zwischen Frankreich und dem Deutschen Reiche bei voller Beachtung der Form der Meistbegünstigung in erster Linie die Zollsätze aller derjenigen Waren erhöht, die aus Deutschland kommen und alle diejenigen möglichst nicht erhöht, die aus England kommen. So kann man die Meistbegünstigung mit Deutschland auf dem Papiere stehen lassen und ihm trotzdem sozusagen den Zollkrieg ansagen und seinem Handel die größten Wunden schlagen. Daß wir uns dagegen wehren müssen, wenn wir nicht unter den Schlitten kommen wollen, das ist ein Lebensinteresse für uns. Wo soll denn beispielsweise die deutsche Spielwarenindustrie bleiben, wenn diejenigen Zölle auf sie gelegt werden, welche der neue französische Zolltarif vorsieht, wie soll die Metallwarenindustrie den erschwerten Kampf aushalten?

Was ist denn nun aber unsere Waffe gegen diese Schutzzollbewegung unserer Abnehmerländer? Unsere Waffe ist die Konsumtionskraft unseres Landes, sind die Milliarden Werte, die wir selber verbrauchen, und wir müssen verlangen, daß unsere Diplomatie jenes gewaltige Gewicht der Konsumtion der deutschen Bevölkerung, jene Stellung Deutschlands als Abnehmer auf dem Weltmarkte mit aller Entschiedenheit in die Wagschale wirft, um sich derartigen Maßnahmen zu widersetzen. Daher ist auch im deutschen Reichstag der Antrag eingebracht worden, angesichts des französischen Zolltarifs unsere Zölle auf französischen Champagner, auf Rum, Arak, Kognak, auf kosmetische Mittel und für alle diejenigen Artikel, die vorzugsweise aus Frankreich kommen, und an die wir handelsvertraglich nicht gebunden sind, zu erhöhen.

In diesem Kampfe um den Weltmarkt, der an die alten Kämpfe der Völker erinnert um die besseren Futterplätze, an

jene Kämpfe, die damals mit den Waffen ausgefochten wurden, um für die wachsende Bevölkerung der einzelnen Stämme Brot und Nahrung zu gewinnen, müssen unsere Industrie-Interessen mit aller Entschiedenheit gewahrt werden, weil wir sonst einen Weg nach dem anderen, um unsere wachsende Bevölkerung zu ernähren, abgeschnitten sehen würden. Ich brauche Sie nur an Amerika zu erinnern. Auch da dasselbe Bild. Ob nun der Präsident Mac Kinley, oder Taft heißt und ob man genau so, wie man neue Steuern in Deutschland Finanzreform nennt, so neue Schutzzölle in Amerika Tarifreform nennt, das ist alles gleich: das Bleibende in der Erscheinungen Flucht sind immer höhere Zölle. Frei läßt man nur dasjenige herein, was man selber gebraucht und im eigenen Lande nicht herstellen kann. Wenn man aber sieht, daß im eigenen Lande diese Industrie sich entwickelt, dann versucht man, sie unter dem Schutzdache eines hohen Zolles sicherzustellen.

Und was wird aus England werden? Wenn es den Liberalen bei der geradezu hinreißenden Beredsamkeit eines Lloyd George, und unter so günstigen Auspizien wie diesmal nur möglich gewesen ist, mit zwei Stimmen Mehrheit sich in der Herrschaft zu behaupten, dann wird einer der nächsten Kämpfe zu einem Siege der Unionisten führen. Das aber bedeutet Chamberlainismus, das bedeutet: England mit all seinen Kolonien zu einem großen wirtschaftlichen Gebiete vereinigt, durch dieselben Dreadnoughtgeschütze im politischen Waffengange, durch dieselben Zollmauern im wirtschaftlichen Kampfe geschützt! Daß es uns schwer halten muß, unter solchen Auspizien Jahr für Jahr aufs neue den Befähigungsnachweis dafür zu erbringen, daß die übrige Welt uns Milliarden von Waren abnehmen muß, das sollte uns allen vor Augen stehen.

Gewiß kann man mir einwenden: „Und wenn das alles der Fall ist, wenn dies alles kommt, es hat immer Gebiete gegeben, die zur Kultur erwachen und deren Bedürfnisse in bezug auf Wohnung und Kleidung mit diesem Erwachen steigen. Wir liefern ihnen diese Waren. Für den einen Markt, den wir verlieren, gewinnen wir den andern." Gewiß, das ist die Entwicklung der Menschheit gewesen. Der Kulturüberschuß der alten Welt hat Absatz gefunden in denjenigen weitaus größeren Gebieten, die eben erst anfingen, solche Bedürfnisse zu entwickeln. Da liegt Kleinasien, liegt Mesopotamien, liegt

die Mandschurei, liegt China. Wenn diese Hunderte von Millionen Menschen ihre Bedürfnisse nur um 15% steigern, was für ein Markt für die deutschen Industriewaren! Nur daß er nicht mehr unbestritten ist, nur daß auch England erwacht und sich sagt, daß es zu übermütig gewesen ist, zu sehr eingenommen von seiner weltbeherrschenden Stellung, daß auch dort der Sport mehr und mehr zurücktritt gegenüber der technischen Durchbildung, wie ein englischer Konsul in Sachsen mir kürzlich sagte: „Jetzt beginnt die Peripethie. Sie gehen zum Sport über und wir zur Schulbildung, und dann sollen Sie einmal sehen, wie die Woge des wirtschaftlichen Wettbewerbs sich senken wird in der Zukunft!"

Dazu kommt ein anderes. Wir sehen, daß sich auch wirtschaftliche Ententen bilden können, daß man versuchen wird, diese Gebiete und ihre Erschließung dem deutschen Einflusse zu entziehen. Schon heute beginnt dieser wirtschaftliche Kampf. Das ist kein Krieg. Das kann verbunden sein mit korrekten und manchmal herzlich scheinenden diplomatischen Beziehungen, und doch ein Kampf um die Brücken- und Eisenbahnkonzessionen, um die Schiffahrt auf dem Euphrat und alle diejenigen Dinge, die unsere Industrie benötigt in Zukunft, um ihre Produkte abzusetzen. — In diesem wirtschaftlichen Kampfe stehen wir in erster Linie dem Wettbewerb eines Volkes gegenüber, das die größte Flotte der Welt sein eigen nennt und den Völkern der Erde als weltbeherrschende Macht vor Augen steht.

Was folgt daraus für die Industrie? Sie muß meiner Meinung nach zunächst eintreten für eine starke nationale Politik. Sie muß ohne Nervenzucken die Ausgaben auf sich nehmen und eintreten für eine starke deutsche Flottenpolitik, die uns den Weltfrieden auf dem Meere so sichern muß, wie uns durch unser starkes Heer der Weltfrieden auf dem Lande nun durch volle vier Jahrzehnte gesichert worden ist. Sie muß auf der anderen Seite verlangen, daß, wenn der deutsche Kaufmann hinausgeht in die Welt, wenn er Millionen anlegt in fremden Ländern, wenn es ihm gelingt, mit dem Wagemut und mit der frischen Tat anstelle der formellen Regelung sich große und gewaltige Konzessionen in fremden Gebieten zu erringen, daß dann das deutsche Banner über ihm weht, daß dann der deutsche Staatssekretär des Äußeren für ihn eintritt und wir nicht diejenigen Vorgänge wieder erleben, die sich an

den Fall der Gebrüder Mannesmann in Marokko nicht zum Ansehen des deutschen Namens gegenwärtig knüpfen.

Wir müssen weiter fordern, daß wir Kolonialpolitik treiben auf kaufmännischer Grundlage, daß wir aus den vielen Tausenden Quadratmeilen tropischen Landes, das wir heute besitzen, alles dasjenige herausbekommen, was an Bodenprodukten dort schlummert. Nicht zum Regieren sind diese Kolonien da. Diese Verwaltungsfragen stehen in zweiter Linie. Gebe man doch den Negern dasjenige an Freiheit der Selbstverwaltung, was sie beanspruchen. Nicht das Prestige, sondern das, was sich kaufmännisch aus den Kolonien entwickeln läßt, ist das entscheidende Moment bei unserer Kolonialpolitik!

Wir haben in Dernburg eine neue Persönlichkeit. Mag man in bezug auf die Eingeborenenfrage, in bezug auf seine politische Stellung verschiedener Meinung sein: Daß eine neue Epoche der Kolonialpolitik angefangen hat seit der Zeit, seitdem er an der Spitze des Kolonialamtes steht, das ist nicht zu leugnen. Er hat es uns hier auf dem Festmahle im Belvedere als seine Aufgabe gekennzeichnet, daß er die Kolonialpolitik herausbringen wolle aus der Aera des Hurrapatriotismus und hineinleiten in die Aera möglichst weitgehender wirtschaftlicher Erfolge. Was wir heute dort sehen, bestätigt mindestens das eine: Das Interesse für die Kolonien ist im deutschen Volke in einer Weise geweckt worden, wie es nie vordem vorhanden war, und geweckt worden ist auch das Interesse der deutschen Kapitalisten, des deutschen Gewerbfleißes, zu suchen, was aus diesen Kolonien zu machen ist. Es ist eine Genugtuung, wenn wir heute die Zahlen ansehen, die Sie im „Dresdner Anzeiger" vor wenigen Tagen lesen konnten, wie zwar absolut noch klein, aber relativ in mächtigen Intervallen unsere koloniale Ausfuhr vorwärtsgeht. Wir sehen heute, wie ein Abgeordneter der freisinnigen Volkspartei jenen Marmor in herrlicher Gestaltung der deutschen Volksvertretung zeigte, den er in seinen Marmorgruben in Deutsch-Südwestafrika gewonnen hatte: welch ein Wandel der Zeiten gegen jene Jahrzehnte, wo man kleinmütig die Kolonien nur als ein Spielzeug ansah, das das deutsche Volk nur mit Millionen seines Erwerbslebens bezahlen mußte. Man empfindet jetzt: es geht weiter. Auch der einfache Arbeiter, selbst wenn er noch sozialdemokratisch wählt, fängt an zu begreifen, daß auch die deutschen Kolonien ein Untergrund für die deutsche

Exportpolitik und damit für ihn eine Stärkung werden können in dem Kampfe um die Weltherrschaft, in den er als Arbeiter genau so mit seiner Existenz verkettet ist, als es auf seiten der Industriellen der Fall ist.

Wir müssen dann weiter fordern eine gerechte Wirtschaftspolitik. Wir müssen fordern, daß bei künftigen Handelsverträgen dasjenige, was für uns in die Wagschale fällt an wirtschaftlichen Interessen, seiner Bedeutung gemäß gewahrt werde. Ich stehe persönlich nicht auf dem Standpunkte, daß man der Landwirtschaft etwas nehmen solle von dem Schutz, den sie erhalten hat. Unzweifelhaft hat sie um ihre Existenz kämpfen müssen. Es war nicht etwa ihre Rückständigkeit, daß sie nicht den Konkurrenzkampf aushielt gegenüber den jungfräulichen Gebieten anderer Länder, in denen der Boden nicht so ausgesogen war, wie der deutsche; und daß wir sie als Käuferin brauchen, daß sie uns über manche Weltmarktkrisis hinweghilft, wenn ihre Kaufkraft gesteigert wird, das wollen wir nicht vergessen. Wenn aber heute bereits in Vermessenheit Forderungen auftreten, bei den nächsten Handelsverträgen diesen Agrarschutz zu verstärken, noch hinauszugehn über das, was die alten Handelsverträge festlegten und wovon beispielsweise ein so agrarischer Kanzler wie Fürst Bülow sagte, daß es das Aeußerste wäre, bei dem es ihm überhaupt noch möglich wäre, Handelsverträge abzuschließen, wenn derartige Forderungen auftreten, dann besteht die Gefahr, daß wir in einen Zollkrieg kommen mit der ganzen Welt, daß die ganze Grundlage unseres Güteraustausches in sich zusammenstürzt.

Wie wir uns wehren müssen gegen solche Bestrebungen, so müssen wir uns andrerseits auch dagegen wehren, daß der sachverständige Rat, den die deutsche Industrie bieten kann, bei Abschluß von Handelsverträgen nicht in dem Maße gehört wird, wie es Herr Oberbürgermeister Beutler annahm und wie es eigentlich auch sein sollte. Das war es ja, was die Erbitterung erregte, daß jener letzte Handelsvertrag mit Portugal abgeschlossen war, ohne daß die Reichsregierung wichtige, an dieser Ausfuhr wesentlich interessierte Branchen überhaupt gehört hätte. Das ist es, was auch gegen den Reichstag einnimmt, wofür er aber oft wenig kann, daß die Industriellen eines Morgens lesen, daß das neue deutsch-amerikanische Handelsabkommen, welches einen Güteraustausch von 2 Milliarden

Mark regelt, angenommen worden ist, ohne daß irgend ein Industrieller in Deutschland seinerzeit die Möglichkeit gehabt hatte, sich dazu zu äußern, ob er alles für richtig finde. Bei dem letzten Handelsabkommen vor wenigen Wochen ließ sich diese Plötzlichkeit wohl nicht umgehen, aber wir haben auch früher, als nicht diese Eile nötig war, einen ähnlichen Mangel an Rücksicht erlebt.

Meine Herren! Bei den Handelsvertragsverhandlungen mit Österreich und Italien — der Präsident des Handelstages führte es aus — haben wir erlebt, daß die österreichische Regierung in den Nebenzimmern neben dem Raume, in welchem die Verhandlungen geführt wurden, Kaufleute und Industrielle sitzen hatte, bei denen sie sich erkundigte, wenn ihr bei einer Tarifposition irgendwelche Zweifel kamen, und daß sie bei jeder deutschen Forderung sich mit möglichster Schnelligkeit darüber, ob sie etwas koncedieren solle oder nicht, fachmännisch instruieren ließ und dadurch ganz unzweifelhaft den deutschen Unterhändlern überlegen war. Ich weiß nicht, was dazu führt, daß wir dies nicht tun. Ein Beamter kann es doch unmöglich als etwas ihn Herabsetzendes ansehen, wenn er sich eines Sachverständigenrates bedient. Wie kann der einzelne Beamte sachverständig auf allen Gebieten sein können oder sein wollen? Das kann kein Mensch auf der Welt, kann auch der Industrielle nicht, der vielfach nur in seiner Branche Bescheid weiß. Je mehr aber hier von einer derartigen Regelung großer wirtschaftlicher Interessen abhängt, um so mehr müßte man doch verlangen, daß der Sachverständigenrat, der angeboten wird, auch angenommen wird. Daß manchmal dasjenige fehlt, was wir kaufmännischen Einschlag in die Verwaltung nennen, haben doch die Vorgänge bei dem Werftbetrieb in Kiel gezeigt, wo man die Dinge, wie sie sich abspielten, nicht allzu scharf so kennzeichnen kann, daß sich dort eine G. m. b. H. zur Ausnutzung der Sachunkenntnis deutscher Beamten gebildet hatte und damit glänzende Geschäfte machte!

Wie aber heute die Industrie selbst in den gesetzmäßigen Vertretungen und von den maßgebenden Faktoren der Reichsregierung manchmal eingeschätzt wird, dafür noch zwei Beispiele.

Es kommt die Meldung: Portugal erhöht seine Zölle. Wir erhalten die Zuschriften, die Industrie bekommt sie, die Abgeordneten erhalten sie. Gerade um das Ansehen der

Regierung zu wahren, um nicht einen Protestrummel auf Grund unzutreffender Nachrichten zu entfachen, schreibt der Präsident des Deutschen Handelstages an den Staatssekretär des Reichsamtes und bittet ihn, den Handelsvertrag zu veröffentlichen, da er doch in Lissabon bereits bekannt wäre und es für die deutsche Industrie nicht angenehm sein könne, sich den Wortlaut erst durch Übersetzung aus dem Portugiesischen zu verschaffen. Acht Monate und fünfzehn Tage bleibt der deutsche Handelstag ohne jede Antwort. Nach Ablauf dieser Frist wiederholt der Präsident des Handelstages seine Anfrage und muß dann abermals Monate warten, bis ihm überhaupt geantwortet wird.

Meine Herren! Die Handelskammern sind doch Institutionen, die sich die Regierung selbst geschaffen hat. Einem freien Interessenverbande gegenüber könnte sie ja sagen: „Du bist eine private Institution", aber sie schafft die Handelskammern, die Handelskammern schaffen sich eine Spitze, und das ist der Rat, den sie selber haben will, und dabei beachtet sie eine derartige Zuschrift überhaupt nicht! Es war doch etwas Beschämendes, als nicht von mir, sondern von einem nachfolgenden sozialdemokratischen Redner die Frage aufgeworfen wurde, ob wohl der Präsident des Landwirtschaftsrates ebenso lange auf eine Antwort hätte warten müssen, wenn er sich an die deutsche Reichsregierung gewendet hätte.

Und das andere Beispiel! Der Postscheckverkehr wird eingeführt. In einer wichtigen Frage, in der es sich um die Eintragungen auf Girokonto handelt, wendet sich der Handelsvertragsverein an Herrn Kraetke und bittet ihn, ihm doch über zwei Auslegungen Auskunft geben zu wollen. Er bekommt keine Antwort. Darauf entsendet er zweimal ins Reichspostamt einen Vertreter, um irgend einen für dieses Ressort zuständigen Dezernenten sprechen zu können und erhält zweimal dieselbe Antwort, es sei kein Herr zu sprechen, der in dieser Sache Auskunft geben könne. Nach sechs Monaten erinnert er an sein Schreiben und bittet zu demselben um Antwort, aber „Die Wellen kommen, die Wellen gehen, und ein Narr wartet auf Antwort". Der Handelsvertragsverein hat bis heute noch auf diese rein sachliche Anfrage nicht ein Wort Bescheid von den Herren des Reichspostamtes erhalten.

Wenn man bedenkt, daß es doch sicherlich ohne Überhebung die Geschäftswelt ist, von der die Post abhängig ist, die ihr doch schließlich jene großen Geschäfte zuführt, jene Milliardenbestellungen des Austausches von Nachrichten, deren sie bedarf, um zu prosperieren, dann ist dieses Verhalten doch ein Übergehen und Nichtachten der Kräfte des öffentlichen Lebens, das man einfach für unmöglich halten sollte.

Meine Herren! Wir sehen demgegenüber, wenn wir die bundesstaatlichen Verhältnisse ansehen, daß es uns möglich war, während Sie hier zur Mitgliederversammlung zusammen waren, binnen einer halben Stunde in einer anderen Angelegenheit, die uns sozialpolitisch interessierte, im Ministerium des Innern in Dresden auf Grund einer telephonischen Anfrage sofort eine Konferenz herbeiführen zu können, und wiederholt haben wir gesehen, daß wir hier nicht anstoßen, wenn man sich des modernsten Verkehrs- und Sprechmittels, des Telephons, bedient, um sich mit maßgebenden Behörden in Verbindung zu setzen. Ich sollte meinen, daß eine Behörde, die dem Verkehre dient, doch in erster Linie sich auf den Standpunkt der schnellen Beförderung stellen und sich nicht derartigen Kritiken aussetzen sollte, wie es jetzt der Fall ist, nachdem der Handelsvertragsverein nach beinahe einjährigem Warten diese Geschichte von „Briefen, die ihn nicht erreichten", in seinem Organ veröffentlicht hat.

Nun hat die Reichsregierung sich ein weiteres Organ geschaffen zu ihrer Beratung, den Wirtschaftlichen Ausschuß. Diese Institution ist eine durchaus zweckmäßige. Bevor eine Vorlage an das Parlament kommt, bevor sie an die Öffentlichkeit gelangt, soll ein Gremium von Persönlichkeiten aus den verschiedenen Industriegebieten gehört werden, um sich sachverständig zu äußern. Wir bedauern aber, daß im Wirtschaftlichen Ausschuß eine verschiedene Bewertung der Kräfte der deutschen Industrie stattfindet, und daß namentlich die mitteldeutsche Industrie in ihm nicht in dem Maße vertreten ist, wie es die Mannigfaltigkeit ihrer Interessen und ihre große Bedeutung namentlich für den Export erheischt. Wir haben heute unseren hochverehrten Präsidenten der Dresdner Handelskammer, Herrn Kommerzienrat Collenbusch, als Vertreter der großen deutschen Tabakindustrie in diesem Ausschusse, weiterhin Herrn Geheimrat Vogel als Vertreter der Textilindustrie und Herrn Kommerzienrat Marwitz als Stellvertreter.

Wenn einmal unsere Exportfähigkeit — und das ist unzweifelhaft der Fall — nicht beruht auf einzelnen Massenartikeln, Standardtypen, die wir in Millionen von Exemplaren in die Welt hinaussenden, sondern gerade auf der Differenzierung und Spezialisierung unserer Industrie auf dem fortgesetzten Herausbringen neuer Muster und neuer Qualitäten, dann muß dem auch innerhalb des Wirtschaftlichen Ausschusses Rechnung getragen werden.

Der Verband thüringischer Industrieller fordert zwei neue Vertreter für Thüringen, und ich glaube, wir sind nicht unbescheiden, wenn auch wir an das Reichsamt das Innern die Anforderung stellen, daß es entweder dem Beispiele Österreichs folge und einen Zollbeirat schafft mit Sachabteilungen für die einzelnen Branchen, die sie einberuft, je nachdem diese einzelnen Branchen in Betracht kommen, oder daß es zum mindesten den Wirtschaftlichen Ausschuß bedeutend erweitere.

Ich stehe, soweit ich diese Dinge überblicke, auf dem Standpunkt, daß, wenn ein solcher Handelsvertrag mit irgend einem Lande vorbereitet wird, der Minister neben irgendwelcher anderen Organisation in erster Linie eine Konferenz derjenigen Firmen herbeiführen müßte, von denen er weiß, daß sie an dem Export nach diesem Lande beteiligt sind. Wozu geben wir die vielen Millionen für Statistiken aus, wenn wir nicht einmal wissen, wer diejenigen sind, die den Handelsverkehr mit bestimmten Ländern in ihren Händen haben?

Die Regierung hat nicht die Verpflichtung, dem ihr gegebenen Rate in jedem Falle zu folgen, sie muß allgemeine Interessen vertreten, sie kann manchmal auf eine Branche nicht Rücksicht nehmen. Aber hören muß sie sie! Es ist das wenigste, was der Einzelne verlangen kann, daß er die Gelegenheit hat, sich zu äußern zu dem, was ihn angeht, und wenn dies nicht geschieht, schafft das eine Verbitterung, die nachher denjenigen Tätigkeitsdrang, diejenige Energie des Kampfes, dasjenige Vertrauen auf das Vorwärtskommen und jenen Optimismus in der Verfolgung unsrer Weltwirtschaft lähmt, die auch als ein Imponderabile mit zu werten ist in bezug auf unsere Stellung auf dem Weltmarkte.

Wie hier auf dem Gebiete der Wirtschaftspolitik eine Periode neuen deutschen Wirtschaftslebens angebrochen ist, in der wir stehen, so haben wir andererseits das weite, große

Gebiet der Sozialpolitik mit seinen Aufgaben und Forderungen, bei denen die Industrie Objekt der Gesetzgebung ist.

Wir wollen keinen Zweifel darüber aufkommen lassen, und ich glaube mich mit Ihnen darin einig, wenn ich konstatiere, daß wir den Grundgedanken der deutschen Sozialreform für einen durchaus berechtigten halten. Daß durch die Industrie die Zahl derjenigen immer geringer wird, bei denen die Arbeit als Angestellte nur die Vorbereitung auf das Aufsteigen in die Selbständigkeit ist, daß um Hunderttausende allmählich die Zahl derjenigen zunimmt, deren ganzes Leben Arbeit im Dienste eines anderen ist, das ist das Moment, welches Bismarck veranlaßte, für jenes Fehlen der Hoffnung auf das Aufsteigen zur Selbständigkeit der großen Menge ein Äquivalent zu geben in der deutschen Sozialpolitik, die auf der anderen Seite die moralische Pflicht der Arbeitgeber konstruierte, für ihre Arbeiter, die Unfälle erlitten hatten oder alt und invalid geworden waren, zu sorgen, und die außerdem auch darin bestand, daß er Staatsmittel der Allgemeinheit für diese Klassen zur Verfügung stellte. Diesem Gedanken sind wir nachgegangen. Ein Vierteljahrhundert der Sozialpolitik liegt hinter uns. Nicht diese Sozialpolitik war das Drückende, sondern der Umstand, daß wir bisher mit ihr allein standen, daß in bezug auf den Weltmarkt sie nicht zum Ausdruck kommen konnte, während sie in bezug auf den Inlandmarkt gewiß in mancher Beziehung zum Ausdruck gekommen ist.

Daß der Grundgedanke berechtigt war, beweist wohl der Umstand am besten, daß das größte Industrieland der Welt, daß England sich jetzt den Gedanken zu eigen macht und nun mit seiner Sozialpolitik auf ähnlicher Grundlage beginnt und es da, wo wir uns draußen treffen auf dem Weltmarkt, unter gleichem Licht und Schatten mit uns in Zukunft wird arbeiten müssen.

Wogegen sich aber die Industrie wehrt, das ist ein in den letzten Jahren immer größer werdender Hang zur Bürokratisierung der ganzen Sozialreform, ein immer größer werdender Hang, ein Paragraphengeschenk zu geben anstelle tatkräftiger Hilfe, die dem einzelnen wirklich zugute kommt. Aus diesem Gesichtspunkte heraus haben wir uns gegen die neue Reichsversicherungsordnung gewehrt, insoweit sie ein großes Netz von Versicherungsämtern vorsieht, das einen neuen großen Beamtenapparat erfordert haben würde, dessen Kosten sicherlich

weit in die Millionen gegangen wären, ohne daß sie eine tatsächliche Hilfe für den deutschen Arbeiter gebracht hätten. Dazu sind wir aber nicht reich genug, um lediglich des Schemas wegen 10 bis 25 Millionen in Deutschland ausgeben zu können, nur damit die Aufeinanderfolge der Dinge die richtige sei.

Wir haben uns auch dagegen gewendet, daß eine andere Tendenz dahin geht, da, wo noch das engere Verhältnis zwischen Arbeiter und Arbeitgeber besteht, wo sich noch etwas von jenen alten patriarchalischen Verhältnissen in die Neuzeit hinein gerettet hat, auch diesen letzten Rest durch die Gesetzgebung illusorisch zu machen. Dieser letzte Rest wird vielleicht verschwinden, hier auf diesem Boden schwerer als in anderen Gebieten. Da, wo die großen Betriebe sind mit ihren Zehntausenden von Arbeitern, mag der Arbeiter den Begriff der Persönlichkeit verlieren. Hier, bei dieser gesunden Mischung mit mittleren und kleinen Betrieben, hier, wo wie im Vogtland, im Erzgebirge und der Lausitz noch vielfach Gott sei Dank zwischen den Industriellen und den Arbeitern persönliche Beziehungen bestehen, wird sich die Einrichtung mit größerer Zähigkeit behaupten, und ich sollte meinen, die Staatsregierung hätte allen Grund, das, was sie erhalten kann, auf diesem Gebiete zu schützen bis zum letzten Moment, nicht aber etwa selbst die Hand dazu zu bieten, daß es zugrunde geht. Deshalb halte ich von diesem Gesichtspunkte aus die Forderung, die kleineren Betriebskrankenkassen eingehen zu lassen oder wesentlich zu vermindern, auch für eine falsche Sozialpolitik, auch für ein Paragraphengeschenk, hinter dem kein praktischer Wert steckt und gegen das wir uns aus diesem Grunde wehren.

Ich will hier nicht eingehen auf dasjenige, was auf dem Gebiete der Heimarbeitergesetzgebung, wie ich übrigens bemerken möchte, gegen den Widerspruch der sächsischen Regierung, in der Reichsgesetzgebung geschehen ist. Da sehen wir das Eigentümliche, daß die Arbeiter selbst nicht glauben wollen, daß das rechtens sei, was ihnen der Reichstag und Bundesrat bescheert haben. Gewiß, sie waren bisher gewohnt, daß die Arbeit des einzelnen im Betriebe geregelt wurde — das ist ja gut und billig, das soll hygienisch geregelt sein, da müssen Pausen sein, da müssen Begrenzungen eintreten, das verlangt das öffentliche Interesse, das ist der öffentliche Charakter der Arbeit als solcher — daß aber, wenn der einzelne die Tür der Fabrik hinter sich

zumacht, dann die Gesetzgebung kommt und eingreift in das, was er in den Stunden tut, die er dann als freie Persönlichkeit verbringen will, und hier auch vorschreiben will: Du darfst in diesen Stunden alles mögliche tun, Dummheiten und Vergnügungen, aber Du darfst nicht arbeiten: das ist ein neuer grundsätzlicher Gesichtspunkt, der erst durch die Sozialpolitik der allerletzten Zeit hineingebracht worden ist, der ganz und gar gegen das geht, was der Engländer ausdrückt mit dem Worte „my home is my castle“ und was der Deutsche in dem Begriff des Hausrechtes sich zu eigen gemacht hat in der Vorstellung, daß ihm in seiner Behausung kein Gewerbeinspektor und kein Gendarm vorzuschreiben hat, was er zu tun und zu lassen hat.

Meine Herren! Wir haben hier gesehen, daß eine Sozialpolitik getrieben wurde gegen den Willen der Arbeitgeber, genau so wie wir ein Arbeitskammergesetz bekommen, mit dem die Gewerkschaften nicht einverstanden sind und die Industriellen auch nicht. Es ist das so, als wenn zwei Menschen vor das Standesamt kommen und die Frau sagt: „Mir ist dieser Mann furchtbar unsympathisch“ und der Mann sagt: „Mir ist diese Frau ganz ungemein unsympathisch“, aber der Standesbeamte sagt: „Das schadet nichts, ich traue euch doch; wenn ihr erst einmal in der Ehe verbunden seid, dann werdet ihr euch schon lieben lernen.“

Genau so sagen die Arbeitgeber: „Wir wollen das Gesetz in der Form der Arbeitskammer nicht,“ die freien Gewerkschaften sagen: „Wir wollen es auch nicht,“ und der Staat sagt: „Ihr bekommt es, und wenn wir am grünen Tische zusammensitzen, wird eitel Wonne unter uns sein.“ Ich glaube nicht an große praktische Erfolge von einer Zusammenarbeit, die unter solchen Verhältnissen stattfinden wird.

Dieser Hang zur Bürokratisierung spricht sich auch aus in manchen Vorschlägen über die Regelung der Heimarbeit, die prächtig ausgedacht sind, die etwas darstellen, was alles in der Zukunft einmal kommen wird, was aber in dem Augenblicke, wo sie durchgeführt werden sollen, zur Folge haben würde, daß wir die ganze Heimarbeit im Erzgebirge und im Vogtlande untersagen müßten, wenn nicht der Staat vollständig neue Gebäude baut für diejenigen, die dort beschäftigt sind. Wir sehen derartige Bestrebungen, wir wehren uns da-

gegen und wir erleben es, daß man über eine derartige Opposition einfach hinweggeht, ohne sich zu sagen, daß diese doch auch einmal zum Ausdruck kommt in einer Minderung der Produktionskraft des Unternehmertums und daß eine derartige Minderung nicht zuletzt denjenigen trifft, der von dieser Prosperität nicht abhängig ist.

Wir wollen weiter kein Aufheben der Autorität des Arbeitgebers, wir wollen, daß derjenige, welcher das Risiko für das ganze Unternehmen trägt, auch das Recht habe, den Betrieb so zu leiten, wie es ihm sein Verantwortlichkeitsgefühl eingibt, und wir wehren uns daher gegen eine Einengung der Kompetenz des Arbeitgebers in bezug auf Anstellung oder Ablehnung von Arbeitern und ihre Verwendung, sowie der ganzen Leitung des Arbeitsprozesses und deren Unterstellung unter eine Aufsichtsinstanz. Nur wenn diese Aufsichtsinstanz das Risiko mit trüge, ließe sich eine solche Forderung rechtfertigen. Es ist aber keine Parität, die man sonst immer vertritt, jemandem das Risiko zu übertragen und in die Verantwortung sich teilen zu lassen mit solchen, die keinen Pfennig einbüßen, wenn durch falsche Disposition sein Vermögen verloren geht.

Wir haben im übrigen in unserem Verbande die Politik des Erreichbaren vertreten. Wir haben uns dagegen gewehrt und wehren uns auch jetzt dagegen, irgendwie eine Scharfmacherpartei zu sein, die jeden Fortschritt sich wollte abringen lassen.

An unsrem Widerspruch ist die Bildung einer deutschen Arbeitgeberpartei mit gescheitert, weil wir uns sagten, daß in dem Augenblicke, wo wir alle Fragen im deutschen Vaterlande auf den einheitlichen Nenner brächten, „Arbeitgeber gegen Arbeitnehmer", die soziale Versöhnung Schiffbruch auf immer erleiden müßte, daß in diesem Augenblicke auch, weil die Scharen der Arbeitnehmer Hunderttausende und Millionen sind gegenüber der kleinen Schicht der Arbeitgeber, wahrscheinlich eine Reaktion eintreten würde, die gerade dasjenige an Ueberspannung des sozialen Gedankens herbeiführen würde, was wir als unvereinbar mit unseren weltwirtschaftlichen Interessen ansehen.

Was wir wollen, ist eine Politik des Handinhandgehens mit der großen Schar der Angestellten, die doch der Grund mit ist, auf dem unsere Industrie sich aufbaut,

unter Schutz und Stärkung der nationalen Arbeiter, die auf dem Boden der Staatsordnung stehen, daß wir mit ihnen uns verständigen über das Maß dessen, was durchgeführt werden kann, ohne daß die Gesamtheit leidet.

Aus diesem Grunde haben wir uns mit beteiligt am Hansabund. Aus diesem Grunde sind wir mit ihm und in ihm Träger des Gedankens gewesen, alle diese Schichten heranzuziehen, um endlich eine Organisation zu schaffen, hinter der das steht, was uns bisher fehlte, nämlich eine Millionenschicht des erwerbtätigen Bürgertums im Deutschen Reiche. Denn bisher war es unsere Schwäche, daß die Industrie gewissermaßen eine leuchtende Spitze war, die weit über die Lande hinausragte, aber keinen Untergrund hatte, weil es jahrzehntelanger Agitation gelungen war, die Scharen der Arbeiter in den, man möchte sagen, perversen Gedanken hineinzuwiegen, daß sie die geborenen Gegner der Arbeitgeber wären, während sie die geborenen Anhänger einer Industrieentwicklung und Industriepolitik sein müßten, da ihre Existenz aufs innigste mit jeder Flutwelle der höheren Kultur, mit jedem Niederbruch eines glänzenden Geschäftsganges verbunden ist. Wir suchen das jetzt nachzuholen und in neueren Organisationsformen zu erreichen, und es ist uns eine Genugtuung, daß diese unsere Gedanken, die wir im Verband Sächsischer Industrieller oft im Widerspruche gegen die rechts von uns stehenden Industriegruppen, vertreten haben, heute sich allgemein durchringen.

Vor die politischen Gesichtspunkte treten heute vielfach die wirtschaftspolitischen. Von der industriellen Zukunft aber hängt auch die Zukunft unseres Vaterlandes ab. Wir wollen, daß dieser Gegenwartsstaat erhalten bleibt mit dem, was er in sich birgt an Stabilität der Verhältnisse, was er in sich birgt an Aufrechterhaltung der Autoritätsverhältnisse. Niemand hat ein größeres Interesse an Stabilität und Autorität als die Industriellen, und deshalb ist auch die Vertretung der Industrie in der Ersten Ständekammer durchaus gerechtfertigt. Wenn die Erste Kammer derjenige Faktor der Gesetzgebung sein soll, der gegenüber einem vielleicht zu schnellen Drängen anderer Gruppen, die von parteipolitischen Gesichtspunkten sich bestimmen lassen, Autorität und Stabilität in Staat und Wirtschaftsleben erhalten will, dann kann sie diejenigen Gruppen nicht ausschließen, die

in ihrer ganzen Existenz von der Aufrechterhaltung dieser Fürsorge unserer bestehenden Gesellschaftsordnung abhängig sind und für ihre Aufrechterhaltung eintreten!

Deshalb hoffen wir auch, daß, wenn wir bisher so oft als Bittende erschienen sind, um diesen Wunsch durchzuführen, unserer neuesten Eingabe ein besserer Erfolg beschieden sein möge, als den früheren, und daß man auch, wenn man die Verfassung einmal ändern muß, denjenigen Gruppen das Recht der Mitbestimmung gebe, die nun einmal, ob man es beklagt oder begrüßt, doch tatsächlich die Träger des Wirtschaftslebens bei uns geworden sind.

Im übrigen muß es heißen in den Landtagen und im Reichstage: Industrielle vor die Front! Die Industrie muß politisch reif und als Stand selbstbewußt sein. Wir glauben dies aussprechen zu können. Man wird es in unserem Munde nicht als einen wohlfeilen Rat oder als eine Phrase ansehen, denn wir haben in den verhältnismäßig kurzen acht Jahren unseres Bestehens den Beweis geliefert, daß eine solche politische Tätigkeit der Industrie durchführbar ist.

Wir haben dem neuen sächsischen Wahlgesetze zugestimmt. Wir hätten es ablehnen können, wenn wir kleinliche, egoistische Verbandspolitik hätten treiben wollen, denn unzweifelhaft ist es heute für einen Industriellen schwerer, in den Landtag hineinzukommen, als unter dem Dreiklassenwahlrecht. Wir hatten früher in der ersten Klasse in vielen Bezirken die glatte Mehrheit, sodaß wir die Kandidaten und Abgeordneten bestimmen konnten. Das hat aufgehört. Derjenige, der heute mit raten will, muß vor die Front treten, muß in die Drecklinie hinein, von der Fürst Bülow gesprochen hat, muß alles das auf sich nehmen von Angriffen und Kritisierung seines persönlichen Lebens, das leider Gottes bei uns mit politischer Betätigung verbunden ist. Wir haben uns aber gesagt, daß die Grundidee dieses neuen Wahlrechts eine berechtigte sei, daß sie die Abwägung derjenigen Faktoren mit sich bringt, die für den Staat notwendig sind, und daß wir, wenn wir uns dem neuen Wahlrechte zuwendeten, doch schließlich richtige Politik trieben, weil auf die Dauer noch keine Partei und keine Interessentengruppe sich durchgesetzt hat, die lediglich kleinlich auf sich Rücksicht nahm und die großen Gesichtspunkte der Allgemeinheit dahinter zurücktreten ließ.

Wir haben gesehen, daß wir damit durchkamen, wir freuen uns, daß auch heute unter erschwerten Verhältnissen 21 Mitglieder des Verbandes Sächsischer Industrieller in der Zweiten Kammer mitwirken und daß wir dadurch die Gewißheit haben, daß das sachliche Mitarbeiten der Männer aus der Praxis wenigstens in der sächsischen Landesgesetzgebung uns gesichert erscheint.

Wir sehen, wie ich vorhin sagte, in der Gründung des Hansabundes einen Sieg der Ideen unseres Verbandes. Nicht auf engherziger Grundlage der Befehdung jedes sozialpolitischen Fortschrittes, sondern auf der Grundlage einer gerechten Wirtschaftspolitik und eines Ausgleiches der sozialpolitischen Interessen sollte sich unserer Auffassung nach die politische Organisation aufbauen.

„Epochemachend" nannte vor einem Jahre Herr Dr. Wendlandt die Entwicklung unseres Verbandes, und mit Freude und Genugtuung haben wir heute aus den begrüßenden Worten des Vorsitzenden des Thüringischen Verbandes gehört, daß man dort im benachbarten Mitteldeutschland die Entwicklung unseres Verbandes als vorbildlich ansieht, daß man versucht, auch dort die Kräfte der Industrie und des Gewerbes und des Handels im Dienste des Allgemeinwohles so nutzbar zu machen, wie wir es hier versucht haben.

Dem ersten Jahrzehnt unserer Verbandstätigkeit gehen wir entgegen. Wenn es sich vollendet hat, wird man, wenn später einmal die Geschichte des Verbandes geschrieben werden sollte, hoffentlich von diesem ersten Jahrzehnte sagen können, daß es ein Vorbild war nicht nur auf dem formellen Gebiete der Organisation als solcher, sondern auf dem Gebiete der Indienststellung der Organisation für den Gedanken der Allgemeininteressen, unter dem schließlich unser engeres und weiteres Vaterland in seiner wirtschaftlichen Politik und in seiner nationalen Politik stehen muß, um einer glücklichen Zukunft entgegenzugehen!

Industrielle Organisationen.

Rede

gehalten auf dem Festmahl anläßlich der am 16. Februar 1909 stattgehabten Generalversammlung des Verbandes Sächsischer Industrieller.

Meine Herren! Wir haben uns nach des Tages Mühe und Lasten, nach der sachlichen Arbeit hier im festlichen Raume zusammengefunden, um uns des Erreichten zu freuen und mit Freunden und Bekannten, mit Mitgliedern und Gästen hinzuschauen auf das, was der Verband am heutigen Tage seines siebenjährigen Bestehens aufzuweisen hat. Diese festliche Stimmung wird vor allen Dingen dadurch erhöht, daß wir neben den vielen Hunderten von Mitgliedern, die aus allen Teilen unsres engeren Vaterlandes hier zusammengeströmt sind, auch liebe alte und vertraute Gäste in unsrer Mitte begrüßen können, die wir gewissermaßen zu unsrem Verbande rechnen.

Ich denke da in erster Linie an die Vertreter der gesetzlichen Organisationen für Handel und Industrie, und ich glaube, die geehrten Herren Vertreter der Handelskammern Leipzig und Plauen werden es mir nicht übel deuten, wenn das erste Wort der Begrüßung der mit uns so eng verbundenen Handelskammer Dresden gilt.

Hat sie doch in einer Zeit, als es uns noch nicht gelungen war, über den engen Kreis der Dresdner Industriellen hinaus für unsere Ideen zu werben, uns treu zur Seite gestanden, hat sie doch durch ihren Einfluß, indem sie uns in den ersten Jahren unsres Werdens und Entstehens unter ihre Fittiche nahm, die Ausdehnung unsres Verbandes mit gewährleistet. Und wir sind zu ganz besonderem Danke unserem hochverehrten Herrn Geheimrat Collenbusch verpflichtet, der wohl bei allen Gelegenheiten, wo der Verband Sächsischer Industrieller seine Mitglieder sammelte, in unsrer Mitte geweilt hat, der in

einer Zeit, wo wir noch nicht wußten, daß es uns einst gelingen würde, beinahe 5000 Industrielle um unsre Fahne zu sammeln, stets treu zu uns gestanden hat und in den mancherlei Kämpfen, die wir damals um die Anerkennung des Einflusses der Industrie auszufechten hatten, mitwirkend uns zur Seite stand.

Wir freuen uns aber, daß, nachdem der Verband nicht nur mit dem Namen, sondern dem Wesen nach zu einem Verband Sächsischer Industrieller geworden ist, auch die Handelskammern anderer Bezirke, in denen unsre Mitgliedschaft stark ist, uns heute die Ehre ihrer Anwesenheit geben. Wir haben nicht die Absicht, irgendwie einzugreifen in das Tätigkeitsgebiet der Handelskammern. Neben den gesetzlichen Vertretern für Handel und Industrie wollen wir der freibewegliche Interessenverband sein, der in der Lage ist, einmal über die lokale Organisation hinausgreifend die ganze sächsische Industrie zusammenzufassen zur Wahrung ihrer Interessen, und der, von seiner Beweglichkeit als freier Verband Gebrauch machend, es auch versucht, bei denjenigen Stätten der Gesetzgebung, wo schließlich im Endresultat das geschaffen wird, was die Struktur unsrer Wirtschafts- und Sozialpolitik für künftige Generationen ausmacht, ihr Einfluß zu verschaffen, auch dort in diese Körperschaften Persönlichkeiten zu entsenden, die in der Lage sind, auf Grund einer reichen praktischen Erfahrung, auf Grund einer eigenen Arbeit in Handel, Industrie und Gewerbe dort deren Interesse zu vertreten.

Und wir finden uns in dieser Arbeit in der Gesellschaft vieler ähnlich wirkender Organisationen. Herr Geheimrat Wirth hat uns am gestrigen Abend die Wünsche des Bundes der Industriellen überbracht, aus dem wir herausgeboren wurden und dessen Bezirksverein Dresden-Bautzen wir einst waren. Wir haben gehandelt nach dem guten Worte: „Wohl dem, der seiner Väter gern gedenkt", wir haben dankbar die Anregungen anerkannt, die damals vom Bunde ausgehend uns eine Zusammenfassung der sächsischen Industrie nahelegten, wie es unzweifelhaft ein fruchtbarer Gedanke des Bundes war, auch sonst räumlich nahe beieinander liegende und zusammenhängende Industrien zusammenzufassen in den blühenden Landesverbänden, die wir nicht nur in Sachsen, die wir in Bayern, in Süddeutschland, in Ostdeutschland vielfach im Anschluß an unsre Organisation entstehen sehen.

Uns verbinden reiche, lebendige Interessen mit dem Exportverein für das Königreich Sachsen auf wirtschaftlichem Gebiete, mit dem Verein der deutschen Arbeitgeberverbände auf sozialpolitischem Gebiete und mit so vielen anderen derjenigen industriellen Korporationen, die heute ihre Vertreter zu uns als Gäste entsendet haben, wie wir uns freuen, wenn wir in ihrer Mitte als Vertreter der sächsischen Industrie weilen können.

Wenn wir uns aber einmal die Frage vorlegen: Woher kommt denn diese gerade in den letzten Jahren einsetzende rege industrielle Organisationstätigkeit? Woher kommt es, daß diejenigen, die doch häufig vom Morgen bis zum Abend in Anspruch genommen sind, nun in den vielfach noch dezentralisierten Organisationen sich zusammenfassen zur Wahrung ihrer gemeinschaftlichen Interessen?

Ich glaube, wir können da anknüpfen an die Worte, die wir heute aus dem Munde unsres hochverehrten Geheimrat Paasche vernommen haben. Er hat in uns ein lebendiges, farbenprächtiges, anschauliches Bild entstehen lassen von dem Werden desjenigen neuen Deutschland, jener neudeutschen wirtschaftspolitischen Entwicklung, bei der auch noch alles im Fluß ist, die heute bei weitem noch nicht zum Abschluß gediehen ist.

In den beiden Worten Agrarstaat und Industriestaat liegt eine ganz verschiedenartige Psychologie der ganzen Volksverfassung vor. Wir sehen auf der einen Seite, im engen Kreise eng begrenzt, aber intensiv die Persönlichkeit ausprägend, den alten Agrarstaat mit seiner dörfischen Verfassung, wir sehen hier das mühevolle körperliche Arbeiten und Wirken zur Beschaffung desjenigen, was das Inland, was das Vaterland, selbst braucht, und wir sehen demgegenüber auf gewerblichem Gebiet das eine: wir sehen wie dieses zersplitterte deutsche Reich, immer ein Spielball der Launen der Völker, getrennt nach Konfessionen, früher in hunderte später nach dem Reichsdeputationshauptschluß in 36 kleine Monarchien und freie Städte zerrissen, trotzdem immer versucht, die Ungunst der Verhältnisse niederzukämpfen, daß es beliebt ist im Rate der Völker als das Volk der Dichter und Denker, ohne aus dieser geistigen Wirksamkeit hinaus zu einer Entfaltung der in ihm ruhenden wirtschaftlichen Kräfte zu kommen.

Und darüber kommt die Reichsgründung, kommen die Hammerschläge jenes genialen Mannes, den in einer guten

Stunde der Genius des deutschen Volkes ihm gab. Da wird dieses Deutsche Reich geboren aus Blut und Eisen heraus, und nun mit einem Male reckt der deutsche Michel seine Glieder, da beginnt er wie im Traume erst die Augen aufzuschlagen, da merkt er zwar, daß die Welt beinahe verteilt ist und daß man ihn höhnisch fragt, wo er denn gewesen sei, als dies geschah, dann aber gibt er sich mit der Gründlichkeit, die den Deutschen auszeichnet, all den Aufgaben der technischen und kaufmännischen Wissenschaft hin. Da nimmt er in einer Zeit, wo unser Hauptmitbewerber auf dem Weltmarkt in der Pflege der Körperkultur vielleicht zu weit geht, in sich alles auf, was an geistigen und technischen Gütern sich erreichen läßt; und nun tritt diese deutsche Industrie hinaus auf den Weltmarkt, und mit der deutschen Ware zieht die deutsche Sprache, zieht die deutsche Kultur, zieht die deutsche Schaffensfreudigkeit mit hinaus in die Welt!

Nichts ist vielleicht bezeichnender für diesen Werdeprozeß, als daß das große englische Volk, welches über ein Jahrhundert hindurch den Gedanken des freien Spiels der Kräfte als den obersten Grundsatz des wirtschaftlichen Leben anerkannt hat, vor zwei Jahren unter einem liberalen Ministerium eine Staatssubvention für seine Dampferlinie bewilligt hat, nur um einmal mit Staatshilfe die Mauretania und die Lusitiana bauen zu können, nur um einmal mit Staatshilfe niederkämpfen zu können, was im freien Wettbewerb der weltbeherrschende englische Schiffsbau, die früher weltbeherrschende englische Schiffahrt gegen ihre germanischen Vettern nicht mehr durchzusetzen vermag!

Wer war es denn, der uns diesen Weltmarkt eroberte? Es war, meine ich, die Persönlichkeit des einzelnen deutschen Industriellen. Es ist vielleicht gerade ein Zeichen der Gesundheit unsrer industriellen Verhältnisse, insbesondere der sächsischen, daß wir hier nicht stehen auf dem Boden einer Industrie, die etwa künstlich, die etwa in Treibhauskultur emporgewachsen ist durch Gründungen mit fremdem Kapital, sondern daß diese Tausende von Industriebetrieben organisch wie ein großer Baum aus kleinen Zweigen und Anfängen herausgewachsen sind.

Wenn einmal die Geschichte der sächsischen Industrie geschrieben würde, man würde sehen, wie noch an der Spitze unsrer führenden Industrien Männer stehen, die in ihrer Jugend

ein Handwerk betrieben, wie hier aus den kleinen Unternehmen die großen emporwachsen, wie hier genau so wie beim Geburtsadel eine Familientradition, eine Tradition der ehrlichen Arbeit durch ein Jahrhundert beinahe sich durchgesetzt hat das zu schaffen, was wir heute als sächsische Industrie mit Stolz nennen, was mit gerechter Anerkennung in der Welt als sächsische Industrie genannt wird.

Und dieser Prozeß des Werdens und Vergehens geht weiter! Ich habe vor kurzem im Deutschen Reichstage darauf hinweisen können, daß gerade bei uns die Zahl der neuen Unternehmungen wächst, daß es nicht nur Leute gibt, die mit Wagemut hinausgehen in die Kolonien, sondern auch Leute, die mit Wagemut im Heimatlande den immer schärfer werdenden Existenzkampf in industriellen Unternehmungen von Grunde aus von neuem aufnehmen.

Was wir auf dem Weltmarkte errungen haben, es war nicht herausgeboren aus der Gunst der Verhältnisse, nicht herausgeboren aus einem Uebersluß an Rohstoffen, aus einer etwa jungfräulichen Erde, die uns dazu berufen machte, die Welt mit deutschen Waren zu versorgen. Wir sehen uns gegenüber Zollmauern, die immer höher werden, wir sehen uns gegenüber einer auswärtigen Politik, die sich bemüht, den Einfluß des deutschen Volkes, die Sympathien für uns und damit auch die Sympathien für unsre Waren herabzumindern. Wir müssen den Befähigungsnachweis für die Qualität der deutschen Industrie jedes Jahr neu erbringen. Unsren Export garantiert uns niemand! Um den müssen wir ringen mit dem Geiste der führenden Industriellen, ringen mit der Qualität unsrer Waren, die immer und immer wieder sich durchsetzen muß gegen das, was andere auf gleichem Gebiete hervorbringen, ringen unter einer sozialpolitischen Vorausbelastung, die die deutsche Industrie auf sich genommen hat und die ihr doch eine Rüstung auferlegt, welche ihr den Weltmarkt nicht gerade erleichtert.

Und was sollte man erwarten von der Kultur eines solchen Staates, eines solchen Wirtschaftsgebildes? Man sollte erwarten, daß die Führer des wichtigsten Gebietes der deutschen Volkswirtschaft auch die Führer der Politik, die Führer der geistigen Entwicklung wären!

Was aber die Vielheit der industriellen Organisationen schuf, das war die mit immer größerer Bitterkeit erfüllte Erkenntnis, daß die Anerkennung der Bedeutung gewerblicher Arbeit durchaus nicht Schritt gehalten hat mit dem Vorwärtsschreiten und mit den Erfolgen dieser gewerblichen Arbeit.

Mit vollem Recht hat Herr Geheimrat Collenbusch das Wort ausgesprochen, daß die Industrie staatserhaltend sei, daß sie bodenständig sei, genau so, wie irgend ein anderer Zweig unserer heimischen Volkswirtschaft. Ich möchte daran erinnern, daß vielleicht keine industrielle Korporation so viele Mitglieder umfaßt, die von der neuen Reichsfinanzreform betroffen werden, wie unser Verband Sächsischer Industrieller und daß trotzdem unser Verband in seiner Gesamtheit, daß vor kurzem noch unsere Ortsgruppe Plauen sich auf den Standpunkt gestellt hat, daß es ein „nobile officium" der deutschen Industrie sei, beizutragen zu der Gesundung der Finanzlage des deutschen Reichs und dadurch beizutragen an dem Ansehen Deutschlands nach innen und nach außen.

Wenn wir dafür nicht ein Lob verlangen, so fordern wir doch das eine, daß die anderen Berufsstände sich dieser Pflicht ebenso bewußt sein mögen, daß man sich der Bedeutung der Industrie innerhalb der Organe der Gesetzgebung nicht nur dann erinnern möge, wenn man sie braucht, um Lasten zu übernehmen, sondern auch dann, wenn es sich darum handelt, ihre Stimme zu hören bei wichtigen Gesetzen, bei wichtigen Aenderungen der Struktur unserer wirtschaftlichen, unserer sozialpolitischen Gesetzgebung.

Man hat ja diesem werdenden Industriestaate manchmal mit Besorgnis entgegengesehen. Man hat befürchtet, daß wir aus dem Volke der Dichter und Denker durch diese industrielle Entwicklung vielleicht eine Generation würden, die nur noch den Materialismus hochhielte, die alle jene glänzenden geistigen Leistungen gering achtete, die früher uns unseren Platz in der Welt sicherten, daß wir vielleicht verlieren würden, was in literarischer Tradition in uns lebt, was die Völker anderer Kontinente veranlaßt hierher zu kommen, um hier einmal zu träumen in dem, was unser Volksleben, unsere geistige Entwicklung in der Dichtkunst, in der Musik und auf anderen Gebieten der Kunst aus sich heraus geboren hat.

Ich glaube, gerade die industriellen Organisationen sind dazu berufen, diesem Ueberwiegen des Materialismus und Egoismus entgegenzutreten im Sinne unseres Herrn Kommerzienrats Collenbusch, daß der einzelne Industrielle dem anderen gegenüber nicht auf dem Standpunkt stehen dürfe „Hebe dich weg, daß ich an deine Stelle komme", sondern daß er bestrebt sein muß, in ihm einen dem gleichen Berufe Angehörigen zu sehen und in dem gemeinsamen Leben gemeinsame Interessen zu sehen, um sie zu vertreten.

Noch etwas anderes setzen wir uns als Aufgabe. Wir wollen nicht, daß in unserem Maschinenzeitalter der große Wert der Einzelpersönlichkeit untergeht, wir wünschen und haben es in Sachsen zum Teil auch durchgesetzt, daß wir uns die Persönlichkeiten erzogen haben für das politische Leben, daß wir immer und immer wieder den Grundsatz predigen: „Nicht an den Erwerb allein hänge dein Herz! Denke nicht nur, daß im Kontor und in der Betriebswerkstätte dein Platz sei, denke daran, daß jeder einzelne Bürger des großen Staates, daß auch der Kleinste unter deinen Berufsgenossen allgemeine Interessen zu vertreten hat, die schließlich ausklingen in das allgemeine Wohl des deutschen Vaterlandes!"

Und was wir zu erreichen gesucht haben auf dem Gebiete der von uns mit angestrebten Fürsorge für die geistigen Mitarbeiter der Industrie, für die Privatbeamten, was wir in der Förderung der nationalen Arbeiterbewegung zu schaffen versucht haben, es ist doch nichts anderes als auch ein Arbeiten nach dem großen Ziele der Anerkennung des Grundsatzes: Gemeinsamkeit der Interessen der Industrie mit den Interessen der deutschen Industriearbeiter, die darunter leiden müßten, wenn es der halbhundertjährigen Tätigkeit der Sozialdemokratie gelingen sollte, auf die Dauer in die Herzen der Arbeiter den Gedanken zu prägen, daß die Gegensätzlichkeit der Interessen das einzige ist, was sie zum Handeln bestimmen soll, während wir der Meinung sind, daß es ein Unding ist, wenn heute der Arbeiter gegen den Industriellen Stellung nimmt, weil an sich die Arbeiterschaft das Fundament sein müßte, auf dem die Industrie sich erhebt, weil eben letzten Grundes ihre beiderseitigen Interessen zusammenlaufen.

Die Industrie steht heute in ihrer Bedeutung da wie eine leuchtende Spitze, die weit hinaus leuchtet in die Lande, der

aber jener gigantische Unterbau fehlt, den die Landwirtschaft noch in ihren Angehörigen und in ihren Arbeitern hat, die sich der Gemeinsamkeit der Interessen bewußt geblieben sind, und auf allen diesen Gebieten liegt für uns, liegt für unsere industriellen Gäste ein Quell reicher Tätigkeit offen.

Vielleicht gedenken wir bei all unserem Wirken der schönen Worte, die Staatssekretär Graf Posadowsky einmal gesprochen hat, als er sagte: Das Leben an sich wird vielleicht zu sehr überschätzt in unserer Zeit. Nicht das Leben an sich ist das wertvollste, sondern das, was wir in diesem Leben für die Allgemeinheit schaffen, auch wenn wir dadurch Raubbau an uns treiben, auch wenn dadurch der einzelne, der für die anderen eintritt, etwas früher aus der Lebensgemeinschaft herausgerissen wird!

Alle diese Wünsche, die wir haben, alle diese Bestrebungen, die, wie wir wissen, uns mit den gesetzlichen Vertretern der Industrie vereinen, die uns gleichen Zielen zustreben lassen mit allen den industriellen Verbänden, die heute hier vereinigt sind, lassen Sie sie ausklingen in die Worte: Die deutsche Industrie in ihrer Gesamtheit, industrielles Wollen und Schaffen, es blühe, wachse und gedeihe!

Verwaltung und Industrie.

Rede

gehalten bei dem Begrüßungsabend anläßlich des gemeinsamen Besuches der Weltausstellung Brüssel durch die Verbände Sächsischer, Thüringischer und Württembergischer Industrieller am 16. Juni 1910.

—▫□▫—

Meine Damen und Herren! Ehe der offizielle Teil des Festes zu Ende geht, möchte ich Gelegenheit nehmen, im Namen der hier vertretenen industriellen Verbände Herrn Geheimrat Morgenstern herzlichen Dank zu sagen für die freundlichen Worte, die er an uns gerichtet hat und für die von uns durchaus geteilten Gedanken des Zusammenwirkens von Verwaltung und Industrie, die er in seiner Rede als Programm entwickelt hat. Herr Geheimrat Morgenstern hat mit seinem Gedankengange angeknüpft an die Worte, welche Herr Staatsminister Graf Vitzthum von Eckstädt auf der letzten Hauptversammlung des Verbandes Sächsischer Industrieller an uns richtete. Herr Staatsminister Graf Vitzthum betonte damals die Wichtigkeit dessen, daß die Persönlichkeiten, die als Gesetzgeber und als Objekte der Gesetzgebung miteinander zu tun hätten, sich auch persönlich verstehen lernten. Von diesem Gesichtspunkte teilte damals der Herr Staatsminister mit, daß er seine Beamten veranlassen würde, die Betriebe der Fabrikanten kennen zu lernen und bat gegenüber solchen Besuchen auch alles Mißtrauen schwinden zu lassen und die Vertreter der Regierung freundlich aufzunehmen. Wir freuen uns dessen, daß diese Auffassung des Herrn Staatsministers auch in der Entsendung des Herrn Geheimrat Morgenstern zum Ausdruck kommt und wir danken ihm zunächst herzlich für die Bereitwilligkeit, diese Reise mit uns gemeinsam zu machen und uns so Gelegenheit zu geben, auch mancherlei Wünsche und Fragen des industriegewerblichen Lebens mit ihm zu besprechen.

Wir stehen erst an dem ersten Tage unseres Brüsseler Aufenthaltes, wir können daher ein abschließendes Urteil über das Gesehene nicht fällen. Hochgestimmt haben wir aber alle wohl die Reise nach Brüssel angetreten; steckt doch hier in diesem großen Industrie- und Handelsstaate noch manch gut Teil deutscher Kultur, noch manches von dem deutschen Handelsgeist der alten Hansa, der deutsche Waren und damit deutsche Kultur über ferne Meere getragen hat. An dieser Ausbreitung des deutschen Warenhandels und des deutschen Wesens vor Jahrhunderten erinnern die Namen der Städte Belgiens, die wir gewohnt sind mit deutschem Klang auszusprechen. Namen wie Lüttich, Gent, Brügge, Brüssel und Antwerpen. Eine unselige konfessionelle Zerrissenheit hat einst im Mittelalter das zerstört, was deutscher Handelsgeist im Innern Deutschlands und außen aufgebaut hatte. Im 20. Jahrhundert hat Deutschland aber den Weg zur Einheit und den Weg zum Weltverkehr zurückgefunden. Im harten Kampf hat der deutsche Handel sich eine hervorragende Stellung im Weltmarkt errungen. Schwerer aber, als etwas zu erreichen, ist es oft, das Errungene zu bewahren. Im sächsisch-thüringischen Industriegebiete und in manchen Teilen Württembergs lebt und webt alles vom Export und die Zuckungen der Weltkonjunktur spüren wir bei uns bis in das letzte Dorf des Erzgebirges. Jahr für Jahr müssen wir aber auch den Befähigungsnachweis dafür erbringen, daß wir diese Stellung im Weltmarkt verdienen und wir müssen sie erringen durch die Qualität unserer Ware, durch die Güte dessen, was wir produzieren. Deshalb haben wir auch den Weltausstellungsgedanken in Brüssel begrüßt, weil uns Gelegenheit geboten wurde, zu zeigen, was wir im Heimatlande leisten können. Wir zweifelten nicht daran, daß dieser Ausstellungsgedanke Wiederhall finden würde in den Kreisen der deutschen Exporteure, der deutschen exportierenden Industriellen. Als ich mich das erste Mal für die Weltausstellung Brüssel im Reichstag aussprach, da schrieb ein rheinisch-westfälisches Blatt, diese Rede sei der Beweis dafür, daß ich jede Fühlung mit der Industrie verloren hätte, denn sonst müßte ich mir klar darüber sein, daß die deutsche Industrie nicht daran dächte, sich an der Weltausstellung zu beteiligen. Heute sehen wir, daß unser Optimismus berechtigt war, und mit Stolz können wir hinzufügen, daß die deutsche Abteilung der Ausstellung einen

Markstein bildet für deutsches Schaffen und deutsche Beharrlichkeit, deutsche Gründlichkeit, deutsche Pünktlichkeit und für ein tiefes künstlerisches Empfinden, das alle diese Ausstellungsräume erfüllt und veredelt.

Dieser Erfolg ist zustande gekommen durch ein Zusammenwirken der Reichsverwaltung mit denjenigen Persönlichkeiten der Industrie, die sich in den Dienst dieses Ausstellungsgedankens gestellt haben. Wir würden es begrüßen, wenn der Gedanke des Zusammenwirkens von Verwaltung und Industrie der Leitstern würde auch in der Gesetzgebung unseres Heimatlandes, wenn der kaufmännische Funke überspränge auf die Leitung der Verwaltung. Wir leben erst in der ersten Generation des kaufmännischen und industriellen Schaffens, wir sind noch nicht so saturiert, wie die Industriellen anderer Länder, und sind deshalb darauf angewiesen, daß die Gesetzgebung und die Verwaltung bei dem, was sie an Gesetzen schafft, sich auch bewußt bleibt der Rücksicht, die sie zu nehmen hat auf die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie.

Heute geht ein Zug durch die Welt, der nicht mehr die volle Intensität des Schaffens, sondern die Begrenzung der Arbeitsfähigkeit hauptsächlich zur Grundlage hat. Wir stemmen uns diesem Gedanken nicht entgegen, obwohl wir uns klar darüber sind, daß Deutschland seine Stellung in der Welt nicht errungen hätte, wenn dieser Gedanke der Beschränkung von Arbeitszeit und Leistung auch bei den Industriellen selbst in den letzten 40 Jahren der beherrschende gewesen wäre. Wir wissen, daß die Verwaltung keine Interessenpolitik treiben darf und kann, daß sie Rücksicht zu nehmen hat auf die Forderungen der Allgemeinheit. Wir hoffen aber von ihr, daß sie innerhalb dieser allgemeinen Interessen das industrielle Schaffen wertet nach der volkswirtschaftlichen Bedeutung, die ihm zukommt und von diesem Gesichtspunkte aus auch seiner Bedeutung gemäß bei zu erlassenden Gesetzen und in der inneren Verwaltung hierauf Rücksicht nimmt. Vereinigen Sie sich mit mir in dem Wunsche, daß dieses Verhältnis von Verwaltung und Industrie in unserem großen deutschen Vaterlande die Grundlage unseres weiteren gegenseitigen Zusammenhaltens sein möge.

Weltausstellung und Industrie.

Rede

gehalten auf dem Festmahl anläßlich des gemeinsamen Besuches der Weltausstellung Brüssel durch die Verbände Sächsischer, Thüringischer und Württembergischer Industrieller 16. bis 18. Juni 1910.

Meine Herren! Von einem Höhepunkt der Weltausstellung in Brüssel, der mit dem gegenwärtigen Moment erreicht sei, sprach der Herr Reichskommissar Albert in den ersten Worten, die an dem heutigen Abend an uns gerichtet wurden. Die Weltausstellung nähert sich ihrer Vollendung in allen Teilen und präsentiert sich uns im vollen Glanze ihrer Schönheit. Was ist nun jenes Große, das in dem Wettstreit der Völker hier auf der Ausstellung zum Ausdruck kommt? Es ist der große Gedanke, in dem die wirtschaftlichen Kräfte sich nahen, die zu einander sonst als Wettbewerber stehen, daß die Völker über all dem, was sie trennt, im Wettbewerbe das eine nicht vergessen haben, was durch diesen Wettstreit hindurchdringt, die große Friedenssymphonie der schaffenden Arbeit aller Kulturvölker. Wenn ich von unserem engeren Vaterlande Sachsen-Thüringen sprechen darf, die einander in so vielem gleich gestaltet sind, und sie mit Belgien vergleiche, so gibt es wohl wenig Zentren geographischer Art, die sich so ähnlich sind, in der ganzen Art ihrer wirtschaftlichen Struktur. Hier und dort ein großes Industriegebiet, eine große ständig wachsende Bevölkerung und mit dem Wachsen der Bevölkerung auf dem ewig sich gleich bleibenden Boden dieselben Sorgen um die Weiterentwicklung des Landes.

Wir sehen manchmal in dem Kampf des Tages eine gewisse Angst vor der Entwicklung. Es sind viele bei uns, welche sagen, diese Entwicklung sei nicht glücklich, glücklicher seien unsere Völker gewesen damals, als sie noch ackerbautreibende Völker waren und nicht den Blick richteten auf das weite

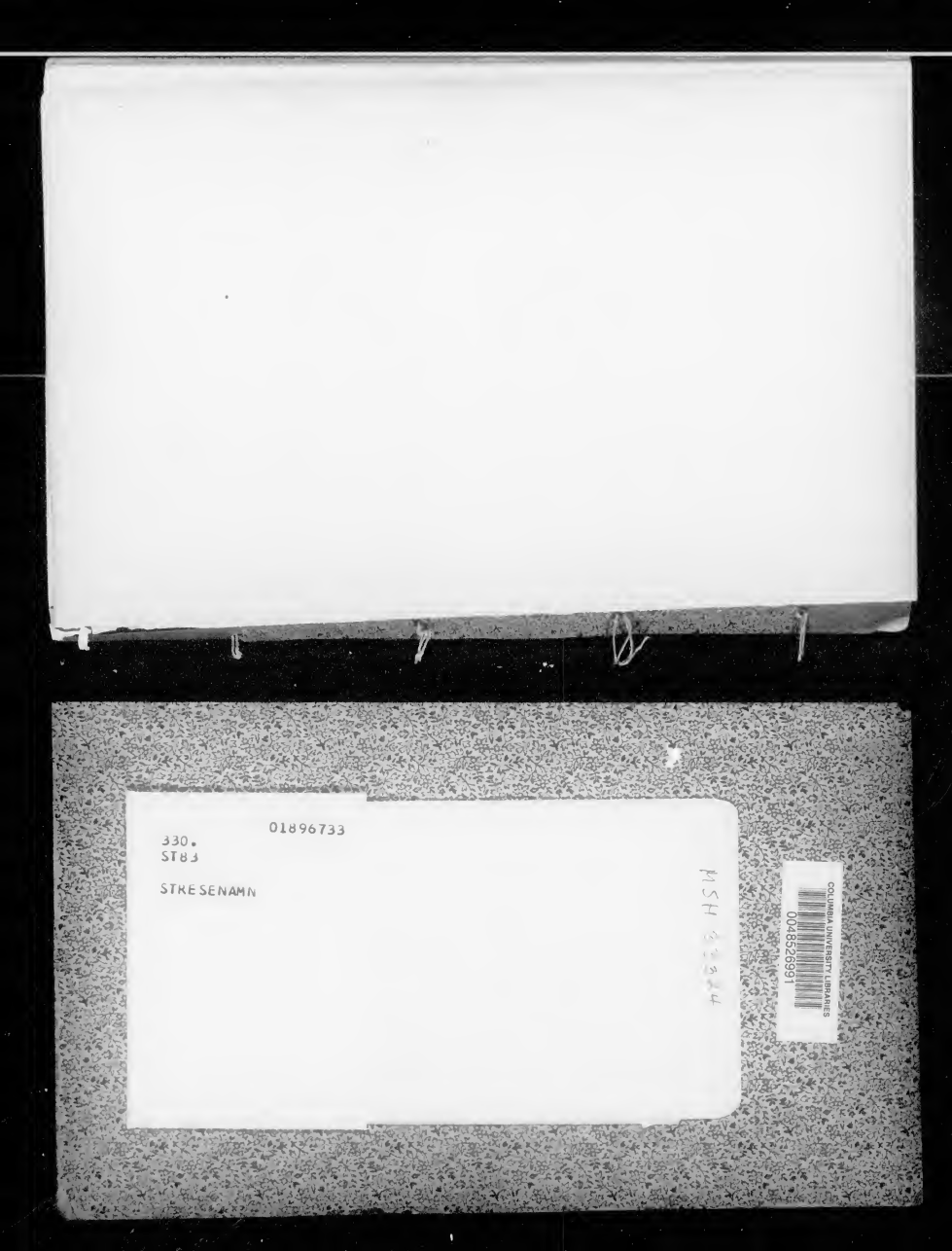
Meer, als die Großstädte noch nicht da waren und die Menschen in begrenztem Raume ihren Mitbürgern näher treten konnten, die heute in den Städten der Hunderttausende und Millionen einander kaum noch kennen. Wir hätten etwas verloren von unserer nationalen Eigenart, weil wir zu international geworden seien in unseren Handelsbeziehungen. Man weist hin auf die Steigerung der sozialen Gegensätze und sagt uns, daß die Zeit kommen würde, wo wir uns sorgenvoll fragen müssen, wie wir den Milliarden-Güteraustausch aufrecht erhalten werden, wie wir das wechselnde Auf und Nieder der Konjunktur ertragen. Sind das berechtigte Sorgen? Es bedrückt auch uns, daß man unser Zeitalter das Zeitalter des Materialismus nennt, aber das eine ist uns klar geworden, daß in diesen Sorgen eines Volkes auch gerade die Sicherung seiner Zukunft liegen kann. Ein saturiertes Volk, das keine Sorgen kennt, wird auch nicht angespornt, den letzten Nerv daran zu setzen, um dieser Sorgen sich zu erwehren. So haben wir in diesem Ringen der Völker doch auch einen großen idealen Ansporn, wir sind uns dessen bewußt, daß heute mehr als zuvor die Worte gelten, die ein großer Dichter gesprochen hat und die heute in jedem Kaufmannshause im Giebel eingemeißelt sein sollten: „Arbeit ist des Bürgers Zierde". Das ist unser Adelswappen, daß wir vererben wollen auf die Generationen, die nach uns kommen und die das erhalten sollen, was wir geschaffen haben. Von diesem Gesichtspunkt aus freuen wir uns dessen, was die Ausstellung hier uns bietet. Es ist Großes geleistet worden. Man denkt unwillkürlich an das Wort des griechischen Philosophen: „Vieles Gewaltige lebt, doch nichts, das gewaltiger ist, als der Mensch." Als diese Worte vor Tausenden von Jahren ausgesprochen wurden, da wurde zum Beweis ihrer Richtigkeit angeführt, wie der Mensch die Natur sich untertan gemacht, wilde Tiere bezwungen, den Strom mit seinen Schiffen befahren habe. Tönt uns nicht auch aus diesen Ausstellungsräumen dieser Gedanke entgegen, der uns mit Freude erfüllt, daß das Ringen des menschlichen Geistes mit der Natur uns im Laufe der Zeit, und gerade der letzten Zeit, doch weiter gebracht hat. Völker sind einander nähergetreten durch diese Kulturarbeit. Der Begriff der Entfernung ist ein anderer geworden wie in früheren Zeiten. Ein Gedanke, der in dieser Minute ausgesprochen wird, kann mit Blitzesschnelle nach entfernten Erdteilen hinübergegeben werden. Den Klang unserer Stimme vernehmen wir über die weiteste Entfernung hinaus. Durch die Erfindung unserer großen Luftkreuzer, die man in neuester Zeit baut, beginnt auch der alte Ikarustraum der Menschheit, den Kampf mit der Luft mit einem Siege des Menschen zu enden, wenn auch dieser Kampf selbst vorläufig noch Menschenleben als Opfer fordert. Wenn Sie einen Blick werfen in die Ausstellungsräume, und sehen da in den Maschinenhallen die Kräne arbeiten, um tausende und zehntausende von Kilo schweren Materials spielend zu bewegen, wenn Sie ferner sehen in der Musikhalle die neuesten Musikinstrumente, wahre Kunstwerke manueller Geschicklichkeit, welche Tonweisen mechanisch und doch in künstlerischer Vollendung wiedergeben, so sehen Sie, daß wir mit jenen Opfern und all diesen Arbeiten doch immer näher kommen dem Ziele, die Naturkräfte zu bändigen und sie in den Dienst der Menschheit zu stellen. Dieses Streben der Nationen tritt uns auch hier entgegen und zeigt uns das eine, daß es bei alledem, was an Gegensätzlichem vorhanden ist zwischen den Völkern, und was nie herauszubringen sein wird aus der Welt, weil es mit dem Blute in uns gelegt ist, doch etwas gibt, was diese Gegensätze hemmt und zurücktreten läßt: die gemeinsame Arbeit aller Menschen und aller Nationen. In dieser Beziehung müssen die Völker der Erde einander näherkommen, und wir freuen uns dessen, daß in diesem Wettstreit auch unsere eigene Nation mit an hervorragender Stelle steht. Ich darf das sagen in diesem Kreise, weil es uns gesagt worden ist in so herzlicher und uns zu Herzen gehender Weise von dem Herrn Vertreter der belgischen Regierung. Es gibt ein Wort: c'est le ton, qui fait la musique. Der Ton, der zu uns drang, kam aus dem Herzen und fand deshalb so lebhaften Beifall bei den zurückhaltenden Deutschen, wie er sonst uns kaum zu eigen ist.

Wir aber, wir haben die Pflicht, dankbar der Persönlichkeiten zu gedenken, die dazu mitgeholfen haben, daß wir so herzliche Worte heute wie auch am Tage der Eröffnung der Ausstellung in demselben Raume vernehmen konnten. Dieser Dank gebührt zunächst dem Herrn Reichskommissar Albert. Er ist der Vertreter der deutschen Reichsregierung, welche als eine der ersten die offizielle Beteiligung des Deutschen Reiches sicherstellte. Dank gebührt auch der deutschen Volksvertretung, welche trotz lebhafter Kämpfe im Reichstag einen namhaften

Beitrag für die Ausstellung bewilligt hat. Das Wort Regierung hören wir Deutschen nicht immer gern. Wir sind viel zu sehr Individualisten, als daß es uns von vornherein klar werden könnte, daß wir uns einem einzelnen Willen zu beugen haben. Aber wenn wir den Erfolg der Ausstellung uns ansehen, so sehen wir, daß der Individualismus begrenzt werden mußte zum Besten des gemeinsamen Gedankens. Wir lesen in den Kritiken der ausländischen Presse, daß die deutsche Ausstellung wirkt durch ihren Gesamteindruck. Das ist eben nur dadurch zu erreichen gewesen, daß der Einzelwille beschränkt wurde, um dasjenige hier bei der Ausstellung zu verwerten, was an Erfahrungen bei früheren Ausstellungen gesammelt worden ist. Nur dadurch konnte dieser wirkungsvolle Gesamteindruck entstehen, den die Konturen dieses schönen Hauses ebenso zeigen, wie die einzelnen Räume der Ausstellung. Wir sprechen auch weiter ruhig aus: Nicht immer sind wir Freunde der Bureaukratie. Sie hat einen Klang im Kaufmannsstand, der etwas Retardierendes an sich hat für unsere Empfindung. Aber wir wollen das eine offen bekennen: wenn die deutsche Ausstellung pünktlich mit dem Glockenschlag fertig war, dann kam darin auch etwas mit von deutscher Disziplin zum Ausdruck, die uns in den Knochen steckt und von jenem deutschen Bureaukratismus, der die Beharrlichkeit hat, welche sagt: wir setzen uns ein Ziel und haben die Pflicht und Schuldigkeit, zur gegebenen Minute dieses Ziel zu erreichen.

Der Erfolg der deutschen Ausstellung, der uns heute so liebenswürdig attestiert wurde, ist aber auch zu verdanken dem Umstande, daß für diese Ausstellung eine Persönlichkeit als Präsident des Deutschen Komitees gefunden wurde, wie sie besser kaum zu finden gewesen wäre. Am gestrigen Tage hat unser verehrter Herr Präsident schon die Gedanken zum Ausdruck gebracht, die uns in dieser Beziehung bewegen. Wir bedauern, daß in unserm deutschen Vaterlande der Persönlichkeiten noch wenige sind, die in der breiten Öffentlichkeit, in Gesetzgebung und Verwaltung für industrielle Interessen mit dem ganzen Schwergewicht ihrer sachlichen Arbeit und der aus kaufmännischer Arbeit erwachsenden Gewandtheit in die Bresche treten und für Berufsgenossen wirken. Wir sehen mit Professor Duisberg den Grund dafür darin, daß wir eben noch keine saturierte Nation sind, daß wir noch kämpfen müssen, daß

jeder Stand noch dem Erwerb dienen muß in einem Lande, das noch dabei beschäftigt ist, die Grundlagen seiner Weltmachtstellung so zu festigen, daß auch die Stürme des Weltmarktes sie nicht erschüttern können. Je weiter wir aber davon entfernt sind, jene großen Männer des industriellen Lebens stellen zu können wie in England, umso dankbarer müssen wir sein, wenn eine Persönlichkeit wie Herr Geheimrat Ravené seine große Arbeitskraft und vor allem seine ganze Persönlichkeit und seine Liebenswürdigkeit einsetzt für das Gelingen einer solchen Ausstellung. Er hat als Berufskollege vorhin zu Ihnen gesprochen und Ihnen gedankt, daß Sie damals für ihn tätig waren, daß Sie ihn nicht im Stich gelassen haben, nachdem er mit seiner Person für den Gedanken der Brüsseler Weltausstellung eingetreten war. Wir freuen uns unserer deutschen Geschichte des Mittelalters, wenn wir von der Verbindung lesen, die damals zwischen Zunft und Kunst vorhanden war und die in der ganzen Welt nicht so nachdrücklich zum Herzen der Deutschen spricht, wie auf der Grande Place in Brüssel. Hier konnte sich in den Gebäuden vergangener Jahrhunderte die mittelalterliche Kunst in ihrer Blüte offenbaren, getragen von der Liebe des Gewerbes, die damals in das Herz der Hauptstadt Belgiens sich ergoß. Ich habe manchmal eine moderne Sortentwicklung jener Zeit vor dem Auge erstehen sehen in der Ravenéschen Gemäldegalerie in Berlin, wenn Herr Geheimrat Ravené als Gastgeber bei großen kaufmännischen Festlichkeiten seine Berufsgenossen um sich versammelte, und ich habe mich gefreut, daß wir in Berlin Gelegenheit haben, diese Repräsentanz eines deutschen königlichen Kaufmanns vor uns zu sehen. Herr Geheimrat Ravené hat mit außerordentlicher Intensität sich dem Gedanken der Ausstellung zur Verfügung gestellt und ich bin überzeugt, daß ich vollständig im Sinne des Herrn Reichskommissars Geheimrat Albert spreche, wenn ich sage, daß der Erfolg der Ausstellung seiner Persönlichkeit mit zu danken ist. Wir wollen uns freuen, daß die Verbindung dieser privaten Initiative mit amtlicher Tüchtigkeit uns die deutsche Abteilung so schön hat erstehen lassen. Den Männern, die dafür in erster Linie tätig gewesen sind, gebührt unser Dank.



COLUMBIA UNIVERSITY LIBRARIES
0048526991

MSH 33324

01896733

330.
ST83

STRESENAMN

END OF
TITLE

END OF
REEL

PLEASE
REWIND